

## Frust und Freiheit

Job, Familie, Wohnen: Wie das  
**Homeoffice** unsere Welt verändert



### **CORONA-BILANZ**

- ▶ Haben wir das Virus jetzt im Griff?
- ▶ Retten uns die Rettungsmilliarden?
- ▶ Der Arzt, dem die Verrückten vertrauen

BeNeLux € 6,60 Finnland € 8,50 Griechenland € 7,30 Österreich € 6,20 Norwegen NOK 89,- Polen (ISSN00387452) ZL 34,- Portugal (cont) € 6,90 Slowakei € 7,- Slowenien € 6,70 Spanien/Kanaren € 7,20 Ungarn Ft 2750,- Printed in Germany Tschechien Kc 200,-



# DIE NEUE E-KLASSE.



Sportlicher und innovativer als je zuvor.

Mehr erfahren unter [mercedes-benz.de/die-neue-e-klasse](https://www.mercedes-benz.de/die-neue-e-klasse)

**Jetzt bei Ihrem Mercedes-Benz Partner und im Online Store.**

# Vorteil VLH!

Jetzt in die Verlängerung mit VLH: bis 28.02.2021

Das ist meine Steuererstattung



Aufnahme-  
gebühr sparen  
mit dem Stichwort

„Spiegel“

Gültig bis 28.02.2021



## Steuern? Lass ich machen. Von der VLH.

- Full-Service vom Steuerprofi
- Durchschnittlich mehr als 1.300 Euro Erstattung\*
- Marktführer mit rund 3.000 Beratungsstellen
- Mehr als 1 Mio. Mitglieder

\*in Erstattungsfällen

DEUTSCHLANDS  
KUNDENCHAMPIONS  
2020 ■■■■■■■■

  
Vereinigte  
Lohnsteuerhilfe e.V.  
LOHNSTEUERHILFEVEREIN

## Hausmitteilung

Betr.: Corona, USA, Kuhnke



Stephen Lam

Schulz

Arbeiten im Homeoffice, Parteitage online als Stream, dazu hitzige Diskussionen über die heikle Balance zwischen dem Schutz der Gesundheit und der Demonstrationsfreiheit – die Pandemie verändert das Leben, das Arbeiten und den Weg der politischen Teilhabe in Deutschland massiv. Deshalb beschäftigen sich Texte aus mehreren Ressorts mit der aktuellen Situation. Die Titelgeschichte, recherchiert von einem Team um Thomas Schulz, beschreibt die drastischen Veränderungen in der Arbeitswelt, die neuen Freiheiten, die das Arbeiten jenseits des Büros, jenseits der Städte mit sich bringt, aber auch die neuen Zwänge, die möglichen Verlierer.

Wie schwierig es für Politiker ist, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen, wie sich Parteitage nahezu ohne Publikum anfühlen, wie sich das Politikgeschäft verändert, wenn Gespräche im Hinterzimmer nicht mehr möglich sind, zeigt der Aufmacher im Politikteil. Und Veronika Hackenbroch, Redakteurin im Wissensressort, erklärt, wie das aktuelle Infektionsgeschehen in Deutschland zu beurteilen ist. Warum steigen die Infektionszahlen? Warum sterben so wenige Infizierte? Muss auch Deutschland bald mit französischen Verhältnissen rechnen, mit mehr als 15 000 neuen Infektionen pro Tag? **Seiten 10, 26, 102**

Seit mehreren Wochen sucht USA-Korrespondent Ralf Neukirch nach Antworten auf eine Frage, die bis vor Kurzem noch völlig absurd schien: Ist es möglich, dass das Ergebnis der Präsidentschaftswahl im November nicht nur zu Demonstrationen führt, sondern die Weltmacht USA an den Rand eines Bürgerkriegs bringt? Denkbare Akteure in solch einem Szenario sind bewaffnete rechte Milizen, deren Mitglieder sich schon jetzt auf den Tag der Entscheidung vorbereiten. Neukirch traf Anführer dieser Gruppen in den Bundesstaaten Idaho und Washington. Das Erschreckende: Diese Männer stehen in der Mitte der Gesellschaft. Einer kandidiert als Mitglied der Republikaner für den Senat seines Bundesstaats. Neukirch traf auch einen Polizeichef, der den Widerstand gegen geltende Gesetze befürwortet. Eric Parker, Kandidat für den Senat, erschien zum Gespräch mit einer halbautomatischen Pistole unter dem Hemd, sein Gewehr ließ er immerhin im Auto. Neukirch: »Es klingt immer noch seltsam, aber Verhältnisse wie während des Nordirlandkonflikts kann man in den USA nicht mehr ausschließen.« **Seite 82**



Kyle Green / DER SPIEGEL

Parker, Neukirch



MARCUS SIMANTIS / DER SPIEGEL

Maria Schiffer

Kuhnke, Neufeld

Die Kölner Autorin Jasmina Kuhnke kämpft im Netz mit viel Ironie gegen rechts. Als »Quattromilf« twittert sie gegen Rassismus und Diskriminierung und legt sich mit rechten Trollen an. In langen Gesprächen erzählte sie Redakteurin Dialika Neufeld, wie sie die Debatte nach dem Mord an dem US-Amerikaner George Floyd erlebt und was sie selbst als schwarze Deutsche durchgemacht hat. Es gibt Parallelen im Leben von Kuhnke und Neufeld: Beide sind im selben Jahr geboren, bei beiden stammt der Vater aus dem Senegal. Es überrascht nicht, dass Neufeld

viele von Kuhnkes Schilderungen aus eigenem Erleben kennt. Für die Recherche besuchte sie auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Köln. »Dort kann man eine beeindruckende Sammlung an Hasskommentaren und Drohungen gegen Kuhnke sehen«, sagt Neufeld. Einschüchtern lassen will Kuhnke sich nicht. Sie wolle weitermachen, allein schon für ihre vier Kinder. **Seite 60**



## DER SCHUH ZUM WOHLFÜHLEN

MODELL  
ELPASO



- AUSGEZEICHNETE PASSFORM
- SUPERBEQUEM-FUSSBETT
- OPTIMALE AUFTRITTSDÄMPFUNG
- GEEIGNET FÜR INDIVIDUELLE EINLAGEN

FinnComfort Postfach  
97433 Haßfurt/Main

Katalog/Händler:  
[www.finncomfort.de](http://www.finncomfort.de)



# Inhalt

74. Jahrgang | Heft 37 | 5. September 2020

## Titel

**Gesellschaft** Corona verändert, wie und wo wir arbeiten – mit gravierenden Folgen für Städte, Unternehmen und Familien ..... 10

Welche Regeln gelten im Homeoffice? ..... 16

## Deutschland

**Leitartikel** Die Bundesregierung muss ihre Corona-Politik besser erklären ..... 8

*Lucke-Partei im Bundestag / Regierung verschleppt Abgasuntersuchung / Weiteres Opfer im Fall Madeleine McCann? / Der gesunde Menschenverstand / So gesehen: Küssen verboten* ..... 20

**Demokratie** Parteitage sollen künftig digital stattfinden – doch das wird sehr schwierig ..... 26

**Proteste** In Chatgruppen kündigte sich der »Sturm auf den Reichstag« lange an .... 29

**Essay** Wie Kritiker der Corona-Politik ticken ..... 32

**Karrieren** Warum der HNO-Arzt Bodo Schiffmann ein Held der Verschwörungstheoretiker wurde ..... 34

**Affären** Die Rufe nach einer harten Antwort gegen Russland nach dem Fall Nawalny mehren sich ..... 38

**Europa** EVP-Fraktionschef Manfred Weber fordert ein Nachdenken über das Ende der Ostseepipeline Nord Stream 2 ..... 42

**Justiz** Ein Islamist, der in Marokko wohl gefoltert wurde, bezichtigt deutsche Behörden der Mitschuld .... 44



Jean-Pierre Jacobi

## Schöne neue Arbeitswelt

Das Homeoffice revolutioniert die Gesellschaft: Unternehmen stellen sich um, Familie und Job werden neu justiert. Immobilienmärkte geraten durcheinander, denn das Wohnen auf dem Land wird attraktiver. Die Innenstädte dagegen leiden. **Seiten 10, 16**



Christoph Hardt / Snapshot / Future Image

## Kommt die zweite Welle?

Die Zahlen der Corona-Infizierten steigen wieder, aber nur wenige Kranke sterben. Forscher warnen trotzdem, das Virus könne außer Kontrolle geraten. Derweil werden die Covid-Skeptiker zu einer unheimlich bunten Bewegung. **Seiten 29, 32, 34, 102**

**Sachsen-Anhalt** Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) stellt sich gegen die Kanzlerin – um Corona-Kritiker zu beruhigen ..... 47

**SPD** Der Abstieg von Michael Müller, Berlins Regierendem Bürgermeister ..... 48

**Strafjustiz** Viele Eltern chauffieren ihre Kinder zur Schule – eine Mutter fuhr dabei ein kleines Mädchen tot .... 50

**Identität** 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist das Land nicht nur in Ost und West gespalten .... 52

**Flüchtlinge** Das Verkehrsministerium erschwert die Arbeit von Seenotrettern ... 55

## Reporter

*Familienalbum / Kann »Highway to Hell« uns schlank machen?* ..... 58

**Eine Meldung und ihre Geschichte** Tod eines Auerhahns ..... 59

**Rassismus** Welche Anfeindungen muss eine schwarze Frau in Deutschland erleben? Begegnungen mit der Comedy-Autorin Jasmina Kuhnke ..... 60

**Homestory** Die beruhigende Wirkung von Bienen ..... 65

## Wirtschaft

*Tesla will Sonderbehandlung bei Sonntagsfahrverbot / Kompetenzgerangel um Wirecard* ..... 66

**Konjunktur** Das milliarden-schwere Rettungspaket der Bundesregierung funktioniert nicht so wie erhofft ..... 68

**Geldpolitik** Der Publizist David Marsh über die Politisierung der Notenbanken und die Gefahr einer Inflation ..... 72

**Steueroasen** Wie die Niederlande verhindern wollen, dass Unternehmen abwandern ... 74

**Energie** Das Ende des Ölbooms stürzt die amerikanische Fracking-Stadt Carlsbad in die Krise 76

**Recycling** Altkleidercontainer werden abmontiert, weil keiner die Billigmode von gestern haben will ..... 79

**Ausland**

*Türkische Kriegsspiele / Wahl in Montenegro* ..... 80

**USA** Rechtsextreme Milizen wollen Trump stützen – notfalls auch mit Waffengewalt ..... 82

**Tschechien** Ministerpräsident Andrej Babiš über seine Vision für Europa und das Ringen zwischen Ost und West ..... 86

**Belarus** Kann sich Diktator Lukaschenko mit Moskauer Hilfe doch noch an der Macht halten? ..... 88

**Spanien** Im Absturz von Altkönig Juan Carlos I. spiegelt sich die Misere des gesamten Landes ..... 90

**Sport**

*Gehälter im Frauenfußball / Gut zu wissen: Warum dauert eine Football-Profikarriere in den USA im Schnitt nur 3,3 Jahre?* ..... 95

**Boxen** SPIEGEL-Gespräch mit Ex-Champion Felix Sturm über seine Zeit im Gefängnis und Pläne für ein Comeback ..... 96

**Fußball** Wie die Klubs um die Rückkehr der Zuschauer in die Stadien kämpfen ..... 98



Mason Triaca / NYT / Redux / Jaiif

**Im Straßenkampf**

Nach den Todesschüssen von Kenosha schürt US-Präsident Donald Trump die Angst vor Chaos und Zerstörung. Zu seinen Anhängern gehören schwer bewaffnete Milizen – in manchen Städten eskaliert die Gewalt. **Seite 82**

**Rettung mit Nebenwirkungen**

Die Bundesregierung bekam viel Lob für ihre milliardenschweren Hilfsprogramme. Doch manche Maßnahmen wirken nicht so, wie sie sollten, andere sind nach Einschätzung von Experten sogar schädlich. **Seite 68**



MARCUS SIMATIS / DER SPIEGEL

**»Ich bin kein Opfer«**

Die Kölner Autorin Jasmina Kuhnke kämpft im Internet gegen Rassismus. Rechte schreiben Dinge wie »Wir werden sie jagen« und »Die Jasmina gehört echt abgetrieben«. Begegnungen mit einer, die nicht aufgibt. **Seite 60**

**Wissen**

*Optimistische Kurzschläfer / Die Wunderwelt der Pflanzen / Analyse: Die Bahn unternimmt zu wenig gegen Ansteckungsgefahr in Zügen* ..... 100

**Pandemie** Mehr Infizierte, kaum Tote – wie gefährlich ist das Coronavirus noch? .... 102

**Psychologie** Forscher beobachten Pokerspieler, um menschliches Risikoverhalten zu ergründen ..... 105

**Geschichte** Jahrhundertelang wurden tote Kinder getauft – Ausgrabungen zeigen, wie verbreitet das Ritual war ... 106

**Kultur**

*Disneys Kotau vor China / Der neue Puritanismus bei Parfums* ..... 110

**Entertainment** Der erstaunliche Erfolg deutscher Serien ... 112

**Theater** Bestsellerautor Ferdinand von Schirach bringt »Gott« auf die Bühne ..... 116

**Genuss** Doris Dörrie im SPIEGEL-Gespräch über ihre Leidenschaft für das Essen 118

**Zeitgeist** Die populäre Historikerin Hedwig Richter verquickt alles mit allem ... 122

**Opernkritik** Marina Abramović inszeniert »7 Deaths of Maria Callas« ..... 123

**SPIEGEL-TV-Programm** ..... 37  
**Bestseller** ..... 115  
**Impressum, Leserservice** ... 124  
**Nachrufe** ..... 125  
**Personalien** ..... 126  
**Briefe** ..... 128  
**Hohlspiegel / Rückspiegel** ... 130

## Erklärt euch!

**Leitartikel** Die Regierung muss ihre Corona-Politik besser begründen. Sonst verspielt sie Vertrauen.

**S**ie kann es ja, wenn sie nur will, und am Mittwoch wollte sie. Da trat Angela Merkel vor die Presse, um sich zum Fall des vergifteten russischen Oppositionellen Alexej Nawalny zu erklären. Sie fand klare Worte an die russische Führung, sie wirkte motiviert, sie hatte ein Anliegen.

Leider sind Angela Merkels Worte selten so deutlich und bestimmt, in der Coronakrise war sie zuletzt fast verstummt. Nach einer Konferenz mit den Länderchefs trat sie kürzlich zwar vor die Mikrofone, auch auf ihrer Sommerpressekonferenz war Corona Thema, sie sprach über die jüngsten Beschlüsse, die sie mit ihnen getroffen hatte. »Wir werden noch längere Zeit mit diesem Virus leben müssen«, mahnte die Kanzlerin. »Es ist ernst, unverändert ernst. Nehmen Sie es auch weiterhin ernst.«

Reine Appelle aber genügen nicht, um politisches Handeln in der Coronakrise zu rechtfertigen. Die Politik muss sich noch besser erklären, sie muss immer wieder präzise belegen, warum sie wie entscheidet, sonst verspielt sie das Vertrauen der Menschen, das sie bislang noch besitzt. Die Zustimmungswerte für die Regierung sind nach wie vor hoch, aber sie sinken allmählich. Und Corona-Leugner wie rechte Verschwörungsgläubige fischen im Becken derjenigen, die sich zunehmend Fragen stellen. Es sind Fragen, die auf der Hand liegen: Bedeutet die steigende Zahl an Neuinfektionen der vergangenen Wochen tatsächlich eine stärkere Ausbreitung des Virus, oder wuchs sie nur, weil mehr getestet wurde, sich also das Dunkelfeld aufhellte? Warum sind die Todeszahlen gleichbleibend niedrig? Weil sich mehr junge Menschen infizieren, weil das Virus mutiert? Könnten die bestehenden Maßnahmen nicht noch weiter gelockert werden? Für viele geben weder Bundesregierung noch Länderchefs ausreichend, geschweige denn übereinstimmende Antworten.

Die erste akute Phase der Pandemie ist vorüber und damit auch die Zeit, in der die Politik einen Freifahrtschein hatte. Im Frühjahr konnte sie handeln, weil sie musste. Sie durfte die Freiheit ihrer Bürger einschränken, weil es um Leben und Tod ging.

Darum geht es noch immer, doch die Geschäftsgrundlage ist eine andere. Im Frühjahr war das erklärte Ziel aller Maßnahmen, das Gesundheitssystem vor einem Kollaps zu bewahren. Zustände wie in New York oder Bergamo sollten in Deutschland vermieden werden. Heute ist das

Gesundheitssystem meilenweit von einem Kollaps entfernt. Am Mittwoch lagen 228 Covid-19-Patienten auf der Intensivstation, es gibt mehr als 30 000 solcher Betten. Vor diesem Hintergrund sollte die Regierung besser erklären, was aktuell das vorrangige Ziel aller Corona-Maßnahmen ist. Immer noch die Verhinderung des Kollapses? Oder der Schutz möglichst vieler Bürger vor einer Erkrankung, die schlimme Langzeitfolgen haben kann? Man wüsste auch gern, warum Zuschauer in Theatern sitzen dürfen, nicht aber im Fußballstadion. Die Regierung muss immer wieder erklären, warum eine Corona-Infektion

etwas anderes als eine Grippe ist und das Virus auch für junge Menschen gefährlich sein kann. Diese Aufgabe hat die Politik delegiert, vor allem an die Wissenschaft. Der Virologe Christian Drosten leistet allein eine weit bessere Krisenkommunikation als die Kanzlerin und ihr Kabinett zusammen.

Es wiederholt sich ein Muster: Angela Merkel ist in akuten Krisen stark und hoch motiviert, wenn sie Entscheidungen im engen Kreis ihrer Vertrauten trifft. Sie verliert die Kraft, wenn sie ihre Politik längerfristig begründen, diskutieren und gesellschaftlich verankern muss. Das war in der Finanzkrise so, in der Flüchtlingskrise, jetzt auch bei Corona.

Dabei wäre es höchste Zeit für eine politische Zwischenbilanz: Was war richtig an der bisherigen Corona-Politik, was falsch, was war damals richtig, doch heute nicht mehr – und was heißt das für den Herbst, wenn die Lage brisanter wird? Gesundheitsminister Jens Spahn hat damit angefangen, als er sagte, mit dem Wissen von heute hätte der Lockdown nicht so drastisch ausfallen müssen. Er mag strategische Motive für diese Aussage haben, der Ansatz aber ist richtig: Die Bekämpfungsstrategie gehört überprüft. Auch mit Blick auf jene 28 Prozent der Bürger, denen die Corona-Politik laut ZDF-Politbarometer sogar zu lasch ist, die schärfere Maßnahmen verlangen.

Politik muss sich wieder mehr erklären und transparenter werden, im Bundestag, in Talkshows, Podcasts, in Pressekonferenzen, im Wahlkreis. Warum nicht wieder in einer Fernsehansprache an die Nation? Das Wort, das Argument, der Diskurs sind die stärksten Waffen der politischen Entscheider – auch gegen die reine Emotion, mit der die Schreihälse vom vergangenen Wochenende ihre Anhänger finden. Martin Knobbe



Henning Schacht / ddp / action press



**ikK** classic

# IHRE GESUNDHEIT. UNSER HANDWERK.

Die Krankenkasse,

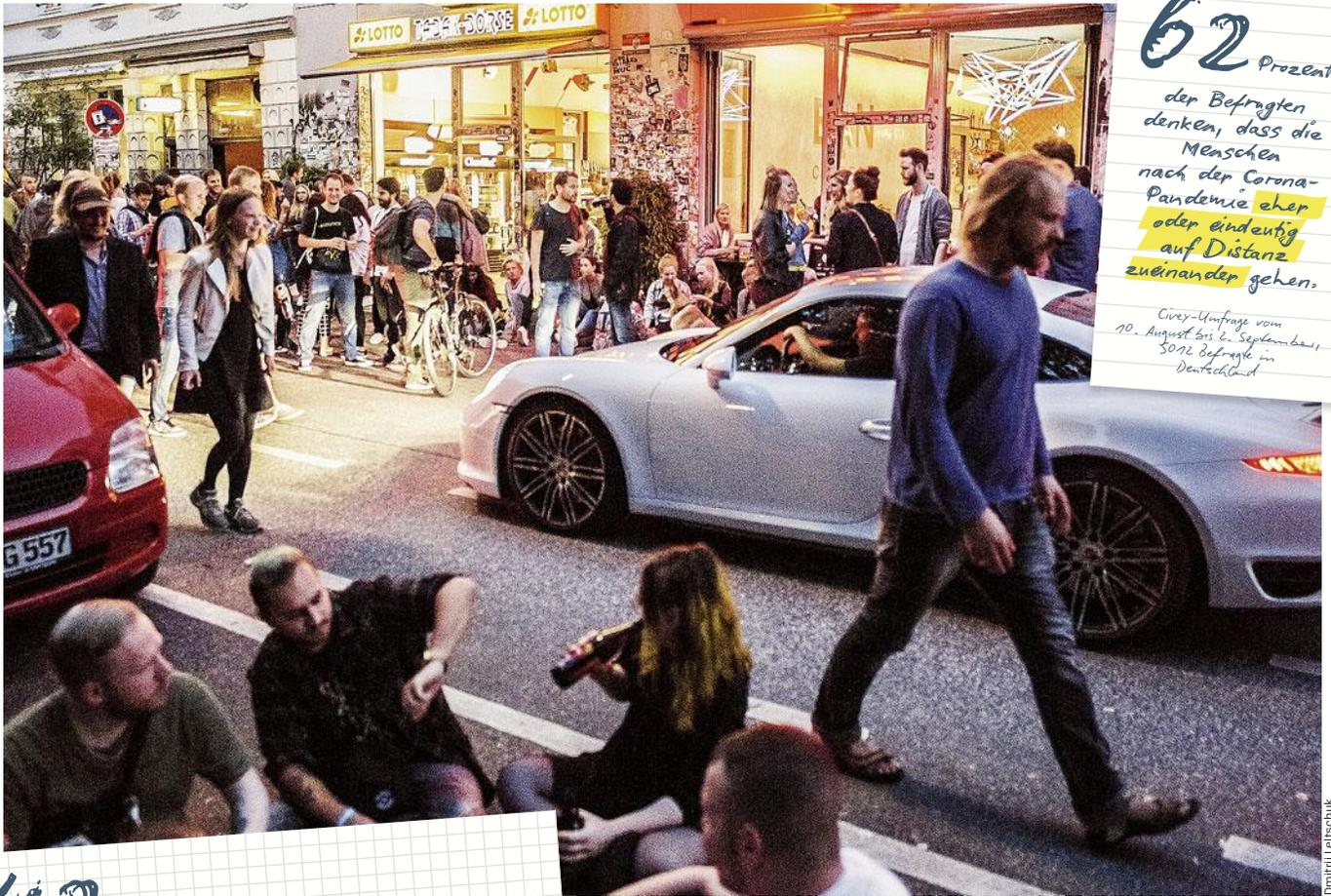
die für Sie anpackt.

FOCUS **MONEY**

**TOP**  
KRANKEN-  
KASSE

Ausgabe 07/2020

Deutschlands größter Krankenkassen-Vergleich



62 Prozent  
 der Befragten  
 denken, dass die  
 Menschen  
 nach der Corona-  
 Pandemie eher  
 oder eindeutig  
 auf Distanz  
 zueinander gehen.

Civey-Umfrage vom  
 10. August bis 2. September  
 5012 Befragte in  
 Deutschland

Dimitrij Leitischuk

42 Prozent  
 der Befragten, die in einer Wohnung wohnen,  
 haben seit der Corona-Pandemie den verstärkten  
 Wunsch, in ein Haus mit Garten zu ziehen.

Civey-Umfrage vom 10. August bis 2. September, 2505 Befragte in Deutschland



Philipp Schmitt / DER SPIEGEL

Feiernde im Hamburger Schanzenviertel 2017, Familie Thuma in Prasdorf: »Traum vom Leben auf dem Land«

# Trautes Heim, Job allein

**Gesellschaft** Corona verändert für immer, wie wir leben und arbeiten.

Das Homeoffice wälzt Unternehmen, Immobilienmärkte, Handel und Stadtplanung um.  
Droht ein neues Biedermeier?

**W**er hätte gedacht, dass es sich im Nirgendwo so gut arbeiten lässt: Prasdorf, ein 400-Einwohner-Dorf weit hinter Kiel, 20 Kilometer bis zur Ostsee, kein Bäcker, keine Tankstelle. Schön zum Urlauben, aber zum Leben, wenn der Job andert-halb Stunden entfernt in Hamburg ist? »Landleben war immer unser Traum, aber wir konnten es uns wegen der täglichen Pendelei nicht vorstellen«, sagt Sebastian Thuma, 35, Manager bei der Karriereplatt-form Xing. Dann kam Corona und das erzwungene Homeoffice.

Kurz vor dem Beginn der landesweiten Ausgangsbeschränkungen hatten sich Thuma und seine Frau Viola in ein Ferienhaus in Prasdorf zurückgezogen, weil sie ihrer kleinen Hamburger Stadtwohnung entfliehen wollten. Für ein paar Tage. Sie blieben zwei Monate. Einer von beiden spielte mit dem zweijährigen Sohn im Garten, während der andere auf der Terrasse arbeitete. Im August haben sie das Haus gekauft.

Schon bald wollen die Thumas ganz nach Prasdorf ziehen: »Wir haben es auch Corona zu verdanken, dass unser Traum vom Leben auf dem Land nun wahr wird«, sagt Viola Thuma, 37, selbstständige Unternehmensberaterin. »Homeoffice ist die neue Normalität«, sagt ihr Mann. Wenn man ohnehin nur zweimal die Woche ins Büro will, lässt sich die lange Autofahrt nach Hamburg ertragen.

Früher, sagt Sebastian Thuma, sei er meist von morgens bis abends in der Firma gewesen, sein Kind habe er kaum sehen können. Ihm habe es im Homeoffice gefallen, den Sohn in den Arbeitsalltag zu integrieren. Und in Videokonferenzen auch mal die Kinder seiner Kollegen zu sehen. »Corona hat mir gezeigt, dass sich das Familienleben auf dem Land mit dem Job wunderbar kombinieren lässt.«

So geht es vielen Menschen quer durchs Land: Die Coronakrise verändert rasant und radikal, wie wir arbeiten, und damit auch, wie wir leben und wohnen, wie wir shoppen und uns fortbewegen. Die Monate des Lockdowns haben viele festgefügte Rituale aufgebrochen und ungeklärte Fragen hochgespült: zur Organisation von Familie, zur Work-Life-Balance und zu flexibleren Lebensmodellen.

»Wir erleben ein großflächiges, bundesweites Experiment der Digitalisierung von

Arbeit, dessen Veränderungsgeschwindigkeit bis vor Kurzem undenkbar erschien«, sagt Josephine Hofmann. Sie leitet ein Forscherteam am Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation und beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit Fragen rund um die Arbeit. Die Zeit der traditionellen Fünf-Tage-Bürowoche ist demnach vorbei. »Ein zurück auf null kann es nicht geben«, sagt Hofmann.

Fast drei Viertel der Erwerbstätigen können sich vorstellen, auch nach der Pandemie häufiger von zu Hause zu arbeiten, so eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag des SPIEGEL. Schon vor Corona wünschte sich knapp jeder Zweite, dass die Option gesetzlich garantiert wird, so eine Bitkom-Studie.

Und eine SPIEGEL-Erhebung bei den Dax-Unternehmen zeigt: Fast alle führenden deutschen Konzerne entwickeln Konzepte, wie ihre Mitarbeiter dauerhaft mehrere Tage pro Woche von zu Hause aus arbeiten können – und wie Büros künf-

tig mehr Begegnungs- als Arbeitsstätte werden.

Damit verliert schlagartig an Bedeutung, was über Jahrzehnte das Herzstück des industriellen Gesellschaftsmodells war: der Arbeitsplatz als Zentrum des Alltags. An dem wir 40, 50 Stunden pro Woche verbringen, in dessen Umgebung wir einkaufen, weil Boutique und Supermarkt auf dem Heimweg vom Büro liegen. Der bestimmt, wo und wie wir wohnen, weil die Anfahrt nicht zu weit sein darf. Wie viel Zeit wir im Auto, in der Bahn oder auf dem Fahrrad verbringen, um morgens und abends hin- und zurückzukommen. In welchem Fitnessstudio wir Mitglied sind, weil eine halbe Stunde Sport gerade in die Mittagspause passt.

Es geht dabei nicht bloß um individuelle Entscheidungen: Der familiäre Zusammenhalt, die Kindererziehung, das soziale Geflecht im Land werden sich verändern. Corona ist der Katalysator für eine gesellschaftliche Revolution.

Noch lassen sich die Folgen nur erahnen, aber dass sie groß und grundsätzlich sein werden, das ist absehbar. Der Handel wird sich noch schneller wandeln, weil Onlinebestellungen weiter zunehmen und Einkaufsstraßen noch stärker an Bedeutung verlieren. Städte werden sich neu erfinden müssen, denn das Leben verlagert sich raus aus den Bürovierteln in Wohn-gegenden, in Vororte, aufs Land. Der Immobilienmarkt gerät in Bewegung, weil Unternehmen weniger Büroflächen brauchen. Und der Run aufs Häuschen mit Garten wird zunehmen, denn wer zu Hause arbeitet, braucht mehr Platz. Schon jetzt explodieren die Immobilienpreise in den Randlagen einiger Metropolen.

Vielleicht bringen die neuen Arbeitsmodelle auch alte, ja veraltete Lebensmodelle zurück. Von zu Hause zu arbeiten könnte Frauen wieder stärker in traditionelle Rollenmuster drängen, in Haushalt und Kindererziehung. Die Sehnsucht nach einem Rückzug in die eigenen vier Wände in einer zunehmend unsicher erscheinenden Welt klingt verdächtig nach einem neuen Biedermeier. Andererseits könnten Väter mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen als bislang, Paare sich die Hausarbeit besser teilen.

Und was ist mit den Millionen Arbeitnehmern, für die Homeoffice nicht infrage

## Endlich Ruhe

»Welche positiven Erfahrungen nehmen Sie aus der Zeit der Corona-Einschränkungen mit?«

### Alltag wurde entschleunigt

Konzentration auf das Wichtige im Leben

31,2

Habe einen anderen Blick auf die Gesellschaft

27,6

Konnte mehr Zeit mit der Familie verbringen

22,1

Habe lange aufgeschobene Dinge erledigt

21,6

Habe alte Leidenschaften wiederentdeckt

7,2

Neue Hobbys und Interessen

6,5

### Hatte keine positiven Erfahrungen

26,8

Civey-Umfrage vom 20. Juli bis 31. August, 5006 Befragte in Deutschland, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent

DER SPIEGEL

kommt: Supermarktkassierer und -kassiererinnen, Ärzte, Klempner, Bandarbeiter? Nur etwas mehr als die Hälfte der Deutschen kann tatsächlich von zu Hause tätig sein – und das sind meist die Besserverdiener. Das Ende der alten Arbeitswelt dürfte zugleich neue Gerechtigkeitsdebatten entfachen.

**Nur noch montags, mittwochs, freitags ins Büro: Wie Firmen die neue Ära vorbereiten**

Der Softwareriese SAP hat ein schönes Hauptquartier am Rande von Walldorf, einer Kleinstadt zwischen Rhein und Neckar, mit Großbildschirmen auf dem Dach und Schaukelstühlen in den Besprechungsräumen. Der Blick geht auf Wald und Felder, und in den jährlichen Umfragen betonten Mitarbeiter immer wieder, wie wohl sie sich hier fühlten.

Am 12. März verbannte der Konzern von heute auf morgen alle Mitarbeiter aus den Büros. Viele wollen nun nicht mehr zurück. Auch nicht nach Corona.

Gerade mal 2000 der knapp 22 000 SAP-Mitarbeiter in Deutschland sind derzeit wieder regelmäßig in ihrem Büro. Nach dem Ende der Krise werden es sicher mehr werden, aber »in einer neuen Mischung«, sagt der Personalchef von SAP in Deutschland, Cawa Younosi. Ein paar Tage Büro, ein paar Tage mobiles Arbeiten, ob zu Hause, im Café oder im Park. »Wir werden ein ganz anderes Arbeitsverständnis entwickeln«, sagt Younosi.

Die vergangenen Monate waren ein globales Brachialexperiment in neuer Erwerbskultur. Wer nicht unbedingt am Arbeitsplatz sein musste, blieb daheim. In 70 Prozent der Firmen aus dem verarbeitenden Gewerbe werkten die Beschäftigten zeitweilig von daheim. Fast jedes Unternehmen, egal ob Milliardenkonzern oder Minibetrieb, musste im Crashkurs lernen zu funktionieren, wenn große Teile der Belegschaft dauerhaft abwesend sind.

SAP war besser vorbereitet als andere, schon vor der Coronakrise arbeiteten die Angestellten im Schnitt die Hälfte der Woche mobil. »Es kommt auf das Ergebnis an, nicht auf die Präsenz«, sagt Younosi. Wohl wissend, dass ihm bis vor wenigen Wochen nur wenige andere Personalchefs zugestimmt hätten.

Anwesenheit spielt in der deutschen Unternehmenskultur traditionell eine große Rolle. Wer als Letzter das Licht ausmacht, hat gewonnen. Den Führungskräften geht es dabei vor allem um Kontrolle: Wie soll man wissen, ob die Mitarbeiter zu Hause nicht den halben Tag faulenzten? Anderen ist das Risiko zu groß, dass die Produktivität zwischen Kind und Kühlschrank sinkt.

Aus dem Homeoffice arbeitete vielerorts also nur, wer krank war. Oft existierte nicht mal die IT, um mobiles Arbeiten en masse zu ermöglichen.

So wie beim Maschinenbauer Scheuengpflug im niederbayerischen Neustadt an der Donau. Ein erfolgreicher Mittelständler, traditionsbewusst, die meisten Kollegen sind in der Produktion tätig. Als der Lockdown über das Land fiel, mussten zunächst eine Stabsabteilung gebildet, die IT ausgebaut und neue Arbeitsabläufe geschaffen werden. Notgedrungen, in Windeseile. »Wir waren gespannt, ob ein effizientes Arbeiten auf diese Weise möglich ist«, sagt Johann Gerneth, für Vertrieb und Entwicklung zuständig.

Für die meisten Unternehmen schien im Frühjahr noch klar: Sobald die Pandemie sich beruhigt, geht es zurück zu den alten Strukturen – Büro von 9 bis 17 Uhr, fünf Tage die Woche. Ein halbes Jahr später haben alle dazugelernt. Die Coronakrise sorgt für den wohl schnellsten grundsätzlichen Wandel der Arbeitskultur seit Beginn der Industrialisierung.

73 Prozent der Unternehmen, die während der Pandemie verstärkt auf das Arbeiten von zu Hause gesetzt haben, wollen dies auch in Zukunft tun. Das ergab eine Umfrage des Münchner Ifo-Instituts für die Zeitarbeitsfirma Randstad bei 800 Personalleitern. 64 Prozent der Unternehmen wollen künftig Besprechungen häufiger online durchführen und 61 Prozent Dienstreisen dauerhaft einschränken.

Ähnliche Ergebnisse lieferte eine Studie des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation, durchgeführt gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Personalführung. Dafür wurden im Mai knapp 500 Unternehmen verschiede-

ner Branchen und Größen befragt. Rund 90 Prozent stimmten der Aussage zu, Homeoffice in größerem Umfang umsetzen zu können als zuvor, ohne dass daraus Nachteile für den Betrieb resultierten. Selbst bei Firmen, die bisher eher skeptisch waren, soll die neue Freiheit Einzug halten.

Auch bei dem Maschinenbauer Scheuengpflug werden Bildschirme weiterhin geteilt und »Geschäftsreisen deutlich weniger stattfinden«, sagt Manager Gerneth. Während früher Kunden aus der ganzen Welt anreisten, um Produkte und Neuerungen in Augenschein zu nehmen, werden Meetings nun wenn möglich virtuell abgehalten. Beide Seiten sparen dadurch Geld. »Ich hätte mir nie vorstellen können, dass ein Großteil von zu Hause arbeitet und das Unternehmen trotzdem so gut funktioniert«, sagt Gerneth.

Nicht nur gut, sondern teils sogar besser. Laut einer Studie der DAK fühlten sich viele Menschen in den Monaten im Homeoffice deutlich weniger gestresst im Job und zufriedener. Eine große Mehrheit gab an, dass sie daheim produktiver ist als am herkömmlichen Arbeitsplatz. Besonders Pendler freuen sich, dass der tägliche Fahrtweg wegfällt.

Die Zeiterparnis kommt den Unternehmen zugute: Die Menschen arbeiten im Homeoffice offenbar deutlich länger als zuvor im Büro, im Schnitt 48,5 Minuten mehr pro Tag, so eine Studie von Forschern der Harvard Business School und New York University. Dazu wurde die erfasste Arbeit von 3,1 Millionen Menschen und rund 21 000 Firmen in 16 verschiedenen Städten in Nordamerika, Europa und im Nahen Osten ausgewertet.

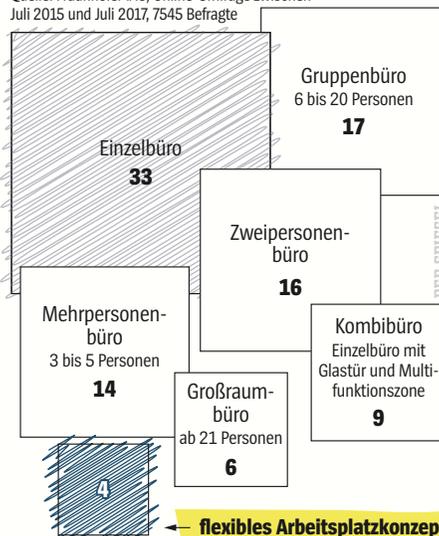
Deutschlands führende Unternehmen beurteilen die in den vergangenen Monaten gemachten Erfahrungen fast durchgängig positiv. Das zeigt die SPIEGEL-Umfrage bei den Dax-Konzernen. Und so werden in Personalabteilungen und Management bereits Pläne für eine dauerhaft veränderte Arbeitswelt entwickelt.

Der Kosmetikkonzern Beiersdorf hat seine »IT-Kapazitäten signifikant ausgebaut«, damit die Belegschaft fortan regelmäßig aus dem Homeoffice arbeiten kann. Bei der Deutschen Bank werden Verträge und andere Dokumente zunehmend digital unterzeichnet. Beim Wohnungsriesen Vonovia haben sich die Zugänge zu Online-Arbeitsinstrumenten verzwanzigfacht. Beim Chemiekonzern Bayer finden täglich mehr als 130 000 Videokonferenzen statt. Führungskräfte des Energiekonzerns E.on werden für Onlinemeetings sogar »mittels modernster Camera-tracking-Technologie« in ein »virtuelles, dreidimensionales Studio« versetzt. Das sieht so aus, als säßen alle so nah beieinander wie früher.

**Feste Arbeitsplätze**

In welchen Büroformen in Deutschland bisher gearbeitet wird, Angaben in Prozent

Quelle: Fraunhofer IAO, Online-Umfrage zwischen Juli 2015 und Juli 2017, 7545 Befragte





Tim Wehner

**73 Prozent**  
 der Unternehmen, die während der Pandemie verstärkt auf das Arbeiten von zu Hause gesetzt haben, wollen das auch in Zukunft tun.  
Randstad-Ifo-Umfrage im 2. Quartal 2020 unter 800 Personalleitern in Deutschland



Jannis Chavakis / KNA

**SAP-Mitarbeiter in Walldorf 2019, Mutter im Homeoffice:** »Ganz anderes Arbeitsverständnis«

Bei Siemens soll mobile Arbeit künftig zur »neuen Normalität« werden. Mehr als ein Drittel der knapp 400 000 Beschäftigten soll im Schnitt zwei bis drei Tage die Woche mobil arbeiten können. Die Deutsche Telekom hat gerade mit Betriebsräten und Gewerkschaften vereinbart, dass für die Belegschaft ihrer Servicecenter regelmäßiges Arbeiten im Homeoffice »im Rahmen betrieblicher Notwendigkeiten auch dauerhaft möglich sein wird«. Eintägige Geschäftsreisen sollen dagegen möglichst vermieden werden. Und bei Infineon wird eine »New Work«-Arbeitsgruppe die Erfahrungen der vergangenen Monate auswerten und ein Konzept für eine neue Form der Zusammenarbeit entwickeln.

Selbst Experten sind überrascht, in welchem Tempo sich die tradierten Erwerbsformen plötzlich wandeln. Dabei ist nicht

erst seit Corona bekannt, dass das Homeoffice Vorteile für alle bietet. »Arbeitnehmer sind produktiver und glücklicher, Unternehmen machen mehr Profite, die Gesellschaft gewinnt durch weniger Verkehr und weniger Umweltverschmutzung«, sagt Nicholas Bloom. Der Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Stanford University gehört zu den weltweit führenden Experten beim Thema mobiles Arbeiten.

»Die Präsenzpflicht ist eine überholte Tradition, die aus den Anfängen der industriellen Revolution stammt«, sagt Bloom. »Wir wissen schon lange, dass solche starren Regeln Arbeitnehmern und Arbeitgebern schaden.« Seit Jahren führt er Studien durch, die das belegen. Wie diese bei einem chinesischen Reisekonzern: 1000 Mitarbeiter wurden zufällig ausgewählt, für neun Monate an vier von

fünf Wochentagen von zu Hause aus zu arbeiten. Im Vergleich zu ihren Kollegen waren die Heimarbeiter um 13 Prozent produktiver. Das Experiment war so erfolgreich, dass der Konzern das Homeoffice als Option für alle einführte.

Warum aber hat sich mobiles Arbeiten dann nicht längst etabliert? »Weil es ungeheuer schwer ist, gesellschaftsweite Veränderungen auf einen Schlag durchzusetzen«, sagt Bloom. Dazu brauche es einen Katalysator – wie die Corona-Pandemie.

Allerdings erfordert auch das Homeoffice Struktur, wie Blooms Studien zeigen: Die Beschäftigten des chinesischen Reisekonzerns durften nur zu Hause arbeiten, wenn sie dort einen eigens eingerichteten Arbeitsplatz hatten, an dem sie nicht gestört wurden.

In der Coronakrise haben viele Heimarbeiter anderes erlebt. Mit dem Laptop auf dem Schoß an der Bettkante sitzend, dazwischen sprangen die Kinder herum, oft telefonierte der Lebenspartner noch im selben Zimmer. Kontraproduktiv sei das, sagt Bloom. »Wenn wir alle so von zu Hause arbeiten, würde die globale Produktivität abstürzen.« Denn die Vorteile des Homeoffice liegen gerade darin, dass daheim fokussierter und konzentrierter gearbeitet werden kann, weil nicht alle 20 Minuten der Büronachbar auf ein Schwätzchen vorbeikommt, das Telefon ständig klingelt oder der halbe Tag im Konferenzraum verbracht wird.

Allerdings hat die stille, konzentrierte Arbeit auch Nachteile: »Kreativ und innovativ ist man dabei nicht, dazu braucht es direkten Austausch, Kollaboration, Face-to-Face-Meetings mit Kollegen«, sagt Bloom. Seine bisherigen Forschungsergebnisse zeigen, dass die effizienteste Arbeitswoche so aussieht: Montag, Mittwoch, Freitag im Büro, Dienstag und Donnerstag zu Hause.

»Wir sind soziale Wesen, es würde mich wundern, wenn jemand, der sich im Team wohlfühlt, künftig komplett zu Hause bleibt«, bestätigt SAP-Personalchef Younosi. Er glaubt, dass dem Arbeitsplatz in der Firma eine neue Rolle zukomme. In Zukunft soll das Büro bei SAP ein »Erlebnisbereich« sein, der dem sozialen Austausch, dem Aufbau von Netzwerken und der Teamarbeit dient.

Viele Dax-Konzerne denken ganz ähnlich. Im Bayer-Hauptquartier in Leverkusen wird derzeit eine Bürofläche zur »Begegnungsstätte« umgestaltet. Die Idee: »Im Büro werden gemeinsam komplexe Sachverhalte bearbeitet sowie Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen geknüpft und gestärkt. Individuelle Tätigkeiten wiederum könnten künftig vermehrt

von zu Hause erledigt werden«, heißt es bei Bayer.

Bei der Allianz, wo derzeit 75 Prozent der Belegschaft daheim arbeiten, werden die Flächen ebenfalls angepasst. Sie werden zu »Videokonferenzräumen, Think Cells, Räumen für agiles Arbeiten«.

Und was geschieht mit den dann frei werdenden, ungenutzten Räumen? »Nichts ist unmotivierender als leere Büros«, sagt Younosi. Wo es Sinn ergebe, werde man natürlich Flächen reduzieren.

### Das große Bürosterben: Was passiert mit den leeren Hauptquartieren?

Eine Faustformel von Immobilienexperten besagt: 20 Prozent mehr Heimarbeit bedeuten 10 Prozent weniger Büroflächenbedarf. Beginnt jetzt also das große Bürosterben?

Zehn Jahre lang ging es mit dem Bedarf in Deutschland bergauf, niedrige Zinsen und anhaltendes Wachstum ließen die Nachfrage stetig wachsen. Die Mieten kletterten um rund ein Drittel, die Makler waren gut beschäftigt – bis zum März dieses Jahres. Zwischen April und Juni brach ihr Geschäft ein, der Umsatz halbierte sich gegenüber dem Vorjahresquartal. Viele Unternehmen haben geplante Mietvorhaben auf Eis gelegt und die Krise zum Anlass genommen, ihren Flächenbedarf grundsätzlich zu überprüfen.

Im Frankfurter Westend reckt sich das Trianon 186 Meter in die Höhe, ein Wolkenkratzer in Dreiecksform mit 47 Etagen. An der Spitze des Glitzerturms leuchtet rot »Deka« in riesigen Buchstaben. Aber nicht mehr lange. Die Wertpapierbank der Sparkassen-Gruppe, lange Hauptmieter des Gebäudes, zieht aus. Sie will sich verkleinern. Das Finanzinstitut wird zwei neue Standorte in der Stadt beziehen. Die Räume sollen flexibler nutzbar sein, ohne feste Schreibtischbelegung. Und natürlich billiger.

Vor der Pandemie nutzten 5 bis 10 Prozent der Deka-Beschäftigten die Möglichkeit, zu Hause zu arbeiten. Dieser Anteil werde auf 25 bis 30 Prozent steigen, schätzt das Unternehmen – entsprechend weniger Bürofläche wird benötigt.

Die Ironie: Die DekaBank liefert damit selbst den Beweis, welcher Gefahr ihr Geschäftsmodell ausgesetzt ist. Das Frankfurter Institut gehört über seine Fonds zu den großen Gewerbeimmobilienvermietern und Fondsanbietern in Deutschland. Allein 17 Milliarden Euro haben Anleger in den Fonds »Deka-Immobilien-Europa« investiert, fast zwei Drittel des Vermögens stecken in Bürohäusern. Was,



imgago images

4,7 Prozent  
spart man beim Kauf  
eines Einfamilien-  
hauses im 60-Minuten-  
Umkreis von Berlin  
gegenüber einer  
Immobilie im  
direkten Stadtgebiet\*.

\* Median im 2. Halbjahr 2019  
und 1. Halbjahr 2020  
Quelle: Immovolt



Respace concepts

Pendler in Hamburg, Co-Worker auf Gut Mechow: »Warum soll ich in die Stadt fahren?«

wenn die Mieter dort agieren wie die DekaBank und auf teuren Büroraum lieber verzichten?

Für die Corona-gebeutelten Firmen bietet das Homeoffice willkommenes Sparpotenzial. In vielen Unternehmensbilanzen ist der Bürounterhalt der zweitgrößte Kostenblock nach den Personalausgaben. Gut 21 Euro Miete zahlt eine Firma im Schnitt pro Quadratmeter in einer deutschen Metropole. Jeder einzelne Mitarbeiter beansprucht 23 Quadratmeter, Flur, Bad, Konferenzräume und Lobby eingerechnet. Das macht monatlich fast 500 Euro pro Arbeitsplatz, 6000 pro Jahr.

Selbst bei einem Konjunkturboom werde dieser Immobiliensektor nicht zu alter Stärke zurückfinden, prognostiziert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Die Experten erwarten einen »gravierenden

Abschwung auf dem Büromarkt«. Die Mieten würden drastisch sinken, in Berlin in diesem Jahr um ein Fünftel. Folglich fallen auch die Kaufpreise, sie kommen voraussichtlich sogar noch stärker unter Druck. In den sieben größten deutschen Städten werden sie in diesem Jahr laut IW-Prognose zwischen 22 Prozent (Hamburg) und 35 Prozent (Berlin) nachgeben.

In vielen Innenstädten würden größere Arbeitsflächen entbehrlich, erwartet IW-Ökonom Michael Voigtländer. Zumal der Strukturwandel voll durchschlage: Mit der Digitalisierung fielen zahlreiche einfache Tätigkeiten weg, im Rechnungswesen oder der Kreditbearbeitung etwa. Voigtländers Prognose: »Der Büroturm hat womöglich ausgedient.«

Nicht alle Fachleute sehen die Zukunft so pessimistisch. Wolfgang Schneider, Analysechef bei BNP Paribas Real Estate

Deutschland, erinnert daran, dass die Büroleerstandsquote so niedrig liege wie nie zuvor. Eine etwas höhere Rate bedeute zunächst einmal eine Rückkehr auf Normalniveau.

Die Büroflächen in Wohnraum zu verwandeln ist für Eigentümer bislang keine attraktive Option. Die Objekte verlören an Wert, weil die Quadratmeterpreise für Wohnungen deutlich niedriger liegen.

Wie eine Alternative aussehen könnte, testet der Ludwigshafener Chemiekonzern BASF gerade. »1000 Satellites«, ein Start-up-Team aus dem BASF-eigenen Gründerzentrum »Chemovator«, hat dafür ein Konzept entwickelt. Wer bisher regelmäßig in die Zentrale pendelte, soll nun in Satellitenbüros arbeiten dürfen, die täglich rund um die Uhr geöffnet sind. Drei solcher Co-Working-Flächen in Mannheim, Ludwigshafen und Neustadt sind bereits eröffnet, 17 weitere Standorte in der Rhein-Neckar-Region werden geprüft. Und kommen dürfen nicht nur BASF-Angestellte, sondern auch Firmenfremde – gegen Geld natürlich.

Solche neuen Konzepte boomen. Die Anzahl der Co-Working-Spaces in Deutschland hat sich seit Anfang 2018 vervierfacht auf fast 1300. Sie bieten meist einen gut ausgestatteten Arbeitsplatz, aber auch Veranstaltungen, Netzwerke und die Möglichkeit, mit Menschen aus anderen Branchen ins Gespräch zu kommen.

Bislang richtete sich das Angebot vor allem an Freiberufler in den Metropolen. Corona macht das Konzept auch außerhalb der Großstädte attraktiv. »Es muss nicht mehr diese scharfen Stadt-Land-Gegensätze geben«, sagt Ulrich Bähr. Er arbeitet für die Heinrich-Böll-Stiftung in Schleswig-Holstein und ist Erfinder des CoWorkLand, einer Genossenschaft, zu deren Netzwerk mittlerweile 30 Standorte in Kleinstädten und ländlichen Regionen gehören.

Im neuesten Gemeinschaftsbüro riecht es nach Pferd. Umringt von Seen stehen im Nirgendwo zwischen Hamburg und Lübeck zwei portable Minihäuser mit Büroausstattung, einer überdachten Terrasse und Sitzgelegenheiten auf der Wiese. Elisabeth Predel, 24, sitzt vor ihrem Laptop, nebenan die Pferdekoppel.

»Warum soll ich in die Stadt fahren, wenn ich hier gut arbeiten kann?«, sagt Predel. Sie studiert Immobilienmanagement, jobbt nebenher in der Ferienhausvermietung und reitet gern, gelungene Work-Life-Balance. Gut Mechow ist eigentlich ein Pferdegut, aber Predel kann sich vorstellen, ihre Aufgaben regelmäßig von hier aus zu erledigen: »Das Internet ist schnell und stabil.«

Funktionierende Infrastruktur ist die wichtigste Voraussetzung, damit es mit dem mobilen Arbeiten klappt. Wer sich

nicht in die Videokonferenz einwählen kann oder aus dem sicheren Firmennetzwerk ausgesperrt bleibt, muss eben doch ins Büro. Der schleppende Breitbandausbau in Deutschland könnte da noch zu einem drängenden Problem werden.

Vor allem wenn Visionen wie die von Bähr Realität werden sollen: Dass es in Deutschland irgendwann so viele Co-Working-Spaces auf dem Land gibt, dass niemand länger als 15 Minuten zu einem Gemeinschaftsarbeitsplatz braucht. Wem das Homeoffice zu einsam ist, der müsste dann trotzdem nicht in die Stadt pendeln. Unternehmen könnten Plätze für ihre Mitarbeiter kaufen und ihnen so Alternativen zum Büro in der Zentrale bieten. Stadtflüchtlinge fänden Anschluss und müssten das Gefühl urbanen Arbeitens nicht komplett aufgeben.

### Homeoffice nur für Besserverdiener: Weshalb eine neue Gerechtigkeitsdebatte droht

Familie Voß will raus aus ihrer Kölner Eigentumswohnung. Drei Zimmer, 100 Quadratmeter, Maisonette. Ausreichend für zwei Erwachsene und zwei Kinder, früher. Seit der Coronakrise ist es zu eng geworden. Der Schreibtisch steht provisorisch im Schlafzimmer, direkt neben dem Bett.

In Zukunft wollen beide Eltern häufiger von zu Hause aus arbeiten, sagt Anneke Voß. Da braucht es ein eigenes Büro, mit

richtigem Arbeitsplatz. Irgendwann brauchen sicher auch die Kinder eigene Zimmer. Ein Haus mit Garten soll es sein, fünf Zimmer, Garage, gern unterkellert. In ihrer jetzigen Gegend, nahe der Innenstadt, ist das unerschwinglich.

Eigentlich würde Anneke Voß gern in Köln bleiben: all die netten Cafés, die Restaurants, die Freunde. Aber »die Bereitschaft, so richtig rauszuziehen, ist deutlich gestiegen«, sagt sie. Es gebe kaum passende und erschwingliche Angebote in Köln. Deshalb sucht Familie Voß nun draußen, 30 Kilometer entfernt, vielleicht sogar noch weiter.

Der Trend, die Großstädte zu verlassen, ist nicht neu. Seit 2014 ziehen laut einer IW-Studie mehr Menschen aus den Städten hinaus als hineinziehen. Schuld sind die hohen Wohnkosten und das knappe Angebot.

Die Coronakrise verstärkt diese Entwicklung. So wie der Kölner Familie Voß geht es vielen. Eine Wohnung am Stadtrand oder ganz im Grünen scheint attraktiver als das Leben in der verdichteten City. Erst recht, wenn die Eltern regelmäßig daheim arbeiten. Über 40 Prozent der Menschen, die in einer Wohnung leben, haben seit Beginn der Pandemie mehr als zuvor den Wunsch, in ein Haus mit Garten zu ziehen, ermittelte das Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag des SPIEGEL. Das Wohnen und damit der Immobilienmarkt werden sich grundlegend wandeln.

Mit einer neuen Landlust habe das wenig zu tun, sagt Ralph Henger, Ökonom für Wohnungspolitik und Immobilienökonomie am IW in Köln. »Rausdrängen« trefte es besser: Wegen des Platzproblems halten es vor allem Familien in den Großstädten oft nicht mehr aus. Vor 10 bis 15 Jahren habe man sich in den Metropolen noch vergrößern können. »Das ist heute quasi unmöglich«, sagt Henger.

Er prognostiziert nicht nur einen Boom des Speckgürtels, sondern auch einen wachsenden Speckgürtelkranz um die Städte herum. Arbeitnehmer, die seltener ins Büro pendelten, nähmen weitere Strecken in Kauf.

Logisch: Wer fünf Tage die Woche in der Stadt arbeitet, sucht eine möglichst zentrale, wenigstens am Stadtrand gelegene Wohnung. Wer nur einen Tag im Büro und vier Tage zu Hause verbringt, fährt auch hundert Kilometer. Kleinere Städte in der weiteren Umgebung der Metropolen dürften daher beliebter werden, Orte mit 30 000 bis 40 000 Einwohnern. Oder weniger.

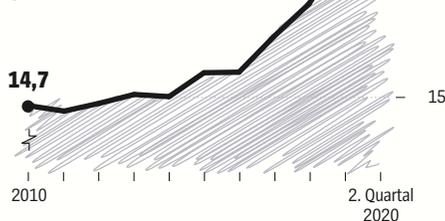
Borkwalde liegt gut eine Autostunde südwestlich von Berlin, eine Waldsiedlung mit etwa 500 Häusern, viele im bunten Schwedenlook. Die Gemeinde wächst rasant, innerhalb eines Jahres seien 47 Neubauten entstanden, berichtet Bürgermeis-

### Ende des Booms

Entwicklung der Durchschnittsmieten auf dem Büromarkt\*, pro Monat in Euro je Quadratmeter

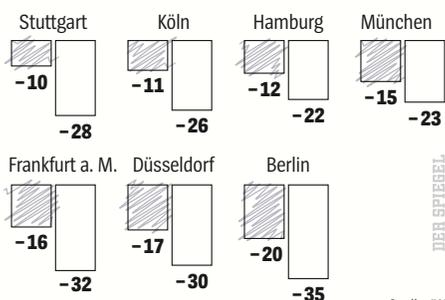
Bis zur Corona-Pandemie ...

\* in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, München  
Quelle: JLL



... und danach

Um so viel Prozent könnten die Mieten und Preise für Büroimmobilien 2020 aufgrund der Pandemie sinken



Quelle: IW

**Arbeitnehmer** Viele schätzen die Flexibilität und Freiheit im Homeoffice, doch auch hier gibt es feste Regeln – und offene Fragen.

## Wie läuft's daheim?

### Wer entscheidet, wo gearbeitet wird?

Anders als etwa in den Niederlanden, wo es bereits seit 2015 einen Rechtsanspruch auf Homeoffice gibt, entscheidet in Deutschland der Arbeitgeber, ob Angestellte von zu Hause aus arbeiten dürfen. Zwar wird das »Recht auf Homeoffice« auch hierzulande diskutiert, ein Gesetz gibt es derzeit aber nicht. In etlichen Unternehmen regeln Betriebsvereinbarungen, wer wie viel außerhalb des Büros arbeiten darf. Der Arbeitgeber darf Angestellte nicht einfach zwangsweise ins Homeoffice schicken – weil er nicht über deren privaten Wohnraum verfügen darf. Die Unverletzlichkeit der eigenen Wohnung ist sogar in Artikel 13 des Grundgesetzes verankert. Eine Regelung im individuellen Arbeitsvertrag kann festlegen, wann und wo gearbeitet werden soll. Allerdings gilt auch hier das Arbeitszeitgesetz. Es schreibt Höchst-arbeitszeit und Ruhezeiten vor. Ob zu Hause oder im Büro, niemand darf ohne Pause länger als sechs Stunden am Stück arbeiten oder im Schnitt dauerhaft mehr als acht, in Ausnahmefällen zehn Stunden täglich. Um Konflikte oder eine ständige Abrufbereitschaft zu vermeiden, sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer feste Zeiten für die Erreichbarkeit verabreden und die Art der Zeiterfassung regeln, etwa durch eine Vereinbarung zur Vertrauensarbeitszeit.

### Ist man daheim versichert?

Das Homeoffice kann ein gefährlicher Ort sein. Die gesetzliche Unfallversicherung greift hier viel seltener als beim Arbeiten in der Firma. Sie haftet nur bei beruflichen Tätigkeiten. Das hat weitreichende Folgen, die oft die Gerichte beschäftigen. Wer in der Firma zur Toilette geht, ist auf dem Weg gesetzlich unfallversichert; wer zu Hause zum WC muss, nicht. Bei einem Sturz auf dem Weg zur Betriebskantine ist man versichert, beim Gang vom Schreibtisch in die heimische Küche nicht. Dort muss die eigene Krankenversicherung zahlen.



**Heimarbeiter in Berlin-Kreuzberg:** Präsenztage sorgfältig planen

Vorsicht ist auch geboten, wenn man vor der Arbeit noch das Kind zur Kita bringen muss: Auf dem Weg in die Firma ist man dabei gesetzlich unfallversichert; wenn man zu Hause arbeitet und auf dem Rückweg von der Kita ausrutscht, nicht. Wer zu Hause arbeitet, trägt also viele Risiken selbst.

### Wer zahlt die Ausstattung?

Auch wenn derzeit viel von Homeoffice die Rede ist, rechtlich ist die Bezeichnung in den meisten Fällen nicht korrekt: Denn Homeoffice, auch Telearbeit genannt, muss im Arbeitsvertrag oder einer betrieblichen Vereinbarung geregelt sein. Dann greift die Arbeitsstättenverordnung. Das heißt, der Arbeitgeber ist für die komplette Ausstattung des Arbeitsplatzes verantwortlich. Viele Firmen entscheiden sich deshalb lieber für »mobiles Arbeiten«: Dabei kann der Mitarbeiter einen Teil seiner Arbeit etwa per Laptop von einem Ort seiner Wahl aus erledigen. Zwar greift hier, wenn auch eingeschränkt, ebenfalls das Arbeitsschutzgesetz, aber eben nicht die

Arbeitsstättenverordnung. Für Möbel oder zusätzliche Bildschirme muss dann im Zweifel der Mitarbeiter sorgen. Viele Firmen stellen inzwischen von sich aus Büromöbel und Technik zur Verfügung. Manchen Angestellten geht das nicht weit genug. In der Schweiz klagte ein Mitarbeiter 2019 gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber zusätzlich auf Zahlung von Miete, weil er schließlich Bürofläche in seiner eigenen Wohnung zur Verfügung gestellt habe. Er bekam Recht, die Firma musste ihm rückwirkend 150 Franken pro Monat zahlen. Die Frage, wer für die Bürofläche in Privaträumen aufkommt, wird wohl auch in Deutschland noch diskutiert werden. Entscheidend dürfte dabei sein, ob wahlweise ein Arbeitsplatz beim Arbeitgeber zur Verfügung steht.

### Welche Steuervorteile gibt es?

Wer während des Lockdowns nicht ins Büro konnte, kann zumindest Anschaffungen wie einen Schreibtisch, einen Drucker oder Regale fürs Homeoffice steuerlich absetzen – und unter Umständen

den leichter als bisher ein Arbeitszimmer beim Finanzamt geltend machen, weil ihm ja in dieser Zeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung stand. Das gilt aber nur, wenn es sich um einen abgeschlossenen Raum handelt – eine Arbeitsecke in Wohnzimmer oder Küche ist bisher nicht steuerlich absetzbar, selbst wenn höhere Kosten etwa für Strom, Heizung und Telefon anfallen. Es mehren sich die Forderungen nach einer Homeoffice-Pauschale, die die wegfallende Fahrtkostenpauschale für Heimarbeiter ausgleichen könnte.

## Wie hält man Kontakt zu den Kollegen?

Jenseits rechtlicher und technischer Fragen tauchen im Homeoffice viele soziale Schwierigkeiten auf. In etlichen Umfragen zeigte sich, dass den meisten Arbeitnehmern, die in der Coronakrise von zu Hause aus tätig waren, der direkte Kontakt zu den Kollegen fehlte. Die in Deutschland bisher stark verbreitete Präsenzkultur lässt viele Angestellte zudem Karriere Nachteile befürchten, wenn sie von zu Hause aus arbeiten. Wer der Firma häufig fernbleibt, sollte deshalb ein festes Gerüst etablieren: Es muss klar sein, wer wann wie erreichbar ist; fixe Termine zu Einzelgesprächen per Videochat sind ein Muss, ebenso klare Zielabsprachen – und genügend Raum für inoffizielle Treffen, etwa in einer virtuellen Kaffeeküche. Präsenztage in der Firma sollte man sorgfältig planen und vor allem zur Netzwerkpflege nutzen, statt dort wieder nur allein am Schreibtisch zu sitzen.

## Neu in der Firma – und nicht in der Firma?

Wie bindet man neue Mitarbeiter ins Team ein, die nicht vor Ort sein können? Ein gutes Onboarding kann auch virtuell klappen, wenn alle sich der besonderen Herausforderung bewusst sind. Fortbildungen und Arbeitsabläufe sollten als Video oder Skript zur Verfügung stehen, regelmäßige Feedbacks sind hilfreich. Unabdingbar sind regelmäßige Videochats mit dem oder der Neuen – und ein Pate im Unternehmen, der jederzeit auf dem kurzen Dienstweg zur Verfügung steht.

Maren Hoffmann

ter Egbert Eska: »Wir haben jetzt mehr Neu-Borkwalder als Alt-Borkwalder.«

Früher habe der Ort Potsdamern oder Berlinern nur als Wochenenddomizil gedient, sagt Eska. Inzwischen entschieden sich immer mehr Städter, ihren Wohnsitz zu verlegen. Die Neubaumieten sind mit rund acht Euro pro Quadratmeter noch moderat, jedenfalls verglichen mit der Großstadt, wirbt der Bürgermeister. Und die Internetverbindung sei »absolut top«.

Wie groß das Preisgefälle zwischen den Metropolen und dem Land ist, zeigt eine Untersuchung des Immobilienportals Immowelt. Voraussetzung für den Vergleich war, dass auf dem Land schnelles Internet vorhanden ist. In der Kleinstadt Ellerau, rund 30 Kilometer nördlich von Hamburg, hätten 98 Prozent der Haushalte Zugang zu einem Glasfaseranschluss. Doppelhaushälften mit großem Garten würden dort bereits ab 223 000 Euro angeboten. Selbst mit den Kosten für eine Sanierung läge man deutlich unter dem Preis, der in Hamburg fällig wird. Dort müssten Käufer im Mittel mit rund 549 000 Euro für ein Einfamilienhaus rechnen.

In München müsste man noch weiter rausziehen. In der Stadt kosten Häuser im Schnitt 1,18 Millionen Euro. In Emmerting, etwa hundert Kilometer östlich von München, werden sie ab 278 000 Euro gehandelt. Dank der Nähe zur Autobahn ist man von hier in etwa einer Stunde und 15 Minuten in der Münchner Innenstadt.

Die Sehnsucht nach dem Haus mit Garten und Arbeitszimmer treibt allerdings die Preise, auch in den Vororten. Während die Mieten im Schnitt seit zwei Jahren kaum noch steigen, haben die Hauspreise in der Coronakrise deutlich zugelegt. Von April bis Juni kletterten sie im Vergleich zum ersten Quartal um 2,9 Prozent, im Vergleich zum Vorjahr steht ein Plus von 9 Prozent.

Wer kann sich das leisten? Meist sind es die Besserverdiener – Manager, Akademiker, Fachkräfte –, die zumindest Teile ihres Jobs per Videokonferenz und E-Mail erledigen können. Banker können im Homeoffice arbeiten, Busfahrer nicht. Soziologen fürchten die gesellschaftliche Sprengkraft dieses Trends, Nicholas Bloom, der Stanford-Ökonom, nennt es »eine tickende Ungerechtigkeitszeitbombe«.

Gerade die Besserverdiener leben oft im Zentrum der Metropolen: Die Banker in Frankfurt, die BMW-Manager in München, die Beamten in Berlin. Viele drängen künftig aus den Altbauwohnungen der Innenstadt ins Einfamilienhaus im Umland – was dort die Preise treibt.

Das sind schlechte Nachrichten für Familie Voß aus Köln, die sich mit ihrer Suche nach einem bezahlbaren Haus beeilen muss. Und für die deutschen Einkaufsstrassen.

## Siechende Innenstädte: Wer zu Hause arbeitet, kauft lieber online oder im Wohnviertel

Die Art, wie die Deutschen einkaufen, verändert sich nicht erst seit Corona. Doch kaum etwas hat das Einkaufsverhalten je so schnell und so dauerhaft beeinflusst. Handelsexperten glauben, in den Monaten der Pandemie habe sich im Zeitraffer abgespielt, was sonst weitere fünf Jahre gebraucht hätte.

Laut dem Handelsverband Deutschland erwarten knapp zwei Drittel der Unternehmen, dass sich die Präferenzen ihrer Kunden dauerhaft wandeln. Drei Viertel der Geschäftsleute fürchten, Marktanteile an den Onlinehandel abzugeben. Der ist im ersten Halbjahr 2020 um 16 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gewachsen. Zugleich stehen viele inhabergeführte Unternehmen vor dem Ruin. 50 000 Geschäften und rund 70 000 Hotels und Gaststätten drohe durch Corona die Pleite, warnen Branchenverbände. Das wiederum hat Folgen für die Innenstädte und Fußgängerzonen, die in den vergangenen Jahren quer durchs Land auf »Umsatzmaximierung« getrimmt wurden, so der Hamburger Stadtforscher Thomas Krüger.

Manche Vermieter wählten ihre Mieter nur danach aus, wer am meisten zahlen kann, mitunter 400 Euro und mehr pro Quadratmeter. Das führte zu verwechselbaren Stadtzentren, in denen die immer gleichen internationalen Kaufhaus- und Modeketten mit den immer gleichen Schaufenstern um die immer weniger werdenden Kunden buhlen.

Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages, warnt bereits vor einem »Kollaps«. Und Stanford-Ökonom Bloom sieht große Probleme auf die Innenstädte zukommen: Wenn all die Büroarbeiter mehrere Tage die Woche fernblieben, »könnten in einigen Innenstädten die täglichen Ausgaben für Bars, Restaurants und Shopping um bis zu 50 Prozent zurückgehen«, schätzt er.

Metropolen wie München, Frankfurt, Berlin oder Hamburg mögen auch im Homeoffice-Zeitalter noch genügend Besucher in ihre Innenstädte und Einkaufsstrassen locken, dank Theater, Gastronomie und Architektur. Kommunen wie Bremerhaven, Dortmund oder Offenbach dürfte das schon schwererfallen. Sie müssen wohl ihre Zentren umgestalten, um attraktiv zu bleiben: weg von monolithischen Einkaufszonen, hin zu mehr Kultur, Entertainment und der richtigen Mischung aus Wohnen und Arbeiten.

Nur was wird aus Peine und Fulda, Wanne-Eickel oder Lingen? Vielerorts werden auch die Milliardenprogramme vom Bund nicht mehr helfen, keine neu eingestellten City-Manager, keine Gratis-Parkplätze,

keine noch so gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Sondern nur noch: Rückbau, Umnutzung – und eine ehrliche Bestandsaufnahme im Rathaus.

»Es macht ja keinen Sinn, Leerstand in der Innenstadt zu haben, aber Wohnraum dringend zu brauchen«, sagt Gerrit Heinemann, Handelsexperte der Hochschule Niederrhein. »Lieber eine schöne Schlafstadt als eine hässliche Einkaufsstadt.«

Die besten Chancen, als Gewinner in die Post-Corona-Welt zu starten, haben die etablierten Wohnviertel um die Innenstädte herum. Quartiere, in denen der inhabergeführte Einzelhandel die Regel und die Kette die Ausnahme ist: gut erreichbar für immer mehr Menschen, die von zu Hause aus arbeiten und ihre Mittagspause nutzen, um schnell Lebensmittel einzukaufen, etwas zu besorgen oder eine Kleinigkeit zu essen.

Viertel wie Lindenthal in Köln. Hier steht Georg Hemsch vor seiner Kaffee-Manufaktur in der Sonne und philosophiert über die Zukunft des Einzelhandels. »Corona hat uns gezeigt, was die Leute wollen: kurze Wege, keine Menschenmassen und vertraute Händler vor Ort.« Als viele Büros geschlossen und keinen Bedarf an Kaffeebohnen hatten, verlegte Hemsch sein Geschäft auf Privatkunden, auf Supermärkte und den Onlineshop. Das rettete den Großteil seiner Umsätze.

Hemsch ist Vorsitzender der örtlichen Interessengemeinschaft der Einzelhändler, zu der mehr als hundert Unternehmer im Kiez gehören. Viele haben schwierige Monate hinter sich. Geschäftsschließungen, Umsatzeinbußen, Existenzängste.

Lindenthal versucht nun etwas Neues: ein eigenes Onlineportal nur für das Viertel, mit den täglich wechselnden Mittagstischen der Restaurants, den Öffnungszeiten der lokalen Geschäfte, den Trainingszeiten des Fußballvereins und den Gottesdiensten der Kirche um die Ecke. Einen Onlineshop soll es ebenfalls geben. Eine Mischung aus digitalem Schaufenster des Quartiers und moderner Lokalzeitung. »So bekommen wir die Menschen auf die Seite. Und mit etwas Glück kaufen sie dann auch vor Ort«, sagt Hemsch.

Dazu passen die Studienergebnisse des IFH: Ließen sich die Kunden früher erst im Fachhandel beraten und shoppten anschließend online, geht heute drei Viertel der stationären Käufe eine Onlinerecherche voraus. Auch die »buy local«-Kampagnen scheinen zu wirken, sagt IFH-Geschäftsführer Boris Hedde. 57 Prozent der Kunden, die in der Krise physisch im Laden shoppten, gaben als Grund die Solidarität mit dem Geschäft an. Lokalkolorit mit Netzanbindung funktioniert also. Sofern es die Wunschprodukte der Kunden dort gibt. Auch das werde vorher im Netz recherchiert, sagt Hedde. Wer heute als

Händler nicht online sei, der sei für die Kunden quasi nicht existent. Corona habe das deutlich »freigelegt«.

35 Prozent der Deutschen, so hat das IFH gemessen, passten ihr Konsumverhalten der Pandemie an: Basisprodukte von Socken bis Tesafilm werden online gekauft, ins Geschäft geht man für Beratungsintensives.

Viele Händler fürchten, dass dies keine Krisenmomentaufnahme ist, sondern die neue Normalität. Warum sollte man samstags noch mit der überfüllten U-Bahn in die Fußgängerzone zuckeln, wenn sich fast alles von zu Hause bestellen lässt?

### Rückzug in die eigene Blase: Erleben wir ein neues Biedermeier?

So viele geranienbegeisterte Rentner und bierselige Gartenzwergefreunde kann es gar nicht geben: 7900 Interessenten stehen derzeit auf der Warteliste in der Kleingartenanlage in Berlin-Tempelhof. In Metropolen wie Hamburg, München oder Berlin ist die Nachfrage nach Schrebergärten seit der Coronakrise um ein Vierfaches höher als im vergangenen Jahr.

Wer sich in der Stadt kein Haus mit Garten leisten kann und nicht gleich ganz aufs Land will, hofft auf eine Parzelle. So wie Annegret Juch, 44, Architektin aus Hamburg, mit Altbauwohnung in der Innenstadt, alleinerziehend mit einem vierjährigen Sohn. Gemeinsam mit einer Freundin, die einen Sohn im selben Alter hat, bewarbt sie sich um einen Kleingarten, getrieben von der »Sehnsucht nach ein bisschen Grün«, aber gut erreichbar bitte.

Nach Monaten des Wartens, mitten im Lockdown kam die Zusage, »ein Gefühl von purem Glück«. Mehrmals die Woche sind sie jetzt im Garten, planschen, pflanzen oder grillen. »Totaler Luxus«, sagt Juch.

So geht es überall im Land: In Bottrop-Kirchhellen war die Anfrage nach Mietgemüsegärten des Anbieters »Meine Ernte« so hoch, dass Landwirt Burkhard Sagel, auf dessen Hof sich die Mietgärten befinden, noch einmal die doppelte Menge an Ackerfläche bereitstellen musste. In Stuttgart beobachtet Nicole Schindler, Mitglied des Sprecherkreises der Interessengruppe Ratgeber, dass sich Selbstversorgerbücher und Gartenratgeber derzeit am besten verkaufen. Und im Harz kommt dem Konsumpsychologen Georg Felser von der Hochschule in Wernigerode bei alldem ein Epochenbegriff wieder in den Sinn: das Biedermeier.

Schon einmal hatten die Deutschen das Bedürfnis, »sich einfach in die eigene Blase zurückziehen zu können«, sagt Annegret Juch, die Architektin. Nach dem Wiener Kongress zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als die alte Ordnung sich auflöste, verkörperten Künstler wie Carl Spitzweg den Zeitgeist. Es war die Zeit des Bürgertums und der Familie. Damals entstand das Weihnachtsfest, wie wir es heute kennen, mit Weihnachtsbaum und Bescherung, das Wohnzimmer wahrscheinlich auch, das Wort »Gemütlichkeit«. Es war die Zeit, in der sich die ganze Welt verkleinerte. Ähnlich wie heute: Heimarbeit. Stadtrand. Stauden pflanzen. Die neue Gemütlichkeit.

Ist daran allein Corona schuld?

Der Künstler und Wissenschaftler Manuel Gogos hat bereits vor der Pandemie eine Ausstellung am Literaturzentrum der Burg Hülshoff im Münsterland zu diesem neuen Biedermeier kuratiert. In den vergangenen Jahren, so Gogos, habe sich ein »Krisengefühl der Permanenz« entwickelt: Globalisierung, Kriege, Migration. Gogos glaubt, dass das neue Biedermeier seine Ursachen in der Furcht vor der Geschwindigkeit der Moderne hat und in der Furcht, die Privatsphäre durch die Digitalisierung zu verlieren.

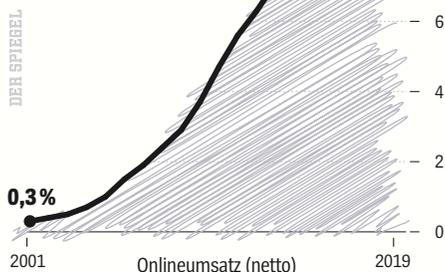
Corona hat diese kulturelle Strömung also nur verstärkt. Konsumpsychologe Felser denkt bei der Sehnsucht, die Welt auszusperren, allerdings weniger an Heimeligkeit als vielmehr an Enge. Den Rückzug ins Private und das Heraushalten aus notwendigen politischen Debatten sieht er kritisch. Felser hofft darauf, dass am Ende der Wille der Menschen siegt, die Welt mitzugestalten, umzugestalten.

Denn das Einnesteln in der persönlichen Komfortzone bedeutet, dass wir Kontakt vorrangig zu Menschen suchen, die wir mögen und treffen wollen – oder unbedingt treffen müssen. Die zufälligen Begegnungen mit anderen, Fremden, in der U-Bahn, im Büro, in der Einkaufsstraße, werden weniger. So könnte Corona einen Trend verstärken, der sich bereits in den sozialen Medien abzeichnet: die Zer-

### Handel im Wandel

Anteil des Onlinehandels am Gesamtumsatz im deutschen Einzelhandel\*

Quelle: HDE, Online-Monitor 2020



\* ohne Apotheken, Kfz-, Brennstoff- und Kraftstoffhandel



Michael Kampeller / dpa



Zacharie Schreuer / picture alliance / dpa

**76** Prozent  
 wuchsen die realen  
 Umsätze beim Online-  
 und Versandhandel in  
 Deutschland im  
 1. Halbjahr 2020\*  
 \* gegenüber 2. Halbjahr 2019  
 Quelle: Statistisches Bundesamt

aussehen soll. Auch in einer alten Bleisatz-  
 letter-Fabrik am Frankfurter Südbahnhof.  
 Hier liegt das Hauptquartier des Planungs-  
 büros Albert Speer und Partner, globale  
 Vordenker für die Städte der Zukunft.

Der berühmte Namensgeber entwarf  
 das Europaviertel in Frankfurt am Main,  
 den Masterplan für die Expo 2000 in Han-  
 nover, die 120 Quadratkilometer große  
 »Automobilstadt« nahe dem chinesischen  
 Changchun. Heute empfangen seine Nach-  
 folger Joachim Schares und Axel Bienhaus  
 im Partnerlook mit blauer Hose und wei-  
 ßem Hemd und sprechen über

»pandemieresiliente« Architektur.  
 »Wir müssen dringend wider-  
 standsfähige Städte bauen«, sagt  
 Schares. Denn Pandemien werde  
 es in einer überfüllten globalisier-  
 ten Welt künftig häufiger geben.

Es wäre nicht das erste Mal,  
 dass sich die Architektur anpasst.  
 Infektionskrankheiten wie die  
 Cholera führten zu großen Proble-  
 men in den vorindustriellen Städ-  
 ten. Der moderne Städtebau be-  
 ruht nicht zuletzt auf Hygienemaß-  
 nahmen: Weniger Menschen in einer Woh-  
 nung, mehr Abstand zwischen Gebäuden,  
 Küche, Bad.

Schares ist sicher: Virenschutz und  
 Klimaschutz gehören zusammen. Er träumt  
 von einem »blau-grünen Stadtumbau«:  
 Mehr öffentliche Freiflächen, mehr Grün,  
 weniger Autoverkehr – »Städte müssen  
 sich besser durchlüften lassen«. Damit sich  
 weder Viren noch Schadstoffe festsetzen  
 können in verdichteten, übervollen Straßen.

Die Pandemie zeige deutlich, dass Städ-  
 te mit viel öffentlichem Freiraum »ihre Ge-  
 sellschaften besser entspannen können«,  
 sagt Bienhaus, weil sie eine Teilhabe für  
 alle am »Leben einer Stadtgesellschaft er-  
 möglich«.

Den Weg in diese »luftige Stadt« sehen  
 die beiden Architekten über eine Renais-  
 sance der Kieze, über viele kleine Zentren,  
 die Wohnen, Arbeiten, Kultur und Sport  
 mischen. Statt wie bisher alles nach Funk-  
 tionen zu trennen: Im Büroviertel wird ge-  
 arbeitet, in der Innenstadt eingekauft, am  
 Stadtrand gewohnt.

Dazu brauche es andere Bürobauten,  
 die auf Begegnung ausgerichtet seien,  
 Innenstädte, die nicht zum Shoppingzen-  
 trum degradiert werden. »Die Menschen  
 brauchen einen Treffpunkt.«

Damit nicht alle aufs Land ziehen müssen  
 und nach Monaten, vielleicht Jahren des  
 Social Distancing in ihrer eigenen Home-  
 office-Blase verkümmern. Denn die neu ge-  
 wonnene Freiheit soll eine Gesellschaft ja  
 weiterbringen – und besser machen.

Simon Book, Henning Jauernig,  
 Alexander Jung, Maren Keller,  
 Thomas Schulz, Robin Wille

**Berufsverkehr 2016, autofreie Friedrichstraße in Berlin:** »Städte besser durchlüften«

faserung in Einzelgruppen und partikulare  
 Interessen und ein schwindendes Verständ-  
 nis für alle, die sich außerhalb der eigenen  
 Blase bewegen.

**Mehr Grün, weniger Büros,  
 lebendige Viertel: Neue Städte  
 braucht das Land**

Monika Herrmann hat den Stillstand ge-  
 nutzt, um Fakten zu schaffen. 13 neue  
 Spielstraßen, 20 Kilometer neue Fahrrad-  
 wege und eine »Klimastraße«, die den Fuß-  
 gängern als »grüne Oase zur Naherholung«  
 dienen soll. Seit sieben Jahren ist Herr-  
 mann Bürgermeisterin des Berliner Stadt-  
 teils Friedrichshain-Kreuzberg und predigt  
 immer dasselbe Mantra: »Unsere Proble-  
 me heißen Verkehr und Wohnen.«

Schon länger zehren die großen Metro-  
 polen von ihrer Substanz, ächzen unter

Überfüllung, Verkehr, Klimawandel. Die  
 Hälfte der Menschheit lebt in Städten, ge-  
 neriert dort 80 Prozent des Bruttoinlands-  
 produkts. Die Probleme sind bekannt, und  
 doch tat sich lange fast nichts.

Corona hat das geändert und einen ur-  
 banen Experimentierraum geschaffen.  
 Weil über Wochen die Autos auf den Stra-  
 ßen, die Passanten in den Städten und  
 die Fahrgäste in den Bussen und Bahnen  
 fehlten, entstand Raum für Ideen und  
 Projekte: autobefreite Sommerstraßen,  
 wandernde Musikbühnen, Pop-up-Kinos  
 auf Plätzen.

»Die Menschen haben während des Still-  
 stands gesehen, wie wunderschön eine  
 Stadt ohne Autos ist, dieses Moment müs-  
 sen wir nutzen und das endlich umsetzen«,  
 sagt Herrmann.

Weltweit denken Stadtentwickler darü-  
 ber nach, wie die Post-Corona-Metropole

# Deutschland



Hauke-Christian Dittrich / dpa

**Jungfernfahrt ins Ungewisse** Die »Spirit of Adventure« macht ihrem Namen alle Ehre. Mitten in der Coronakrise verlässt das 236 Meter lange Kreuzfahrtschiff die Meyer Werft in Papenburg und wird am vergangenen Sonntag rückwärts über die Ems geschleppt. Über die Nordsee soll sie bald zu ihrem Eigentümer, der britischen Reederei Saga Cruises, fahren – trotz der unklaren Zukunft der Branche aufgrund der Pandemie.

## Weiteres Opfer in Portugal

**Fall Madeleine McCann** Christian B. soll zehnjährige Deutsche am Strand missbraucht haben.

● Nur wenige Wochen vor dem Verschwinden der dreijährigen Madeleine McCann soll Christian B. ein deutsches Mädchen in Portugal sexuell belästigt haben. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig führt nach SPIEGEL-Recherchen ein weiteres Ermittlungsverfahren gegen den in Kiel inhaftierten mutmaßlichen Sexualstraftäter. Der Fall ereignete sich Anfang April 2007, etwa zehn Kilometer von Praia da Luz entfernt, wo Madeleine McCann am 3. Mai aus einer Apartmentanlage verschwand. Das damals zehnjährige Opfer

besuchte mit Eltern und einer befreundeten Familie den Strand von Salema, wo es mit anderen Kindern spielte. Dort, so schilderte es das Mädchen damals portugiesischen Ermittlern, packte es ein nackter Mann, hielt es fest und masturbierte vor seinen Augen. Als sein Bruder das sah, rief er die Erwachsenen. Die Väter verfolgten den Mann. Er entkam. Der Fall wurde den deutschen Behörden vor mehr als einem Jahr durch eine Abfrage von Sexualstraftaten in Portugal bekannt. Bei einer Vernehmung

identifizierte das heute 23-jährige Opfer den Mann auf einem Foto, war sich aber nicht ganz sicher. Im Mai stellte die Staatsanwaltschaft Braunschweig die Ermittlungen ein. Als im Juni der Verdacht gegen Christian B. im Fall Madeleine McCann öffentlich wurde und neue Bilder von ihm auftauchten, meldete sich die junge Frau erneut bei der Polizei. Sie sei nun zu 99 Prozent sicher, dass er es war. Das Verfahren wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern wurde wiederaufgenommen. Sein Anwalt wollte sich dazu nicht äußern. GUD

## Linke Splittergruppen Zweite RAZ- Generation?

● Wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung hat der Generalbundesanwalt Ermittlungen gegen eine mögliche zweite Generation der linksextremen Splittergruppe »Revolutionäre Aktionszellen« (RAZ) eingeleitet. Grund ist eine Serie von mehr als 30 Drohbriefen, die seit Ende 2019 bei deutschen Politikern und Amtsträgern eingingen und denen Brandbeschleuniger, Reizstoffpatronen oder Messer beilagen. Zu den Adressaten zählten unter anderem der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD), der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Carsten Träger sowie die baden-württembergische FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelnj. RAZ-Mitglieder sollen zudem Brandsätze vor der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg sowie vor der Villa des Fleischfabrikanten Clemens Tönnies im Kreis

Gütersloh deponiert haben, die jedoch keinen Schaden anrichteten. In einem Bekenner schreiben, das auch an den SPIEGEL ging, »widmete« ein RAZ-Kommando die Tönnies-Aktion den untergetauchten mutmaßlichen Ex-RAF-Terroristen Burkhard Garweg, Daniela Klette, Ernst-Volker Staub und Friederike Krabbe. Die Tat, die gemeinsam mit einer »Westfälischen Animal Liberation Front« durchgeführt worden sei, wird als Teil eines weltweiten Befreiungskampfs



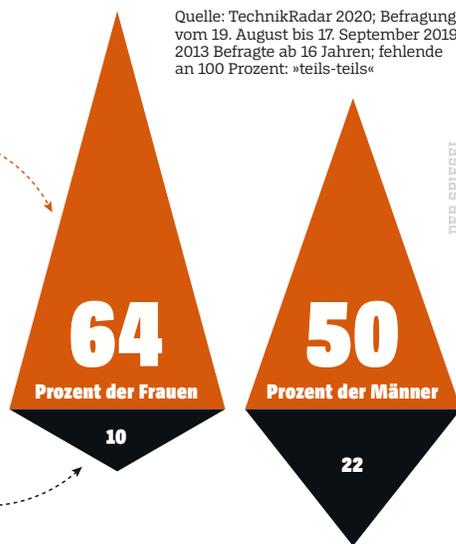
Fahndungsplakat 1993

bezeichnet. »Ausbeutung, Unterdrückung und soziale Ausschließung aller Menschen und Tiere« müssten in der Gesellschaft beseitigt werden, heißt es in dem Schreiben. Die Ermittler prüfen, ob es sich bei den RAZ um eine Neugründung oder eine zweite Generation jener gleichnamigen linken Gruppe handelt, die sich seit 2009 zu mehreren Brand- und Sprengstoffanschlägen in Berlin sowie 2011 zum Versand einer Pistolenpatrone an den damaligen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bekannt hatte. SRÖ, WOW

## Nachgezählt Weltklimaretter Deutschland?

**Zustimmung**  
zur Aussage:  
»Die vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien in Deutschland wird maßgeblich zur Begrenzung der Klimaerwärmung beitragen.«

**Ablehnung**  
10 Prozent der Frauen,  
22 Prozent der Männer



## Markus Feldenkirchen Der gesunde Menschenverstand

# Normal unfassbar



»Das ist der Tiefpunkt.«

Als Reporter, der Donald Trumps Aufstieg in der Politik vom ersten Tag an als Korrespondent in Washington begleitet hat, habe ich diesen Satz schon viel zu oft gesagt. Er hängt mir zum Hals raus. Aber leider gibt es ständig neue Anlässe.

Manchmal täglich, wenn's gut läuft, nur wöchentlich.

Die Präsidentschaft von Donald Trump ist eine Abfolge immer neuer Tiefpunkte. Ein Pfad in den moralischen Abgrund.

Vor vier Jahren dachte ich mal, verstörender könne es nicht mehr werden. Als herauskam, wie jener Mann, der im Begriff war, US-Präsident zu werden, einst damit geprahlt hatte, dass man als Star mit Frauen alles machen könne: »Du kannst ihnen an die Pussy fassen. Du kannst alles machen.« Aber verglichen mit den gefühl 1933 Tiefpunkten, die folgten, war die Pussy-Episode beinahe harmlos. Dass Trump den Diktator Kim Jong Un mal als »tollen Anführer« pries, »der sein Volk liebt«, oder den Amerikanern die Einnahme von Desinfektionsmitteln zum Schutz vor Corona nahelegte, ist ja fast schon vergessen. Selbst bei Ungeheuerlichkeiten setzt irgendwann ein Gewöhnungseffekt ein. Das Unfassbare wird immer normaler.

Vor zwei Wochen dachte ich wieder, gefährlicher könne es nicht mehr werden. Da hatte Trump gerade erklärt, er könne die Wahl im November nur verlieren, wenn sie manipuliert sei. Dass Amtsinhaber bereit sind, ihre Wahlniederlage anzuerkennen, hat Demokratien bislang von Diktaturen unterschieden. Trump aber lässt bewusst offen, ob er dazu bereit ist.

Doch immer, wenn man denkt, alles über Trump zu wissen, offenbart er eine neue Facette seiner Ruchlosigkeit. Wie er dieser Tage berechtigte Proteste gegen rassistisch motivierte Gewalt der Polizei zum inländischen Terrorismus erklärt, während er selbst rechtsextreme Gruppen zum Handeln aufstachelt, ist der jüngste Tiefpunkt. Trump ignoriert schwarze Opfer wie Jacob Blake, der in Wisconsin von einem weißen Polizisten niedergeschossen wurde, und nimmt zugleich einen Weißen in Schutz, der bei Protesten zwei Demonstranten getötet haben soll. Er behauptet, dass die Stadt Portland »komplett in Flammen« stehe, obwohl das Blödsinn ist. Er eskaliert einen Konflikt von oben, schürt Ängste und vertieft bewusst die Spaltung der Gesellschaft. Er redet bürgerkriegsähnliche Verhältnisse herbei, um seine Anhängerschaft wenige Wochen vor der Wahl maximal zu mobilisieren.

Ich weiß, abgebrühte Menschen finden diese Empörung über Trumps immer neue Tiefpunkte langweilig. Das wisse man doch. Sei nichts Neues, nicht originell. Aber wenn es um Menschenwürde, Demokratie und den Frieden einer Gesellschaft geht, möchte ich gar nicht originell sein. Wer die Fähigkeit verliert, sich aufzuregen, kapituliert vor Menschen wie Donald Trump, der den Aufstand der Anständigen auch mit der Macht der Gewohnheit zu unterdrücken versucht. Zu den Komplizen der Radikalen zählt nämlich auch die Ermüdung.

Nach diesem Festival an Tiefpunkten hätten die Vereinigten Staaten jedenfalls eine Erholung verdient. Das sage ich nicht als Antiamerikaner, sondern weil ich dieses Land liebe.

An dieser Stelle schreiben Markus Feldenkirchen und Alexander Neubacher im Wechsel.

## Umwelt

### Regierung verschleppt schärfere Abgaskontrolle

● Die Einführung des angekündigten strengeren Messverfahrens für die Abgasuntersuchung von Autos wird sich bis mindestens Mitte 2023 verzögern. Dies geht aus regierungsinternen Dokumenten hervor, die dem SPIEGEL vorliegen. Geplant war, noch dieses Jahr im Rahmen der TÜV-Hauptuntersuchung auch Feinstaubpartikel zu messen. Doch die dafür nötigen Geräte müssen nach Auffassung des zuständigen Bundesverkehrsministeriums dringend geeicht werden. Dafür seien allerdings das Wirtschaftsministerium und dessen nachgeordnete Behörden zuständig. Bis die staatlichen Ingenieure so weit sind, dauere es, heißt es aus der Bundesregierung. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) will das nicht hinnehmen. »Die notwendigen Messgeräte sind vom Werk aus kalibriert und für zwei Jahre zugelassen«, sagt DUH-Experte Axel Friedrich, »in dieser Zeit kann die Bundesregierung alle nötigen Details zur künftigen Eichung der Geräte klären.« Friedrich fordert, den Partikeltest für Benziner und Diesel einzuführen. Zusätzlich solle die Einhaltung der Stickoxidgrenzwerte gemessen werden. Unterstützung bekommt er von Prüfunternehmen. Die Abgasthematik sei heute beinahe genauso wichtig wie die technische Sicherheit der Fahrzeuge, sagt Frank Schneider vom Verband der Technischen Überwachungsvereine (VdTÜV). Er rät ebenfalls dazu, neben Diesel-Pkw auch Benziner zu untersuchen. Für die Stickoxidwerte seien zwar weitere Geräte nötig, sie würden Abgasuntersuchungen aber nur geringfügig verteuern. Jährliche Mehrbelastung für Fahrzeughalter laut VdTÜV: etwa 6,40 Euro. ENE, GT



TÜV-Hauptuntersuchung

Julian Stratenschulte / dpa

## Chappattes Welt



## Zweiter Weltkrieg

### »75 Jahre wurde dieser Menschen nicht gedacht«

Siegfried Matlok, 75, ehemaliger Chefredakteur des »Nordschleswiger«, Tageszeitung der Deutschen in Dänemark, über die erste Gedenkstätte für ein deutsches Kriegsverbrechen in Sonderburg

**SPIEGEL:** Herr Matlok, am 5. Mai 1945 meuterten 20 deutsche Marinesoldaten in dänischen Gewässern. 11 wurden dafür noch in der Nacht auf See hingerichtet, obwohl die deutschen Streitkräfte am Tag zuvor die Kapitulation in Nordwesteuropa unterzeichnet hatten. Am Mittwoch wird ihnen nun in Sonderburg ein Gedenkstein gewidmet, dort, wo die Unglücklichen mit Torpedoteilen versenkt wurden. Von wem ging die Initiative aus?

**Matlok:** Die Idee gab es schon lange, eine dänische Historikerin und der Pastor der deutschen Minderheit warben dafür, auch ich habe das immer unterstützt. Aber niemand biss richtig an, zumal in Dänemark manche befürchteten, Deutschland damit zu beleidigen.

**SPIEGEL:** Immerhin haben das DDR-Dokudrama »Rottenknechte« von 1971 sowie Siegfried Lenz' Erzählung »Ein Kriegsende« von 1984 die Erinnerung an diese Untat wachgehalten.

**Matlok:** Der als propagandistisch eingestufte DDR-Film war einer der Gründe, warum man sich bis zum Mauerfall mit dem Gedenken zurückhielt. Dazu muss man wissen, dass die Verantwortlichen für

die Todesurteile nach dem Krieg nicht strafrechtlich belangt wurden, auch weil der Adjutant von Hitlers Nachfolger Karl Dönitz sich dafür verbürgte, sie hätten von der Kapitulation nichts gewusst. Damit wären sie schlechter informiert gewesen als ihre eigenen Matrosen! Zwei der Verantwortlichen machten sogar noch Karriere beim Staat. Die bundesdeutsche Justiz hat in vielen in den letzten Kriegstagen oder danach hingerichteten Meuturern nur Deserteure gesehen. Erst 2009 hat der Bundestag die letzten Todesurteile der Nazi-Kriegsgerichte gegen sogenannte Kriegsverräter aufgehoben.

**SPIEGEL:** Wer waren die Meuterer?

**Matlok:** Sie waren alle nicht älter als 24, und sie wollten nicht noch einen Kriegseinsatz im Osten fahren. Deshalb setzten sie den Kapitän fest, der Kurs Kurland ausgegeben hatte. Sie wollten »nicht mehr mitspielen«, erklärten sie gegenüber den Besatzungen von zwei deutschen Schnellbooten: »Der Krieg ist ja aus.« Diese enterten daraufhin das Minensuchboot; um 18.10 Uhr verhängte ein Standgericht die Todesurteile. Von den elf Leichen wurden nur sieben angeschwemmt und beigesetzt. Es ist ein peinliches Kapitel der bundesdeutschen Geschichte, dass 75 Jahre lang dieser Menschen nicht gedacht wurde. Umso mehr freue ich mich, dass zwei Schwestern der hingerichteten Soldaten zur Gedenkfeier kommen.

**SPIEGEL:** Erwarten Sie Marinevertreter?

**Matlok:** Offiziell nicht, wegen Corona. Aber es haben sich Marineoffiziere aus Flensburg als Gäste angemeldet. AB

## Rechte

### Lucke-Partei im Bundestag

● Im Bundestag wird demnächst eine weitere Partei vertreten sein – die achte. Der IT-Unternehmer Uwe Kamann, der im Dezember 2018 die AfD verließ und seitdem parteilos war, wird künftig für die Liberal-Konservativen Reformen (LKR) im Parlament sitzen. Über diesen Umweg kommt die Partei des früheren AfD-Mitgründers Bernd Lucke ins Parlament. Die LKR, vor fünf Jahren noch als ALFA von Lucke und ehemaligen AfD-Mitstreitern nach einem parteiinternen Machtkampf gegründet, haben derzeit nach eigenen Angaben rund 800 Mitglieder. Lucke, zurzeit als Wirtschaftsprofessor an der

Universität Hamburg tätig, ist Mitglied der LKR, aber nicht parteipolitisch aktiv. Der LKR-Bundesvorsitzende Jürgen Joost will die AfD »von Mitte-Rechts« bekämpfen. Man wolle mit »vollkommen anderer Tonalität und Schwerpunktsetzung« enttäuschte frühere Wähler von Union und FDP ansprechen und »das Potenzial von der AfD nicht überzeugter Protestwähler« heben. Dafür wollen die LKR weitere abtrünnige AfD-Abgeordnete in Landesparlamenten und im Bundestag gewinnen. Kamanns Beitritt solle die »Initialzündung« sein, so Joost. Möglicherweise wird der 62-Jährige schon bald einen LKR-Kollegen im Parlament haben: Mit einem weiteren zurzeit parteilosen Bundestagsabgeordneten laufen laut Joost Gespräche. **SEV**

## Karrieren

### Elon-Musk-Jünger geht zur CDU

● Philipp Schröder, der mit dem US-Unternehmer Elon Musk den deutschen Bereich des Elektroautoherstellers Tesla aufgebaut hat, ist in die CDU eingetreten. Der ehemalige Deutschlandchef des Unternehmens, der eine Größe in der Start-up-Szene ist, hatte bisher den Grünen nahegestanden, war jedoch nie Mitglied der Umweltpartei. »Ich habe festgestellt, dass ich bei Gesprächen mit Grünen an ideologische Grenzen kam«, sagt der 36-Jährige. »Es fällt den Grünen schwer, ein gesamtwirtschaftliches Konzept zu entwickeln.« Das habe ihn zum Umdenken gebracht. Er sei gewiss auch nicht in allen Punkten mit der Union d'accord, sagte der Manager, der schon mal in einer Talkshow die Union für ihre Klimapolitik angegriffen hatte. »Ich sehe aber einen Pragmatismus bei jüngeren CDU-Abgeordneten und glaube, dass Unternehmer die Partei auch

bei der Entwicklung neuer Konzepte unterstützen sollten.« Schwarz-Grün hält er für die richtige Koalitionsoption. 2018 gründete Schröder Fintech CAPinside, ein Unternehmen, das Finanzinstrumente für ein breites Publikum zugänglicher machen soll, um auch in grüne Technologien zu investieren. Den Weg geebnet für seinen Eintritt habe der Hamburger Bundestagsabgeordnete und designierte CDU-Landeschef Christoph Ploß. **TIL**



Christoph Neumann

Schröder



Jens Koehler / DER SPIEGEL

## Der Augenzeuge

### »Sie wühlen gerne«

Deutschland zäunt sich ein, um die Afrikanische Schweinepest abzuhalten. Auch Mecklenburg-Vorpommern baut eine Barriere an der Grenze zu Polen, Forstdirektor Peter Neumann, 61, hilft mit.

● »So etwas Großes wie diesen Wildzaun habe ich in meinem Berufsleben bisher noch nicht gebaut. Er wird insgesamt 62 Kilometer lang, von Pomellen im Südosten von Mecklenburg-Vorpommern bis nach Ahlbeck auf Usedom. Mein Forstamt ist für 45 Kilometer davon verantwortlich.

Der Zaun soll die Afrikanische Schweinepest abhalten, die sich seit Jahren in Osteuropa ausbreitet. Immer wieder werden an der Grenze zu Polen infizierte Wildschweine gefunden. Vor wenigen Monaten gab es einen Fall nur circa zehn Kilometer von Deutschland entfernt. Für die Menschen ist die Seuche zwar ungefährlich, für sämtliche Schweine-rassen aber hoch ansteckend und meist tödlich. Stirbt auch nur ein Tier in Deutschland daran, droht ein Exportverbot für Schweinefleisch. Es wäre wohl ein Schaden in Milliardenhöhe.

Um das zu verhindern, arbeiten wir seit Wochen mit fünf Kollegen an dem Zaun. Mit unserem Traktor und einem Minibagger schaffen wir je nach Untergrund bis zu 500 Meter pro Tag. Wichtig ist, dass der Zaun 30 Zentimeter tief in der Erde verankert ist, denn Wildschweine wühlen gerne und könnten sonst darunter durchkommen. Über der Erde ragt der Zaun anderthalb Meter hervor.

Was mir wichtig ist: Wir ziehen damit keinesfalls eine undurchlässige »Mauer« zwischen Deutschland und Polen hoch, das steht uns auch gar nicht zu. Die Straßen bleiben offen, und darüber hinaus wird es im Zaun mehr als hundert Durchgänge geben. Dort arbeiten wir mit Wildvergrämungsmitteln. Das sind chemische Stoffe, die unangenehm riechen und die Tiere dadurch fernhalten.

Natürlich ist der Zaun ein Eingriff in das Ökosystem, auch andere Tiere können davon abgehalten werden. Dennoch glaube ich, dass Kritik daran nicht gerechtfertigt ist. Schließlich können wir damit Schweine vor einer gravierenden Erkrankung retten. Außerdem ist der Zaun vorerst nur für maximal fünf Jahre genehmigt, und wir arbeiten eng mit der Naturschutzbehörde zusammen. Ich sehe keinen besseren Weg, die Seuche aufzuhalten und den Wald und die Tiere zu schützen.«

Aufgezeichnet von Christian Volk

So gesehen

## Küssen verboten

Sicherer Geschlechtsverkehr  
in der Pandemie

● Noch immer wissen wir wenig über das gefährliche Coronavirus, Behörden haben aber rechtzeitig vor dem gefährlichen Herbst eine mögliche Übertragungsquelle identifiziert: Sex. Basierend auf Erkenntnissen aus der in der ersten Corona-Welle besonders betroffenen Stadt New York rät nun das kanadische Gesundheitsministerium seinen Bürgerinnen und Bürgern zu außergewöhnlichen Maßnahmen. Wer etwa Grund zur Annahme habe, an Covid-19 erkrankt zu sein, solle auf Geschlechtsverkehr verzichten. Auch infizierte Sexpartner seien zu meiden. Sollte man sich

**Masken?  
Unbedingt.  
Küsse?  
Nein. Und  
bitte  
nutzen Sie  
Glory  
Holes!**

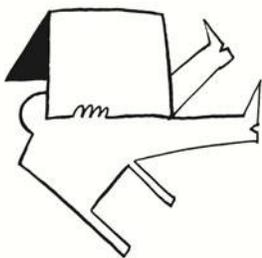
gesund fühlen, könne man Sex haben – vorsichtshalber am besten mit sich selbst.

Wer nicht auf Intimkontakte mit anderen Menschen verzichten will, muss sich an möglicherweise ungewohnte Praktiken gewöhnen. Es wird empfohlen, Körper und Hände vor und nach dem Sex zu

reinigen, ebenso soll auf den Einsatz von verschmutztem Sexspielzeug verzichtet werden. Auch schweres Atmen beziehungsweise Stöhnen ist zu vermeiden.

Der Gesundheitsschutz erfordert die Überwindung von Hemmungen, etwa soll für spätere Kontaktaufnahme nach dem Namen der Sexpartner gefragt werden. Zu nahe sollte man sich nicht kommen: Masken sind erwünscht, Küsse und der Austausch von Körperflüssigkeiten eher nicht. Empfohlen zur Kontaktminimierung wird Sex durch kleine Löcher in Wänden, sogenannte Glory Holes. Akzeptabel sind auch Positionen mit abgewandtem Gesicht.

In Deutschland sind solche Empfehlungen zum Glück vollkommen überflüssig. Hier kennt man seit Jahrzehnten das beste Rezept gegen schmutzigen Sex: die Ehe. Stefan Kuzmany



Demonstrierende Separatisten in Barcelona im Oktober 2019

Emilio Morenatti / AP

## EU Länderübergreifende Zensur

● Die Mehrheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger ist gegen eine länderübergreifende Internetzensur angeblich terroristischer Inhalte, wie eine Meinungsumfrage von YouGov zeigt. Pläne der EU-Kommission und der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sehen derzeit vor, dass jeder EU-Mitgliedstaat europaweite Löschungen anordnen kann. Ein EU-Staat könnte also von Internetanbietern verlangen, von ihm als terroristisch deklarierte Inhalte auch in jedem anderen Mitgliedstaat zu löschen.

51 Prozent der 10 214 befragten EU-Bürger in zehn ausgewählten Mitgliedstaaten lehnen das ab, in Deutschland 54 Prozent, in Tschechien sogar 69 Prozent. Nur 30 Prozent sprechen sich dafür aus, 19 Prozent sind unentschieden.

## Zuwanderung Falsche Touristen

● Die Bundespolizei warnt vor einer neuen Masche, mit der chinesische Staatsangehörige illegal Visa erschleichen. Laut einem vertraulichen Papier der Behörde stellten Bundespolizisten bei Kontrollen von Visumanträgen von Chinesen Unregelmäßigkeiten fest. Demnach beantragten angebliche Hochschulabsolventen zunächst ein rein touristisches Visum für den Schengenraum. Nach der Einreise nach Deutschland erfolge dann »unmittelbar« der Antrag auf eine sogenannte Blaue Karte EU. Mit diesem Aufenthalts-

Initiiert hat die Onlineumfrage der EU-Abgeordnete der Piratenpartei Patrick Breyer. Kritiker wie Breyer befürchten, dass Regierungen unliebsame, aber in anderen Ländern legal veröffentlichte Inhalte als terroristisch einordnen und löschen lassen könnten. Spanien etwa wendete teilweise Antiterrorismusetzungen gegen separatistische katalanische Politiker an; in Ungarn wurde ein Migrant wegen eines Terroraktes verurteilt, weil er versucht hatte, gewaltsam die Grenze zu überqueren.

Geplant ist, dass selbst Inhalte entfernt werden können, die zum Zweck der Sensibilisierung gegen terroristische Aktivitäten verbreitet werden. »Die EU-Regierungen dürfen nicht weiter auf ausländischen Löschanordnungen und Upload-Filterpflichten beharren«, sagt Breyer. »Terroristische Onlinpropaganda sollte wirksam bekämpft werden, aber nicht durch eine Internetzensur nach chinesischem Vorbild.« HIP

titel für Absolventen aus Nicht-EU-Staaten soll die dauerhafte Zuwanderung von Hochqualifizierten nach Deutschland erleichtert und gefördert werden. Bei einem Großteil entsprechender Anträge aus China kann laut Bundespolizei davon ausgegangen werden, dass die für die Einreise genutzten Visa durch falsche Angaben zum tatsächlichen Reisezweck erworben wurden. Zudem legten die Antragsteller nach der Ankunft in Deutschland zum Teil Hochschulzeugnisse vor, »die gefälscht sind oder deren Abschluss nicht den deutschen Anforderungen« entspreche, heißt es in dem Papier. ROL

# CHALLENGE

## ↳ Gemeinschaft

Die Zukunftsinitiative der **SPIEGEL** Gruppe

DIGITALES EVENT

# Gesellschaft neu denken – Welche Chancen wir jetzt ergreifen müssen

15.09.2020

Durch die Pandemie hat sich unser Alltag stark verändert. Die neue Situation hat zudem einiges über unsere Gesellschaft offenbart. Wo müssen wir ansetzen, um uns als Gemeinschaft für die Zukunft besser aufzustellen?

Mit Prof. **Jutta Allmendinger, Ph.D.** (Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung), **Gyde Opitz** (Abteilungsleiterin Kommunikation und Gesellschaftliches Engagement Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein), **Thomas Röhler** (Olympiasieger im Speerwurf), **Iyabo Kaczmarek** (Gründerin und Geschäftsführerin der UNTER EINEM DACH gUG und Freie Kulturproduzentin), und **Philip Siefer** (CEO und Co-Gründer des Startups Einhorn)

Moderation: Christopher Scheffelmeier



Jetzt anmelden unter  
[www.challenge.jetzt](http://www.challenge.jetzt)



In Kooperation mit

Gemeinsam  
an  
gewachsen



# Voll analog

**Demokratie** Deutschlands Politik kämpft mit den Folgen der Coronakrise. Vor allem große Parteitage sind so wie bisher nicht denkbar, auf digitale Formate ist kaum jemand vorbereitet. Manch ein Kandidat kann seine Stärke nicht mehr ausspielen.

**E**s ist ein Montagabend Ende August, als sich rund 300 Delegierte der SPD in Rheinland-Pfalz zum Parteitag versammeln. Der Vorsitzende hält eine kämpferische Rede, alles ist so, wie es sich für einen gelungenen Parteitag gehört. Eigentlich.

Roger Lewentz, der SPD-Landeschef, attackiert in seiner Rede Christian Baldauf, den CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in einem halben Jahr.

»Er ist der große Unbekannte«, ruft Lewentz.

»Die Hälfte der Rheinland-Pfälzer kennt ihn nicht!«

Baldauf sei »ein Schlechtredner«, außerdem »nicht regierungsfähig«.

Es sind Passagen, bei denen die Halle eigentlich toben müsste. Doch die Halle in Mainz ist leer, abgesehen vom Parteipräsidium, etwa 20 Mitarbeitern und einigen Journalisten. Die Delegierten sind lediglich per Video zugeschaltet, die SPD Rheinland-Pfalz hält ihren ersten digitalen Parteitag ab. Statt Applaus erntet Lewentz Stille.

Die Delegierten stimmen online ab, sie halten Redebeiträge, und doch fehlt fast alles, was einen Parteitag ausmacht: die Atmosphäre, die persönliche Begegnung, der Austausch in der Raucherecke.

»Ein Parteitag ohne Delegierte ist wie eine total leckere Suppe ohne Salz«, sagt Ministerpräsidentin Malu Dreyer in ihrer Rede.

Corona verändert alles, es gibt kaum einen Lebensbereich, der nicht berührt, betroffen wäre. Das Virus verändert die Art, wie die Menschen lernen, wie sie arbeiten, kommunizieren, sich fortbewegen. Und es verändert die Formate des Politischen.

Es gibt die Welt der absoluten Spitzenpoli-

tik, Treffen von Präsidenten, Kanzlerinnen, Ministern, diese Ebene war schon immer eher aseptisch, doch selbst hier verändert sich gerade einiges. Noch deutlich stärker aber gilt das für die Ebene, wo es auf Masse ankommt, wo sich demokratische Legitimation auch aus Delegiertenzahlen ableitet, aus Versammlungen auf Marktplätzen, aus viel Mensch auf wenig Raum. Hier verändert sich gerade fast alles.

Im ganzen Land finden derzeit Experimente wie jenes in Rheinland-Pfalz statt, die Parteien unternehmen erste Schritte, um Willensbildung in Zeiten der Pandemie zu ermöglichen. Doch die Stille in der Mainzer Halle zeigt die Grenzen auf, was man nicht nur hierzulande sieht.

Die virtuell abgehaltenen Parteitage von Republikanern und Demokraten in den USA waren hochprofessionell aufgezogen, doch auch dort konnten Inszenierung und Aufmachung nicht darüber hinwegtäuschen, was fehlte: Menschen, und damit Stimmung, Dynamik, Kampfgeist.

Die rheinland-pfälzischen Genossen übrigen müssen sich schon Ende Oktober wieder zum Landesparteitag treffen, diesmal real, in Idar-Oberstein. Der Landesvorstand muss neu gewählt werden, laut Parteisatzung ist das online bislang nicht vorgesehen. Auch hier hat das Format seine Grenzen.

Die Herausforderung durch die Pandemie ist für die deutschen Parteien ein Test, ob sie noch auf der Höhe der Zeit sind. Ihre Rituale und Strukturen gelten als veraltet, nun müssen sie schnell reagieren.

Wie gehen die Parteien damit um? Und was sagt das über ihre Reformfähigkeit?

Dass digitale Politik selbst auf höchster Ebene schnell an ihre technischen Grenzen stößt, zeigte sich Anfang April. Damals regierte Angela Merkel aus dem Homeoffice, sie saß dort ihre Quarantäne ab, weil sie Kontakt mit einem Arzt hatte, der mit Corona infiziert war. Merkel hatte gerade mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten über die Anti-Corona-Maßnahmen konferiert, nun wollte sie in einer telefonisch abgehaltenen Pressekonferenz die Ergebnisse verkünden.

Ein paar Journalisten hatten sich zugeschaltet, auch der bayerische Ministerpräsident Markus Söder war dabei.

Minutenlang referierte Merkel, warum die Kontaktbeschränkungen weiter gelten müssten. Es hallte und rauschte, die Qualität war miserabel. Merkels Sprecher Steffen Seibert unterbrach und schaltete die Teilnehmer erneut zusammen.

»Ja, Merkel«, sagte die Kanzlerin. »Ich weiß nicht, ist der Söder noch dabei?« Kurze Pause.

»Ja, ich bin noch dabei.«

Seibert sagte, er müsse jetzt erst mal wieder das Zeichen für den Livestream geben. »Ich fang dann wieder von vorne an, weil der Ton schlecht war, ja gut«, sagte Merkel.

»So ist es leider«, sagte Seibert.

»Mach dann aber keine Fragen mehr und geh nach dem Statement dann raus, okay?«, riet Söder der Kanzlerin.

Merkel: »Okay, gut, das ist ein guter Kompromiss. Ich muss leider noch mal losleiern.«

»Ist schon okay«, sagte Söder.

Mittlerweile, ein paar Monate später, klappen solche Schalten technisch meist

## Die Zeit drängt

Amtszeiten der aktuellen Parteivorsitzenden





**Delegierte auf CDU-Parteitag in Leipzig 2019:** Viel Mensch auf wenig Raum

reibungslos. Doch andere Nachteile lassen sich nicht wegoptimieren.

So geht etwa Vertraulichkeit verloren. Niemand kann kontrollieren, welche Mitarbeiter sich abseits der Kameras noch in den Büros befinden. Man müsse »sich auch mal argumentativ vergaloppieren« können, so formuliert es der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linken. Das gehe in solchen Schalten schlechter, weil alle fürchteten, die Patzer würden sofort durchgestochen. »Dann hast du eine Schere im Kopf.«

Zugleich kann sich keiner verstecken wie etwa in einem großen Saal. »Herr Söder, man sieht, wenn Sie mit den Augenrollen«, sagte Manuela Schwesig, Regierungschefin in Schwerin, kürzlich zum bayerischen Ministerpräsidenten, als der während einer Schalte kurz genervt war. Auch so etwas verändert die Atmosphäre.

Doch all das ist nichts gegen die Probleme, vor denen die Parteien derzeit stehen. Vor den größten steht die CDU.

Eigentlich wollten die Christdemokraten bereits im April einen neuen Parteichef wählen, doch wegen der Pandemie wurde das Treffen in den Dezember verschoben. Nun steht auch dieser Termin infrage.

Dabei soll es in Stuttgart nicht nur um den Vorsitz gehen, sondern zumindest mit-

telbar auch um die Frage, wer im nächsten Jahr als Kanzlerkandidat antritt. Mit 1001 Delegierten sind CDU-Parteitage allerdings noch einmal größer als die der anderen Parteien. In Sachen Hygiene haben sie besonders hohe Hürden zu nehmen.

Ursprünglich sollte der Parteitag über mehrere Tage gehen, mit 2000 Teilnehmern, also Delegierten, Gästen und Journalisten, doch davon hat man in der CDU-Zentrale bereits Abstand genommen. Das Treffen soll nun lediglich einen Tag dauern. Bleibt das Problem, dass es sich um eine Großveranstaltung handelt, die bis auf Ausnahmen eigentlich verboten ist und, wenn überhaupt, nur unter Bedingungen stattfinden darf. CDU-Bundesgeschäftsführer Stefan Hennewig hat deshalb mehrere Szenarien entwerfen lassen.

Szenario eins: In Stuttgart versammeln sich nur die 1001 Delegierten in der Halle, Journalisten und Gäste bleiben draußen.

Szenario zwei: Die Delegierten werden in zwei oder mehr Hallen aufgeteilt und verfolgen die Reden der Kandidaten auf Leinwänden. Schon dafür wären aus Sicht der Parteizentrale rechtliche Änderungen notwendig, schließlich wäre das kein Präsenzparteitag im klassischen Sinn mehr.

Das gilt erst recht für Szenario Nummer drei. Es sieht vor, die Delegierten in vier

über Deutschland verteilten Hallen zu versammeln. Dort könnten sie die Auftritte der Bewerber verfolgen, die von einem weiteren Ort zugeschaltet werden, abgestimmt würde digital. Dafür müsste wohl ebenfalls das Parteienrecht geändert werden.

Darauf dringen nun manche Christdemokraten energisch, allen voran Tilman Kuban, Chef der Jungen Union. Man solle »jetzt alles daransetzen, bis zum Dezember die gesetzlichen Voraussetzungen im Parteienrecht für digitale Wahlparteitage zu schaffen«, sagt er. Auch CSU-Chef Markus Söder, selbst potenzieller Kanzlerkandidat, spricht sich für eine Gesetzesänderung aus, um digitale Wahlparteitage zu ermöglichen.

Tatsächlich bewegt sich einiges. Die Bundstagsfraktionen von Union und SPD haben sich auf einen Entwurf zur Änderung des Wahlgesetzes geeinigt, der mit einer Änderung des Parteiengesetzes einhergehen soll. Die Parteien sollten »neue Möglichkeiten bekommen, ihre Parteitage durchzuführen«, sagt Ansgar Heveling, Justiziar der Unionsfraktion. »Dazu gehört auch, ganze Parteitage im Notfall digital stattfinden zu lassen.« SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese sagt: »Wir sind offen dafür, Spielräume im Parteiengesetz zu schaffen, damit die Parteien Onlineparteitage als

zusätzliche Option in ihre Satzungen aufnehmen können.«

Das Wahlgesetz soll schon kommende Woche in den Bundestag eingebracht werden. Zunächst geht es nur um Änderungen bei der Aufstellung von Bundestagskandidaten – sie sollen »im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt« auch ohne Präsenzveranstaltungen benannt werden können.

Komplizierter ist die Frage von Onlineparteitag, wofür man wohl das Parteiengesetz ändern muss. Juristen sind skeptisch, dass die Wahlgrundsätze bei den aktuellen technischen Möglichkeiten eingehalten werden. Wegen der besonderen Stellung der Parteien gibt es hohe Hürden.

Die SPD will Onlinepartei-tage vor allem für inhaltliche Beschlüsse zulassen, Vorstandswahlen und Satzungsänderungen sollen nicht digital möglich sein. Allerdings sind die Sozialdemokraten offen für Corona-bedingte Sonderregelungen.

Die Situation der Parteien erinnert ein wenig an die Schulen, die sich im Lockdown plötzlich mit digitalem Unterricht und Datenschutz auseinandersetzen mussten – und sich in der großen Masse erst mal überfordert zeigten. Die Schwierigkeiten der Parteien, digitale Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, sind auch ein Symbol dafür, wie weit Deutschland in der Digitalisierung hinterherhinkt.

Wobei sich nicht alle so schwertun wie die CDU. Die FDP etwa hatte sich bereits vor Corona einen Digitalisierungsschub verordnet. Zentrales Instrument wurde ein

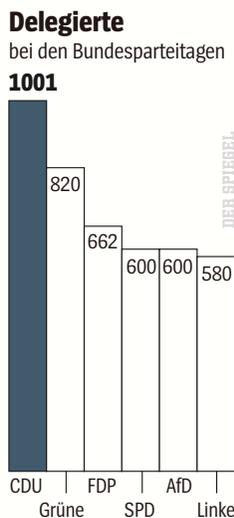
Intranet, das von überall zugänglich ist. »Ab der dritten Fraktionssitzung gab es keine Papiervorlagen mehr«, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer Marco Buschmann.

Der Parteitag in zwei Wochen soll trotzdem analog stattfinden – im Estrel-Hotel in Berlin-Neukölln, wo eine moderne Klimaanlage gefährliche Aerosole vertreibt. Weil die Zahl der Delegierten geringer ist als bei der CDU, hoffen die Liberalen, dass die Berliner Behörden den Parteitag nicht noch verbieten. Und wenn er doch platzt? Zur Not, sagt Parteichef Christian Lindner, »können die Ämter des Generalsekretärs und des Schatzmeisters auch vom Bundesvorstand beziehungsweise Präsidium besetzt werden.«

Bei den Grünen planen sie für ihren Parteitag im November zweigleisig – digital und analog. Bundesgeschäftsführer Michael Kellner hat in Karlsruhe zwei Hallen mieten lassen, die sich zusammenlegen lassen. »Dann hat man eine riesige Halle. Unter den heutigen Pandemieauflagen wäre es möglich, den Parteitag durchzuführen«, sagt Kellner. Trotzdem lässt er die Onlineversion weiter mitplanen, für den Notfall.

Aber was macht all das mit der Politik? Wie verändert das Digitale den Wettbewerb der Köpfe, der Ideen?

Friedrich Merz hält die Diskussion über Alternativlösungen für den CDU-Parteitag für Kokolores. Für den früheren Fraktionschef steht außer Frage, dass die Wahl des neuen Parteivorsitzenden mit Publikum stattfinden muss. Präsenz sei vom Parteiengesetz vorgeschrieben, sagt Merz. Er hat großes Interesse an einem normalen



Parteitag. Anders als der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet hat er kein Amt, keine Funktion. Er ist ein Einzelkämpfer, der Auftritt auf dem Parteitag ist seine Chance. Spricht er wie ein Nachrichtenmoderator ins Off, dürfte das seine Chancen erheblich schmälern.

Parteitage sind eine Arena. Je digitaler sie werden, desto unattraktiver dürften sie für jene sein, die sich inszenieren können, für die Politik eben auch eine Show ist. Für diejenigen, die Charisma haben.

Allerdings muss sich dieser Politikertyp vorerst wenig Sorgen machen, dass sich Digitalformate dauerhaft durchsetzen. Bisher gingen digitale Gehversuche eher peinlich aus.

2015 etwa mussten die SPD-Delegierten Sigmar Gabriel auf ihrem Bundesparteitag in Berlin zweimal als Parteichef wiederwählen, die Technik für das E-Voting streikte, alles verzögerte sich.

Alles nicht so einfach mit der Digitalisierung. Diana Kinnert, 29, kann davon viel berichten. Die Beraterin saß 2015 in der Reformkommission des damaligen CDU-Generalsekretärs Peter Tauber. »Die Digitalisierung«, sagt Kinnert, »ist eine Kulturfrage.« Parteien können nicht einfach so umschalten, jedenfalls nicht so einfach wie Firmen oder Medienhäuser.

Die CDU-Mitgliedschaft, sagt Kinnert, komme »in weiten Teilen noch aus der Kohl-Zeit«, ticke also konservativer als die gesellschaftliche Mitte und könne mit neuen Kommunikationsformen nicht zwingend gut umgehen.

Das gilt erst recht für eine Partei, deren Mitgliedschaft in Teilen noch stärker überaltert ist als die der Konkurrenz: die Linke. Gerade in der Ost-Linke gehören viele Mitglieder zur Corona-Risikogruppe – und dürften nicht sehr digitalaffin sein. In Mecklenburg-Vorpommern etwa sind vier Fünftel der Mitglieder älter als 55 Jahre, im jüngsten Ost-Verband Thüringen sind es gut zwei Drittel.

Trotzdem muss ein Parteitag stattfinden, die beiden Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger scheiden aus dem Amt. Man plane deshalb einen regulären Parteitag mit Hygienekonzept, sagt Bundesgeschäftsführer Jörg Schindler: keine Stände, kaum Gäste, Stühle mit Abstand, Maskenpflicht. Einzelne Delegierte haben trotzdem signalisiert, dass sie aus Sorge um die Gesundheit nicht kommen werden.

Doch Schindler hält am analogen Format fest. »Wir sind mittlerweile videogeschult, technisch könnten wir das«, sagt er. »Aber Politik wird im Digitalen entpolitisiert. Das wollen wir unbedingt vermeiden.«

Florian Gathmann, Christoph Hickmann, Valerie Höhne, Timo Lehmann, Veit Medick, Jonas Schaible, Christoph Schult, Christian Teevs, Severin Weiland

Grünenchefs Robert Habeck, Annalena Baerbock auf Onlineparteitag: Ohne Stimmung



Polizist, Demonstranten am Reichstagsgebäude: »Raus da – das ist unser Haus«

## »Reißt die Gitter weg!«

**Proteste** Rechte Verschwörungsideologen sprachen in Chats davon, den Bundestag zu stürmen. Niemand nahm sie ernst. Rekonstruktion einer symbolträchtigen Niederlage der Staatsmacht.

**V**ier Tage nachdem die Bilder von Demonstranten auf der Treppe des Reichstagsgebäudes mit schwarz-weiß-roten Fahnen um die Welt gegangen sind, hat die Berliner Politik den Eklat noch nicht verdaut. Am Mittwochmorgen sind Migrantenverbände und Antirassismusinitiativen zu Gast im Kanzleramt. Der Kabinettsausschuss gegen Rechtsextremismus tagt, ein neues Gremium, passender könnte es kaum sein.

Ein Teilnehmer will von der Kanzlerin und ihren Ministern wissen, welche Konsequenzen sie aus dem Wochenende ziehen und was sie gegen die Radikalen auf den Straßen und im Netz unternehmen. Innenminister Horst Seehofer (CSU) meldet sich zu Wort. Die Regierung habe die

Sicherheitslage genau im Blick, sagt er nach Teilnehmerangaben. Der Innenminister sendet das Signal aus: Wir tun was.

Bis zum Wochenende hatte sich die Politik schwergetan, allzu scharf auf Proteste gegen die Corona-Maßnahmen zu reagieren. Die Angst überwog, den Volkszorn dadurch erst recht anzufachen. Als am 1. August erstmals Zehntausende Demonstranten durch Berlin zogen und vielfach Verschwörungsmethoden verbreiteten, sprach SPD-Chefin Saskia Esken auf Twitter von »Covidioten« – und erntete einen Shitstorm. Menschen, die ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen, könne man so nicht beugen.

Umso erschrockener reagierte die Politik, als am Samstag bis zu 400 Rechts-

extremisten, Reichsbürger und Verschwörung Anhänger die Absperrungen der Polizei durchbrachen und plötzlich direkt vor dem Bundestag standen. Einen Moment lang schützten nur drei Polizisten die gläsernen Türen zur Herzkammer der Demokratie. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der die Beamten später im Schloss Bellevue empfing, nannte die Szenen »geradezu unerträglich«. Der Sprecher der Kanzlerin sprach von »schändlichen Bildern«.

Doch der Eklat hätte wohl verhindert werden können, denn er hatte sich lange angekündigt, wie jetzt eine Rekonstruktion der Ereignisse zeigt: In Chatgruppen hatten Rechtsradikale bereits seit Wochen davon schwadroniert, den Bundestag

»stürmen« oder »besetzen« zu wollen. Auch am Tag der Demonstration riefen Redner mehrfach dazu auf, die Gitter am Reichstagsgebäude zu überwinden und zum Parlament vorzudringen. Doch die Behörden hatten die Parolen nicht ernst genug genommen. Und so gelang es einem Haufen Verschwörungsideologen und Rechtsextremen, Bilder zu produzieren, die bleiben – und einen Teil der Corona-Proteste weiter radikalieren können.

**Samstag, 12.30 Uhr.** In der Hauptstadt sind mehrere Veranstaltungen gegen die Corona-Politik der Bundesregierung angemeldet, das Bündnis »Querdenken 711« aus Stuttgart verantwortet den größten Protestzug. Zunächst hatte die Berliner Versammlungsbehörde die Demo untersagt, die Gerichte aber hoben das Verbot wieder auf. Nun protestieren Zehntausende an verschiedenen Orten in Berlin-Mitte, von der Friedrichstraße bis zur Siegessäule. Es ist eine wilde Mixtur aus Mittelschichtsbürgern, Esoterikern, Impfgegnern – und Rechtsradikalen.

Vor dem Reichstagsgebäude versammeln sich mehr als hundert Menschen, sie halten schwarz-weiß-rote Reichsfahnen in die Luft, eine russische Fahne flattert auch im Wind. Vor jener Bühne, die später noch wichtig werden wird, spricht Rüdiger Hoffmann vom »Sturm auf den Reichstag«. Er ist Präsident des Berliner Vereins »Staatenlos«, der die Demo am Platz der Republik angemeldet hat. Die Behörden rechnen die sektenähnliche Gruppe zur Szene der Reichsbürger, ihre Anhänger halten die Bundesrepublik für ein illegales Konstrukt.

Hoffmann ist 52 Jahre alt und war früher Funktionär der rechtsextremen NPD. Im Dezember 1994, als er noch Rüdiger Klasen hieß, verurteilte ihn das Landge-

richt Schwerin nach einem Angriff auf ein Asylbewerberheim zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe – wegen versuchten Mordes und schweren Landfriedensbruchs.

Seit 2013 tauchten Hoffmann und seine Truppe immer wieder vor dem Reichstagsgebäude auf. Bei den stets angemeldeten Demos erhob er im Namen der »deutschen Völker« Anspruch auf das Parlament. Im Dezember 2018 marschierte er vor die Absperrung an der Reichstags-treppe und brüllte vor rund 40 Anhängern in Richtung Parlament: »Raus da, raus! Das ist unser Haus! Das gehört uns, nicht euch!«. Ernst genommen hatte ihn natürlich niemand.

An diesem Samstag fordert Hoffmann die Zuhörer auf: »Lasst euch nicht abhalten, von Sperren, von Gläsern, von Drähten, von Zäunen!«

Die Polizei allerdings kümmert sich nicht um Hoffmann, sondern um jene, die hinter der Absperrung auf einer Wiese zwischen Bundestag und Kanzleramt sitzen. Dort ist das Demonstrieren nicht erlaubt. Um 12.45 Uhr rückt ein Kommunikationsteam der Polizei in gelben Westen an. Die fünf Beamten reden auf vier Erwachsene mit zwei Kindern und einen Mann ein. Doch die wollen ihren Mini-Sitzprotest nicht aufgeben.

Am Nachmittag wird es vor dem Reichstagsgebäude zum ersten Mal hitzig. Attila Hildmann ist mit einem Tross von Anhängern zum Platz der Republik gelaufen. Hildmann ist als veganer Showkoch bekannt geworden, inzwischen ist er einer der radikalsten Gegner der deutschen Corona-Politik und verbreitet rechtsextreme Verschwörungsmärchen.

Eine Gruppe Demonstranten stürmt die abgesperrte Wiese. Um 16.11 Uhr beginnt Hildmann seine Rede. Er wettet von der Bühne gegen die »Corona-Diktatur« und ruft: »Reißt die Gitter weg!«

Die Polizei setzt Reizgas und Hunde gegen die mehr als hundert Menschen auf der Wiese ein, auch die Rasensprenger werden angeworfen.

Als sich die Lage wieder beruhigt hat, betritt Hildmann noch einmal die Bühne. Er fordert die Polizei auf, die »Gitter« zu öffnen, damit man endlich zum Reichstagsgebäude kommen könne, »was dem deutschen Volke gewidmet ist«. Er zeigt auf den Bundestag hinter sich. Die Zuhörer rufen mit ihm: »Öffnet die Tore!«

In Hildmanns Chatgruppe hatten Anhänger bereits seit Juni immer wieder das Reichstagsgebäude zum Ziel erkoren. Eine »Beate C« schrieb, nicht immer nach den Regeln deutscher Grammatik: »Wir müssten alle zusammen nicht einzeln in Städte demonstrieren sondern alle zusammen trommeln und ab nach Berlin und den Reichstag besetzen solange bis sie aufgeben.« Fünf Tage vor der Demo schrieb ein



Lutz Jäkel / laif

**Beamte vor dem Bundestag**

»Wegen Unfriedlichkeit aufgelöst«

anderer Teilnehmer der Chatgruppe: Um den Bundestag zu stürmen, brauche man »Waffen oder die Bundeswehr/Polizei auf seiner Seite.«

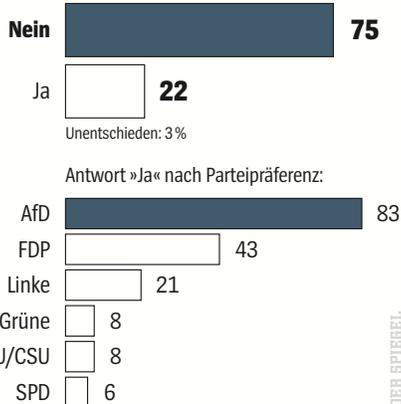
Um 18.45 Uhr drängen Hunderte Demonstranten über den Tiergarten zur Scheidemannstraße, die südlich am Reichstagsgebäude vorbeiführt. Viele wählen einen kleinen Fußweg durch den Park, vorbei am Denkmal für die von den Nationalsozialisten ermordeten Sinti und Roma. Manche marschieren mitten durch die Gedenkstätte.

Die Berliner Polizei hält später in einem Bericht fest, dass sich der Druck auf die Absperrungen stark erhöht habe. Immer wieder hätten Demonstranten versucht, die Gitter auseinanderzureißen, um zum Parlament zu gelangen. Die Polizei trifft eine Entscheidung, die Folgen hat: Sie verlagert den Großteil ihrer insgesamt 250 Kräfte im Regierungsviertel zur Scheidemannstraße. So sollen die Absperrungen auf der Südseite des Reichstagsgebäudes dicht gehalten werden, was nur in Teilen gelingt. Selbst von aufgereihten Polizeiautos lässt sich die Menge nicht mehr abhalten. Die Zahl der Demonstranten um den Bundestag ist inzwischen auf 2000 angewachsen.

Um 19.04 Uhr steht Tamara Kirschbaum auf der Bühne vor dem Reichstagsgebäude, eine Frau mit Dreadlocks, sie atmet heftig ins Mikrofon. »So, Leute! Wir schreiben heute hier in Berlin Weltgeschichte!«, ruft sie. Kirschbaum ist eine

**Lautstarke Minderheit**

»Haben Sie Verständnis für die aktuellen Demonstrationen in Berlin, die sich gegen die Corona-Politik der Bundesregierung richten?« Angaben in Prozent



Civey für den SPIEGEL; laufende Befragung, Stand 3. September, 5112 Befragte, Stichprobenfehler: 2,5 bzw. 5,5 Prozentpunkte

DER SPIEGEL

Heilpraktikerin aus dem Raum Aachen. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz zählt sie zur Reichsbürgerszene.

Auf der Bühne trägt die Frau ein T-Shirt mit Symbolen der QAnon-Bewegung, die abstruse Verschwörungsthese verbreitet. Im Netz firmiert sie als »freie Mitarbeiterin« eines Onlineportals der Bewegung.

Überregional bekannt war Kirschbaum bisher nicht. Nun lauschen mehrere Hundert Zuhörer ihrer wirren Ansprache. US-Präsident Donald Trump sei in Berlin, behauptet sie, man solle ihm ein Zeichen senden und die Treppen zum Bundestag erklimmen: »Wir gehen da drauf und holen uns heute hier ab jetzt unser Haus zurück!«, ruft Kirschbaum ins Mikrofon.

Offenbar angestachelt durch die Worte, überrennen Demonstranten die Absperrgitter neben der Bühne und laufen die Stufen des Reichstagsgebäudes hinauf, auch von der anderen Seite steigen Menschen über die Gitter.

Plötzlich drängen sich bis zu 400 Männer und Frauen bis hoch vor die Glasscheiben des Bundestags. Nur drei Polizisten stehen noch zwischen der Menge und dem Eingang. Zwei Beamte schwingen mit Schlagstöcken, ein Beamter, ohne Helm, schreit: »Runter, ihr geht jetzt runter!«

Auf den Stufen jubeln die Protestierenden, Handys werden in die Luft gehalten, um den symbolträchtigen Moment einzufangen. Neben Reichsbürgern und Rechts-extremisten ist im Tross ein Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Oehme aus Sachsen dabei. Auch ein Mitglied der Jungen Alternative, der Jugendorganisation der AfD, ist in vorderster Reihe die Treppen mit hinaufgestürzt – und heizt jetzt die Menge an.

Zur Gesellschaft der rechten Revoluzzer vor den Türen des Bundestags gehört auch Nikolai Nerling, ein Holocaust-Leugner und ehemaliger Grundschullehrer, der in sozialen Netzwerken unter dem Namen »Volkslehrer« auftritt. Er war von Anfang an bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen dabei, auch zu den Organisatoren der Hauptdemo von »Querdenken 711« pflegt er Kontakt.

Auf der Treppe stehen außerdem die »Corona-Rebellen Düsseldorf«, erkennbar an ihrem schwarz-weiß-roten Plakat. Sie sind seit dem Vormittag auf den Demos in Berlin unterwegs, laut, pöbelnd, offensichtlich betrunken. Am Ende sind sie im richtigen Moment am rechten Ort.

Eine Minute später erreichen drei Züge einer Cottbusser Polizeihundertschaft das untere Ende der Stufen, bilden Ketten und drängen die Demonstrierenden mit Schlagstöcken und Pfefferspray zurück. Die Beamten standen ein ganzes Stück abseits der Bühne, in Richtung Brandenburger Tor, und sollten gerade abgelöst werden, als sie bemerkten, dass Demonstranten

Gitter überrannten und auf das Reichstagsgebäude zustürmten.

Einige aus der Menge flüchten vor den anrückenden Polizisten, andere wehren sich, schubsen Beamte, sprühen selbst mit Tränengas. Andere skandieren: »Volksverräter«, »haut ab«, »Widerstand«.

Um 19.19 Uhr ist die Treppe geräumt, etwas später verkündet die Polizei über Lautsprecher das Ende der Versammlung: »Achtung, Achtung. Es erfolgt eine Durchsage der Polizei. Diese Demonstration wird wegen Unfriedlichkeit aufgelöst.« Doch die Menge denkt nicht daran, einfach zu gehen. Erst kurz vor 20 Uhr ist der Platz vor dem Bundestag frei.

**Hektisch ringt die Politik** nun um Antworten. Manche fordern ein Verbot der schwarz-weiß-roten Flaggen des Deutschen Reichs, ein eher hilfloser Vorstoß. Andere schlagen vor, das Demonstrieren vor dem Reichstagsgebäude generell zu untersagen, nicht nur wie bisher an Sitzungstagen. Vorgezogen werden könnte auch ein Sicherheitskonzept, das ursprünglich erst ab 2025 umgesetzt werden sollte: Der Bundestag würde demnach mit einem Graben und zweieinhalb Meter hohen Zäunen umgeben.

Doch ist das die richtige Antwort? Das Volk auf Abstand zu den Volksvertretern zu halten wie einst der König die Untertanen vor seinem Schloss? Am Donnerstagmittag traf sich der Ältestenrat des Bundestags zu einer Sondersitzung. Eine gute Stunde lang berieten die Parlamentarier, wie die Sicherheit am Bundestag erhöht werden kann – ohne sich vor den Bürgern abzuschotten. Zu konkreten Entscheidungen konnten sie sich noch nicht durchringen.

Einig waren sich die meisten Abgeordneten nur darin: Eine Wiederholung der Szenen vom Wochenende dürfe es nicht geben. Von den Sicherheitsbehörden verlangen sie einen ausführlichen Bericht, wie es so weit kommen konnte. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) plant ein Treffen mit Vertretern der Bundesregierung und dem Land Berlin, um die Vorfälle aufzuarbeiten.

In der Chatgruppe der »Corona-Rebellen Düsseldorf« herrschte nach den Geschehnissen von Berlin eine Art Kriegszustand. Der Hass auf die Polizisten, die dem Spuk am Bundestag ein Ende bereitet hatten, war groß. Ein Schreiber wünschte sich für die »Schergen des alten Systems« ein gewaltsames Ende: »Das Volk soll sie aus ihren Wohnungen herauszerren und Gerechtigkeit walten lassen.«

Maik Baumgärtner, Andreas Flammang, Matthias Gebauer, Roman Höfner, Roman Lehberger, Ann-Katrin Müller, Sven Röbel, Wolf Wiedmann-Schmidt

# FAKE NEWS sind nur der Anfang



Auch als E-BOOK ERHÄLTlich

JETZT bequem von zuhause aus kaufen



304 Seiten, gebunden · € 22,00 (D)

Hacker, Bots, Trolle, Putin, der IS oder Trump – sie alle wollen nicht einfach nur »alternative Fakten« in die Welt setzen, sie sind vielmehr dabei, unsere Realität zu verändern.

Peter Pomerantsev nimmt uns mit an die Front des Desinformationskrieges, der inzwischen überall auf der Welt tobt. Er trifft Twitter-Revolutionäre und Pop-up-Populisten, Islamisten und Identitäre, die aus der Zertrümmerung von Ideen wie »wahr« und »falsch« ihren Nutzen ziehen.

Tobias Rapp

# Unsere Verrückten

**Essay** Die Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen will einfache Antworten auf schwierige Fragen. Bei der Suche danach kommen auch brave Bürger auf abstruse Gedanken.

Eine Freundin erzählte mir vor einigen Tagen eine Geschichte. Ihre Physiotherapeutin, die sie lange kennt, habe im Frühsommer angefangen, eigenartige Sachen zu erzählen. Zum Beispiel, dass es das Coronavirus gar nicht gebe. Dass es von einer Elite erfunden worden sei, um uns zu beherrschen. Dass Belgien untertunnelt sei und in diesem Schattenreich Kinder gehalten und gefoltert würden. Dass aus der Zirbeldrüse der Kinder ein Sekret gewonnen werde, das bei den Verjüngungskuren der Reichen und Mächtigen eingesetzt werde. Ist dir, fragte sie die Freundin, nicht auch aufgefallen, dass Brigitte Macron, die Ehefrau des französischen Staatspräsidenten, im Augenblick so alt aussehe? Könne es nicht sein, dass ihr der Nachschub fehlte?

Die Physiotherapeutin hat Kinder und einen Mann. Sie lebt in normalen, stabilen Verhältnissen, eine nette und hilfsbereite Person, durchaus mit einem Hang zum Esoterischen, was vielleicht ein wenig seltsam war, aber nicht besorgniserregend.

Am vergangenen Wochenende war die Physiotherapeutin in Berlin und hat demonstriert.

Rund 40 000 Menschen waren dort auf der Straße. Hooligans und Impfgegner, Leute, deren Firma pleitegegangen ist wegen des Lockdowns. Hippies, Friedensaktivisten, Mitglieder der rechtsextremen »Identitären Bewegung«, Nostalgiker, die den Kaiser zurückwollen. Und die Physiotherapeutin, die offenbar Teil eines Kults namens »QAnon« geworden war. Dessen Anhänger glauben daran, dass nur der amerikanische Präsident Donald Trump die Welt vor der Verschwörung der Kindermörder retten könne.

Meine Freundin stürzte all das in tiefe Ratlosigkeit.

Was sollte sie machen? Sich eine andere Physiotherapeutin suchen? Mit ihr darüber reden und versuchen, sie zu überzeugen, dass sie sich veranant hat? Könnte es sein, dass sie einfach verrückt geworden ist? Oder sollte man so tun, als wäre nichts?

Da war also eine Frau, die ganz offensichtlich versucht hat, sich

einen eigenen Reim auf diese komplizierte Welt zu machen, in der wir heute leben. In der mehr Informationen zugänglich sind als je zuvor und es gleichzeitig an Sicherheit fehlt einzuschätzen, was richtig ist und was falsch. Und die bei dieser Suche bei vollkommen verdrehten Antworten gelandet war.

Und da stand die Freundin. Die ihrer Physiotherapeutin zuhörte und die Welt ebenfalls nicht mehr verstand.

Womit haben wir es bei diesem neuen Protest zu tun? Wer aus dem System der Politik auf diese Bewegung schaut, als Politiker oder Berater, kann natürlich nur Politik sehen. Aber die Protagonisten scheinen kein klares Bild davon zu haben, was sie eigentlich wollen. Es gibt keine gemeinsame Idee, außer dass die Corona-Maßnahmen, die längst ihre Schärfe verloren haben, die Freiheit bedrohen. Das temperierte System der geregelten Verfahren, nach dem die Politik funktioniert, ist ihnen fremd. Und natürlich gibt es tiefgründige Verbindungen nach rechts.

Doch möglicherweise greift das ein wenig kurz.

Die Bewegung wird von Ängsten getragen, das ist offensichtlich. Ängste, die zum Teil im echten Leben verankert sind. Das Virus und die Maßnahmen zu seiner Eindämmung haben die Gesellschaft und jeden Einzelnen unter Stress gesetzt. Viele Menschen haben Jobs und Einkommen verloren und damit auch ihre Perspektiven. Ihre Ängste speisen sich auch aus den Welten der Science-Fiction oder der Fantasy. Oder gleich aus dem Ressentiment-Reservoir, das sich über die Jahrhunderte in unserem kollektiven Gedächtnis angesammelt hat: entführte Kinder, Hinterzimmer-Regierungen, unsichtbare Kräfte, die die Menschen manipulieren und denen man schutzlos ausgeliefert ist. Antisemitische Geschichten sind zu hören, in denen die Rothschilds und George Soros die Strippen ziehen.

Wer sich da verschwört, ist nicht wichtig. Die Verschwörung allein ist es, die zählt. Und dass ein paar Aufrechte dagegen aufstehen.

Diese Theorien gab es schon immer – in der Mitte der Gesellschaft, in linken wie in rechten und rechtsradikalen Milieus. Insofern gehen auch die Beschwörungen von Politikern ins Leere, wenn sie diese Leute ansprechen und sagen: Wer jetzt mit Nazis demonstriert, mache sich mit ihnen gemein und breche ein Tabu der bundesrepublikanischen Kultur. Aus der Sicht der Politik stimmt das natürlich. Aber wer glaubt, dass eine Schattenelite dabei ist, die Macht zu übernehmen, und das Virus nur einer ihrer üblen Tricks ist, dürfte auf einer Demonstration gegen diesen übermächtigen Feind nur Verbündete sehen, keine Gegner.

Aber da ist noch etwas anderes.

Der kleinste gemeinsame Nenner dieser Bewegung ist nämlich etwas Universelles: die Überzeugung, eine eigene Meinung zu haben. Immer wieder hört man es in den Interviews, die Demonstrationsteilnehmer geben, liest es in den sozialen Netzwerken, in denen sie sich austauschen. Er wolle zum »Nachdenken und Recherchieren« anregen, sagt der Demonstrationsanmelder Michael Ballweg, »recherchiere das mal«, sagt die Physiotherapeutin zu meiner Freundin. Und bilde dir dann deine eigene Meinung.

Das ist ein edler Wunsch. Er steht am Anfang der Aufklärung, als sich der Mensch aus seiner Unmündigkeit zu befreien begann. Tatsächlich hilft er aber nur wenig, die komplexe Realität der heutigen Demokratien zu verstehen. Die ja eben nicht nur aus einer Regierung besteht, die tut, was die Wähler wollen. Sondern aus einem ausdifferenzierten Geflecht verschiedener Institutionen, die sich gegenseitig zuarbeiten und kontrollieren. Und das ist nur die Politik. Die moderne Wissenschaft, auch ein Kind der Aufklärung und in der Coronakrise von zentraler Bedeutung, ruht auf einem ähnlich verzweigten Netzwerk. Nichts geht schnell in diesen Systemen. Weil in der Politik die Informationsbeschaffung, Abstimmung, Kompromissfindung und Vermittlung eben Zeit braucht. Weil

Viele beglückte Gesichter waren bei der Berliner Demo zu sehen – einer Art Gruppentherapie.



Demonstranten in Berlin

in der Wissenschaft jede Erkenntnis kritisch geprüft und die Kritik dann ebenfalls kritisiert werden muss.

Wer in diese Systeme mit seiner Meinung hineinplatzt, wird nicht glücklich werden.

Das ist natürlich ein Problem, denn die eigene Meinung ist die härteste Währung unserer Zeit. Jeder hat sie, Facebook hat ein milliardenschweres Geschäftsmodell daraus gemacht, jedem die Möglichkeit zu geben, sie der Welt mitzuteilen. Trotzdem beherrscht viele Menschen das Gefühl, ihre eigene Meinung sei bedroht oder werde zumindest nicht ausreichend gehört. Die eigene Meinung ist das, was den Menschen heute zum Menschen macht. Sie ist der Ausweis, besonders zu sein. Und sie ist vor allem Befindlichkeit.

Der Berliner Soziologe Andreas Reckwitz hat in den vergangenen Jahren herausgearbeitet, wie das Gefühl, besonders zu sein, zu einer Grundbedingung der zeitgenössischen Existenz geworden ist. Reckwitz bezog sich damit vor allem auf die neuen, urbanen Mittelschichten, die in gut bezahlten Jobs einer weltweit vernetzten Ökonomie arbeiten. Und die ihr Leben als riesige Inszenierung des Selbst begreifen – durch die Art zu wohnen, zu essen, zu reisen, durch den Wert, der Bildung beigemessen wird, durch das Gefühl, in der ganzen Welt zu Hause zu sein. Daraus, so der Wissenschaftler, ergebe sich ein neuer Klassenkonflikt: mit denen, die sich nicht so fühlen. Die sich durch diese aufstrebende Klasse aus ihrer Welt verdrängt sehen.

Doch dieser Wunsch nach Besonderheit findet sich längst in der ganzen Gesellschaft. Und die eigene Meinung, für die die Leute in der neuen Anti-Corona-Bewegung anerkannt werden wollen, dürfte vor allem

das Symbol ihrer Besonderheit sein – und das Gefühl, dass es an dieser Anerkennung mangelt, ist eine ihrer wichtigsten Antriebskräfte.

Das hat Konsequenzen. Die Wiener Philosophin Isolde Charim hat sie in ihrem Buch »Ich und die Anderen« beschrieben. In der alten Welt des Wohlfahrtsstaats sei der Einzelne im großen Anliegen seines Milieus aufgegangen und in der Sicherheit der Partei, der Gewerkschaft oder der Kirche. Die neuen sozialen Bewegungen in der Folge von 68 hätten ein anderes Modell gehabt: das der rebellischen Gruppe, die im Namen der Minderheit gegen die Mehrheit anrenne. Daraus gingen etwa die Grünen hervor, aber auch Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace. Beides, schreibt Charim, habe an Deutungsmacht verloren. Der umfassend individualisierte und pluralisierte Mensch des 21. Jahrhunderts wolle sich mit seiner ganzen Persönlichkeit in der Politik wiederfinden. Er wolle seine Geschichte erzählen und für seine Meinung anerkannt werden – zusammen mit den anderen, als Teil des großen Ganzen.

Das ist natürlich ein Widerspruch, der nicht auflösbar ist. Aber er beschreibt ziemlich genau diese Mischung von Leuten, die sich unter dem Dach der Corona-Bewegung versammelt hat. Dieses Fahnenmeer, in dem die deutsche Reichskriegsflagge neben der amerikanischen Fahne weht, die russische neben der preußischen, die türkische neben der mit dem Regenbogen. Wo die einen »Widerstand« brüllen und die anderen meditieren oder tanzen. Das passt nur dann zusammen, wenn die eigene Meinung das allerhöchste Gut ist. Und wo der, der neben einem steht, einfach nur jemand ist, der eine andere Meinung hat.

Deshalb ist die Atemschutzmaske, eigentlich ein Schutz gegen die Verbreitung der Infektion, für die Gegner der Corona-Maßnahmen ja auch so eine Zumutung. Sie wird als Knebel empfunden. Als Zwangsmaßnahme, die einem das Recht darauf nimmt, man selbst zu sein.

Die sozialen Netzwerke sind mächtige Verstärker dieser Mechanismen. Wer früher seinen Fernseher anschrie, twittert heute in die Welt hinaus. Wobei auch das ein einsames Vergnügen ist, weil es nur in der digitalen, aber nicht in der analogen Welt stattfindet. Wahrscheinlich waren deswegen auch so viele beglückte Gesichter bei der Berliner Demonstration zu sehen: Sie war auch eine Rückversicherung gegen die Einsamkeit, die unsere digitale Welt mit sich bringt. Eine Art Gruppentherapie.

**E**s gibt Verrückte. Leute, die sich selbst aus dem gesellschaftlichen Gespräch nehmen, weil das, was sie sagen, nicht mehr nachvollziehbar ist. In der Politik würde man sagen: nicht prozessierbar. Große Teile dieses eigenartigen neuen Protests gehören dazu. Der Verrückte ist aber auch ein Schreckbild. Der, auf den man das projiziert, was man selbst nicht sein möchte. In dessen Schwierigkeit, die Welt zu verstehen, sich die Schwierigkeit spiegelt, ihn zu verstehen.

Dies nicht zu vergessen, darin dürfte die Kunst im Umgang mit einer Bewegung liegen, die ganz offensichtlich keinen rationalen Kern hat. Mit gut gemeinten Appellen wird das kaum gehen. Sie dürften ihre Protagonisten in den Gruppierungen so wenig erreichen wie etwaige politische Angebote. Denkbar wäre sogar das Gegenteil: Sie in die rechte Ecke zu schieben, so sehr sich das inhaltlich begründen lässt, könnte nicht wenige davon überzeugen, dass sie dort auch wirklich hingehören.

Man wird sie aushalten müssen. ■

# Der Schwindel-Arzt

**Karrieren** Bodo Schiffmann war ein gefragter Mediziner aus Sinsheim. Wie wurde er zu einer Leitfigur der Verschwörungstheoretiker?

**Z**u Hause kann man ihn nicht besuchen, seine Privatadresse soll privat bleiben. Wer Bodo Schiffmann treffen will, muss in seine Praxis nach Sinsheim kommen, in die »Schwindelambulanz«, Alte Waibstadter Straße 2c, Termine nach Vereinbarung. Hier behandelt er Menschen, die an Gleichgewichtsstörungen oder Schwindel leiden. Von hier aus organisiert er seinen Widerstand gegen die Corona-Politik der Bundesregierung. Als das Virus Anfang des Jahres nach Deutschland kam, war Schiffmann vor allem Arzt, heute ist er einer der Anführer der Corona-Proteste.

Er hält sich nicht für einen Verschwörungstheoretiker. Er benutzt das Wort nur, um sich ironisch von den Leuten abzugrenzen, die seiner Meinung nach nicht begreifen, was gerade wirklich geschieht. Er bezeichnet sich als »neuen Denker«.

Am Empfang reicht die Sprechstundenhilfe ein Dokument, das normalerweise die Patienten erhalten – mit der Bitte um Ankreuzen und Unterschrift: »Hiermit erkläre ich an Eides statt, dass ich beim Tragen einer Mund-Nasenbedeckung unter folgenden Symptomen leide: Panikattacken. Herzrasen. Atemnot. Sonstiges.«

Bodo Schiffmann denkt über die Maske wie über die Burka: Er hat nichts dagegen, wenn sie jemand freiwillig trägt. Aber für ihn ist sie ein Symbol der Unterdrückung, wenn man dazu gezwungen wird.

Dann führt er in ein Behandlungszimmer. Es ist der zweite Besuch in drei Wochen. Schiffmann trägt an diesem Donnerstag im Juli eine weiße Hose und einen weißen Kapuzenpullover, ein schmaler Mann, 52 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern. Auf dem Schreibtisch liegen Puppen, Ernie und Bert, mit denen erklärt er den Patienten physiotherapeutische Übungen.

An dem Computer in diesem Zimmer sind die meisten Videos entstanden, die Schiffmann auf YouTube hochgeladen hat. Er hat drei Kanäle eingerichtet, einer heißt »Alles Ausser Mainstream«. Gut 150 Clips hat er veröffentlicht, in denen er gegen eine angeblich »faschistoide Gesundheitsdiktatur« anredet.

Er hat fast 300 000 Abonnenten auf YouTube. Beim Messengerdienst Telegram folgen ihm gut 98 000 Leute.

Naturwissenschaftliche Erkenntnisse müssten für Schiffmann eigentlich eine große Rolle spielen, er ist Mediziner. Doch



Lutz Jaekel / laif

**Demonstrant Schiffmann am 1. August in Berlin:** »Einen Erdrutschsieg davontragen«

als Corona-Kritiker verknüpft er Tatsachen mit Halbwahrheiten, Fehlinterpretationen und absurden Gedanken.

Laut einer Umfrage der Friedrich-Nauermann-Stiftung denkt jeder vierte Deutsche, das Coronavirus sei in einem chinesischen Labor gezüchtet worden. Und jeder fünfte im Alter von 18 bis 34 glaubt, es bestehe ein Zusammenhang zwischen der Pandemie und dem Ausbau des 5G-Netzes.

Eine Bewegung, die sich von Fakten und Vernunft entfernt, ist gefährlich, weil sie die Gesellschaft zersetzen kann. Sie ist empfänglich für Extremismus und im äußersten Fall auch für Gewaltbereitschaft.

Schiffmann ist ein freundlicher Mann und lebhafter Gesprächspartner. Er springt von Thema zu Thema, von Behauptung zu Behauptung. Er widerspricht sich. Weist man ihn darauf hin, ignoriert er das oft.

Er leugnet nicht, dass es Corona gibt, aber er hält Corona für harmlos. Gut 9000 Covid-19-Tote in Deutschland seit Beginn der Pandemie findet er nicht der Rede wert. Dann kommt er zu wilderen Thesen, hinter den Corona-Maßnahmen stecke nämlich der Plan, den Geldmarkt neu zu ordnen.

Er sagt: »Ich habe keinen Bock auf einen Neofeudalismus mit Bill Gates als Kaiser und Angela Merkel als Königin für das Reich Deutschland.« Die Corona-Warn-App vergleicht er mit dem Judenstern.

Er meint, dass Microsoft-Gründer Bill Gates mit Impfungen gegen das Coronavirus die Weltbevölkerung reduzieren wolle. Möglicherweise mache eine künftige Impfung unfruchtbar, sagt er. »Man könnte auch einen Chip implantieren, der alle persönlichen Daten enthält, und wenn man der Regierung nicht mehr passt, werden die Daten gelöscht, man existiert quasi nicht mehr.«

**Alte Freunde** haben sich von ihm abgewendet, dafür hat er neue gefunden. Es kämen nicht weniger Patienten als früher, aber andere. Er sagt: »Viele wollen nach der Behandlung ein Autogramm von mir.«

Verschwörungstheorien gehen von drei Grundannahmen aus: Nichts geschieht zufällig; nichts ist, wie es scheint; alles ist miteinander verbunden.

In einem Ton, als läse er eine Gebrauchsanweisung vor, trägt Schiffmann seine Sicht auf die Welt vor. Er glaubt, der Staat bezahle Trolle, die im Internet über ihn herziehen. Er befürchtet, in Deutschland würden Betriebe erst verstaatlicht und anschließend neu privatisiert. Mittelständische Unternehmen würden dann für »einen Apfel und ein Ei« an andere Länder verkauft. Er sagt, man habe erkannt, dass man vielleicht die Gelegenheit nutzen sollte, »in Anlehnung an das Event 201« die Wirtschaft zu sanieren.

Wer »man« sein soll, sagt er nicht.

Beim »Event 201« haben die Bill & Melinda Gates Foundation, das Weltwirtschaftsforum und das Johns Hopkins Center for Health Security im Oktober 2019 – also kurz vor Corona – eine globale Pandemie simuliert. Dabei wollten sie zeigen, wie Regierungen, Behörden und Unternehmen am besten zusammenarbeiten. Auslöser der Übungspandemie war ein fiktives Coronavirus.

Zum Prinzip der Verschwörungstheorie gehört, mit dem Mittel der Behauptung einen Schuldigen zu benennen, ein gemeinsames Feindbild zu finden. Psychologen sagen, die Anhänger wollten damit ein Gefühl von Kontrollverlust kompensieren.

Schiffmann hat im Mai den Verein »Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie« mitgegründet, im Juni dann die Partei WIR2020. Die fordert »die Rücknahme sämtlicher Gesetzesänderungen im Zusammenhang mit der sogenannten Covid-19-Pandemie« und das Einsetzen eines außerparlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Dass Menschen, die er zum Mainstream zählt, ihn komplett irre finden, verbucht Schiffmann als Bestätigung. Es passt zur Opferrolle, die er einnimmt: wir hier unten gegen die da oben.

Wieso er für eine Führungsrolle taugt?

»Ich bin ein Arzt, der in der Lage ist, Daten in Relation zu setzen.«

Fast jedes Wochenende spricht er inzwischen auf einer Kundgebung. In Ulm sagte einer der Veranstalter: »Lieber Bodo, wir danken Gott, dass es dich gibt.« An Schiffmanns Hemdkragen baumelte eine Kugel aus Aluminiumpapier, ein sogenannter Querdenker-Bommel. Es gibt Menschen, die meinen, der Bommel schütze sie vor Strahlung oder Gedankenkontrolle durch finstere Mächte. Für Schiffmann ist er ein Hinweis, dass »man mitdenkt und nicht mitläuft«.

Anfang August steht er in Berlin-Tiergarten nachmittags um halb vier neben einer Bühne auf der Straße des 17. Juni. Es ist die erste große Corona-Demo. Knapp 20 000 Leute haben sich laut Polizei versammelt. Da sind junge Eltern mit Kinderwagen, Reichsbürger, Rentner, Esoteriker, Normalos; ein Querschnitt durch alle Schichten. Niemand trägt eine Maske.

Schiffmann sagt: »Ist das nicht schön? Das sind 1,3 Millionen Menschen. Das ist die kritische Masse.« Eine ältere Dame nähert sich, gibt ihm die Hand und sagt, sie schließe ihn in ihre Gebete ein.

Am frühen Abend soll er reden, aber dazu kommt es nicht. Die Polizei löst die Veranstaltung auf, weil die Demonstranten die Abstands- und Hygieneregeln missachten. »Wir bleiben hier!«, rufen die Menschen. Schiffmann hockt sich im Schneidersitz auf einen Lautsprecher. Auch auf den

anderen Boxen sitzen Demonstranten. Mehr als zwei Stunden harren sie aus. Schiffmann kippt sich in der Hitze eine Flasche Wasser über den Kopf. Als die Polizisten die ersten Menschen wegtragen, legt er die Hand aufs Herz und singt die Nationalhymne. Er faltet die Hände, spricht das Vaterunser. Irgendwann steht er auf und geht.

Kurz darauf steht er in der Menge, jemand drückt ihm ein Megafon in die Hand.

»Was sind wir?«, ruft er. »Wir sind?«

»Viele!«

»Ah, das tut so gut.«

Die Demonstranten hätten gezeigt, sagt er, dass sie »für Frieden« stünden, für »Liebe«. Er sagt: »Mahatma Gandhi wäre stolz auf uns.«

Gandhi und Gates, Pol und Gegenpol von Bodo Schiffmann.

Am nächsten Morgen macht er sich auf den Heimweg. Er fährt mit dem Auto, weil er im Zug eine Maske tragen müsste.

Später berichtet Schiffmann, er sei kurz hinter Berlin liegen geblieben, mit einem Platten vorn rechts.

**Wie das alles anfang?** Wenn er davon erzählt, spricht er von Neo, dem Helden aus dem Film »Matrix«. Neo werden zwei Pillen angeboten, eine blaue und eine rote. Schluckt er die blaue Pille, kehrt er zurück in seine Traumwelt. Schluckt er die rote, erkennt er die Wahrheit. Schiffmann sagt, er habe wie Neo die rote Pille genommen.

Vieles, was er sagt, lässt sich nicht überprüfen, es basiert allein auf seiner Schilderung.

Bodo Schiffmann ist in Lampertheim in Hessen aufgewachsen, er hat einen Bruder, seine Mutter war Sekretärin, sein Vater arbeitete bei Daimler-Benz. Als Kind habe er Prospekte für die CDU ausgetragen. Er ging in Worms auf das Gauß-Gymnasium, habe im Schülerrat gesessen.

»Ich habe mich nie davor gescheut, mich mit anderen anzulegen«, sagt er.

Er habe den Wehrdienst verweigert, weil ihn bei der Musterung »ein Oberstabsfeldwebel behandelt hat, als wäre ich schon sein Soldat«. Den Zivildienst leistet er beim Roten Kreuz in Worms. Später hat er einen Job als Rettungssanitäter angenommen.

Weil er gesehen habe, was für Fehler manche Ärzte bei Einsätzen machen würden, habe er begonnen, Medizin zu studieren. »Irgendwann habe ich mich so geärgert, dass ich mir gesagt habe: Das kannst du besser.«

Während des Studiums spielte er Theater und trat als Zauberkünstler auf. 2002 promovierte er an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Im Februar war er im Skiurlaub in Kitzbühel. Eine Mitarbeiterin aus der Praxis schickte ihm über WhatsApp ein Video. Es zeigt Chinesen, die angeblich in Wuhan

an einer Bushaltestelle stehen und plötzlich tot umfallen.

»Der Film war Comedy«, sagt Schiffmann, aber die Kollegin habe sich Sorgen gemacht.

Als er wieder in Sinsheim war, habe er die Belegschaft versammelt und Grafiken von der Johns Hopkins University gezeigt. Gesagt, dass die Kurve der Geheilten bald die Kurve der Erkrankten überschneiden werde; alles halb so schlimm. Dem Robert Koch-Institut habe er da noch vertraut.

Am 14. März veröffentlichte Schiffmann sein erstes Corona-Video auf dem YouTube-Kanal seiner Praxis, wo er sonst über Themen wie die Anatomie des Innenohrs referierte. Das Video trägt den Titel »Ein objektiver Blick auf Corona – mal ohne Panik«. Darin redet er von einer »Erkältungswelle«, er rät den Zuschauern, Ruhe zu bewahren, sie sollten sich vernünftig die Hände waschen und mit den Hamsterkäufen aufhören. Zum Ende hin sagt er: »Ich verspreche, ich werde mich hier jetzt zu diesem Thema nicht mehr äußern.«

Schiffmann sagt, er habe verhindern wollen, dass die Leute allein aus Angst vor dem Erreger Symptome entwickelten und das Gesundheitssystem deswegen überlasten würden.

**Am 16. März** meldete das Robert Koch-Institut 6012 laborbestätigte Corona-Infektionen in Deutschland, 13 Menschen waren an Covid-19 gestorben. Die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten beschlossen, das öffentliche Leben herunterzufahren: Theater mussten schließen, Kneipen, Schwimmbäder, Schulen, Kinos. In Bayern rief Markus Söder den Katastrophenfall aus. In einer Videobotschaft wandte sich der Bundespräsident ans Volk: »Bleiben Sie zu Hause. Meiden Sie den Nahkontakt.«

An diesem Tag begann Schiffmanns Verwandlung. Aus dem Hals-Nasen-Ohren-Arzt wurde ein Wanderprediger. Fragt man Schiffmann, was er gegen Beschränkungen einzuwenden habe, die verhindert hätten, dass sich das Virus weiter ausbreitete, verdreht er die Augen. Das macht er manchmal, wenn er den Eindruck hat, jemand kapiere es einfach nicht.

Bis heute ist er davon überzeugt, dass die Infektionszahlen das Ausmaß der Beschränkungen nicht gerechtfertigt haben. »Hier wurde bewusst eskaliert, um eine Massenpanik zu schüren«, sagt er. In der Folge sei »die Grundstruktur unserer Demokratie zerstört« worden, die Bundesregierung habe ein Ermächtigungsgesetz erlassen – wie der Reichstag 1933.

Der Lockdown hat ihn politisiert. Radikalisiert hat ihn, dass sein Video »Corona 11« auf YouTube gelöscht wurde.

In dem Video präsentiert Schiffmann ein Papier des Deutschen Instituts für



Achim Duwentöster / Imago Images

## »Ich habe keinen Bock auf einen Neofeudalismus mit Bill Gates als Kaiser.« Bodo Schiffmann

Katastrophenmedizin. Darin steht, am Universitätsklinikum Straßburg in Frankreich würden Patienten über 80 Jahre nicht mehr beatmet, für sie werde eine Sterbebegleitung durch Opiate und Schlafmittel empfohlen. »Das nennt man Euthanasie«, sagt Schiffmann in dem Video, »das ist das, was der Tierarzt macht.«

Die sogenannte Triage gibt Ärzten Handlungsempfehlungen, wenn die Zahl der Kranken nicht mehr zu bewältigen ist. Tatsächlich hatten die Corona-Maßnahmen der Regierung das Ziel, eine Überlastung der Krankenhäuser zu vermeiden, damit kein Mediziner in Deutschland entscheiden muss, wer behandelt und wer eventuell dem Tod überlassen wird.

Schiffmann sagt, er habe gedacht, dass er wegen des Videos verhaftet wird. Dass es aus dem Netz genommen wird, damit habe er nicht gerechnet. »Ich habe bis zu dem Zeitpunkt nicht geglaubt, dass wir in Deutschland Zensur haben.«

Das sei seine rote Pille gewesen.

Bei YouTube heißt es, es sei falsch gewesen, das Video zu löschen. Inzwischen ist es wieder zu sehen.

Schiffmann sagt, er habe damals in einer Woche zehn Kilogramm abgenommen, gezittert, sei mit den Nerven am Ende gewesen. Dann habe er sich in die Badewanne gelegt, Musik des christlichen Liedermachers Manfred Siebold gehört und Gott um Hilfe gebeten. Als er aus der Wanne stieg, sei er wie ausgewechselt gewesen.

Er erzählt jetzt von seinem Großvater mütterlicherseits. Bei dem habe ein Exemplar von Hitlers »Mein Kampf« im Regal gestanden. Das Buch sei ein Mahnmal gewesen, sagt Schiffmann. Seine Großeltern hätten im Zweiten Weltkrieg dem Widerstand angehört, und sein Opa habe ihm

eingebläut: Wenn eure Meinungsfreiheit, eure Pressefreiheit eingeschränkt wird, dann passt auf, hier passiert was. Das sei seine Motivation, sagt Schiffmann.

Wahrheit? Oder Schwindel?

Schiffmann wendete sich denen zu, die dachten wie er und die hören wollten, was er zu sagen hat. Sucharit Bhakdi, Mikrobiologe aus Kiel, Autor des Bestsellers »Corona Fehllalarm?«. Wolfgang Wodarg, Pneumologe und langjähriger Leiter des Gesundheitsamts in Flensburg, und Michael Ballweg, Initiator der Demos in Berlin. Schiffmann gab den alternativen Medien Rubikon und KenFM Interviews.

Seine Frau kommt ins Besprechungszimmer und hört eine Weile zu. Sie ist auch HNO-Ärztin, die beiden haben sich im Studium kennengelernt.

Schiffmann sagt, es habe keinen Corona-Ausbruch in der Schlachtereier von Tönies gegeben. Der Test sei auf ein anderes Coronavirus angesprungen, das in Rindern vorkomme und das die Arbeiter beim Zerlegen eingeatmet hätten.

Er sagt, es gebe keine zweite Welle. Die Zahlen würden steigen, weil häufiger getestet werde und mehr Ergebnisse falsch positiv ausfielen.

Bodo Schiffmann sitzt in seiner Praxis und öffnet ein Video auf seinem Computer. »Kennen Sie den Ausschnitt?« Zu sehen sind Bill Gates und seine Frau bei einem Interview. Bill Gates sagt: »Wir müssen uns auf die nächste Pandemie vorbereiten. Die wird Aufmerksamkeit erhalten.«

Schiffmann guckt fragend. »Was weiß der, was wir nicht wissen?«

Was Gates meint, und das wird deutlich, wenn man sich das ganze Interview anschaut, ist Folgendes: Corona sei anfangs unterschätzt worden, man habe sich zu wenige Gedanken gemacht, wie man auf eine Pandemie reagieren müsse, beim nächsten Mal werde das nicht passieren.

Schiffmann macht daraus: Bei diesem Virus haben die Menschen noch Glück gehabt, aber das nächste Virus, das wird richtig gefährlich.

In einem Video fragt er später, was wäre, wenn mit dem zweiten Virus die Impfung gemeint sei, denn mit der könnte man genau steuern, wie viel Prozent der Menschen auf diesem Planeten bleiben sollten.

Welches Interesse sollte Gates daran haben?

»Kennen Sie Dagobert Duck? Klaas Klever? Die zwei haben ein Problem. Beide wollen gerne der Reichste sein. Gates ist nicht der Reichste. Er war es.«

Wie ernst muss man einen wie Schiffmann nehmen?

**Er hat behauptet**, es gebe Gesundheitsämter, die wollten Kinder, die sich möglicherweise angesteckt haben, aus ihren Familien holen, um sie in der Quarantäne zu

überwachen. Die Diakonie Michaelshoven in Köln suche dafür eine pädagogische Fachkraft. Die Diakonie erhielt Hassmails und Morddrohungen. In Wahrheit suchte sie einen Betreuer für Kinder, die in einer Jugendhilfeeinrichtung leben, weil sie in ihren Familien gefährdet sind, und bei denen der Verdacht besteht, dass sie sich mit Corona infiziert haben.

Richtiggestellt hat er den Fall nicht.

Mitte August läuft Schiffmann in Hamburg über den Rathausmarkt. Er hat sich ein Oberhemd gekauft, weil er stark schwitzt. Gleich ist wieder Kundgebung. In einem Café bestellt er laktosefreien Latte macchiato.

Um 15 Uhr steht er an der Absperrung vor der Bühne. Ständig kommen Leute, die ein Selfie mit ihm machen wollen. Man sieht ihm an, dass er die Aufmerksamkeit genießt.

Zu Beginn der Demo tritt ein Typ im Superman-Kostüm auf. Fräulein Menke, eine Künstlerin der Neuen Deutschen Welle aus den Achtzigerjahren, singt »Die Gedanken sind frei«. Es ist wie im Karneval.

Dann ist Schiffmann dran. Er hat keine Rede vorbereitet. Weil am Rand ein paar Dutzend Gegendemonstranten stehen und in Trillerpfeifen blasen, fordert er »den Sprecher der Antifa« auf, zu ihm auf die Bühne zu kommen. »Ihr habt hier die Möglichkeit, auf einer Querdenken-Demo mit mir zu sprechen.« Niemand will.

Schiffmann warnt vor einem zweiten Lockdown, lobt den schwedischen Weg. Maximal 20 Minuten sollte er reden, nach acht Minuten ist er fertig.

Fünf Tage darauf tritt er als Vorsitzender seiner Partei zurück. Er habe zu viele Termine, reise künftig auch zu Demonstrationen und Filmaufnahmen ins Ausland. Doch WIR2020 werde weiterwachsen, am 3. Oktober sei ein Parteitag geplant.

Bei dem Gespräch in seiner Praxis sagt Schiffmann, man wolle in Regierungsstärke in den Bundestag einziehen. »Wir haben eine große Wählerschaft, die von den Bestandsparteien enttäuscht ist. Ich glaube, wir werden einen Erdrutschsieg davontragen.«

Auf der Homepage der Partei wurden bis diesen Dienstag die Mitgliedsanträge gezählt. Es waren knapp 10 000.

Maik Großkathöfer

*Anmerkung: Die Bill & Melinda Gates Foundation unterstützt das SPIEGEL-Projekt »Globale Gesellschaft« über drei Jahre mit einer Gesamtsumme von rund 2,3 Millionen Euro. Unter dem Titel »Globale Gesellschaft« berichten Reporterinnen und Reporter online aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa. Die Stiftung hat keinerlei inhaltlichen Einfluss. Die Beiträge entstehen redaktionell unabhängig. Dieser Artikel gehört nicht zu dem Projekt.*



Demonstranten in Hongkong

## SPIEGEL GESCHICHTE

MONTAG, 7. 9., 21.45 – 22.15 UHR, SKY

### Hongkong und Taiwan – Kampf um Demokratie

Seit Mai 2019 erschüttern Demonstrationen und Unruhen die einst so stabile Weltstadt Hongkong. Vor allem junge Hongkonger verlangen mehr demokratische Rechte. Die wohl liberalste Gesellschaftsordnung in ganz Asien genießen die Bürger Taiwans. In den Augen Pekings ist Taiwan allerdings nur eine abtrünnige Provinz, die notfalls auch unter Waffengewalt mit dem Festland wiedervereinigt werden muss.

## SPIEGEL TV

MONTAG, 7. 9., 23.25 – 0.00 UHR, RTL

### Rechts ganz weit offen

Die Verbindungen zwischen Querdenkern und Ultrarechten



»Volkslehrer« Nikolai Nerling auf Querdenkerdemonstration

### Mit dem Rücken an der Wand

Selbstständige in der Corona-Falle

### Der Vergewaltiger, der Zeuge, die Sexvideos

Neues im Fall Maddie McCann

## POLITIK & GESELLSCHAFT

MITTWOCH, 9. 9., 20.15 – 21.00 UHR, 3SAT

### Wir 80 Millionen – Was Deutschland vereint

Was hält Deutschland im Innersten zusammen? Dieser Frage geht die Dokumentation zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung Deutschlands gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung nach – eine Suche nach dem gemeinsamen Nenner, auf den sich Westdeutsche, Ostdeutsche und Menschen mit Migrationshintergrund einigen können.

## SPIEGEL TV WISSEN

FREITAG, 11. 9., 21.50 – 22.45 UHR, SKY und bei allen führenden Kabelnetzbetreibern

### Baywatch Bondi Beach

Die Rettungsschwimmer an Australiens beliebtestem Strand sind selbst schon bekannte TV-Stars. Seit Jahren werden sie mit der Kamera begleitet, wenn sie Badende aus schwerer Brandung und Schwimmer vor dem Ertrinken retten. Bei ihren spektakulären Einsätzen geht es oft um Leben und Tod.



Rettungsschwimmerteam

# Nach dem Nowi-Schock

**Affären** Durch den Fall Alexej Nawalny wächst der Druck auf die Bundesregierung, die Gaspipeline Nord Stream 2 doch noch zu stoppen. Nur die Begründung fällt nicht leicht.

Offiziell war es eine Einladung zum Kaffeetrinken, als Angela Merkel am Mittwochmittag ihre sechs wichtigsten Minister im Kanzleramt versammelte, die Einberufung des Sicherheitskabinetts hätte zu viel Aufsehen erregt.

Es ging um das Schicksal Alexej Nawalyns, des russischen Oppositionspolitikers, der vergiftet in der Berliner Charité liegt. Die Analyseergebnisse des Münchner Bundeswehrinstituts für Pharmakologie und Toxikologie lagen vor, ein Oberstabsarzt, der schon Giftattaken in Syrien untersucht hatte, erklärte sie den Kabinettsmitgliedern. Das Ergebnis war eine politische Bombe.

Ohne Zweifel, sagte der Arzt nach Angaben von Teilnehmern der Sitzung, gehöre das Gift zur Nowitschok-Gruppe von Nervenkampfstoffen. Man habe die Spuren nicht nur im Blut, im Urin und in Hautproben Nawalyns gefunden, sondern auch an einer Flasche, die er auf der Reise dabei gehabt hatte. Seine Angehörigen hatten sie nach dem Zusammenbruch des Politikers aufbewahrt und den Ärzten in Berlin übergeben. Vermutlich hatte Nawalny aus der Flasche getrunken, als er bereits vergiftet war, und so die Spuren des Gifts dort hinterlassen.

Die Mitteilung der Bundeswehrexperthen, sagt ein Beamter in der Regierungszentrale, sei »ein echter Schock« gewesen. Seither ist klar, dass sich das Verhältnis Deutschlands zu Russland radikal ändern wird. Mit dem eindeutigen Nachweis des international geächteten Nervengifts wurde es noch wahrscheinlicher, dass der Kreml hinter dem Anschlag steckt. Und damit Staatspräsident Wladimir Putin.

Mit ungewöhnlich scharfen Worten wandte sich die Bundeskanzlerin noch am selben Abend an die Bevölkerung. »Wir erwarten, dass die russische Regierung sich zu diesem Vorgang erklärt«, sagte Merkel. »Es stellen sich jetzt sehr schwerwiegende Fragen, die nur die russische Regierung beantworten kann und beantworten muss.«

Damit liegt der Ball formal auf russischer Seite. Doch zugleich entbrennt in Berlin die Debatte darüber, welche Sanktionen die Bundesregierung nun ergreifen sollte. Die Ausweisung russischer Diplomaten hat Moskau bislang ebenso wenig beeindruckt wie Sanktionen gegen Verantwortliche der Krim-Annexion. Wirkung hätten Wirtschaftssanktionen gegen bestimmte Branchen oder Produkte, doch

die würden die Bundesrepublik wohl genauso hart treffen – weil Moskau in der Vergangenheit zumeist hart konterte.

Die einzige Strafe, die zunächst vor allem Moskau schaden würde, wäre ein Baustopp für die fast vollendete Gaspipeline Nord Stream 2. »Das blauäugige Wegschauen der Bundesregierung zu Präsident Putins brutalem Kurs muss endlich ein Ende haben«, sagt Agnieszka Brugger, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag. »Das Ende von Nord Stream 2 wäre dabei das Mindeste.«

Die Pipeline müsse »dringend auf den Prüfstand gestellt werden«, fordert Bijan Djir-Sarai, außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Dafür solle ein Moratorium ins Leben gerufen werden. »Es war von Anfang an ein Fehler, die politischen Rahmenbedingungen von Nord Stream 2 zu ignorieren. Das fällt der Bundesregierung jetzt voll auf die Füße«, so Djir-Sarai.

Selbst aus den Regierungsparteien werden Rufe nach einem Ende des Pipelineprojekts lauter. Der Kandidat für den CDU-Vorsitz und Chef des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Norbert Röttgen, fordert dies ebenso wie der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europaparlament, Manfred Weber. »Natürlich gehört zu möglichen Sanktionen die härteste: ein partieller Einkaufsstopp bei Rohstoffen«, sagte Weber. »Das Ende



**Regierungskritiker Nawalny**  
Gift im Blut, Urin und an der Haut

von Nord Stream 2 darf nicht mehr ausgeschlossen sein« (siehe auch Seite 42).

In der Bundesregierung wird das aber bislang ausgeschlossen. Offiziell zumindest. Im Hintergrund räumen Kabinettsmitglieder ein, dass die Option auf jeden Fall diskutiert werden müsse. Die Bauarbeiten für die Pipeline ruhen derzeit ohnehin, weil die USA Sanktionen androhen. Es wäre also gar nicht so schwierig, ein Moratorium zu verkünden und damit den Baustopp zur Regierungssache zu machen.

Der Kanzlerin indes wäre eine europäische Lösung wesentlich lieber. Der Fall Nawalny, so ihre Überzeugung, gehe nicht nur Deutschland etwas an.

Die erste Gelegenheit zu einer gemeinsamen Reaktion bot sich bei der Sitzung der für die Sicherheitspolitik zuständigen Botschafter der EU-Mitgliedsländer am Donnerstag in Brüssel. Der Fall Nawalny stand oben auf der Tagesordnung. Von den Partnern gab es Anerkennung dafür, dass Deutschland Nawalny aufgenommen hat und medizinisch versorgt. Am Abend erklärte EU-Chefdiplomat Josep Borrell im Namen der EU, die Gemeinschaft behalte sich »harte Maßnahmen« vor.

In der EU gilt als denkbar, dass es wie schon im Fall des vergifteten Doppelagenten Sergej Skripal zu Sanktionen gegen Personen im Umfeld Putins kommt. Mehrere Diplomaten weisen allerdings auf Unterschiede zum Fall Skripal hin. Der russische Spion und Überläufer wurde gemeinsam mit seiner Tochter 2018 im englischen Salisbury mit Nowitschok vergiftet, beide überlebten nur knapp.

Der Anschlag damals fand auf dem Territorium der EU statt, der auf Nawalny in Russland. Bei der Attacke auf Skripal kamen auch britische Staatsbürger mit dem Nervengift in Kontakt, bei Nawalny waren Bürger der EU nicht gefährdet. Und vor allem: Bei Skripal konnten die Ermittler die Täter relativ klar ermitteln. Davon kann im Fall Nawalny noch keine Rede sein. Solange man nicht wisse, wer verantwortlich sei, sei es schwierig, über Strafmaßnahmen zu sprechen, lässt der EU-Außenbeauftragte Borrell ausrichten.

Aus Sicht des Chefs der Unionsabgeordneten im Europaparlament, Daniel Caspary, ist die Attacke auf Nawalny ein weiterer Beleg, dass Putin die EU-Außenpolitik nicht ernst nimmt. »Die Giftattacke zeigt, dass die EU nicht mal ansatzweise in der Lage ist, ihre Interessen selbst in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft effektiv zu vertreten«, so Caspary.

EU-Diplomaten, die sich schon länger mit der Russlandpolitik beschäftigen, werten den Giftanschlag ähnlich. »Klar ist: Putin zeigt Europa damit den Stinkefinger«, sagt einer. »Russland hat überhaupt nichts dagegen, dass nun renommierte Wissenschaftler die Spur nach Moskau bestätigen.

## Eingang Zentrale Notaufnahme Entrance Emergency



Kay Nietfeld / dpa



Sergey Guneev / Sputnik / Kremlin / epa-EFE / Rex Features

**Nawalny-Ehefrau Julija in Berlin, Kanzlerin Merkel, Präsident Putin in Moskau im Januar**  
»Schwerwiegende Fragen, die nur die russische Regierung beantworten kann«

Genau darauf kommt es den Russen an.« Dass der EU-Außenbeauftragte Borrell im Namen der EU den Mordanschlag »auf die schärfstmögliche Weise« verurteilt und von Russland Aufklärung verlangt, wird ohne Androhung konkreter Strafen keinen Eindruck in Moskau hinterlassen.

Zudem ist fraglich, ob es jemals möglich sein wird, den Kreml eindeutig als Auftraggeber zu überführen. Denn das einst in der Sowjetunion entwickelte Nowitschok gelangte längst auch in andere Länder. Daran hatte auch die Bundesrepublik ihren Anteil.

Nach dem Niedergang der Sowjetunion hatte ein russischer Wissenschaftler dem Bundesnachrichtendienst (BND) angeboten, diskret etwas außer Landes zu schaffen, was es offiziell gar nicht geben durfte:

ein binäres Nervengift aus einem geheimen Chemiewaffenprogramm mit dem Codenamen »Foliant«. Binär deshalb, weil es erst kurz vor der Verabreichung aus zwei deutlich harmloseren Substanzen gemischt werden kann. Damit kann man nicht nur die Produktion des Gifts verschleiern, es macht auch den Transport sicherer. Der Wissenschaftler wollte mit seiner Familie in den Westen, das Höllenzeug sollte sein Ticket sein.

Das heikle Angebot beschäftigte nicht nur den BND, sondern auch das Kanzleramt von Helmut Kohl. Dort fiel die Entscheidung, den wertvollen Maulwurf nach Deutschland zu holen – das hochgiftige Mitbringsel sollte andernorts untersucht werden. Die Frau des Wissen-

schaftlers schmuggelte zwei Ampullen 1997 nach Schweden, wo sie in einem Militärlabor analysiert wurden. Das Ergebnis: Nowitschok.

Stolz teilte der BND sein Wissen mit wichtigen Nato-Partnern, darunter Großbritannien und die USA, wo es aber bereits eigene Erkenntnisse über das Gift gab. Die Analysen halfen britischen Spezialisten schon im Fall Skripal, den Nowitschok-Nachweis zu führen, auch wenn damals eine andere Variante am Türgriff klebte.

Neben den nach Schweden geschmuggelten Proben kamen nach dem Ende der Sowjetunion weitere Dosen des Nervenkampfstoffs unkontrolliert auf den Markt. Die Quelle war mindestens ein frustrierter Mitarbeiter eines Geheimlabors in der Kleinstadt Schichany nahe der Grenze zu Kasachstan, wo im Chaos der Neuordnung teils lange keine Gehälter gezahlt wurden.

Laut britischen Geheimdienstberichten führen auch im Fall Skripal Spuren in die Labors von Schichany. Ein damaliger hochrangiger Wissenschaftler namens Leonid Rink hatte 1994 eine Charge Nowitschok hergestellt, die Substanz in Glasfläschchen zu 0,25 Gramm abgefüllt und mehrere davon in seiner Garage gelagert. Gerichtsakten zufolge verkaufte Rink seine Fläschchen unter anderem an tschetschenische und einen lettischen Kriminellen, der behauptet habe, es »zur Selbstverteidigung« nutzen zu wollen, für 1500 bis 1800 US-Dollar das Stück.

Richtig gelagert können sie nach Ansicht von Experten über Jahrzehnte wirksam bleiben. Als der SPIEGEL Rink am Donnerstag telefonisch erreichte, bestritt er ganz regimetreu, dass Nawalny mit Nowitschok vergiftet worden sei: »Das ist völliger Quatsch. Auch wenn sie etwas gefunden haben, ist das kein Gift, es gibt keine Vergiftung.« Es solle Schmutz auf sein Land geworfen werden. Dann legte er auf.

Sein ehemaliger Kollege Wil Mirsajanow sieht das ganz anders. Er war es, der Anfang der Neunzigerjahre die Existenz der neuen russischen Nervenkampfstofffamilie öffentlich machte. Heute lebt der 85-Jährige in Princeton in den USA. »Rink muss heute so sprechen«, sagt Mirsajanow. Er hat zu der Nawalny-Vergiftung eine klare Meinung: »Dahinter stecken staatliche Strukturen. Ohne Putin ist so etwas in Russland nicht möglich, weil solche Anschläge immer zu einem internationalen Skandal führen.« Seine eigene Rolle sieht er selbstkritisch: »Ich bedauere es sehr, dass ich auf diesem Gebiet gearbeitet und meinen Beitrag zur Entwicklung des Nervengifts geleistet habe. Ich fühle mich schuldig.«

Alexander Chernyshev, Matthias Gebauer, Christina Hebel, Valerie Höhne, Peter Müller, Marcel Rosenbach, Christoph Schult, Fideliuss Schmid

# Schon wieder:

**connect**

**TESTSIEGER**

**FESTNETZTEST  
BUNDESWEITE ANBIETER**

**1&1**  
Heft 8/2020

[www.connect.de](http://www.connect.de)



**Inklusive 1&1 Service Card mit speziellen DSL-Services, die es so nur bei 1&1 gibt.**

- ✓ **WLAN-Versprechen:** 1&1 bringt Ihr Heim-Netzwerk zum Laufen. Alle Geräte, egal wo gekauft.
- ✓ **Funktionsgarantie:** Im Falle eines Falles umgehende Entstörung und Gerätetausch.
- ✓ **Priority Hotline:** 1&1 ist rund um die Uhr persönlich für Sie da. Kein Sprachcomputer.



# Bestes Netz!

## 1&1 Best of DSL

- ✓ DSL im besten Netz – surfen und telefonieren
- ✓ Bester WLAN-Router
- ✓ Brillantes HD-Fernsehen

~~46,97~~ €/Mon.  
Alles komplett für nur **29,99** €/Monat\* dauerhaft



### Jetzt das Beste für Sie in einem Paket. Zum dauerhaften Sonderpreis.

Schon wieder hat 1&1 den härtesten Festnetz-Test Deutschlands gewonnen. Sichern Sie sich darum jetzt unser einmaliges Komplettpaket: 1&1 DSL 50 Highspeed-Internet & Telefon im besten Netz plus den besten WLAN-Router sowie brillantes HD Fernsehen mit riesiger Sendervielfalt. Und das alles zum dauerhaften Sonderpreis.

☎ 02602/96 90

1und1.de



\*3% MwSt.-Abzug auf der Rechnung, da bis zum 31.12.2020 der reduzierte MwSt.-Satz von 16% anfällt und die angegebenen Preise 19% MwSt. enthalten. **1&1 Best of DSL:** 1&1 DSL 50, 1&1 HomeServer Speed+ und 1&1 HD-TV streamen für 29,99 €/Monat. Internet-Flat: Unbegrenzt surfen mit bis zu 50 MBit/s. Telefon-Flat: kostenlos ins dt. Festnetz. Anrufe in dt. Mobilfunknetze 19,9 ct/Min. Router einmalig 0 € Zugabe zu 1&1 DSL 50, Versand 9,90 €. Abbildung ähnlich. Solange der Vorrat reicht. Bereitstellung: Einmalig 69,95 €. Mindestlaufzeit: 24 Monate. 1&1 HD TV mit 85 Sendern, davon 37 in HD-Qualität streamen mit ihrem Smart-TV oder eigenem Streaming-Adapter bzw. 1&1 TV-App (Android/iOS) oder Nutzung mit 1&1 TV Box (6,99 €/Mon.), 1&1 TV-Stick (4,99 €/Mon.) im Heim-WLAN. Je 24 Monate Mindestlaufzeit, spätestens mit Beendigung 1&1 DSL-Vertrag. connect IPTV-Plattformtest mit 6 Anbietern, davon 1x überragend, 1x sehr gut, 3x gut, 1x befriedigend. Best-of Gesamtpaket war nicht Gegenstand eines Tests. Preise inkl. MwSt.



JUSTIN JIN / DER SPIEGEL

**Unionspolitiker Weber:** »Das Ende von Nord Stream 2 darf nicht ausgeschlossen sein«

## »Kein Recht, kein Geld«

**Europa** Manfred Weber, 48, Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, fordert klare Ansagen an Putin, Erdoğan und Orbán – und ein Ende des Einstimmigkeitsprinzips in der EU-Außenpolitik.

**SPIEGEL:** Herr Weber, die Bundesregierung hat eine Corona-Reisewarnung für Brüssel ausgesprochen, die belgische Regierung empfiehlt, bei Einreisen aus Ihrer Heimat Niederbayern in Quarantäne zu gehen. Wie kommt es, dass Sie dennoch hier in Ihrem Brüsseler Büro sitzen?

**Weber:** Für EU-Parlamentarier und Diplomaten gibt es eine Ausnahme unter strengen Auflagen, weil die Demokratie gerade in Krisenzeiten funktionieren muss. Für mich ist aber auch klar, dass dieses Wirrwarr der Corona-Vorschriften beendet werden muss. In Österreich gilt die Regel

von einem Meter Abstand, in Luxemburg sind es zwei, in Deutschland anderthalb. Das versteht doch kein Mensch. Die EU-Kommission muss Vorschläge machen, wie wir gemeinsam und praktikabel mit diesem Virus leben können.

**SPIEGEL:** Europa hat zu Beginn der Coronakrise die willkürlichen Grenzsicherungen einiger EU-Staaten nicht verhindern können. Verschläft EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erneut einen entscheidenden Moment in der Krise?

**Weber:** Die Kommission hat unter schwierigsten Bedingungen einen guten Job ge-

macht. Aber die Entwicklung bei der ersten Corona-Welle war für die europäische Einheit ein Desaster. Um künftig Chaos zu verhindern, schlage ich vor, die Schengen-Regeln zu überarbeiten. Wenn Grenzen im Notfall geschlossen werden, was etwa auch im Kampf gegen Terroristen möglich sein muss, sollten Menschen, die einen systemrelevanten Beruf haben, weiter reisen können: Ärzte, Krankenschwestern, Pflegepersonal, Polizisten. So könnten wir zeigen, dass Europa die Lektion aus dem Frühjahr gelernt hat.

**SPIEGEL:** Einen ähnlichen Beweis muss Europa in der Flüchtlingspolitik antreten. Von der Leyen hat ihr oft angekündigtes Konzept einer neuen Asyl- und Migrationspolitik mehrfach verschoben, nun will sie es offenbar in den nächsten Wochen präsentieren. Warum tut sich die EU so schwer damit?

**Weber:** Die Wunden, die die Flüchtlingskrise 2015 und die Zeit danach gebracht haben, sind längst nicht verheilt – nicht in der deutschen Innenpolitik, auch nicht in Europa. Auf der anderen Seite haben wir über das Thema nun fünf Jahre lang diskutiert. Jetzt haben die deutsche Ratspräsidentschaft und Bundesinnenminister Horst Seehofer die Chance, den Knoten durchzuschlagen.

**SPIEGEL:** Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Asylbewerber in der EU erstmals seit der Flüchtlingskrise wieder gestiegen. Trotzdem fehlt in Brüssel jedes Gefühl von Dringlichkeit. Wie erklären Sie sich das?

**Weber:** Keine Frage: Der Vorschlag für das neue Migrationspaket kommt spät. Zumal Konsens ist, was jetzt geschehen muss. Wir müssen zuerst unsere Grenzen schützen. Erinnern Sie sich an den Versuch des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan im Frühjahr, Migranten zu nutzen, um Europa zu erpressen. Die griechische Regierung hat dies abgewehrt und gezeigt: So lässt Europa nicht mit sich umgehen.

**SPIEGEL:** Griechische Grenzpolizisten wehrten die Flüchtlinge mit Wasserwerfern und Gummigeschossen ab. Mindestens ein Mensch kam ums Leben. Ist das wirklich das Bild, das Europa senden will?

**Weber:** Mir ist bewusst, dass die Bilder schwer zumutbar und grenzwertig sind. Der Staat hat aber das Gewaltmonopol. In den Schengen-Regeln steht, dass im Normalfall jeder, der an der Außengrenze ankommt, einen Pass vorweisen muss. Das müssen wir durchsetzen. Das Gleiche gilt für die Rückführungen abgelehnter Asylbewerber, da muss die Kommission endlich vorankommen. Wenn ein Land in Asien oder Afrika von uns Entwicklungshilfe und Zugang zu unserem Binnenmarkt bekommen will, dann erwarte ich, dass es seine Staatsbürger zurücknimmt, wenn diese bei uns keinen Anspruch auf Asyl haben.

**SPIEGEL:** Ihre Idee ist also: Je mehr Migranten an den Außengrenzen damit scheitern, nach Europa zu kommen, desto einfacher lässt sich die Verteilung der übrigen Flüchtlinge innerhalb der EU organisieren.

**Weber:** Es geht um einen Ausgleich zwischen der Durchsetzung des Rechts und der notwendigen Hilfe. Beides ist enorm wichtig. Wir können nicht jemanden, der ein besseres Leben in Europa sucht, genauso behandeln wie jemanden, der vor dem syrischen Diktator Baschar al-Assad flieht. Gleichzeitig darf Europa seine Seele nicht verlieren. Wer politisch verfolgt ist, bekommt Asyl. Bürgerkriegsflüchtlingen helfen wir auf Grundlage der Genfer Konvention. All das gilt weiterhin: Im vergangenen Jahr fielen in der EU mehr als 830 000 Asylentscheidungen, knapp 300 000 Menschen erhielten Schutz. Ich glaube, dass wir in Europa sogar mehr Menschen aufnehmen könnten. Aber erst muss klar sein, wer kommen darf.

**SPIEGEL:** Bisher scheitert jede Annäherung am Widerstand etwa Ungarns, im Notfall eine bestimmte Zahl von Asylbewerbern aufzunehmen. Kann es eine Vereinbarung ohne Quote für alle geben?

**Weber:** Eine verbindliche Quote ist langfristig richtig, aber sie ist derzeit nicht durchsetzbar. Es fällt mir schwer zu akzeptieren, dass es in der EU Staaten gibt, die so tun, als ginge sie das Flüchtlingsthema nichts an. Dennoch finde ich, wir sollten erst mal mit dem Machbaren beginnen.

**SPIEGEL:** Das ungelöste Flüchtlingsproblem ist die Achillesferse, wenn die EU ihre Interessen gegenüber dem türkischen Präsidenten Erdoğan durchsetzen will. Die Türkei beherbergt mehr als drei Millionen Flüchtlinge aus Syrien und will mehr Geld für deren Versorgung. Brauchen wir einen neuen Türkei-Deal?

**Weber:** Das Türkei-Abkommen ist im Grundsatz gut und hat funktioniert. Damit unterstützt Europa beispielsweise, dass syrische Kinder von qualifizierten Lehrern ausgebildet werden und nicht von Islamisten. Wenn der Bedarf da ist, sollte Europa bereit sein, mehr Geld zu geben. Das Problem ist nur, dass die Türkei uns dies derzeit nicht gerade einfach macht.

**SPIEGEL:** Sie spielen auf die Lage im östlichen Mittelmeer an, wo im Streit um Erdgasvorkommen sogar die Kriegsgefahr wächst und Deutschland vor einem Dilemma steht: Einerseits will Kanzlerin Angela Merkel zum EU-Partner Griechenland stehen, andererseits Erdoğan nicht verärgern. Gibt es einen Ausweg?

**Weber:** Die Tatsache, dass Außenminister Heiko Maas nach Athen fliegt, um dort als Makler aufzutreten, ist für mich nicht akzeptabel. Wir haben es mit einem Konflikt zwischen einem EU-Mitglied und einem Drittstaat zu tun, der noch dazu als Aggressor auftritt. Da muss klar sein, wo

Europa, wo Deutschland steht – an der Seite Griechenlands. Der Außenminister muss achtgeben, dass er sich wegen der Furcht vor einer neuen Flüchtlingskrise nicht erpressen lässt. Stattdessen sollten wir über Wirtschaftssanktionen reden, darüber, das Zollabkommen mit Ankara auszusetzen und mehr, um auf die Attacken Erdogans zu reagieren.

**SPIEGEL:** Nicht nur die Flüchtlingsdebatte, sondern auch der Umgang mit Russland zeigt, dass die EU außenpolitisch nicht effektiv auftreten kann, wenn sie ihre Meinungsverschiedenheiten im Inneren nicht löst. Wie sehr muss Russlands Präsident Wladimir Putin neue Sanktionen etwa wegen der Vergiftung von Oppositionsführer Alexej Nawalny fürchten, wenn Deutschland die umstrittene Pipeline Nord Stream 2 um jeden Preis weiterbauen will?

**Weber:** Das starre Festhalten Deutschlands an Nord Stream 2 sorgt in Europa seit Jahren für Frust. Das muss man auch in Berlin begreifen. Eine neue schwerwiegende Entwicklung ist die Vergiftung von Alexej Nawalny. Und wenn Putin in Belarus tatsächlich eingreifen sollte, muss Europa reagieren. Natürlich gehört zu möglichen Sanktionen die härteste: ein partieller Einkaufsstopp bei Rohstoffen. Das Ende von Nord Stream 2 darf nicht mehr ausgeschlossen sein.

**SPIEGEL:** Frau von der Leyen betont, dass sie eine geopolitische Kommission führe ...

**Weber:** ... doch leider ist Europa oftmals nicht mal in der Lage, die Krisen in seiner unmittelbaren Nachbarschaft anzupacken. Diejenigen, die für Demokratie und Freiheit eintreten, in Belarus oder auch in Hongkong, dürfen keine Zweifel haben, dass Europa auf ihrer Seite steht. Leider scheint das manchmal nicht der Fall zu sein. Ursula von der Leyen will die geopolitische Kommission, und das ist richtig. Aber dann muss sie schnell dafür sorgen,

dass das Einstimmigkeitsprinzip in der Außenpolitik fällt und mit Mehrheit entschieden wird. Die Stimme Europas ist in der Welt heute gefragter denn je.

**SPIEGEL:** Die Gemeinschaft hat allerdings auch mit Autokraten in den eigenen Reihen zu kämpfen. Wie kann die EU gegen die Türkei oder Russland stark auftreten, wenn sie zuschaut, wie Ungarns Premier Viktor Orbán die Demokratie aushöhlt?

**Weber:** Viktor Orbán ist ein schwieriger Partner. Der Testfall ist nun die Debatte über den Rechtsstaatsmechanismus. Orbán bekennt sich ja – in Worten – regelmäßig zum Rechtsstaat. Dann muss er jetzt auch aushalten, dass die EU die Lage in Ungarn künftig einer unabhängigen Bewertung unterzieht und notfalls Gelder streicht.

**SPIEGEL:** Der Beschluss der Staats- und Regierungschefs vom Juli legt die Hürden dafür allerdings extrem hoch. Um Rechtsstaatsündern Gelder zu kürzen, braucht es eine deutliche Mehrheit. Ist dieser Vorschlag akzeptabel?

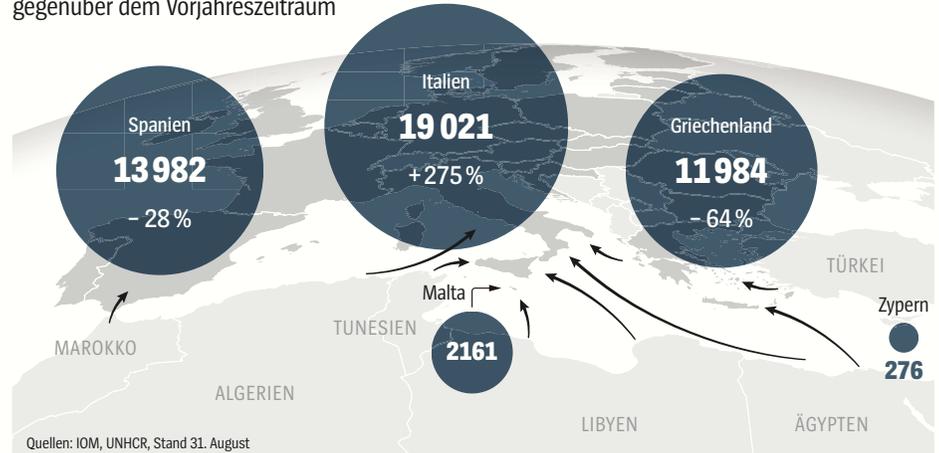
**Weber:** Nein. Wir wollen einen Rechtsstaatsmechanismus, der wirkt. Länder, die Geld von der EU wollen, benötigen unabhängige Medien und unabhängige Richter. Wir geben als Reaktion auf die Corona-Krise so viel Geld aus wie nie zuvor. Dann sind wir es den Bürgern schuldig, penibel zu kontrollieren, wo das Geld hingehht.

**SPIEGEL:** Orbán könnte sich rächen, indem er den Wiederaufbauplan, mit dem Corona-Schäden behoben werden sollen, torpediert.

**Weber:** Genau vor dieser Drohung sind manche im Juli leider eingeknickt und haben das Prinzip des Rechtsstaats hintangestellt. Das müssen wir im Europaparlament korrigieren. Wir geben für den Mehrjahreshaushalt nur dann grünes Licht, wenn die Gesetzgebung zum Rechtsstaat zufriedenstellend ist – kein Recht, kein Geld. Interview: Peter Müller

## Zufluchtsort Europa

Auf den Haupttrouten von Januar bis August 2020 angekommene Migranten, Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum



# »Ich wollte nur weg«

**Justiz** Ein Deutschmarokkaner reiste nach Casablanca, wurde als Terrorist verurteilt und mutmaßlich gefoltert. Nahmen deutsche Behörden seine Misshandlung in Kauf?

**A**n einem Sommertag im August sitzt Mohamed Hajib, 39 Jahre alt, im Schatten eines alten Speichers im Duisburger Innenhafen. Während Familien über die Uferpromenade flanieren, erzählt Hajib von den dunkelsten Momenten in seinem Leben.

Seine Peiniger hätten seine Augen verbunden und ihn ans Bett gefesselt, sagt Hajib. Sie hätten auf seine Fußsohlen geschlagen und ihm den Rücken verbrannt. »Ich schlafe nachts nur selten, weil ich Angst habe zu träumen, ich bin im Gefängnis, die schlagen mich, die wollen mich vergewaltigen. Die wollen mich töten.«

Auf einem Tablet zeigt er Fotos, die nach seinen Angaben im marokkanischen Gefängnis entstanden sind. Zu sehen ist sein Rücken, übersät mit großen Flecken. Ein Gutachter des Instituts für Rechtsmedizin in Düsseldorf diagnostizierte »relativ scharfrandig begrenzte, teils bügeleisenartige, teils eher stabartige Narben«.

Hajib saß sieben Jahre lang in marokkanischer Haft, als verurteilter Terrorist. Er bestreitet die Vorwürfe und beschuldigt deutsche Sicherheitsbehörden, sie hätten ihn 2010 dazu gedrängt, nach Marokko zu fliegen. Dort sei er von Beamten genommen und gefoltert worden.

Vor drei Jahren wurde Mohamed Hajib aus dem Gefängnis entlassen. Anschließend hat er eine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland angestrengt und fordert mindestens 1,5 Millionen Euro Schadensersatz. Er sagt: »Die deutschen Behörden haben mein Leben zerstört.«

Hunderte Seiten interner Behörden dokumente und Justizunterlagen, die der SPIEGEL und das ARD-Magazin »Report Mainz« auswerten konnten, liefern Einblicke in den Fall. Demnach hielten die deutschen Behörden Hajib für einen Islamisten, der Terroranschläge verüben könnte. Die Polizei wollte ihn loswerden und leitete nach seinem Abflug Informationen an die marokkanischen Behörden weiter.

Durfte sie das? Berichte über Folter in marokkanischen Gefängnissen waren damals bekannt. Zudem wurde gegen Hajib in Deutschland laut Unterlagen nicht wegen terroristischer Aktivitäten ermittelt. Seine Schuld wurde vor keinem deutschen Gericht bewiesen.

Die Sicherheitsbehörden bestreiten Fehler im Umgang mit Hajib, alles sei rechtmäßig gelaufen. Doch der Fall zeigt, wie

der Rechtsstaat im Umgang mit angeblichen Gefährdern an seine Grenzen gerät.

Mohamed Hajib kam 2000 mit einem Studentenumvisum nach Deutschland. Erst nach Köln, dann zog er nach Duisburg, um Wirtschaftsingenieurwesen zu studieren. 2008 erhielt er den deutschen Pass.

Als Student begann er, sich für Tablighi Jamaat zu interessieren, eine sunnitische Missionierungsbewegung, die regelmäßig in Verfassungsschutzberichten auftaucht, weil sie als islamistisch gilt.

Die Sicherheitsbehörden nahmen ihn bald in den Blick, wie ein Schreiben des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts zeigt. Hajib und ein Bekannter hätten 2005 versucht, Jugendliche zu bekehren, dabei »Kaftan und Turban« getragen und »wild gestikuliert«. Zudem habe Hajib einer Moschee mit »salafistischer Prägung« vorgestanden, wo eine fundamentalistische Lesart des Islam verbreitet wurde.

Im Juni 2009 brach Hajib nach Pakistan auf. Er behauptet, er habe sich auf eine Pilgerreise mit Tablighi Jamaat nach Lahore begeben. Die Route über die Türkei und Iran war aber auch unter kampfbereiten Islamisten beliebt. Etliche reisten aus Deutschland an den Hindukusch, um sich in Terrorlagern ausbilden zu lassen. Einige kehrten mit Anschlagplänen zurück.

## Die deutsche Botschaft in Pakistan sprach intern von einem »politisch brisanten Fall«.



**Gefangener Hajib 2016**  
»Bügeleisenartige Narben«

Auffällig ist, mit wem Hajib damals ausreiste: Josef D. aus Dortmund. Der Islamist wurde später in Düsseldorf wegen Mitgliedschaft in einer Terrorgruppe im Umfeld der Taliban zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Er sei ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet gereist, so die Richter, um sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen. Wollte Mohamed Hajib wie D. in den Krieg ziehen?

Die Behörden hielten das für möglich. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ließ Hajib am 12. September 2009 im polizeilichen Informationssystem des Schengenraums zur verdeckten Fahndung ausschreiben. Es sah in ihm eine »erhebliche Gefahr für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland«.

Hajib sagt heute, er sei nie eine Gefahr gewesen, er habe Gewalt immer abgelehnt. Er verweist auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, wonach Tablighi Jamaat »nicht darauf ausgerichtet sei, terroristische Aktivitäten zu unterstützen«.

Mit Josef D. sei er eine Weile gereist, in Iran hätten sie sich getrennt. In Pakistan sei er »von Dorf zu Dorf« gezogen, um nach Lahore zu kommen. Damals sei sein ältester Sohn krank geworden, weshalb er die Pilgerreise abgebrochen habe. Auf dem Rückweg sei er ohne Visum erwischt worden und im Gefängnis gelandet. Die deutsche Polizei spricht von »gefälschten pakistanischen Ausweispapieren«.

Der pakistanische Geheimdienst und deutsche Beamte befragten Hajib in der Untersuchungshaft. Auch der Bundesnachrichtendienst war bei einem Gespräch dabei. Die deutsche Botschaft in Islamabad sprach in einer E-Mail von einem »politisch brisanten Fall«.

Nach vier Monaten Haft wurde Hajib ohne Verurteilung nach Deutschland abgeschoben. Obwohl es kein Ermittlungsverfahren gegen ihn gab, hielten ihn die deutschen Behörden weiterhin für einen islamistischen Gefährder, dessen »Einreise in die Bundesrepublik Deutschland der Begehung terroristischer Anschläge bzw. deren Vorbereitung diene«, wie es in einem Vermerk des LKA Hessen heißt.

Als Hajib am 17. Februar 2010 in Frankfurt am Main landete, empfing ihn die Staatsmacht mit großem Aufgebot. Der Vermerk listet 25 Beamte von Bund und Ländern auf, die im Einsatz waren. Nach der Passkontrolle wurde Hajib in einen »gesonderten Raum«



Marcus Simaitis / Der Spiegel

**Betroffener Hajib:** »Mein Leben zerstört«

geführt und zu seinem Aufenthalt in Pakistan befragt. Ein hessischer Beamter, der mit Hajib arabisch sprach, hielt ihn wohl eher nicht für hochgefährlich. Es könne »angenommen werden«, protokollierte der Beamte, dass Hajib »tatsächlich auf Pilgerreise war. Eine Beteiligung am Dschihad kann aber nicht in Gänze ausgeschlossen werden«.

Was dann am Flughafen passierte, könnte entscheidend sein für die Frage, ob die deutschen Behörden für die mutmaßliche Folter Hajibs mitverantwortlich sind.

Hajib erinnert sich heute so: Er habe sich durch die monatelange Haft in Pakistan schlecht gefühlt. In Frankfurt sei er ständig von Beamten begleitet worden, sogar bis auf die Toilette: »Ich wollte nur den Flughafen verlassen, ich wollte nur weg«, sagt Hajib. Er habe zuerst nach Duisburg

fahren wollen und dann weiter zu einer Tante in den Niederlanden. Doch die Beamten hätten geantwortet, er dürfe den Frankfurter Flughafen nicht verlassen, es sei denn nach Marokko.

Das hessische LKA bestreitet diese Aussage. Auf Anfrage teilt es mit: »Die Weiterreise von Herrn Hajib nach Marokko erfolgte freiwillig. Zu keiner Zeit wurde durch Beamte des hessischen LKA diesbezüglich Druck auf Herrn Hajib ausgeübt.«

In dem Einsatzbericht der Polizei von damals heißt es, Hajib habe von seiner Tante in Holland ohnehin weiter nach Marokko reisen wollen. Der Arabisch sprechende Beamte habe ihn dann dazu »bewegt«, »am öffentlichen Schalter des Terminal 1 nach einem Ticket für einen Direktflug nach Marokko zu fragen«.

Um 15.53 Uhr kaufte Hajib jedenfalls ein Ticket für den Flug LH 4116 nach Casablanca. Die ganze Zeit über blieben laut Vermerk zwei Beamte bei ihm. Noch am selben Tag, so steht es in den Akten, »wurden die marokkanischen Behörden über die Rückreise des Antragstellers von Pakistan nach Deutschland und dessen freiwillige Weiterreise nach Marokko durch das Bundeskriminalamt informiert«.

Dem BKA unter der Aufsicht des damaligen Bundesinnenministers Thomas de Maizière (CDU) dürften die Berichte von Menschenrechtsorganisationen über Folter in marokkanischen Gefängnissen bekannt gewesen sein. Die Behörde muss, so hat es das Bundesverfassungsgericht inzwischen klargestellt, bei der Übermittlung von Daten ins Ausland prüfen, dass diese nicht zu Folter führen.

In den Akten heißt es, das BKA habe den marokkanischen Behörden erklärt, dass sich Hajib nach deutschem Recht »nicht strafbar« gemacht habe. Welche konkreten Informationen die Behörde lieferte, blieb offen. Warnte das BKA die Marokkaner vor einem möglichen Terroristen und verantwortete damit zumindest indirekt die Festnahme samt Folter?

Das Innenministerium widerspricht: Hajib sei nicht aufgrund der »übermittelten Informationen« verhaftet worden. Das Risiko menschenrechtswidriger Behandlung sei in seinem Fall abgewogen worden. Dabei habe man auch berücksichtigt, dass Hajib freiwillig nach Marokko gereist sei.

Ob dies nun stimmt oder nicht – die Weiterreise sollte für Mohamed Hajib schwerwiegende Folgen haben. Als er am 18. Februar 2010 in Casablanca landete, sei er am Gate von Polizisten abgeholt und wenig später gefoltert worden, sagt er.

Das Geständnis, das Hajib kurz danach abgelegt haben soll, erscheint zweifelhaft. Er soll demnach freiwillig seinen Aufenthalt in Pakistan präzise beschrieben haben, inklusive Reisedaten, Geldsummen, Namen von Dschihad-Kämpfern. Er soll zugegeben haben, eine Kalaschnikow und 120 Patronen gekauft und im Grenzgebiet das Schießen geübt zu haben. Hajib sagt heute, das Geständnis sei unter Folter zustande gekommen.

In den ersten Monaten seiner Haft trat er in den Hungerstreik, um seine Freilassung zu erzwingen. Nach einem Haftbesuch notierte ein deutscher Diplomat, Hajib habe im Rollstuhl gesessen und sei »sichtlich geschwächt und abgemagert«.

Beim Prozesstag am 24. Juni 2010 war eine Vertreterin der deutschen Botschaft mit im Saal: Es seien »weder Zeugen zitiert noch Beweisstücke vorgeführt« worden, notierte sie. Vor Gericht soll Hajib eingeräumt haben, die Kalaschnikow »zum eigenen Schutz« gekauft zu haben. In

## Aktivismus – eine demokratische Notwendigkeit?



Carola Rackete

Heinrich Strößenreuther

Ricarda Lang

Ob Umweltschutz, Menschenrechte oder Verkehrskonzepte – immer mehr Menschen verlassen sich nicht länger auf die Politik. Sie werden selbst politisch aktiv und erfahren große Aufmerksamkeit für ihre Forderungen und Ziele. Wie notwendig ist diese Form des »zivilen Ungehorsams« (Hannah Arendt) für politische und gesellschaftliche Veränderungsprozesse?

Darüber diskutieren Carola Rackete, Naturschutzökologin, Seenotrettungsaktivistin der »Sea-Watch«, Heinrich Strößenreuther, Umweltaktivist, Co-Gründer »German Zero«, und Ricarda Lang, stellvertretende Bundesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen.

Moderation: Valerie Höhne, SPIEGEL-Redakteurin im Hauptstadtbüro

**Samstag, 12. September 2020,  
um 18 Uhr im SPIEGEL-Hauptstadtstudio,  
Alexanderufer 5, 10117 Berlin**

Diese Veranstaltung wird per **Livestream** auf [spiegel.de](https://www.spiegel.de) übertragen.

---

Verpassen Sie keine Veranstaltung mehr und melden Sie sich für unseren Newsletter an: [spiegel-live.de](https://www.spiegel-live.de)

---

Bildnachweis: Abbie Traylor-Smith, Edgar Rodtmann, Elias Keilhauer, Bündnis 90/Die Grünen

Klammern fügte die Beobachterin hinzu: »Die Aussagen des Angeklagten waren aufgrund seines angeschlagenen gesundheitlichen Zustands zum Teil kaum hörbar.« Das Gericht verurteilte Hajib wegen Terrorismus zu zehn Jahren Haft.

Das Bundesverwaltungsamt leitete zu jener Zeit ein Verfahren zur Ausbürgerung Hajibs ein. Die Behörde versuchte, sein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zum Zeitpunkt seiner Einbürgerung infrage zu stellen. In dem Verfahren zitierte sie das umstrittene Urteil aus Marokko.

Im Gefängnis nahm Hajib, noch immer deutscher Staatsbürger, während des Arabischen Frühlings 2011 an einem Aufstand teil. Anschließend wurde er nach eigenen Angaben wieder gefoltert. Seine Familie informierte darüber 2012 die deutsche Botschaft. Sie schaltete einen Anwalt ein, der den Fall publik machte.

Die Opposition im Bundestag nahm sich Hajibs an. Woraufhin Bewegung in den Fall kam. »Die Rücknahme der Einbürgerung könnte dahingehend interpretiert werden, dass wir uns des Falls durch »Ausbürgerung« entledigen und Herrn Hajib »schutzlos« stellen wollten«, warnte das Auswärtige Amt laut einem internen Vermerk. Das Bundesverwaltungsamt beschloss: Hajib bleibt Deutscher. Die marokkanische Justiz verkürzte seine Gefängnisstrafe, 2017 kam er frei und reiste nach Nordrhein-Westfalen.

Wolfgang Nešković, ehemaliger Bundesrichter und Bundestagsabgeordneter für die Linksfraktion, hat Hajibs Geschichte bereits als Parlamentarier verfolgt. »Nach allem, was wir heute wissen, ist der Vorgang geeignet zu zeigen, welche dramatischen und grausamen Auswirkungen eine staatliche Sicherheitspolitik haben kann, die sich im Widerstreit zwischen Sicherheit und Freiheit im Zweifel für die Sicherheit entscheidet«, sagt der Ex-Politiker.

Hajib sagt, er habe mit der Islamisten-Gruppe Tablighi Jamaat abgeschlossen. Er lebt heute von Sozialhilfe, ein Psychologe hat bei ihm eine posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert. Zum Gespräch in Duisburg hat er einen Schwerbehindertenausweis mitgebracht.

Seine Chancen, Schadensersatz zu bekommen, scheinen indes gering. Ein Antrag auf Prozesskostenhilfe wurde von den Gerichten bisher abgelehnt, wodurch sich auch das BKA entlastet sieht. Hajibs Berliner Anwalt Eberhard Schultz sieht das anders und ist vor das Berliner Verfassungsgericht gezogen. Er sagt, bis heute hätten sich die deutschen Behörden nicht einmal bei seinem Mandanten entschuldigt. Das sei das Mindeste.

Sven Becker, Fidelius Schmid,  
Wolf Wiedmann-Schmidt

# Magdeburger Solist

**Sachsen-Anhalt** Ministerpräsident Reiner Haseloff stellt sich gegen die Corona-Politik der Kanzlerin und seiner Koalitionspartner. Er fürchtet den Volkszorn.

**A**m Anfang der Pandemie war zu spüren, wie sehr Reiner Haseloff die Sorge vor dem Coronavirus umtrieb. Der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts saß mit Maske im Landtag, wieder und wieder sprach er über »vulnerable Gruppen«, die es zu schützen gelte.

Das Durchschnittsalter der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts ist das höchste der Republik. Haseloff betrifft die Frage auch persönlich: Seine Mutter ist über 90 Jahre alt und lebt in einem Seniorenheim. Im Kabinett habe er häufig von ihr gesprochen, berichten Vertraute. Die Botschaft: Das Virus dürfe seine Mutter und andere wie sie nie erreichen.

Bis heute ist Haseloff vorsichtig. Mitte August musste Bildungsminister Marco Tullner per Video an einer Kabinettsitzung teilnehmen – er war wenige Tage zuvor aus seinem Mallorca-Urlaub zurückgekehrt. Bloß kein Risiko.

Umso überraschender ist es, dass Haseloff jetzt gegen die Kanzlerin und seine Ministerpräsidentenkollegen aufbegehrte. Als die vor wenigen Tagen über Großveranstaltungen und die Testpflicht für Reiserückkehrer sprachen, scherte Haseloff aus. So war er der Einzige, der ein Bußgeld für Maskenverweigerer entschieden ablehnte und im Protokoll vermerken ließ, dass so etwas in Sachsen-Anhalt nicht kommen werde.

Das Solo zeigt, dass Haseloff sich inzwischen nicht nur um das Virus sorgt, sondern dass er fürchtet, die Stimmung im Land könnte kippen – und die Menschen könnten gegen die Corona-Regeln rebellieren.

Angesichts der Demonstrationen mit Zehntausenden Teilnehmern in Berlin ängstigt offenbar gerade Unionspolitiker die Vorstellung, die Proteste könnten von Rechten und Verschwörungstheoretikern auf größere Teile ihrer Wähler übergreifen. Auch die Aussage von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), mit dem Wissen von heute würde man nicht mehr so viele Betriebe schließen wie im März und April, lässt sich als Zugeständnis an diese Gruppe deuten.

Deutschland ist im internationalen Vergleich glimpflich durch die Pandemie ge-

kommen, Sachsen-Anhalt steht im Vergleich der Bundesländer noch mal besonders gut da. Nur Mecklenburg-Vorpommern hat noch weniger Infizierte pro Hunderttausend Einwohner. Aktuell kommen nur wenige Fälle pro Tag hinzu, die meisten davon sind Reiserückkehrer. In dieser Lage sei es den Bürgern nicht zu erklären, Bußgelder einzuführen, sagte Haseloff in der Talkshow von Markus Lanz.

Haseloffs Koalitionspartner waren irritiert. »Es ist nicht akzeptabel, dass Entscheidungen ohne Rücksichtnahme allein vom Ministerpräsidenten getroffen werden«, so Sebastian Striegel, Landesvorsitzender der Grünen. Auch in der SPD kann man Haseloffs Handeln nicht nachvollziehen. Beide Parteien regieren mit der CDU in der Keniakoalition.

chen worden war. Die Landes-CDU legte in Umfragen zu und kam im Juni, ein Jahr vor der Landtagswahl, auf 34 Prozent, vier Prozentpunkte mehr als bei der Wahl 2016. In der CDU heißt es, Haseloff überlege nun doch, noch einmal anzutreten.

2015 hat er erlebt, wie schnell eine Stimmung sich drehen kann. Auch in seinem Bundesland protestierten Menschen gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Er forderte damals eine Obergrenze für die Bundesländer und stellte sich schon da gegen Angela Merkel. Im März 2016 zog die AfD mit 24,3 Prozent der Stimmen in den Landtag ein, ihr bis heute zweitbestes Ergebnis bei einer Landtagswahl.

Es gelte unbedingt zu verhindern, dass die AfD noch einmal so gut abscheidet, ist in der Landes-CDU oft hören. Und Haseloff fühlt sich offenbar an 2015 erinnert.



Christdemokrat Haseloff: Angst vor der AfD

Im kommenden Juni wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Eigentlich wollte Haseloff sich nach zehn Jahren im Amt in den Ruhestand verabschieden, er ist dann 67 Jahre alt. Nachfolger sollte Holger Stahlknecht werden, seit 2011 Innenminister Sachsen-Anhalts. Er gab im März bekannt, sich als CDU-Spitzenkandidat bewerben zu wollen, sollte Haseloff wie geplant abtreten.

Dann kam Corona. Haseloff erklärte, wie viele Ministerpräsidenten, die Krise zur Chefsache. Statt den Ministerinnen und Ministern in den wöchentlichen Pressekonzerten in Magdeburg den Vortritt zu lassen, saß Haseloff nun jede Woche vor den Journalisten. Häufig fiel er dabei seinen Kabinettsmitgliedern ins Wort, ergänzte, erklärte, ordnete ein.

Er hatte Erfolg als Krisenmanager und füllte auf einmal die Rolle des Landesvaters aus, was ihm jahrelang abgespro-

Im Festsaal der Staatskanzlei referierte er am Dienstag in nüchternen Worten über den Stand der Pandemie. Er hat in Physik promoviert und war zehn Jahre lang Direktor des Arbeitsamtes Wittenberg, beides scheint seine Sprache geprägt zu haben.

Es gehe nun darum, die Menschen beieinanderzuhalten, sagte er. »Eine Polarisierung unserer Gesellschaft zu diesem existenziellen Thema, wo es um Leben und Tod gehen kann, können wir nicht konfrontativ austragen.« Die Flüchtlingskrise habe gelehrt, welche Fehler man machen könne. Damals hätten sich »irreversible politische Kräfte formiert«.

Zum Schluss wurde sogar Haseloff einmal emotional. »Das dürfen wir nicht zulassen«, sagte er. Es klang, als wäre er schon im Wahlkampf.

Timo Lehmann, Christopher Piltz, Christian Volk

# Kandidat von gestern

**SPD** Das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin war mal ein Sprungbrett ins Kanzleramt. Michael Müller hingegen muss sogar um seine Kandidatur für den Bundestag kämpfen.



**Konkurrenten Chebli, Müller:** Weg mit der alten Ordnung

**M**ichael Müller geht durch die Flure im Rathaus Charlottenburg. Mitarbeiter, Senatskollegen und Journalisten folgen ihm. An den Wänden hängen schwarz-weiße Porträtfotos in goldenen Rahmen. Erst eine Reihe mit Bundespräsidentenköpfen, dann eine Wand mit Berliner Gesichtern. »Haben Sie noch Platz für einen Regierenden Bürgermeister?«, ruft Müller. Leises, unentschlossenes Lachen im Tross. Mit Michael Müller und den Witzen ist das so eine Sache. Man weiß nie, ob er etwas lustig oder ernst meint.

Neulich fragte ihn die »Bild am Sonntag« nach seinen Plänen für eine Bundes-

tagskandidatur – und danach, welches Ministeramt er in der Bundesregierung gern übernehmen würde: »Natürlich Wissenschafts- oder Bauminister!«, antwortete Müller. Die beiden Ressorts hat er als Senator zu schätzen gelernt. Als seine Antwort aber gedruckt war und sogar eine Schlagzeile daraus wurde, dachten viele, Müller wäre großwahn sinnig geworden. Da half es auch nichts, dass in Klammern »lacht« danebenstand. Von Ministerämtern ist der SPD-Mann jedenfalls weit entfernt.

Müller hat lange gezögert, ehe er seine Kandidatur für den Bundestag bekannt gab. Im Sommer kokettierte er noch mit der Frage, ob er im nächsten Jahr das Rote

Rathaus räumen will, ein Posten, der einmal ein Sprungbrett ins Kanzleramt (Willy Brandt) oder ins Bundespräsidialamt (Richard von Weizsäcker) war. Müller ist schon froh, wenn er überhaupt den Sprung ins Parlament schafft.

In seinem Heimatbezirk Tempelhof-Schöneberg hat Juso-Chef Kevin Kühnert dem Parteifreund gezeigt, wie man es macht, und früh seine Kandidatur angemeldet. Als Müller daraufhin nach Charlottenburg-Wilmersdorf auswich, erklärte seine Staatssekretärin Sawsan Chebli, dort gegen ihn anzutreten. In der Bundestagsfraktion herrscht nur noch Unverständnis über die Berliner Posse. Was ist schiefgelaufen?

Im Charlottenburger Rathaus isst Müller schnell einen Happen am Stehtisch. In seinen Jackettaschen sammeln sich Stoffmasken mit verschiedenen Logos und Farben. An ihnen kann er ablesen, wo er in den vergangenen Tagen so war: im Jüdischen Museum, auf Neubautour mit den landeseigenen Wohnungsgesellschaften, im Charlottenburger Rathaus.

Neben ihm am Tisch steht der Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann, der Müllers Kandidatur in Charlottenburg-Wilmersdorf unterstützt. Auch einige von Müllers Vertrauten in der Senatskanzlei sitzen hier im Kreisverband. Sie gingen davon aus, dass die Autorität eines Regierenden Bürgermeisters und SPD-Landesvorsitzenden ausreicht, um die Kandidatur für sich zu beanspruchen.

Doch die selbstbewusste Chebli kümmernte sich nicht um die alte Ordnung und alte Verdienste. Hätte Müller seine Staatssekretärin nicht anders einbinden können? Müller zieht sich auf den formalen Standpunkt zurück, sie habe ihm vor seinem Entschluss nicht gesagt, dass sie hier ebenfalls antreten wolle. Als Landesvorsitzender hätte er das ahnen können. Jedenfalls verstehen Müllers Vertraute gerade die Welt nicht mehr. Sie empfinden Cheblis Kandidatur als einen Angriff auf den Chef.

Andererseits ist Müller alles andere als ein großer Kommunikator. Er sucht selten das direkte Gespräch, geht nicht auf die Genossen zu. Auch weil seine Berater ihn abschotten. So schildern es Fraktionsmitglieder im Abgeordnetenhaus.

Müller soll schon vor langer Zeit gesagt haben, dass er sich als Parlamentarier am wohlsten gefühlt habe. Im Berliner Abgeordnetenhaus traf er damals mutige Entscheidungen, kämpfte zum Beispiel gegen die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe. Jetzt will er wieder in die Rolle des emsigen Abgeordneten schlüpfen, nur eine Nummer größer, im Bundestag. Doch in der Bundestagsfraktion der SPD wartet niemand auf ihn. Er selbst hat wenig getan, dass sich das noch ändert.

Müller ist kein Strippenzieher, er ist ein Sachpolitiker. Und als solcher machte er eine glücklichere Figur. Als Senator für Stadtentwicklung hat er die landeseigenen Wohnungsgesellschaften mit großem Einsatz zum Umdenken gebracht. Durch einen Vertrag band er sie daran, mehr und nach sozialen Kriterien zu bauen. Inzwischen wird in Berlin so viel gebaut wie seit etwa 20 Jahren nicht mehr.

Bei einer Besichtigung dieser Neubauten schauten neulich zwei Bauarbeiter vom Dach des Hauses über ihre nackten Bäuche nach unten auf Müller und die anderen Herrschaften in feiner Kleidung. Müller guckte zurück und sagte: »Das sind

Leute mit einem ordentlichen Beruf!« Müller kultiviert das Image des ehrlichen Arbeiters, dem es nicht um die in der Politik übliche Show und Inszenierung geht, sondern um die Sache.

Müller, der selbstständige Buchdrucker ohne Abitur, bewies früh einen preußischen Arbeitsethos. Als er Regierender Bürgermeister von Berlin wurde, galt er als Anti-Wowereit. Er ist staubtrocken, dafür wurde er regelrecht gefeiert. Bei seiner Kandidatur damals hatte er keine Visionen im Angebot, sondern eine »Politik der kleinen Schritte«. Er versprach, »die Stadt jeden Tag ein bisschen besser« zu machen.

Anfangs gelang das. Er baute Schulden ab und investierte zugleich in die Verwaltung. Berlins Wirtschaft wuchs weiter. Doch es kam auch die Flüchtlingskrise, und Müller wurde plötzlich für jedes fehlende Dixi-Klo in einer Notunterkunft verantwortlich gemacht. Die berühmte Schlange vorm Lageso, dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, wurde sein persönliches Problem, weil er die Dinge laufen ließ, statt die Verantwortung an sich zu ziehen.

Müllers Mitarbeiter haben es nicht immer leicht mit ihrem Chef. Er könne schlecht gelaunt sein, wird erzählt, aber im nächsten Moment, wenn die Kameras laufen, souveräne Statements abgeben. Während sein Ansehen litt, verfestigte sich das Image des Griesgrams. »Kritik an mir ist willkommen«, sagte er bei einer Landesparteitagsrede im Jahr 2017 – und fügte selbstironisch hinzu. »Lasst euch von meinem Gesicht und den Mundwinkeln nicht abschrecken. Ich sehe immer so aus, wird auch nicht besser!«

Ein Jahr später wählten ihn nur noch 65 Prozent der Delegierten zum Landes-

vorsitzenden. Müller klang schon vor der Abstimmung gekränkt: »Ich bin gerne euer Vorsitzender, aber ich muss es nicht sein. Wenn ihr glaubt, dass ich das Problem bin, dann sagt es.« Sein Abstieg beschleunigte sich. Ende 2019 beschloss er, den Parteivorsitz niederzulegen. Damit war klar, dass er nicht noch einmal als Bürgermeister antreten würde.

Heute muss er sich mit Kevin Kühnert oder Sawsan Chebli, diesen frechen jungen Leuten, um Tempelhof-Schöneberg oder Charlottenburg-Wilmersdorf streiten. Offen ist auch, ob er einen aussichtsreichen Listenplatz bekommt, sollte er nicht als Direktkandidat in den Bundestag gewählt werden. Das Direktmandat in Charlottenburg-Wilmersdorf holte zuletzt ein Christdemokrat.

In der »Bild am Sonntag« antwortete Müller auf die Frage, ob er den Listenplatz eins der Berliner Landesliste beanspruchen oder Kevin Kühnert den Vortritt lassen werde: »Ein Ministerpräsident, der ohne Skandal mit einer erfolgreichen Bilanz aus dem Amt geht, wird nicht auf einem hinteren Listenplatz kandidieren. Das wäre bundesweit einmalig und wird insofern nicht stattfinden.«

Es könnte sein, dass Müller seine Position wieder einmal falsch einschätzt. Neben Kühnert braucht auch der amtierende SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup einen sicheren Listenplatz. Er hat viele Unterstützer in Berlin.

Selbst wenn Müller Mindrup bei der Listenaufstellung hinter sich lassen sollte, wäre sein Einzug in den Bundestag keineswegs sicher. Die Zustimmungswerte der SPD liegen unter dem Ergebnis der vergangenen Bundestagswahl. Wenn sich Kühnert durchsetzt und Listenplatz eins bekommt, geht der zweite an eine Frau. Und Müller auf Platz drei könnte leer ausgehen.

Am Mittwoch dieser Woche sitzt der Regierende Bürgermeister auf der Ecke einer schwarzen Ledercouch in seinem Amtszimmer im Roten Rathaus und versucht zu erklären, was sich da gerade verändert. »Es war schon immer so, dass neue Leute dazukommen, die versuchen, ihren Platz in der Partei einzunehmen.« Aber die jetzige Generation trete anders auf, gehe anders mit Medien um, gerade in einem jungen Landesverband wie Berlin, mit Zuzug aus dem ganzen Bundesgebiet. »Wenn ich an meine Anfänge in der Politik mit Mitte zwanzig zurückdenke, haben wir damals nicht so mit den Medien gespielt und sie so professionell eingesetzt.«

Ganz resigniert hat Müller indes noch nicht. Was seine Kandidatur angehe, sagt er, sei er weiter optimistisch.

Lydia Rosenfelder



Martin Lengemann / Welt / Ullstein Bild

#### Juso-Chef Kühnert

Diese frechen jungen Leute

# Überrollt vor der Schule

**Strafjustiz** Etliche Eltern chauffieren ihre Kinder zum Unterricht. Nun steht eine Mutter vor Gericht, die dabei mit ihrem SUV ein kleines Mädchen totfuhr.

In der Schulstraße in Mönchengladbach ist am 5. Dezember 2018 um kurz vor acht Uhr morgens viel Betrieb. Autos kommen an, halten in Verbotszonen, wenden, fahren weiter. Viele Autos, viele Kinder, die abgesetzt werden, viel Durcheinander. Eine Situation, wie sie vor etlichen Grundschulen morgens üblich ist. Ein Viertel aller Grundschüler kommt regelmäßig mit dem Elterntaxi in die Schule – oft gebracht von Mama oder Papa in martialischen SUV, hoch und unübersichtlich.

Frau A. steuert an diesem Dezembermorgen einen schwarzen Mercedes ML 320, sie ist eine eher kleine Person und hat den Sitz so eingestellt, dass sie über das Lenkrad des 2,2 Tonnen schweren SUV schauen kann. Sie will ihren Sohn zur Schule bringen, der auf der Rückbank sitzt. Ihre 18-jährige Tochter sitzt neben ihr.

Auch die achtjährige Melek wird an diesem Morgen im Auto zur Schule gebracht. Ihr Vater macht das jeden Morgen, er nimmt den Nachbarsjungen mit, dessen Eltern kein Auto haben. Meleks Vater hält gegenüber dem Schulgebäude auf der rechten Seite. Es ist noch nicht richtig hell, die Autos haben die Scheinwerfer eingeschaltet.

Melek steigt aus, hält ihrem Freund die Autotür auf und schlägt sie anschließend zu. Ihr Vater will seinen Gurt lösen, um auszusteigen. Dann hört er einen Knall. Er springt aus dem Auto. Auf dem Asphalt liegt seine Tochter.

Anderthalb Jahre später rekonstruieren Zeugen diese bedrückende Szene vor dem Amtsgericht Mönchengladbach. Frau A., 44 Jahre alt, ist wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Der Staatsanwalt hält ihr vor, Melek »aus Unachtsamkeit« überfahren zu haben. Laut Gutachten überrollte sie das Mädchen mit dem rechten Vorderreifen und dann noch mit dem rechten Hinterreifen. Richter Mathias Rzymek spricht von einem »emotional aufreibenden, tragischen Vorfall«. Zwei Notfallseelsorger sind im Saal, falls Prozessbeteiligte oder Zuschauer Hilfe benötigen.

Kinder sind die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Sie können Geschwindigkeiten nicht so gut abschätzen, ihr peripheres Sehen entwickelt sich noch, sie sind leichter abgelenkt – und leichter zu übersehen. 2019 verunglückten 28 000 Kinder unter 15 Jahren im Straßenverkehr, 55 von ihnen tödlich. Die Zahl der kindlichen Verkehrs-

opfer hat sich seit den Siebzigerjahren allerdings mehr als halbiert. Vor allem die Zahl der Kinder, die getötet werden, nahm deutlich ab.

Schulleiter und Verkehrsexperten warnen schon lange vor gefährlichen Szenen, die sich jeden Morgen vor Schulen ab-

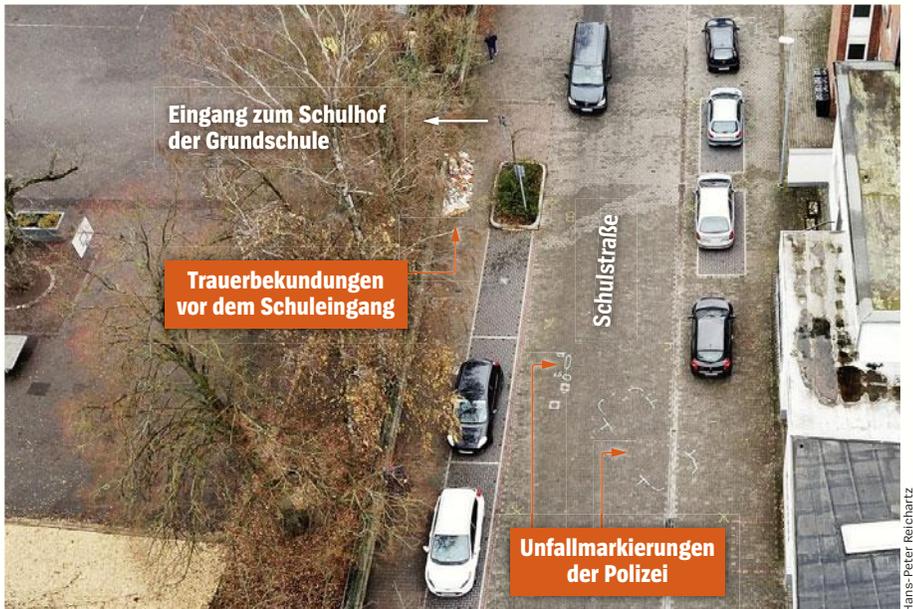
spielen. Eltern kutschieren ihre Kinder aber oft gerade aus Angst vor Unfällen oder Übergriffen, manche aus Gewohnheit oder Bequemlichkeit. Etwa jeder fünfte Unfall von Kindern zwischen 6 und 14 Jahren passiert morgens auf dem Weg zur Schule.

Die Fahrerin, Frau A., äußert sich im Prozess zum ersten Mal, fast 21 Monate nach dem Unfall. Nur direkt vor Ort hatte sie ein paar Sätze gesagt, im Ermittlungsverfahren schwieg sie.

An jenem Dezembermorgen, erzählt sie nun, habe sie nur »einen schwarzen Schatten« gesehen, der aus dem Nichts aufgetaucht sei. Sie sei Schrittgeschwindigkeit gefahren. Die Warnsensoren ihres SUV



**Angeklagte A., Verteidiger:** Mit dem Reifen über den Kopf



**Unfallort in Mönchengladbach:** »Papa, ich kann nicht atmen«

hätten laut gepiept. Sie habe versucht auszuweichen, habe nach links gelenkt und stark gebremst. Als sie das Kind auf dem Asphalt liegen sehen, sei sie ausgestiegen und zu ihm geeilt.

Melek war bei Bewusstsein. Frau A. berichtet im Gericht, sie habe mit dem Mädchen geredet, es beruhigt. Dass sie Melek mit Vorder- und Hinterrad überfuhr, habe sie nicht gemerkt. Ihre Tochter, inzwischen 20 Jahre alt, sagt, auch sie habe davon im Wageninneren nichts gemerkt. Sie hätten kein Radio gehört, sich nicht unterhalten, die Mutter sei nicht abgelenkt gewesen.

Auf Nachfrage des Richters erzählt Frau A., sie fahre viel Auto: die Kinder zur Schule, den Mann zur Arbeit. Sie hole alle auch wieder ab, fahre zum Einkaufen und zum Arzt, sie sei eine sichere Fahrerin. Rzymek hakt nach: Das SUV sei ja sehr groß, sie selbst eher klein, ob das ein Problem sei? »Ich kann alles einstellen«, antwortet Frau A. nüchtern.

Ein knappes Jahr nach dem tödlichen Unfall soll sie beim Ausparken ein Auto beschädigt haben und einfach weggefahren sein. »Ich kenne die Regeln«, sagt Frau A., wieder klingt sie nüchtern. »Ich habe nichts gemacht.«

Es scheint kaum zu dem Attest zu passen, das ihr Verteidiger vorlegt und der Richter vorliest. Seit dem tödlichen Unfall vor der Schule befinde sich Frau A. in einem »psychisch instabilen Zustand«. Ihr Verteidiger behauptet, sie würde sich »wahnsinnig gerne entschuldigen«.

Der Anwalt von Meleks Mutter, die als Nebenklägerin auftritt, wirkt davon aber irritiert. »Meine Mandantin hätte sich gewünscht, dass das früher gekommen wäre«, sagt Oliver Maier. Sie habe sich nicht getraut, entgegnet Frau A.s Verteidiger. Und Meleks Vater bittet darum, dass sie Meleks kleinem Bruder erklären solle, was passiert sei. Der Junge leidet seit dem Tod der Schwester wie sein Vater an einer posttraumatischen Belastungsstörung.

Der damals Fünfjährige musste das Unglück miterleben, wie etliche andere Zeugen auch. Fast alle weinen, als sie beschreiben, wie Melek vom Auto erfasst wurde, wie die schweren Reifen über ihren Brustkorb und ihren Kopf rollten. »Das war das Schlimmste, was wir je in unserem Leben gesehen haben«, sagt eine Frau.

Eine andere Frau erzählt, wie voll es vor der Schule gewesen sei. »Mit all den Eltern, die ihre Kinder am liebsten bis in die Klasse fahren wollen und dann da parken, wo man gar nicht parken darf.« Aus Sicht der Unfallstatistik ist eine Mitfahrt im Auto ein größeres Risiko für Kinder als die Fahrt mit Fahrrad oder Bus. Im elterlichen Auto verunglücken jährlich mehr Kinder als auf dem Fußweg zur Schule oder zum Sport.

Ulrich Chiellino, Leiter Verkehrspolitik beim ADAC, spricht von einem Trugschluss der Eltern, ihre Kinder durch Chauffeurdienste beschützen zu wollen. Sie raubten den Jungen und Mädchen dadurch die Fähigkeit zur Selbstständigkeit. Das Bewusstsein für Gefahrensituationen sei bei Kindern größer, wenn sie sich allein auf den Weg machen.

In den allermeisten Fällen gebe es gerade an Grundschulen übersichtliche, gut gesicherte Zebrastreifen mit Ampeln und Schulhelfern. »Eltern trauen ihren Kindern oft zu wenig zu«, sagt Chiellino.

Laut Gutachten legte Melek 4,30 Meter auf der verkehrsberuhigten Straße zurück, bevor Frau A. das Mädchen überfuhr. A. soll bei einer Geschwindigkeit von sieben bis zehn Stundenkilometern eineinhalb bis zwei Sekunden Zeit gehabt haben, um zu reagieren.

Der Vater schildert, wie er nach dem Aufprall zu seinem Kind gestürzt sei. »Papa, hab keine Angst. Ein Auto hat mich überfahren«, habe Melek zu ihm gesagt. Er habe ihren Kopf auf seinen Schoß ge-

**Sie warf ihm vor: »Ich schicke sie mit dir in die Schule – du kommst ohne sie zurück.«**

legt, ihre Hand gehalten. Sie habe gesagt: »Papa, ich kann nicht atmen. Was soll ich machen?« Dem Vater laufen bei der Aussage die Tränen übers Gesicht.

Die Mutter war noch zum Unfallort geeilt, hat erlebt, wie das Mädchen kollabiert. Im Krankenhaus habe man ihnen gesagt, dass ihre Tochter tot sei.

Wie es ihr heute gehe, will Richter Rzymek von Meleks Mutter wissen. Sie antwortet, dass sie noch nicht habe trauern können. Jede Woche gehe sie zur psychiatrischen Behandlung, nehme Medikamente und habe seit dem Tod der Tochter mehr als 20 Kilogramm zugenommen. Ihre Ehe sei am Unfalltod des Kindes beinahe zerbrochen. »Ich schicke sie zur Schule – und sie kommt nicht wieder«, sagt die Mutter unter Tränen. Dem Vater warf sie vor: »Ich schicke sie mit dir zur Schule – du kommst ohne sie zurück.« Monatelang habe der Vater nicht über Meleks Tod sprechen können.

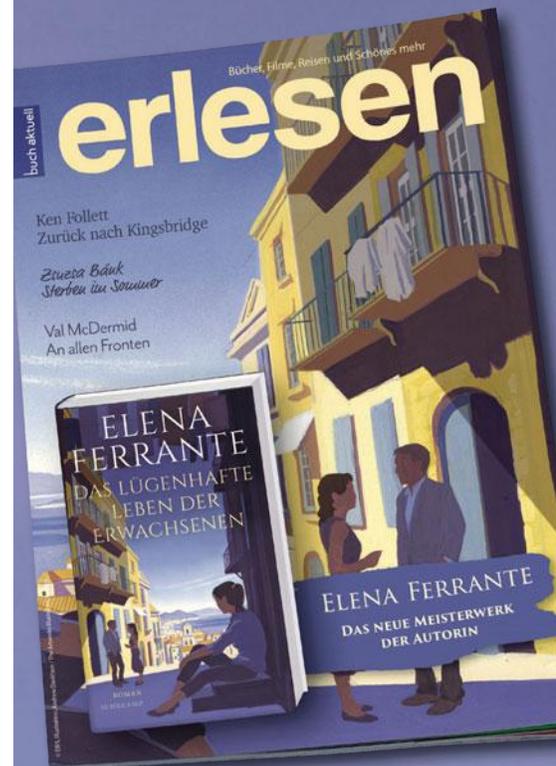
Am kommenden Montag soll das Urteil ergehen. Vor dem Amtsgericht parkt am ersten Verhandlungstag der Mercedes ML 320, der Melek überrollte. Ob sie den Wagen weiter fahre, fragt der Staatsanwalt Frau A. Sie antwortet: »Ich brauche das Auto – wegen der Kinder.« Julia Jüttner

Mail: julia.juettner@spiegel.de

Fragen Sie im Buchhandel

nach der kostenlosen

Herbstausgabe!



**Für Sie ausgewählt!**

In der aktuellen **erlesen**-Ausgabe finden Sie jede Menge Buchtipps – von bewegenden Familiengeschichten über historische Schmöcker bis zu knallharten Thrillern, von aktuellen Bestsellern bis zu verheißungsvollen Romandebüts.

Neben dem neuen Meisterwerk von Elena Ferrante präsentieren wir Ihnen Ken Folletts Prequel zu seinem Weltbestseller „Die Säulen der Erde“ sowie die druckfrischen Romane von Jo Nesbø, Val McDermid, Zsuzsa Bánk, Frank Goldammer, Kristof Magnusson u.v.a.

Auf [buchaktuell.de](http://buchaktuell.de) gibt es vielfältige Buchtipps, alle SPIEGEL-Bestsellerlisten sowie attraktive Online-Gewinnspiele!

**buch aktuell**  
KUNDENMAGAZINE

[www.buchaktuell.de](http://www.buchaktuell.de)

# Bürger zweiter Klasse

**Identität** Am 3. Oktober feiert die Republik 30 Jahre deutsche Einheit. Doch warum ist noch nicht zusammengewachsen, was zusammengehört? Wissenschaftler sehen die Spaltungslinien in der Gesellschaft nicht nur zwischen Ost und West.

**S**o einen wie Yassine, 52, gibt es eigentlich gar nicht. Rein statistisch. Ein Ossi mit Migrationshintergrund. Ein Ausländer zu DDR-Zeiten, aber kein russischer Soldat, kein vietnamesischer Händler, kein kubanischer Student. Ein Algerier.

Zwei Jahre vor dem Mauerfall kam Yassine Araibia nach Leipzig, als Messebauer. Und ist geblieben. »Ich sterbe in Leipzig«, sagt er, »das ist mein Wunsch.«

Im Spätsommer 1989 lief er mit zur Nikolaikirche, »da war viel Polizei«, aber Yassine wollte wissen, »was da los ist«. Nach der Wende hat er sich gleich in die Selbstständigkeit entlassen, elektronisches Spielzeug importiert, dann Lebensmittel, Schuhe aus Holland, aus Thailand. Mit einem Partner aus dem Westen eröffnete er eine Bäckerei und 1996 das House of Aladin, einen orientalischen Imbiss im Stadtzentrum.

Jetzt sitzt Yassine Araibia vor dem Lokal und sagt, alles sei okay. »Ich vermisse nichts, habe gute Kinder bekommen. Ich bin Deutscher, das ist meine Heimat.«

Ausgestattet mit einem preußischen Arbeitsethos, ist der Algerier zweimal erfolgreich migriert, 1988 in die DDR, 1990 in das neue Deutschland. Die Mentalität der Menschen in Leipzig habe sich seit der Wende verändert, »Nachbarschaft und Freundschaft«, so sagt er, seien nicht mehr so intensiv.

Je länger der Gastronom erzählt, desto klarer wird, dass nicht alles okay ist. Man könne hier »schön leben«, wenn man wisse, wie es geht. »Im Osten sollte man immer im Schatten laufen, höflich sein, nicht so viel Kontakt suchen.« Drei, vier Freunde reichten, sagt er. Es sind Algerier.

Manche Deutsche machten keine Unterschiede bei Ausländern, klagt Yassine, »alle werden in dieselbe Pfanne gehauen«. Polizisten zum Beispiel redeten mit ihm, dem deutschen Staatsbürger, im Ausländersprech, fragen nach dem »Passport« statt nach dem Ausweis. »Da kriege ich eine Krise.«

Vier Kinder hat Yassine Araibia, der älteste Sohn sitzt neben ihm, er ist 24 Jahre alt, hat Abitur gemacht. Benjamin hat Freunde im Westen, deshalb wagt er den Vergleich. »Im Osten sind die Menschen nicht so tolerant.« Sein Vater spricht einfaches, verkürztes Deutsch mit leichtem

französischen Akzent. Benjamin spricht gewähltes, differenziertes Deutsch mit leicht sächsischem Ton.

Benjamin Araibia hat an einer Studie der Bertelsmann Stiftung teilgenommen. Sie forscht nach dem »gesellschaftlichen Zusammenhalt im vereinten Deutschland« und ist für einen 3sat-Themenabend in der nächsten Woche von SPIEGEL TV unter dem Titel »Wir 80 Millionen« verfilmt worden\*.

Benjamin ist einer der Protagonisten des Films, zum Deutschsein gehören für ihn »Disziplin« und »Arbeit«. Schon als Zwölfjähriger half er im Lokal des Vaters. Heute arbeitet er tagsüber für eine Firma aus dem Westen, am Abend kümmert er sich ums Aladin und um einen Pizzaliefersdienst. Er lebt damit klassische deutsche Werte vor. Aber wie fragil seine Anpassung ist, spürt Benjamin, wenn jemand hört, dass er Arabisch spricht: »Das wird sofort hinterfragt: Woher kommst du? Wer bist du?« Seine Angst sei, »dass sich die Konflikte verschärfen, wenn die Rechte mehr Einfluss bekommen«.

Am 3. Oktober feiert die Bundesrepublik 30 Jahre deutsche Einheit – und wie

bereits nach 10, 20 oder 25 Jahren liegt abermals die Frage auf der Hand, ob zusammengewachsen ist, was laut dem 1992 verstorbenen Ex-Kanzler Willy Brandt »zusammengehört«. Die Berliner Forschungsagentur Pollytix hat dazu 50 einstündige Interviews mit Ostdeutschen und Westdeutschen geführt, darunter Menschen mit Migrationshintergrund. Einen Großteil der Befragten hat die Agentur danach in Gruppendiskussionen über ihr Deutschlandbild debattieren lassen und die Erkenntnisse mit einer repräsentativen Onlineumfrage unter 1581 Deutschen untermauert.

Die Resultate sind ernüchternd – wenn etwa 59 Prozent der Ostdeutschen der Meinung sind, »wie Bürger zweiter Klasse behandelt« zu werden. In den Interviews wie in der Umfrage spiegeln sich die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre, das Erstarken der AfD, die Proteste in den Städten. »Es gibt 30 Jahre nach der Wiedervereinigung kein geeintes Deutschland«, urteilt Pollytix-Geschäftsführerin Jana Faus nach ihrem Blick in die Seele der Studienteilnehmer.

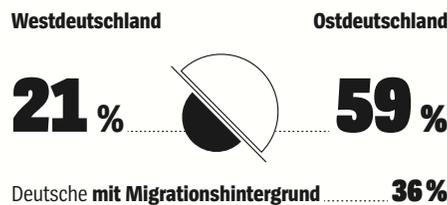
Warum ist das so, mehr als eine Generation nach der Wende? Was ist schiefgelaufen? Oder erwarten wir zu viel?

Für Steffen Mau, Soziologieprofessor an der Berliner Humboldt-Universität, ist die Schwierigkeit des Zusammenwachsens schon angelegt gewesen, bevor die Mauer fiel. »Die DDR war eine nach unten nivellierte Gesellschaft mit sehr einfachen sozialen Milieus.« Mit der Vereinigung seien diese Leute in eine vielfältigere Mittelschichtgesellschaft hineingeraten. Und statt nun selbst ebenfalls aufzusteigen, hätten viele sich in Konkurrenz zu Migranten wiedergefunden. »Das hat viele Ostdeutsche irritiert«, erklärt der in Rostock geborene Wissenschaftler, weil »es keine Erfahrung mit anderen Kulturen, keine Fremdeithfähigkeit« gegeben habe.

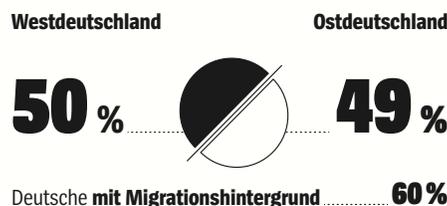
So richtig gewandelt hat sich das bis heute nicht. 95 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund leben im Westen und in Berlin. Dennoch glauben zwei von drei Ostdeutschen, dass »Migration die deutsche Gesellschaft stärker verändert als die Wiedervereinigung«.

## Gefühl der Abwertung

Zustimmung zu der Aussage »Ostdeutsche werden wie Bürger zweiter Klasse behandelt«.



»Menschen mit Migrationshintergrund werden wie Bürger zweiter Klasse behandelt«.



Quelle: Bertelsmann Stiftung, Online-Umfrage unter 1581 Wahlberechtigten (779 West- und 802 Ostdeutsche; darunter 170 Menschen mit Migrationshintergrund) vom 5. bis 10. Juni

\* Am 9. September um 20.15 Uhr auf 3sat.



Frederik Bliokte / Laif

**Feier zur Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 in Berlin:** Der Osten nennt es Wende, der Westen nennt es Wiedervereinigung

Dabei ist schon der Blick auf das, was 1989 geschah, in Ost und West ganz unterschiedlich. Die Forscher bekamen dasselbe Ereignis aus zwei Perspektiven geschildert: Ostdeutsche berichten von der Wende, die sie selbst durch ihre friedliche Revolution erkämpft hätten. Westdeutsche sprechen von der Wiedervereinigung, deren finanzielle Last man getragen habe.

Entsprechend unzufrieden sind beide Gruppen – 30 Jahre danach – mit der Würdigung ihrer historischen Rolle. 71 Prozent der Ostdeutschen glauben, sie verdienen »mehr Anerkennung dafür, dass die Wende friedlich verlief«. Im Westen sind 55 Prozent der Meinung, sie verdienen mehr Anerkennung dafür, die Wiedervereinigung bezahlt zu haben.

Zwar nimmt, wie es in der Studie heißt, »die Relevanz dieser Narrative« über die Generationen ab, doch selbst unter jenen, die erst in den Neunzigerjahren geboren wurden, hält sich der Frust über nicht ausreichend empfangene Dankbarkeit. Zumal Willy Brandts Gefühl von der Zusammengehörigkeit die Last der Nachwenderealität nicht getragen hat. Die »nationale Gemeinsamkeitsunterstellung hat blind dafür gemacht«, meint der Soziologe Mau, »dass da sehr unterschiedliche Gesellschaften zusammengesommen sind«.

Schon bald wurde den beitrtrittswilligen Ostdeutschen klar, dass sie ihr Leben nach den Bedingungen der Bundesrepublik zu verändern haben. Damit habe, so Mau, eine »subjektiv empfundene Entmündigung stattgefunden«. Der Eindruck, kolonialisiert worden zu sein, hat sich unter älteren ehemaligen DDR-Bürgern bis heute nicht verflüchtigt.

Kein guter Start in das Einheitsprojekt, das viele in den neuen Ländern heute noch als Abwertungserfahrung mit sich herumschleppen.

Denn es wurde ja in den folgenden Jahrzehnten nicht leichter zueinanderzufinden. Zum einen hält sich hartnäckig das Überlegenheitsgefühl des Westens, wo laut Ber-

telsmann-Umfrage jeder Fünfte die Ostdeutschen bis heute für »weniger leistungsfähig als Westdeutsche« hält. Zum anderen veränderte sich das politisch vereinte Deutschland wegen der EU-Erweiterung, der Migration und der Globalisierung rasant. Es wurde in vielen Bereichen offener, multikultureller – was traditionelle Milieus skeptisch beobachteten.

Die Berliner Sozialforscherin Naika Foroutan hat voriges Jahr belegt, dass es zwischen Ostdeutschen und Zuwanderern, insbesondere muslimischen Glaubens, deutliche Parallelen gibt. Beide fühlen sich in ähnlichem Maße stigmatisiert. Die Bertelsmann-Studie bestätigt nun, dass auch Menschen mit Migrationshintergrund – da ist sich die Hälfte der Deutschen in Ost und West völlig einig – »wie Bürger zweiter Klasse« behandelt werden.

Zu den 50 Interviewten gehörte auch ein Deutscher mit ausländischen Wurzeln, dessen Ausweis auf den Namen Mohammed ausgestellt ist. Doch diesen Namen benutzt er schon lange nicht mehr. Nach dem 11. September 2001, dem Anschlag auf das World Trade Center in New York, gab er sich einen anderen. Der Name Mohammed war kontaminiert, verdächtig und er plötzlich kein »vollwertiger Deutscher« mehr. Wegen der Tat von Terroristen fühlte er sich auf den Status des Ausländers zurückgeworfen. Der Mann hat

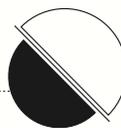
### Friedliche Revolution

Zustimmung zu der Aussage »Ostdeutsche verdienen mehr Anerkennung dafür, dass die Wende friedlich verlief«.

Westdeutschland

Ostdeutschland

**48%**



**71%**

Deutsche mit Migrationshintergrund ..... **48%**

Quelle: Bertelsmann Stiftung, Online-Umfrage unter 1581 Wahlberechtigten (779 West- und 802 Ostdeutsche; darunter 170 Menschen mit Migrationshintergrund) vom 5. bis 10. Juni

DER SPIEGEL



Lutz Hofmann / DER SPIEGEL



Gordon Welters / DER SPIEGEL

**Leipziger Gastronom Araibia mit Vater, Berliner Studentin Ndukure am ehemaligen Wachturm:** Deutschsein heißt »Leistung bringen«

dann aufgehört, seine Moschee zu besuchen. Er wollte dort nicht gesehen werden.

June Ndukure, 25, hat solche Erfahrungen nie gemacht. Ihr Vater ist Schwarzafrikaner, ihre Mutter stammt aus München, aufgewachsen ist June in Berlin, im ehemaligen Westteil der Stadt. Das Berliner Umland hat die Mutter mit ihrem dunkelhäutigen Kind gemieden; sie sei nur dorthin, »wo ich wusste, man begegnet uns offen«.

Diese Woche musste June ihre Bachelorarbeit abgeben, sie zieht das Wirtschaftsstudium durch, »weil es notwendig ist, um zu bekommen, was ich will«. Sie passe sich der Leistungsgesellschaft an, wolle einen Job in der Immobilienbranche.

June Ndukure entspricht damit ziemlich genau dem Bild, das die Deutschen von sich haben. In einem Land, so divers, dass ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat, dass Männer Männer heiraten und Kinder adoptieren können, ein Land, so heterogen und bunt wie nie zuvor, in diesem Land also kreist der gemeinsame Nenner um Begriffe wie Fleiß, Leistung und wirtschaftlicher Erfolg. Der Aussage, »als Deutscher muss man etwas leisten«, stimmen rund vier von fünf Bundesbürgern zu, egal ob sie aus West oder Ost kommen oder ganz oder teilweise fremder Herkunft sind.

Früher, meint die Mehrheit der Deutschen, sei es einfacher gewesen »zu sagen, was Deutschland ausmacht«. Die Sozialforscherin Faus und ihr Team haben sich große Mühe gegeben herauszufinden, was Deutschsein heute bedeutet. Auffällig sei gewesen, dass Ostdeutsche und Migranten mehr Wörter gebraucht hätten, wohl weil ihre Identität schon mal infrage gestellt worden und für sie die Suche nach Antworten nicht so neu gewesen sei. »Aber besser beschreiben konnten sie es auch nicht«, sagt Faus. Richtig deutsch, das seien: die Sprache, die Dichter und Denker, die Solidarität und der Sozialstaat – und immer wieder »Leistung bringen«. »Um ehrlich zu sein«, sagt die Forscherin, »ist das wenig.«

Andererseits bestehen die Deutschen darauf, sich einander irgendwie nahezu-

stehen – näher als ihre unmittelbaren Nachbarn wie Franzosen oder Polen.

Gesucht wird ein Leitbild. Aber braucht es das noch, nach 30 Jahren? Ist es noch relevant für das Zusammenwachsen von Ost und West? Gut möglich, dass die Einheit längst abgeschlossen ist. Dass mehr an Vereinigung gar nicht geht.

Wer der jungen Generation, den Nachwendegeborenen, zuhört, kann sich fragen, ob es eine Einheitsfeier 2040 überhaupt noch geben muss.

June Ndukure, zum Beispiel, lebt in Berlin-Mitte, in einem schicken Neubauapartment unmittelbar auf dem ehemaligen Todesstreifen. Wenn sie aus dem Haus tritt, kommt sie nach wenigen Metern an einem früheren Wachturm der DDR-Grenzposten vorbei. Es ist die Gedenkstätte für Günter Litfin, den Ersten, der an der Mauer erschossen wurde.

Die Studentin hat über die Bedeutung des Ortes lange nichts gewusst. »Heute ist es friedlich, voll die Wohngegend«, sagt June. Sie findet es selbst seltsam, »ein irres Gefühl, dass du keine Beziehung dazu hast«. Wie schwierig für viele Bürger in der Ex-DDR die Zeit gewesen sei, habe sie nur über Fernsehen und Schule erfahren. Nie persönlich. »Es fällt mir schwer, mit den Leuten mitzufühlen, ich kann da keine Verbindung aufbauen.«

### Finanzielle Last

Zustimmung zu der Aussage »Westdeutschland verdient mehr Anerkennung dafür, dass es die Wiedervereinigung finanziert hat«.

Westdeutschland

Ostdeutschland



Deutsche mit Migrationshintergrund ..... 51%

Quelle: Bertelsmann Stiftung, Online-Umfrage unter 1581 Wahlberechtigten (779 West- und 802 Ostdeutsche; darunter 170 Menschen mit Migrationshintergrund) vom 5. bis 10. Juni

DER SPIEGEL

Das Unwissen ist typisch, nicht nur in Westfamilien. Auch im Osten, das hat Forscherin Faus in den Interviews gelernt, kennen viele der Jüngeren die Geschichte von 1989/90 nur aus dem Geschichtsunterricht: »Eltern, die ihren Platz in der Gesellschaft fanden, haben die Wiedervereinigung mit den Kindern seltener thematisiert.« Wer negative Erfahrungen machte, habe sie tendenziell eher an die nächste Generation weitergegeben. »Dadurch hat sich eine negative Erzählung verfestigt.«

Ein Teilnehmer der Studie aus Berlin sollte sagen, ob er in West- oder Ostdeutschland geboren sei. Und in welchem Teil die Eltern sozialisiert wurden. Er konnte es nicht beantworten.

Vielleicht ist das Desinteresse der Nachgeborenen aber auch der Schlüssel zur Einheit. Vielleicht könnte mit ihnen eine Zeit anbrechen, in der die Menschen nicht mehr sortieren nach Ost und West. In der ein Satz, den eine Interviewte aus dem Westen äußerte – »Ich schäme mich nicht, einen Freund aus dem Osten zu haben« –, nicht mehr gesagt und auch nicht mehr gedacht wird.

Sabine Leybold, 35, gibt eine Ahnung davon, wie so eine Zukunft aussehen kann. Sie ist Wessi, Fränkin, lebt 30 Kilometer außerhalb von Nürnberg. Nur zweimal war sie im Osten, 2013 im Leipziger Zoo, 2014 in Berlin. Aber zwei ihrer besten Freundinnen stammen aus dem Osten, die eine hat sie in der Ausbildung kennengelernt, die andere ist eine Arbeitskollegin. Sie empfindet die Freundschaft als bereichernd, die beiden Frauen seien selbstbewusster, weltoffener als viele in ihrer bayerischen Heimat: »Nicht so in traditionelle Rollenbilder gezwängt.«

Die beim Finanzamt angestellte Leybold hat einen 18-jährigen Sohn. Im Geschichtsunterricht habe er viel über den Zweiten Weltkrieg gelernt, den Kalten Krieg und die Entstehung der EU. Das Ende der DDR war kaum mehr als eine Fußnote. Alfred Weinzierl

# Raffiniert gestoppt

**Flüchtlinge** Mit einer Spitzfindigkeit behindert das Verkehrsministerium deutsche Seenotretter. Dokumente belegen: Das war den Beamten bewusst.

**M**itte August wollte die Organisation Mare Liberum zwei Schiffe in der Ägäis kreuzen lassen. Sie sollten beobachten, wie die Küstenwache mit Flüchtlingen auf dem Meer umgeht. Doch beide mussten auf Lesbos und in Sizilien im Hafen bleiben.

Nach Ansicht der zuständigen Behörde verstoßen sie gegen Auflagen, die seit einer unverdächtig klingenden Änderung der deutschen Schiffssicherheitsverordnung gelten. Diesen Passus hatte das Bundesverkehrsministerium (BMVI) von Andreas Scheuer (CSU) im Frühjahr verabschiedet.

Interne Schreiben aus dem Ministerium, die von dem Portal FragDenStaat recherchiert wurden und die dem SPIEGEL vorliegen, belegen jetzt, wie klar Scheuers Beamte mit der Verordnung die Seenotretter im Visier hatten.

Bereits am 16. September 2019 hatte ein Mitarbeiter eine Vorlage an Scheuer verfasst – mit der Bitte um Entscheidung. Der Anlass war, dass das Oberverwaltungsgericht Hamburg gerade eine Beschwerde der Behörden abgewiesen hatte. Schon seit Jahren sind private Organi-

sationen auf dem Mittelmeer aktiv. Manche haben das Ziel, Menschen zu retten, wie Sea-Watch oder Mission Lifeline. Andere, wie Mare Liberum, beschränken sich aufs Beobachten. Einige NGOs setzen große Schiffe ein, die umfangreiche Sicherheitsauflagen erfüllen, andere sind mit kleinen Booten unterwegs, die das bisher nicht tun.

Um solch ein kleines Schiff von Mare Liberum drehte sich der Streit, der das BMVI beschäftigte. Behörden hatten es im April 2019 nicht auslaufen lassen. Das Argument lautete: Für den geplanten Beobachtungseinsatz müsse das Schiff strengere Sicherheitsauflagen erfüllen.

Mare Liberum bestritt das, ging vor Gericht und bekam zweimal recht. Zuletzt entschied das OVG Hamburg im Eilverfahren, dass die Menschenrechtler sich weiter auf eine Ausnahme für »Sport- und Freizeitzwecke« berufen können. Menschen zu helfen falle in diesem Fall unter »Freizeitzwecke«, also müsse Mare Liberum keine neuen, aufwendigen Sicherheitsnachweise liefern.

Flüchtlingshelfer hofften in der Folge auf Rechtssicherheit in Deutschland. Andere EU-Staaten wie Italien, Malta und die Niederlande haben ihre Arbeit schon genug erschwert – oft aus politischen Gründen. Doch das Ministerium wollte sich mit der Niederlage nicht abfinden.

»Es ergeben sich im Wesentlichen zwei Optionen«, heißt es in der Vorlage aus dem September 2019. Erstens: das Ergebnis akzeptieren. Zweitens: »Rechtsänderung prüfen«. Scheuers Leute entschieden sich für die Änderung und beugten sich über die Schiffssicherheitsverordnung. Die Ausnahme, auf die sich die Seenotretter bisher beriefen, sollte nicht mehr für

»Sport- und Freizeitzwecke« gelten, sondern für »Sport- oder Erholungszwecke«. Diese raffinierte Neuformulierung hat Folgen, denn Seenotrettung mag in der Freizeit stattfinden, Erholung ist sie eindeutig nicht. Im März trat die Änderung in Kraft.

Mehrere Schiffe von Hilfsorganisationen müssten nun umgebaut werden. Neue Feuerlöscher, Gutachten – die Organisation Mission Lifeline rechnet mit Kosten von 270 000 Euro für ein einzelnes Schiff, das angepasst werden soll. Mare Liberum wehrt sich jetzt juristisch gegen die Festsetzung der beiden Schiffe.

Auf die Brisanz der Änderung wurde im Ministerium durchaus hingewiesen. In einer E-Mail schreibt ein Mitarbeiter, die Regel sei »politisch sensibel« und werde dazu führen, »dass zwei NGO-Schiffe eine Festhalteverfügung« erhalten werden – also nicht mehr ausfahren dürfen. In einer Nachricht antwortet ein Mitarbeiter auf einen Änderungsvorschlag: »Damit hätten wir nichts gewonnen, sondern vielmehr einen Weg zur Nutzung von Sportbooten für die Flüchtlingsrettung geöffnet.«

Im Vermerk aus dem September heißt es, »eine Spezialänderung nur für Boote, die zur Beobachtung und Rettung von Flüchtlingen eingesetzt werden, würde das BMVI in den Fokus der allgemeinpolitischen Flüchtlingsdebatte ziehen«. Die Änderung solle »nur aus Sicherheitserwägungen heraus erfolgen«.

Dabei bleibt das Ministerium. Der neuen Vorschrift lägen »ausschließlich schiffssicherheitsrechtliche Erwägungen zugrunde«, teilte ein Sprecher auf Anfrage mit. Die Helfer seien »vergleichbaren Gefahren ausgesetzt wie Berufsseeleute«.

Es widerspricht damit der Vermutung von Hilfsorganisationen, die Regierung wolle ihre Arbeit behindern, damit weniger Flüchtlinge in die EU kommen. Dafür findet sich in den Unterlagen kein klarer Beleg. Allerdings ist auch kein großes Bemühen des Ministeriums erkennbar, mit den Organisationen eine Lösung zu finden. Die Helfer sollten nicht einmal angehört werden.

Als das Auswärtige Amt vor dem Inkrafttreten der Änderung eine Anhörung der Seenotretter vorschlug, befand ein Mitarbeiter des BMVI: Die Seenotretter gar nicht zu beteiligen würde voraussichtlich »zu weiterer Eskalation« mit dem Außenamt führen. Wenige Stunden später schrieb ein Kollege, anhören wolle man sie auch nicht. Dem Außenministerium solle man daher vorschlagen, »dass man stattdessen die betroffenen Verbände und Vereine zu einem Info-Gespräch einladen könne«.

Steffen Lüdke, Jonas Schaible



Rettungsschiff »Mare Liberum« in der Ägäis 2018: Vor Gericht zweimal recht bekommen

# DER SPIEGEL

## 5 Sommerprämien zur Wahl

Jetzt einen neuen Leser werben und Ihre Prämie sichern!



**bonvelo**

### **bonvelo BLIZZ Singlespeed Bike**

Stabiler Stahlrahmen, Flip-Flop-Nabe für Freilauf und Fixed Gear. 4 Farben und 4 Größen zur Wahl. Zuzahlung: € 199,-.

Wählen Sie Ihre Lieblingsfarbe:





### Stand-up-Paddle-Surfboard im Set

Hochwertiges Allround-Board für Anfänger und Fortgeschrittene. Maße: 320 x 76 x 15 cm. Zuzahlung: € 139,-.



### JBL Flip 5 Bluetooth-Lautsprecher

Robust und wasserdicht. Bis zu 12 Stunden Spielzeit. Maße: 181 x 69 x 74 mm. Ohne Zuzahlung.



### Kärcher-Hochdruckreiniger K2

Modell »Full Control Home« mit Druckregulierung. Ideal für größere Flächen rund ums Haus. Ohne Zuzahlung.



### Polar-Fitnessuhr »Ignite«

Die neue Generation mit GPS, Farb-Touch-TFT-Display und vielen nützlichen Funktionen. Ohne Zuzahlung.

**Einfach jetzt bestellen:**

 **abo.spiegel.de/p20**

oder telefonisch unter: 040 3007-2700

DER SPIEGEL zum Vorzugspreis von nur €5,30 statt €5,50 je Ausgabe.

# Reporter



## Familienalbum

### Bei den Taliban, 2001

Hans D. Gerhard, 84:

Der Herr mit dem Turban ist der letzte Außenminister der Taliban, Mullah Wakil Ahmed Muttawakil. Es sieht aus, als würde ich ihn interviewen, aber in Wirklichkeit ist er derjenige, der die Fragen stellt. Es war im Mai 2001, etwa zwei Monate nachdem die Taliban die Buddha-Statuen in Bamian gesprengt hatten. Ich war Apotheker und hatte über Terre des Hommes Antibiotika nach Kabul geschickt. Dafür war ich nach Pakistan geflogen, eine Reise nach Afghanistan war eigentlich nicht geplant, aber dann überzog doch die Neugier. Zusammen mit Maria, einer deutschen Lehrerin, die in Pakistan lebte, fuhr ich in einer Rostlaube über den berühmten Khyber-Pass. Der Grenzbeamte wollte Geld. Ich sagte ihm, ich sei nebenberuflich Reisejournalist und hätte vor, für das »Main-Echo« über das schöne Land zu berichten. Er rief jemanden an und richtete uns aus, der Außenminister erwarte uns in Kabul. Maria machte dann dieses Foto. Sie sagt,

das Interview habe etwa 20 Minuten gedauert, aber mir kam es wie eine Ewigkeit vor. Ich saß da schweißgebadet, es lag nicht an der Hitze. Muttawakil ist ein ruhiger Typ, er sprach ordentlich Englisch, aber das Interview lief von Anfang an aus dem Ruder. Er wollte wissen, warum wir da waren und wie lange wir bleiben wollten. Ich sagte, es bestünden im Westen unterschiedliche Ansichten über die Taliban, ich wolle mir ein eigenes Bild machen. Als Erstes fragte ich nach dem Sinn der Scharia. Viel mehr konnte ich dann nicht mehr fragen. Muttawakil sah mich erzürnt an und begann zu dozieren. Die Scharia würde unter Androhung von körperlichen Strafen dafür sorgen, dass sich alle Gläubigen im Einklang mit den islamischen Werten verhalten, mittlerweile würde sie auch auf »Ungläubige« angewandt. Als es vorbei war, sah ich, dass ich irgendwas Belangloses in meinen Notizblock gekritzelt hatte. Ein Interview im »Main-Echo« ist nie erschienen.

Aufgezeichnet von Timofey Neshitov

► Sie haben auch ein Bild, zu dem Sie uns Ihre Geschichte erzählen möchten? Schreiben Sie an:

[familienalbum@spiegel.de](mailto:familienalbum@spiegel.de)

## Ernährung

### Kann »Highway to Hell« uns schlank machen, Frau Schülein?

**SPIEGEL:** Frau Schülein, einer neuen Studie aus Dänemark zufolge nimmt man schneller ab, wenn man beim Essen die richtige Musik hört. Was empfehlen Sie?

**Schülein:** Ich empfehle Musik, die man sehr mag, die aber vor allem ruhig ist, damit wir ruhiger werden, ruhiger kauen und die Nahrung nicht runterschlingen.

**SPIEGEL:** »Highway to Hell« beispielsweise ist also kein Song, den man beim Essen hören sollte?

**Schülein:** Wenn sich mein Mann ein Steak grillt, 400 Gramm, würde er das vielleicht hören, um ein Glücksgefühl zu haben, aber nicht, wenn er es isst. Er wüsste, er würde total hektisch werden, und das würde ihm nicht guttun.

**SPIEGEL:** Wenn schon klassische Musik, dann lieber etwas in Moll oder in Dur?

**Schülein:** Ich würde immer etwas in Dur nehmen. Es soll beim Essen ja keiner in eine Depression verfallen und denken: Um Gottes Willen, wenn ich den nächsten Happen noch esse, werde ich schon wieder schwerer. So nimmt niemand ab. Man sollte stattdessen lieber einen Walzer hören.

**SPIEGEL:** Ist das nicht schon wieder zu beschwingt?

**Schülein:** Wieso? Wenn es etwas Leichtes zu essen gibt, eine fantastische frische Artischocke zum Beispiel, die man mit einem Dip serviert und Stück für Stück zerpflückt, ist ein Walzer dazu ganz wunderbar – natürlich, wenn man ihn nicht wahnsinnig laut hört.

**SPIEGEL:** Musik ist ja schön und gut, aber sollte man, wenn man abnehmen möchte, nicht einfach nur immer etwas Leichtes essen?

**Schülein:** Überhaupt nicht, wir sollten regional essen, und dazu gehört für uns zu Weihnachten auch mal 'ne Ente. Es kommt auf die Menge an, darauf, wie das Essen zubereitet ist und was sonst noch serviert wird. Man nimmt nur ab, wenn man das mit Genuss tut. MAH



Heike Schülein, 60, ist Ernährungsberaterin in Fürstenberg, Brandenburg.

# Hahnenkampf

Warum im Schwarzwald ein seltener Vogel sein Leben verlor

Auf den Tag genau vor einem Jahr stand Christian Sütfeld schon einmal an dieser Stelle in der Augustsonne, am Tatort, zusammen mit der Polizei. Man hat hier einen weiten Blick über die Schwarzwaldberge und im Rücken den Gasthof Todtnauer Hütte. Das Opfer, erzählt Sütfeld, habe in einer Senke auf dem Bauch gelegen, »gleich da drüben, wo die Sumpfdotterblumen wachsen«. Dort ging das Leben der seltenen Kreatur zu Ende, Tetrao urogallus. Der Kopf lag zur Seite geknickt, es fehlten Federn.

Sütfeld sagt: »Das war vorsätzlicher Mord.«

Christian Sütfeld ist Jagdaufseher für die Region Todtnau Nord, 57 Jahre alt, eine Art Crocodile Dundee aus dem Schwarzwald, mit Jägerhut auf dem Kopf, Ohring links und Messer am Gürtel. Er kann mithilfe eines Edeka-Bons den Pfiff eines Rehs imitieren. 365 Tage im Jahr ziehe er durch die Wälder seines Reviers, sagt er. Manchmal schießt er etwas, aber an den meisten Tagen schaut er von seinem Hochsitz aus der Natur zu, wie sie arbeitet und lebt.

In Sütfelds Jagdrevier leben einige der letzten Auerhahnexemplare des Schwarzwalds. Bis zu einem Meter groß können sie werden, fünf Kilogramm schwer. Der Vogel steht in Deutschland auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Tierarten. Als Auerhahnbeauftragter war es lange Sütfelds Aufgabe, den Bestand in seinem Gebiet zu überwachen.

An diesem Tag ist er mit seinem Lada den Feldberg hochgeknattert, den höchsten Berg des Schwarzwalds, um von einem Vorfall zu berichten, der ihn auch ein Jahr später nicht loslässt, der Zeitungen im ganzen Land beschäftigte und vor Kurzem auch das Amtsgericht Titisee-Neustadt: »Ich kapiert's nicht«, sagt Sütfeld, »was ist dem Täter bloß im Kopf rumgegangen?«

Auerhähne haben streng abgegrenzte Streifgebiete, die sie verteidigen. Das Opfer, um das es geht, den Auerhahn von der Todtnauer Hütte, kannte Sütfeld gut. Das Territorium des Vogels auf dem Feldberg lag ungewöhnlich nah an den Wanderwegen der Menschen. Man könnte auch sagen, die Wanderwege der Menschen grenzten an sein Revier, was eine Frage der Perspektive ist und nicht unwichtig, wenn man verstehen will, was hier geschah.

Das Tier, das manche »Heini« nannten, muss vor vier oder fünf Jahren nach etwa sieben Wochen Brutzeit in einem geschützten Bodengelege geschlüpft sein. Als junger Hahn streifte Heini durch den Unterwuchs, suchte Würmer oder Maden, fraß wilde Himbeeren, Kräuter, Knospen und Fichtennadeln im Winter. Nachts suchte er sich einen Schlafbaum,

wuchtete seinen Körper in die Höhe und ließ sich auf einem Ast nieder. Im Frühjahr, vermutet Sütfeld, suchte er einen der Balzplätze und tat, wofür seine Art berühmt ist: Er stellte seine Schwanzfedern zu einem stolzen Fächer auf, reckte den Hals und begann für die Weibchen zu tanzen und zu singen.

Er lebte also sein Auerhahnleben im Umkreis des Gasthauses, so gut es eben ging, neben den Wanderern, den Mountainbikern und neuerdings E-Bikern, die immer häufiger und schneller durch sein »Wohnzimmer« rasten, wie Sütfeld sagt. Manchmal verlassen diese Menschen den Wanderweg. Dann tut der Auerhahn etwas, was Sütfeld wie eine Art Superkraft beschreibt: Er macht sich starr, sitzt da, als wäre er längst ausgestopft, so lange, bis die Gefahr vorbeigezogen ist.

Doch an jenem Tag zog die Gefahr nicht vorbei, sie blieb in Form eines Volksfestes, mit Hunderten Gästen. Das Laurentiusfest ist eine der beliebtesten Partys im Schwarzwald, seine Gegner sprechen vom »Ballermann am Feldberg«. Gegen 14 Uhr klingelte damals beim Auerhahnbeauftragten Christian Sütfeld im Tal das Telefon. Ob er kommen könne, bat der Beamte am Telefon, es habe einen Vorfall gegeben.

Sütfeld hatte schon mit Ärger wegen des Festes gerechnet, ging aber davon aus, dass er das Tier lebend einfangen sollte. Er packte also eine Katzentransportkiste in seinen Lada, dazu ein grünes Netz, das er über den Vogel werfen wollte. Als er oben am Berg ankam, lief er mit den Polizisten durch eine grölende Menge. Und dann sah er das Tier. Erschlagen in den Sumpfdotterblumen. Zurück zu Hause, schob Sütfeld den toten Vogel in die Gefriertruhe in seinem Keller. Am nächsten Tag holte die Kripo das Tier, zur Obduktion.

Die Täter, zwei junge Männer, einer von ihnen selbst Jäger, behaupteten vor Gericht, das Tier habe sie angegriffen, und sie hätten Angst um ihre »Haut« gehabt: »Ich habe ein- bis zweimal drauf-

gehauen, weil ich wollte, dass es ruhiger wird«, sagte einer der beiden. Tatwaffe soll eine Bierflasche gewesen sein.

Sütfeld hat ein Video auf seinem Handy, das ihm ein Zeuge zugespielt hat. Darauf ist zu sehen, wie ein junger Mann unter Gelächter dem Auerhahn nachstellt. Das Tier geht ihm gerade bis zu den Knien. Es läuft mit aufgestellten Federn einmal auf ihn zu, dann lässt es wieder ab. Für den Vogel sei es so gewesen, sagt Sütfeld, als wäre jemand in sein Wohnzimmer eingedrungen. Es hätte gereicht, einfach wegzugehen. Ein Auerhahn sei doch kein Tiger, sagt der Leiter des örtlichen Naturschutzzentrums. Der Richter in Titisee-Neustadt verurteilte den 21-jährigen Haupttäter nach Jugendstrafrecht zu einem einwöchigen Arrest und zu einer Geldstrafe von 1000 Euro.

Christian Sütfeld arbeitet an einer Gedenktafel, auf der etwas stehen soll wie: »Hier wurde einer der letzten Auerhähne von betrunkenen Jugendlichen erschlagen.« Er will die Tafel an einem Baumstumpf neben den Tatort hängen. Dass es noch Hoffnung für den Auerhahn im Schwarzwald gebe, sagt Sütfeld, glaube er nicht. Bald werde Tetrao urogallus fort sein, ausgestorben. Dialika Neufeld



Auerhahn, Sütfeld

Titisee-Neustadt

## Männer nach Tötung von Auerhahn verurteilt

Von der Website [Schwarzwaelder-bote.de](http://Schwarzwaelder-bote.de)



Aktivistin Kuhnke

Marcus Simaltis / DER SPIEGEL

# »Im Happyland der Weißen«

**Rassismus** Was erlebt eine schwarze Frau in Deutschland? Jasmina Kuhnke ist Comedian, Mutter von vier Kindern und twittert gegen rechts. Sie weiß, was es bedeutet, ein Leben lang gegen Ausgrenzung zu kämpfen. *Von Dialika Neufeld*

Ich wurde als 9-jährige von einem Nazi zusammengeschlagen – war aber nicht seine Schuld, weil er war »geistig verwirrt«, »stark emotionalisiert« und hat sich wegen Menschen wie mir zum »Einzeltäter« »radikalisiert.«  
#RechterTerror

Tweet von Jasmina Kuhnke, Februar 2020

**E**in Donnerstagnachmittag in Köln, kurz nachdem ein Mann namens George Floyd in Minneapolis von einem weißen Polizisten getötet wurde. Der Polizist hatte sein Knie auf Floyds Hals gedrückt, fast neun Minuten lang. Jasmina Kuhnke, bei Twitter bekannt unter dem Namen »Quattromilf«, betritt ein Restaurant, dessen Namen man nicht nennen soll. Sie möchte keine Rückschlüsse auf ihren Wohnort zulassen. Kuhnke erhält regelmäßig Drohungen.

»Mobbing 4GqD« schrieb bei Twitter: »Du wirst ab 8.5. bestraft.«

Das Profilbild zeigt einen Mann in Polizeiuniform.

»Wie meinen?!«, antwortete Kuhnke.

»You'll find out«, schrieb Mobbing 4GqD.

Kuhnke setzt sich, bestellt stilles Wasser und einen Tee. Eine Frau in Turnschuhen, die Haare hochgebunden, auf ihre Finger sind in filigranen Buchstaben zwei Worte tätowiert: »Ebony« und »Irony«.

Die vergangenen Tage seien unwirklich gewesen, sagt sie. Sie fühle sich überreizt, müde, es falle ihr schwer, das, was gerade in Deutschland passiere, emotional zu erfassen. »Es ist ja nicht so, als hätte ich das nicht gewusst, aber diese Masse an Geschichten Betroffener, die jetzt im Zuge der Rassismusdebatte sichtbar werden, geht mir nah.« Es mache sie traurig, einerseits. Andererseits sei da das Gefühl: »Dies ist ein magischer Moment.«

Das Video vom Mord an Floyd hat in Deutschland etwas ausgelöst, was es so noch nicht gegeben hat, nicht nach Solingen, NSU oder Hanau. Plötzlich sprach das Land über sein Rassismusproblem, ernsthaft und einigermaßen ausdauernd, zum ersten Mal so, dass Betroffene es wa-

gen konnten, auf Veränderung zu hoffen. Für Menschen, die wie Kuhnke schon lange um Aufmerksamkeit für das Thema kämpfen, muss es sich anfühlen, als hätten sie jahrelang versucht, mit einem Löffel eine Betonwand zu durchstoßen, und auf einmal ist die Abrissbirne da.

Plötzlich stehen Denkmäler infrage, Straßen werden umbenannt, Besitzer von »Mohrenapotheken« beschließen, ihre Schilder abzuschrauben, Bücher von schwarzen Rassismusexpertinnen stehen auf den Bestsellerlisten. In den Wochen nach Floyds Tod demonstrierten Zehntausende in Deutschlands Städten und hielten »Black Lives Matter«-Schilder in die Luft. Im ganzen Land berichten seit-her Menschen von ihren Erfahrungen und trauen sich, nach Jahren des Schweigens, aufzustehen.

Es interessiert nicht ob »man« in eurer Kindheit N\*\*\*\* gesagt hat. Es interessiert nicht ob eure Eltern, Großeltern schon N\*\*\*\* gesagt haben. Mich interessiert ob ihr es heute, jetzt noch sagt, nachdem Betroffene euch sagen, dass es sie verletzt. Falls ja, seid ihr eben Arschlöcher.

Tweet von Kuhnke, November 2019

Kuhnke ist 38 Jahre alt, sie arbeitet als Comedy-Autorin und Stand-up-Comedian. Sie schreibt Gags für Fernsehsendungen zum Beispiel für Carolin Kebekus, für Kochshows, sie versieht unlustige TV-Moderationen mit einer Punchline, einer schnellen Pointe.

Seit einigen Jahren ist sie dazu übergegangen, diese Technik auch auf ihren Alltag anzuwenden, auf die Unlustigkeiten im Leben einer schwarzen Deutschen. Sie benutzt dazu das Internet, vor allem Twitter. Sie schreibt dort über jede Form von Diskriminierung und Rassismus. Sie legt sich mit rechten Trollen an und greift die an, die auch 2020 noch behaupten, dass es in Deutschland gar keinen Rassismus gebe. Viele feiern sie für ihre Direktheit. Andere fürchten, sie »schade der guten Sache«. Denn – das weiß beinahe jeder Betroffene, der es mal versucht hat – wer

über Rassismus reden will, muss bitte den richtigen Ton erwischen, sonst reagieren viele mit reflexartiger Gegenwehr. Und fühlen sich sofort angegriffen.

Werde dieses Jahr an Karneval whitefacen, Tracht tragen und auf Rückfrage sagen, dass ich als Kartoffel gehe und eine Bütenrede halten, in der ich mich ausschließlich über die weiße Gesellschaft lustig mache. Is doch nur Spaß!

Tweet von Kuhnke, Januar 2020

Kuhnke ist Mutter von vier Kindern. In einem Interview mit Kevin Kühnert, dem stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD, der sie in seinen Podcast eingeladen hatte, sagte sie: »Ich habe mich entschieden, diese Kinder zu bekommen. Und dann muss ich auch für sie kämpfen. Das ist der Deal.« Inzwischen erreicht sie mit ihren Texten fast 60 000 Menschen. Politikerinnen lesen, was sie über Rassismus zu sagen hat, Medienmacher, Schauspielerinnen, Musiker.

Auszüge aus einigen Reaktionen auf Kuhnkes Tweets:

»Es gibt nur 8% Weisse noch«

»Warum gehen die nicht zurück nach Afrika?«

»Affen fühlen sich im Zoo sicher aufgehoben.«

»Die Jasmina gehört echt abgetrieben«

»Willkommen zu den diesjährigen olympischen Spielen ...«

»Wir werden sie jagen.«

Was macht der Rassismus mit einem Leben? Was bedeutet es, in einem Land aufzuwachsen und zu Hause zu sein, in dem es Menschen gibt, die einen nicht akzeptieren?

Jasmina Kuhnke hat dem SPIEGEL davon erzählt. Sie hat all die Ereignisse in ihrem Leben nachgezeichnet, die es nur gegeben hat, weil es rassistisches Denken gibt. Die Einzelheiten dieser Begebenheiten nachzuprüfen ist kaum möglich, auch weil sie oft weit in der Vergangenheit liegen. Kuhnkes Schilderungen basieren weitestgehend auf ihren Erinnerungen und zeigen ihre persönliche Perspektive.

## 1. Ein Kind

Das erste Mal, dass Jasmina Kuhnke spürte, dass sie anders behandelt wird als die anderen, war im Kindergarten. Kuhnke war vier Jahre alt. Sie hatte mit ihren Eltern Tennis gespielt, und sie war stolz, daran erinnert sie sich noch. Doch als sie davon erzählte, geschah etwas, das sie nicht hätte vorhersehen können. Die Erzieherin riss sie aus der Gruppe und setzte sie abseits der anderen Kinder auf einen Stuhl, wo sie zur Strafe sitzen bleiben musste, allein. »Du lügst«, habe sie gesagt. »Du bist ein Ausländerkind. Ausländer spielen kein Tennis.« Es war ein katholischer Kindergarten in Wuppertal, Kuhnke war das einzige schwarze Kind.



Lehrerin: »Was macht deine Mutter beruflich?«  
 Kind: »Die ist Autorin!«  
 Lehrerin: »Nein, das kann nicht sein! Die ist Friseurin oder macht was mit schminken?«  
 Kind: »Nein, Autorin!«  
 Lehrerin: »Nein, deine Mutter sieht nicht aus wie eine Autorin.«

Ich bin dann mal die Lehrerin rasieren.

Tweet von Kuhnke, November 2018

»Meine Eltern waren beide weiß«, sagt Kuhnke, »die konnten das erst gar nicht richtig einordnen.« Kuhnke wurde in Hagen geboren, sie wuchs in Wuppertal auf. Dort lebte sie mit ihrer Mutter, ihrem Stiefvater und ihrer Schwester. Ihr leiblicher Vater, ein Senegalese, war früh gestorben, sie hat wenig Informationen über ihn und lernte ihn nie kennen.

Sie sei ein schüchternes Kind gewesen, sagt sie, ruhig. Und doch, so schildere es ihre Mutter, habe es immer wieder Situationen gegeben, in denen sie bestraft worden sei. Immer habe man sie rausgefischt: Die Schwarze war's, das Ausländerkind.

Das Schwarzsein, sagt Kuhnke, sei damals so negativ behaftet gewesen, dass sie es selbst bald verinnerlicht habe. Sie habe regelmäßig Dinge zu hören bekommen wie: »Dich hat man wohl mit der letzten Brotkruste aus dem Urwald gelockt«, auch aus ihrem engsten Umfeld. Wenn die Kinder auf dem Spielplatz sie ärgerten und fragten, warum sie eine blonde Schwester habe, habe sie geantwortet: »Meine Mutter hat mich zu lange im Ofen vergessen.« Warum sie das sagte, weiß sie nicht mehr genau. Vermutlich wollte sie witzig sein.

Mit sechs träumte sie davon, Ballett zu tanzen, »so wie die Lisas von nebenan.« Nach dem dritten Probetermin sagte die Lehrerin, sie solle bitte nicht wiederkommen: Jasmina falle zu sehr auf, mit diesen

Haaren, sie sei zu wild, habe zu viel Energie, sie solle lieber Leichtathletik machen.

In der Grundschule zogen ihr die Mitschüler die Hosen runter, um zu sehen, ob sie überall schwarz ist am Körper. Kuhnke stand auf dem Schulhof, entblößt, während die anderen lachten. »Niemand hat was getan.« Erst als sie sich an einigen Mitschülern rächte und sie in die Mülltonne drückte, kamen die Lehrer. Kuhnke wurde bestraft. Bald wechselte sie die Schule.

Kuhnke sagt, sie habe nur eines gewollt damals: einmal nicht auffallen, sein wie die anderen, dazugehören wie alle Kinder.



Ihr denkt, wenn ein Schwarzer in Amerika durch einen weißen Officer ermordet wird, betrifft uns das hier nicht? Dann seid ihr keine Schwarzen in Deutschland, in einer weißen Mehrheitsgesellschaft und begreift nicht, dass eure Ablehnung, euer Rassismus uns hier genau so tötet!

Tweet von Kuhnke, Mai 2020

Sie erinnert sich an eine merkwürdige Szene aus dieser Zeit, an den Moment, an dem ihr die Tragweite ihres Schwarzseins zum ersten Mal so richtig bewusst wurde. Sie schildert sie so: Sie saß mit ihrer Familie vor dem Fernseher und schaute »Wetten, dass..?«. »Da war eine Sängerin mit Afro, etwas breiterer Nase, schwarz«, sagt Kuhnke. Sie sah die Frau, und dann tat sie etwas, was Kuhnke bis heute nicht ganz versteht: »Ich habe die ausgelacht. Laut ausgelacht und gesagt: Guckt euch die mal an, wie die aussieht!«

Ihre Mutter habe sie angesehen. »Jasmina«, habe sie gesagt, »hast du schon mal in den Spiegel geguckt?« Sie sei zum Spiegel gegangen und habe sich zum ersten Mal richtig gesehen. Ein schwarzes Mädchen schaute sie an, mit Afro, etwas breiterer Nase. Kuhnke sagt: »Ich habe geweint. Ich war völlig fassungslos.«

Bis zu diesem Augenblick, glaubt Kuhnke, habe sie ihr Schwarzsein, all die Verletzungen, von sich abgespalten, verdrängt. Plötzlich sei ihr klar geworden: Das ist der Grund, warum sie alle so behandeln. Und dass sie nichts dagegen tun kann.

Kuhnke erzählt von ihren Erlebnissen mit gerader Haltung, einem direkten Blick, in einem herausfordernden Ton – alles an ihr sagt: »Ich bin kein Opfer.« Und man fragt sich, wie das zusammengeht. »Ich lasse nicht zu, dass es mich verletzen kann. Ich bin ein Opfer des Systems, definitiv. Aber ich bin nicht das Opfer einzelner RassistInnen.« Sie sagt, sie erlaube es sich nicht, diesen Erfahrungen zu viel Macht zu geben. »Wenn ich die Gefühle zulassen würde, müsste ich mich ergeben, und das will ich nicht. Da



kämpfe ich lieber. Und sage deutlich: Ich habe euch durchschaut.«



Ich habe Nazis ja früher noch Nazis genannt. Damals durfte man das noch. Heutzutage sind die Nazis ja immer gleich beleidigt, wenn man sie Nazis nennt. Nichts darf man mehr. Scheiß political correctness.

Tweet von Kuhnke, Januar 2020

Als Neunjährige stand Kuhnke einem Neonazi gegenüber. Es waren die frühen Neunzigerjahre, als die mit ihren Glatzen wie selbstverständlich in voller Montur durch die Straßen liefen, gegen Asylbewerber hetzten und Wohnheime in Brand steckten. Von 1990 bis 1993 sollen nach Zählungen der Amadeu Antonio Stiftung 59 Menschen durch rechtsextreme Gewalt getötet worden sein, die Behördenzahlen liegen weit darunter. Es war die Zeit von Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen.

Kuhnke sagt, sie sei damals im Ruhrgebiet zu einem Kindergeburtstag eingeladen gewesen. Die Kinder rannten in der Miethaussiedlung von Tür zu Tür und machten Klingelstreiche. Sie hatten Spaß. Bis sie am falschen Haus klingelten. Jemand kam runter, schubste Jasmina, beschimpfte das Kind, schlug zu, mit der Faust, es war ein erwachsener Mann. Die anderen Kinder rannten. Kuhnke schaffte es nicht, »ich war



»Black Lives Matter«-Demonstration in Köln

David Klammner / Itait

wie erstarrt vor Schreck«, sagt sie. Niemand habe geholfen, kein Nachbar hinter seinen Gardinen etwas gesehen. Sie kam mit einem blauen Auge zurück zur Geburtstagsparty, mit Hämatomen, aufgeschlagenen Knien. Die Eltern des Geburtstagskindes riefen ihre Eltern an, damit sie sie abholen. Auf die Idee, die Polizei zu rufen, seien sie nicht gekommen.

»Ich habe das Gefühl«, sagt Kuhnke, »dass man das damals einfach immer alles so weggedrängt hat. So nach dem Motto: Ja, passiert halt mal.« Auch das sei etwas, was sie schon ihr ganzes Leben begleite, sagt Kuhnke, das Thema Lautstärke. »Dieses: Ja, dir ist was passiert, aber mach doch jetzt bitte nicht so viel Lärm darum.«



Liebe weiße Mehrheitsgesellschaft, bitte steck dich dieses tone policing mal kräftig in den Arsch: Wir BPOC sind nicht »laut«. Ihr wart nur verdammt lange viel zu leise, wenn es um den Rassismus geht, der uns BPOC täglich begegnet! Also wagt es nicht uns »laut« zu nennen

Tweet von Kuhnke, Juni 2020

## 2.

### Ein Teenager

Anekdoten aus der Schulzeit:

Englischunterricht: »Du musst als Schwarze doch besser Englisch können,

das kann doch nicht sein.« Sportunterricht: Der Lehrer verkündete, dass Kuhnke eine Note schlechter eingestuft werde, weil das sonst ja ungerecht den anderen Schülern gegenüber sei. Sie habe schließlich »andere Fersen«.

Ein Tag im Sommer: Kuhnke kam aus dem Freibad, stieg in den Bus. An einer Haltestelle stieg eine Gruppe junger Männer und Frauen zu, sie waren alkoholisiert, trugen Bomberjacken, Springerstiefel, weiße Schnürsenkel. Sie beschreibt, wie sie sich in den Sitz presste. Es dauerte nicht lange, und einer aus der Gruppe schlug ihr den Kopfhörer von den Ohren.



Auf mein, »ey, was soll das« folgt »der N\*\*\*\* ist frech und die erste schallende Ohrfeige. Benommen stehe ich auf und versuche den Typen wegzuschubsen. Woraufhin die Gruppe sich so sehr provoziert fühlt, dass sie beginnen auf mich einzulagern und zu treten. Ich wehre mich so gut es eben geht. Immer wieder schreien sie scheiss N\*\*\*\*, Ich bin 12 Jahre alt und hatte bis gerade eben, bis anderen auffiel »die ist schwarz«, einen schönen Tag im Freibad.

Tweet von Kuhnke, November 2019

In der Einkaufsstraße: Kuhnkes Eltern hatten ein Büro in der Innenstadt, sie war

häufiger dort und ging wie alle Jugendlichen gern bummeln. Doch die Laden-detektive klebten an ihr, verfolgten sie von Kleiderständer zu Kleiderständer. Eine Verkäuferin sprach sie an, als sie etwas anprobieren wollte. Sie sagte: »Das kannst du dir doch eh nicht leisten.«

Kuhnke erzählt, dass der einzige Ort, an dem sie sich damals sicher und angenommen fühlte, ihr Laufverein gewesen sei. Sie hatte einige Jahre zuvor angefangen zu trainieren, Mittel- und Langstrecke. Sie sagt, es sei das erste Mal in ihrem Leben gewesen, dass sie ankommen konnte. Mit dem Laufen habe sie ein Ventil gefunden, Traurigkeit und Frustration loszuwerden. Sie sagt: »Der einzige Mensch, der mir beim Laufen im Weg stand, war ich selbst.«

An den Wochenenden gewann sie Wettkämpfe, und mit jedem weiteren Wettkampf sei etwas in ihr gewachsen, das bis dahin gefehlt habe: Selbstbewusstsein, aber auch ein Drang, sich zu wehren. Langsam, Stück für Stück, ging Kuhnke in den Kampfmodus über. Sie beschäftigte sich mit dem südafrikanischen Freiheitskämpfer Stephen Biko. Sie trat der Ortsgruppe von Amnesty International bei. Sie ließ sich zur Schülersprecherin wählen.



»Du bist zu laut!«  
 »Du bist zu wütend!«  
 »Du bist zu aggressiv«  
 »Du bist zu vulgär«  
 »Du bist zu offensiv«  
 »Du bist zu anstrengend«  
 Fair enough, aber so lange ihr Antirassismus nicht auch zu eurer Sache macht, gebe ich 1 Fick darauf, was ihr über mich sagt und mache so weiter!

Tweet von Kuhnke, Juni 2020

Ende der Neunziger-, Anfang der Nullerjahre folgte eine Zeit, an die Kuhnke sich erinnert, als wären es goldene Jahre. »Boom«, sagt sie, »das war unser Moment.« Es war die Zeit der Rap-Partys, auf einmal tauchten Frauen wie Beyoncé auf MTV und Viva auf, auf einmal war es cool, schwarz zu sein. Kuhnke wurde wahrgenommen, bewundert, auch von Jungs. Sie hörte Dinge wie »Oh mein Gott, hätte ich nur auch so eine schöne Haut.«

## 3.

### Eine junge Frau

Als Kuhnke sechzehneinhalb Jahre alt war, öffnete sich ein Kapitel in ihrem Leben, das nichts mit dem Schwarzsein zu tun hat, sie erkrankte schwer. Sie musste ihren Sport aufgeben, konnte die Mittlere Reife vorerst nicht abschließen. Mit etwa 18 Jahren begann eine Phase, in der sie ins Kran-

kenhaus musste, immer wieder, sie wurde mehrfach operiert, »inklusive Nahtoderfahrungen«, wie sie sagt. Und trotzdem: Das Thema Rassismus ließ sie nie los. »Der Rassismus macht ja nicht plötzlich halt vor dir und sagt: Stopp, sie ist krank.«

Kuhnke berichtet, was nach einer OP geschah, als sie von der Intensivstation auf die Normalstation wechseln sollte. Sie musste zur Toilette. Die diensthabende Schwester habe sich geweigert, ihr zu helfen, mit den Worten: »Ich fasse schwarze Menschen nicht so gern an.«



Wenn ihr dreimal laut hintereinander Paprikasauce Ungarische Art Paprikasauce Ungarische Art Paprikasauce Ungarische Art sagt, verwandelt ihr euch in ein wunderschönes Einhorn, versprochen

Tweet von Kuhnke, August 2020

#### 4.

#### Eine Mutter



Nur 23,4 % der thüringischen Bevölkerung würden mich und meine Kinder jagen. Wir können uns also in Sicherheit wähen und entspannt zurücklehnen. Nicht.

Tweet von Kuhnke, zur Landtagswahl in Thüringen, Oktober 2019

Wie spricht man mit Kindern darüber, dass es Menschen gibt, die sie hassen, weil sie eine andere Hautfarbe haben?

Kuhnke sagt: »Wir sprechen über Rassismus, weil meine Kinder auch heute schon Rassismus erleben.« Sie erkläre ihnen, dass die Leute sie aufgrund ihrer Hautfarbe manchmal anders wahrnehmen würden. Dass man sie strenger bewerte als andere. »Oder die Tatsache, dass ein migrantisches Kind oder ein anders aussehendes Kind, das mal Mist baut oder laut ist und ausgelassen, leider nicht als Individuum erfasst wird, sondern gleich einer ganzen Gruppierung zugeordnet wird.« Kuhnke sagt: »Ich versuche, meinen Kindern nahezubringen, dass sie sich davon nicht beeinflussen lassen sollen. Dass sie trotzdem dasselbe Recht haben, laut zu sein, mal frech zu sein, ausgelassen zu sein wie alle anderen.«



»Mama, die haben mich N\*\*\*\* genannt. Was bedeutet N\*\*\*\*« Der Moment, in dem dir als Mutter das Herz bricht.

Tweet von Kuhnke, August 2020



Comedian Kuhnke

#### 5.

#### Heute

Ein Mittwoch, ein paar Wochen nach dem Mord an George Floyd. Kuhnke wirkt, als wäre die Energie, die sie noch kurz zuvor aus den Protesten der »Black-Lives-Matter«-Bewegung und den Solidaritätsbekundungen gezogen hat, aus ihr gewichen wie Luft aus einem Reifen. Es habe gerade ein sehr, sehr unerfreuliches Gespräch mit einer Frau vom Staatsschutz gegeben, sagt sie. Es hätten mal wieder Leute versucht, ihre Adresse herauszubekommen, rechte Trolle. Aber Twitter weigere sich, deren Daten herauszugeben, Begründung wie immer: Es sei ja nichts passiert.

Die Dame vom Staatsschutz sei daraufhin zu dem Schluss gekommen, Kuhnke solle halt einfach aufhören zu twittern, dann sei das Problem doch gelöst.



Leute die sagen »Wenn du dich nicht mehr öffentlich äuserst, dann wirst du auch nicht angefeindet!« verstehen nicht, dass ich mich öffentlich äußere, weil ich jeden Tag meines Lebens rassistischen Anfeindungen ausgesetzt bin und es nicht an mir, sondern daran liegt, schwarz zu sein

Tweet von Kuhnke, Juni 2020

Das, was sie da erlebe, sagt Kuhnke, sei genau das, was auch viele Opfer von rechter Gewalt und Rechtsterrorismus durchmachen. Der Staat sehe häufig keinen Handlungsbedarf. Das berichten auch die Mitarbeiterinnen von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus der Stadt Köln, die sich inzwischen mit den Hasskommentaren und Drohungen befassen, weil es so viele sind,

dass Kuhnke sie nicht mehr überblicken kann. Die Aussagen des Staatsschutzes, des BKA und der Polizei seien immer gleich: Solange nichts passiert, können wir nicht tätig werden. »Das heißt de facto, mir muss erst mal was passieren. Wenn ich Glück habe, werde ich dabei nicht getötet. Und dann wird man eventuell tätig.« Es sei ein Einzeltäter gewesen, werde man dann hören, sagt Kuhnke, psychisch und emotional überlastet.



»Was?! Ich soll keine antisemitischen, rassistischen, transfeindlichen, schwulenfeindliche oder misogyne, ableistische Witze mehr machen? DAS IST nicht mehr MEIN DEUTSCHLAND!« Richtig Dieter, das ist nicht mehr nur dein Deutschland!

Tweet von Kuhnke, August 2020

Manchmal fragen sie die Leute, ob sie kein anderes Thema als Rassismus habe? »Doch, hätte ich gern«, antworte sie dann, »sehr, sehr gern. Ich wäre gern im Happyland der Weißen, wäre gern entspannt, unbesorgt. Aber das funktioniert nicht.« Sie klingt wie eine Frau, die schon seit Jahren läuft und läuft und trotzdem nicht daran glaubt, je anzukommen. Vor Kurzem sei sie in die SPD eingetreten, »weil es nicht reicht, nur rumzumosern«, sagt sie.

Kuhnke raucht in kurzer Zeit mehrere Zigaretten, man spürt ihre Anspannung, ein Schwanken zwischen Erschöpfung und Ermächtigung. Glaubte sie, dass sich jetzt etwas verändert, dass unsere Gesellschaft dazugelernt hat?

»Das Interesse lässt ja schon wieder nach«, sagt Kuhnke. »Wie oft haben wir das schon erlebt?« Stattdessen würden die Stellvertreterdiskussionen beginnen, um vom Thema abzulenken. Jetzt würden sich Menschen in der Debatte zu Wort melden, die von »Deutschenfeindlichkeit« reden und fragen, ob es statt »Black Lives Matter« nicht heißen müsste: »All Lives Matter«.

»Es war schön«, sagt Jasmina Kuhnke und meint die Solidarität, die sie in den vergangenen Wochen erlebt habe. »Aber jetzt, seit zwei, drei Tagen, ist es wieder, als wäre nichts gewesen.« Sie erkenne das schon in ihren Kommentarspalten: »Die RassistInnen, die dort normalerweise posten, hatten mal eine Woche lang ein bisschen Schiss, sich zu äußern.« Aber jetzt seien sie in alter Stärke zurück.

Es gehe einfach immer weiter.



Ich habe schon richtig Angst vor dem schwarzen Loch, in das ich falle, wenn der Rassismus mal weg ist!

Tweet von Kuhnke, Juni 2020

# Mein Leben als Imker

**Homestory** Unser Autor hat ein neues Hobby. Das Wichtigste: niemals wie ein Bär zu wirken.

Das erste Mal Honig zu ernten ist ein bisschen wie ein Kind zu bekommen«, sagte die Frau im Laden für Imkereibedarf, als ich sie nach einem Spezialsieb fragte. Und dann: »Haben Sie schon einen Spachtel zum Entdecken der Waben? Nehmen Sie den mit Holzgriff. Ist was fürs Leben.« Weil ich große Hoffnungen hatte, kaufte ich auch den 12,5-Kilogramm-Ernteeimer für Honig.

Seit einiger Zeit habe ich ein Hobby: Imkern. Es fing mit Berichten über das Bienensterben an und mit einem Artikel über japanische Wissenschaftler, die Flugroboter zur Obstbaumbestäubung entwickelten, weil es bald nicht mehr genug Bienen geben würde. Ich dachte: Das darf nicht sein. Und meldete mich für einen Imkerkurs an.

Wie fast jedes Hobby ist Imkern eine Materialschlacht. Man braucht die »Beuten«, das sind die Kisten, in denen die Bienen leben, man braucht Schutzkleidung, Spezialwerkzeug. Und man braucht Bienen. Imker leben in einer Welt, in die ahnungslose Neulinge wie ich eigentlich durch erfahrene Könner eingeführt werden müssen – die ihnen dann auch die Bienen geben. Ich kannte aber keine alten Imker, daher bestellte ich die Tiere im Internet, beim Bienenversand. Unter Imkern ist das verpönt, zumal meine Bienen auch noch aus Italien kamen. Die Varroamilbe, die Bienen tötet, ist aus dem Ausland eingeschleppt worden, daher haben viele Imker eine Abneigung gegen fremdländische Bienen. Ich brauchte die Völker aber verlässlich in den Osterferien, ich wohne in Berlin, die Bienen sollten beim Wochenendhaus auf dem Land stehen. Ich wollte sie im Urlaub aufstellen. Also bestellte ich online.

Dann kam Corona. Mecklenburg-Vorpommern wurde dichtgemacht, ich konnte nicht zum Haus. Die Bienen wurden trotzdem geliefert. Mit dem Overnight-Tierversand. Eines Morgens standen zwei summende Kisten mit jeweils einer Königin und vielleicht tausend Arbeiterinnen in meiner Stadtwohnung. Ich brachte sie mit spitzen Fingern in den Keller, damit sie sich beruhigten. Die Bienen kamen in den von mir gekauften Beuten in unseren Berliner Hinterhof.

Aus der Ferne mögen die fleißigen Bienen putzig wirken – aber wer einmal in einem brummenden Schwarm gestanden hat, der weiß, dass sie wilde Tiere sind. Dementsprechend viel Respekt hatte ich davor, sie aufs Land zu bringen, als der Lockdown vorbei war. Die Bienenbeuten passten gerade so in den Kofferraum – jetzt bloß kein Auffahrunfall, dachte ich, als ich losfuhr. Es war abends, und ich hielt auf dem Weg ein paar mal an, um zu lauschen, ob alles in Ordnung ist. Da sie so gar kein Geräusch machten, dachte ich schon, ihnen

sei möglicherweise etwas zugestoßen. Stimmt nicht, die meisten Bienen schlafen nachts einfach.

Ein Volk starb dann doch. Ein paar Wochen später. Wobei sterben das falsche Wort ist. Die Arbeiterinnen wurden einfach immer weniger, die Drohnen, also die männlichen Bienen, deren einzige Aufgabe es ist, die Jungkönigin zu begatten, immer mehr. Drohnen entstehen aus unbefruchteten Eiern. Die Königin war gestorben, ohne dass ich es bemerkt hatte. Irgendwann war die Beute dann ganz leer.

Ich kaufte ein weiteres Volk, bei einem Hobbyimker im Wedding. Der hatte acht Stück in seinem Schrebergarten, musste aber reduzieren, weil seine Frau eine Allergie gegen Bienen entwickelt hatte. Also gab er mir einen Ableger, den er ohne Handschuhe und ohne Schleier aus der Beute hob und in meine Transportkiste steckte. »Schutzkleidung zu tragen ist mogeln«, sagte er meinen Kindern, die ihn erstaunt beobachteten und fragten, wie oft er denn so gestochen werde. »Jeden Tag«, sagte er. »Aber nicht von denen hier. Die sind friedlich.« Das stimmte. Von seinen Bienen wurde ich kein einziges Mal gestochen. Wenn ich nach dem Schwarm schaute, zog ich bald keine Schutzkleidung mehr an.

Ganz anders das andere Volk. Kaum hatte ich bei denen den Deckel aufgemacht, schossen Wächterbienen heraus und stürzten sich auf mich. Mehrmals musste ich wegrennen, um sie abzuschütteln. Was natürlich reine Psychologie ist. Wer

Schutzkleidung trägt, dem kann ja nichts passieren. Aber tief im evolutionären Erbe scheint uns Menschen ein Impuls innezuwohnen, der sagt: Wenn dich ein Haufen Bienen angreift, dann hau ab.

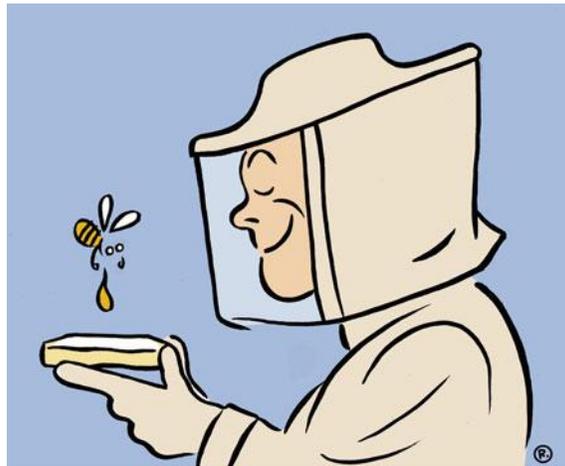
Ich benannte die zunächst noch drei Völker nach dem internationalen Fliegeralphabet: Alpha, Bravo, Charlie. In diesem eigenartigen Corona-Jahr gab es wenig, was ich so beruhigend fand, wie ihnen beim Arbeiten zuzuschauen. Wie sie am Flugloch übereinander purzelten, weil so viele gleichzeitig rein- und rauswollten. Wie die einen mit kleinen Ballen von Blütenpollen an den Hinterbeinen, mal gelb, mal rot, mal lila, in

die Bienenbox krabbelten. Wie die anderen mit hervorkamen, sich auf die Abflugrampe stellten und losflogen.

Vor wenigen Tagen war es dann so weit. Ich wollte mir den Honig holen.

Ich zog meine Imkerkleidung an: Schleier, Handschuhe, eine helle Jacke. »Die Bienen dürfen nicht denken, dass du ein Bär bist«, hatte der Lehrer im Imkerkurs gesagt und bei dunkler Kleidung könnten sie den Eindruck bekommen, ein Bär wollte den Honig klauen. Dann öffnete ich die Boxen. Alpha, die wilden Bienen, hatten zwölf Waben in die Rahmen gebaut, Charlie, das liebe Volk, dreizehn. Sieben beziehungsweise acht davon waren Brutwaben, die konnte ich nicht nehmen. Ein paar Waben waren voller Honig, aber sie waren klein. Richtig große, volle, schwere Honigwaben waren selten, es gab nur zwei. Ich nahm eine mittelgroße, vom lieben Volk. Mit einer weichen Bürste fegte ich die Bienen hinunter, die daraufhin wild um mich herumschwirrten, trug die Wabe ins Haus, stampfte sie klein, legte den Matsch auf das Sieb und wartete.

Der Honig begann in den Eimer zu tropfen. Er war erstaunlich flüssig und hatte die Farbe von dunklem Bernstein. Er schmeckte würzig und bedeckte den Boden des 12,5-Kilo-Ernteeimers. Ich war stolz und glücklich. Es reichte für ein Glas. Tobias Rapp



# Wirtschaft



Gigafactory-Baustelle in Brandenburg

Filip Singer / epa-EFE / Shutterstock

## Tesla will Lkw auch sonntags fahren lassen

**Gigafactory** E-Auto-Pionier fragt bei Land und Bund nach Ausnahmegenehmigung an.

● Der Autokonzern Tesla soll beim Land Brandenburg um eine Ausnahme vom Sonntagsfahrverbot nachgefragt haben und dazu bereits Gespräche mit den zuständigen Ministerien geführt haben, heißt es aus der Landesregierung. Es geht konkret um den Lkw-Verkehr zu dem im Bau befindlichen Werk in

Grünheide südlich von Berlin. Lastwagen, die zur Gigafactory von Gründer Elon Musk fahren, sollen auch am Sonntag Bundesstraßen und Autobahnen nutzen dürfen. Die Beamten der Landesregierung wollen sich in der Sache beim Bundesverkehrsministerium rückversichern. Noch ist der Fall nicht entschieden. Al-

lerdings ist man sowohl in Berlin als auch in Potsdam eher ablehnend, den Musk-Leuten eine Sonderbehandlung zu gewähren, zumal es sich bei den Lkw um konventionelle, mit Diesel betriebene Fahrzeuge handeln soll. Die Gigafactory soll bereits im kommenden Jahr ihre Produktion aufnehmen. GT

### Gesundheitswesen

## Beatmungsgeräte werden verschenkt

● Auf dem Höhepunkt der Coronakrise versuchte die Bundesregierung, so viele Beatmungsgeräte wie möglich zu bunkern. Weil die Zahl der bestellten Apparate aber zu hoch war, wird ein Teil der Respiratoren deshalb nun verschenkt. Das geht aus einer

Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf eine Kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten Christoph Hoffmann im Bundestag hervor. Die Regierung hatte mit sechs Herstellern, darunter Drägerwerk und Löwenstein, Verträge über den Kauf von 26281 Beatmungsgeräten abgeschlossen, davon wurden bis Ende August 7691 ausgeliefert. Man versuche, mit allen Herstellern eine Reduktion der bestellten

Geräte zu erreichen, heißt es in der Antwort. Bei zwei Firmen sei man bereits erfolgreich gewesen und habe 2500 Respiratoren wieder abbestellen können.

197 Apparate hat die Bundesrepublik bereits an Spanien, Italien und Frankreich gespendet. Ein größeres Kontingent soll laut Bundesgesundheitsministerium an Staaten des westlichen Balkans verschenkt werden. FDP-Mann

Hoffmann bezeichnet die üppigen Bestellungen der Regierung als »intransparent«. »Nicht benötigte Beatmungsgeräte müssen für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit bereitgestellt werden, insbesondere weil Brüssel in dem 200 Milliarden schweren Corona-Hilfspaket keine Hilfen zur Bekämpfung der Coronakrise in den Entwicklungsländern vorsieht«, sagt der Bundestagsabgeordnete. MUM

## Finanzskandale

### Behörden-Tennis wegen Wirecard

● Auch mehr als zwei Monate nach der Wirecard-Insolvenz ist weiterhin keine Behörde für die geldwäscherechtliche Aufsicht über den bayerischen Finanzdienstleister zuständig. Wie aus der Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Kleine Anfrage des Linken-Bundestagsabgeordneten Fabio De Masi hervorgeht,

nehmen derzeit weder die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) noch die ebenfalls potenziell zuständige Regierung Niederbayern diese Aufgabe wahr – dabei hat der Skandalkonzern seine Bilanzen frisiert und womöglich auch Geldwäsche betrieben. »Die Wirecard AG unterliegt nicht der Geldwäschewaufsicht der Bafin«, heißt es in der Antwort, die dem SPIEGEL vorliegt. Tatsächlich beaufsichtigt die Bafin nur Finanzfirmen, so auch

Wirecards Banktochter, nicht aber den Gesamtkonzern. Auf die Frage, welche Behörde dann momentan zuständig sei, antwortet das Finanzministerium, Bayerns Landesbehörden sähen sich aktuell nicht in der Verantwortung, da Wirecard kein Finanzunternehmen sei. Nur bei einer solchen Einstufung aber wäre Niederbayern für die Aufsicht über Geldwäsche zuständig. Allerdings: Noch im Februar 2020 und erneut im Mai, also vor dem Zusammenbruch des Kon-

zerns, habe Niederbayerns Regierung der Bafin mitgeteilt, Wirecard sehr wohl als Finanzunternehmen einzustufen und zuständig zu sein, heißt es in der Antwort. Am 25. Juni jedoch, dem Tag des Insolvenzantrags, habe Bayerns Innenministerium der Bafin telefonisch signalisiert, Wirecard doch nicht als Finanzunternehmen einzustufen. »Dieses Aufsicht-Tennis ist unfassbar und schadet dem Vertrauen in den deutschen Finanzmarkt«, sagt Finanzexperte De Masi. BAZ

## Fleischindustrie

### Ferkelschutz mit Mängeln

● Das ab 2021 geltende Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration könnte weitgehend verpuffen. Der Grund: Das in der Lebensmittelindustrie wichtige QS-Prüfsystem will weiter Betäubungsmethoden akzeptieren, die das deutsche Recht nicht mehr zulassen würde. Dazu zählt etwa die in den Niederlanden oft praktizierte Betäubung mittels CO<sub>2</sub>, die zwar billig ist, laut Experten aber Erstickungsgefühle bei den Tieren auslösen kann. Auch die in Dänemark verbreitete Lokaltäubung, bei der eine Nadel in den Hoden eingeführt wird, sei »äußerst schmerzhaft«, sagt Ina Müller-Arnke, Nutztierexpertin der Tierschutzorganisation Vier Pfoten. In Deutschland

dürfen ab kommendem Jahr männliche Ferkel nur noch unter wirksamer Schmerzschaltung kastriert werden. Dazu zählt etwa die inzwischen praktizierte Gasnarkose durch das Mittel Isofluran. »Da die deutsche Mastbranche zu einem großen Teil Ferkelnachschub aus den Nachbarländern bezieht, droht der deutsche Standard jetzt unterlaufen zu werden«, sagt Müller-Arnke – zum Nachteil der hiesigen Züchter. QS dagegen hält die deutsche Auslegung des Tierschutzes für zu eng und sagt, man könne ausländische Ferkelerzeuger nicht auf die in Deutschland zugelassenen Alternativverfahren verpflichten. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) will nun solche Importferkel vom deutschen Tierwohllabel ausschließen. Dieses Siegel allerdings steckt seit Jahren im Planungsstadium fest. NKL



Strand Banje in Dubrovnik

## Pauschalreisen

### 30 Euro pro Kunde für Insolvenzfonds

● Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) plant eine weitreichende Reform für die künftige Absicherung von Kundengeldern bei Pauschalreisen. Die Firmen sollen künftig je nach Bonität zwischen 6,5 und 17 Prozent ihres Umsatzes als Sicherheit hinterlegen – etwa über Bankbürgschaften oder Versicherungen. Außerdem sollen die Anbieter pro Kunde rund 30 Euro in einen Fonds einzahlen, der innerhalb von drei Jahren 1,2 Milliarden Euro ansammeln und im Insolvenzfall weitere Kosten tragen soll. In der Coronageschüttelten Branche stoßen die Vorstellungen auf Gegenwehr, da zurzeit kaum ein Veranstalter zuverlässig

Businesspläne erstellen kann. Branchenvertreter fürchten, dass Pauschaltrips durch die geplante Neuregelung teurer werden – und noch mehr Kunden ihre Reisen selbst im Internet zusammenstellen. Deshalb wollen sie Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) einschalten. Eine Sprecherin des Bundesjustizministeriums versichert, »die derzeitige Marktsituation« sei »Bestandteil der gegenwärtigen Prüfungen«. Außerdem solle der geplante Fonds in der Aufbauphase durch »eine befristete staatliche Garantie abgesichert werden«. Die Reform ist nötig, weil bei der Pleite des britischen Touristikonzerns Thomas Cook vor knapp einem Jahr das vorhandene Sicherungssystem nicht ausgereicht hatte; die Regierung musste einen Großteil der Ausgleichszahlungen übernehmen. DID



Ferkel in Zuchtbetrieb

# Die Billionen-Wette

**Konjunktur** Die Bundesregierung hat enorme Summen in die Rettung der Wirtschaft gesteckt. Das hat den Corona-Absturz abgefedert. Doch die Hilfe ist teuer erkauft und könnte den kommenden Aufschwung sogar hemmen.

**W**as die Minister Peter Altmaier (CDU) und Olaf Scholz (SPD) seit Monaten treiben, ähnelt einem Glücksspiel auf höchstem Niveau. Hunderte Milliarden setzen sie auf verschiedenste Rettungsmaßnahmen – im Glauben, dass sie wirken.

Immerhin konnte Wirtschaftsressortchef Altmaier am vergangenen Dienstag verkünden, dass sich die Regierung nicht komplett verzockt hat. Deutschland erlebt zwar den schärfsten Einbruch der Konjunktur nach dem Krieg, er fällt aber glimpflicher aus als noch im Frühjahr befürchtet. Das Minus, so sagen es Altmaiers Experten voraus, beträgt nur 5,8 Prozent statt wie zuvor prognostiziert 6,3 Prozent. Die Republik kommt besser durch die Krise als die meisten Industriestaaten.

Für nächstes Jahr diagnostiziert Altmaier sogar eine kräftige Erholung; die Wirtschaft soll um 4,4 Prozent zulegen. Die Corona-Rezession würde also nur unwesentlich heftiger ausfallen als die Finanzkrise vor elf Jahren. Damals schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 5,7 Prozent.

Altmaier und sein für Finanzen zuständiger Kabinettskollege Scholz halten sich zugute, einen wesentlichen Beitrag zu der guten Entwicklung geleistet zu haben. Und manches Argument haben sie tatsächlich auf ihrer Seite: Die Große Koalition reagierte schnell und entschlossen auf die Krise und mobilisierte – gemessen am BIP – so viel Geld wie kein anderes Land. Mehr als eine Billion Euro stehen für Notkredite, Garantien und direkte Hilfen bereit – rund ein Drittel der jährlichen Wirtschaftsleistung.

Allein für das Konjunkturprogramm, mit dem sich die Bundesregierung dieses und nächstes Jahr gegen den Absturz stemmt, stellt Scholz 130 Milliarden Euro zur Verfügung. Der größte Teil davon soll noch bis Jahresende fließen.

Und die Wette scheint aufzugehen. Im Juni verzeichnete die deutsche Wirtschaft das höchste Plus bei den Exporten seit 30 Jahren im Vergleich zum Vormonat. Der Auftragseingang der Industrie legte im Vergleich zum Vormonat um fast 28 Prozent zu. Besonders deutlich erholt sich der Konsum. Die Umsätze des Einzelhandels lagen im Mai und Juni schon wieder auf dem Vorkrisen-Niveau.

Auch die Frühindikatoren weisen steil nach oben. Der Geschäftsklimaindex des Münchner Ifo-Instituts steigt seit Monaten. Er sagt vergleichsweise zuverlässig den Konjunkturverlauf der nächsten Monate voraus. Das Beschäftigungsbarometer des Instituts verkündet eine wachsende Bereitschaft der Unternehmen, neues Personal einzustellen.

»Die aktuellen Zahlen sind geradezu sensationell«, sagt Ifo-Ökonom Andreas Peichl. Immer mehr scheint sich zu bewahrheiten, dass die Konjunkturerholung wie ein V verläuft: Einem steilen Abschwung folgt eine rasche Erholung.

Hat die Bundesregierung also alles richtig gemacht? Verhinderten die Rettungsaktionen tatsächlich einen heftigeren Absturz? Und, noch viel wichtiger: Legen sie das Fundament für eine nachhaltige Erholung?

Die Ökonomie ist keine exakte Wissenschaft, in vielen Fragen sind ihre Vertreter hemmungslos zerstritten, doch in der grundsätzlichen Einschätzung des deutschen Rettungsprogramms zeichnet sich weitgehende Einigkeit ab: Ausmaß und

Entschlossenheit der Programme haben wesentlich dazu beigetragen, einen noch tieferen Einbruch abzuwenden.

Als gelungen gilt der Versuch der Regierung, die Einkommen der Bundesbürger zu stabilisieren. Dazu weitete sie in ungekanntem Ausmaß die Möglichkeiten zur Kurzarbeit aus. Sie gewährte Kleinunternehmen und Soloselbstständigen, deren Umsätze im Lockdown wegbrachen, großzügige Zuschüsse.

Tatsächlich gelang der Großen Koalition Erstaunliches. Während das BIP im zweiten Quartal um fast 10 Prozent schrumpfte, sanken die verfügbaren Einkommen nur um 0,8 Prozent. Die Bundesregierung folgte einem alten Rezept der Konjunkturpolitik: Wenn Unternehmen und Arbeitnehmer im Abschwung schwächeln, weil ihr Einkommen wegbricht, springt der Staat in die Bresche, um die Nachfrage abzustützen. So verhinderte er eine sich selbst verstärkende Abwärts-spirale.

»Das war nicht nur ökonomisch, sondern auch psychologisch wichtig«, sagt Christoph Schmidt, Präsident des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen. »Die Maßnahmen haben die Erwartungen stabilisiert.« Die föderale Demokratie habe sich als handlungsfähig erwiesen. »Darauf kann die Politik zu Recht stolz sein.«

Auch Lars Feld, der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung lobt die Politik. Als besonderen Erfolg hebt er den maßvollen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 600 000 Menschen hervor. »Das ist relativ wenig angesichts des Einbruchs.« Insbesondere im Vergleich mit den USA, wo mehrere Millionen Jobs verloren gingen, sei Deutschland bislang gut durch die Krise gekommen.

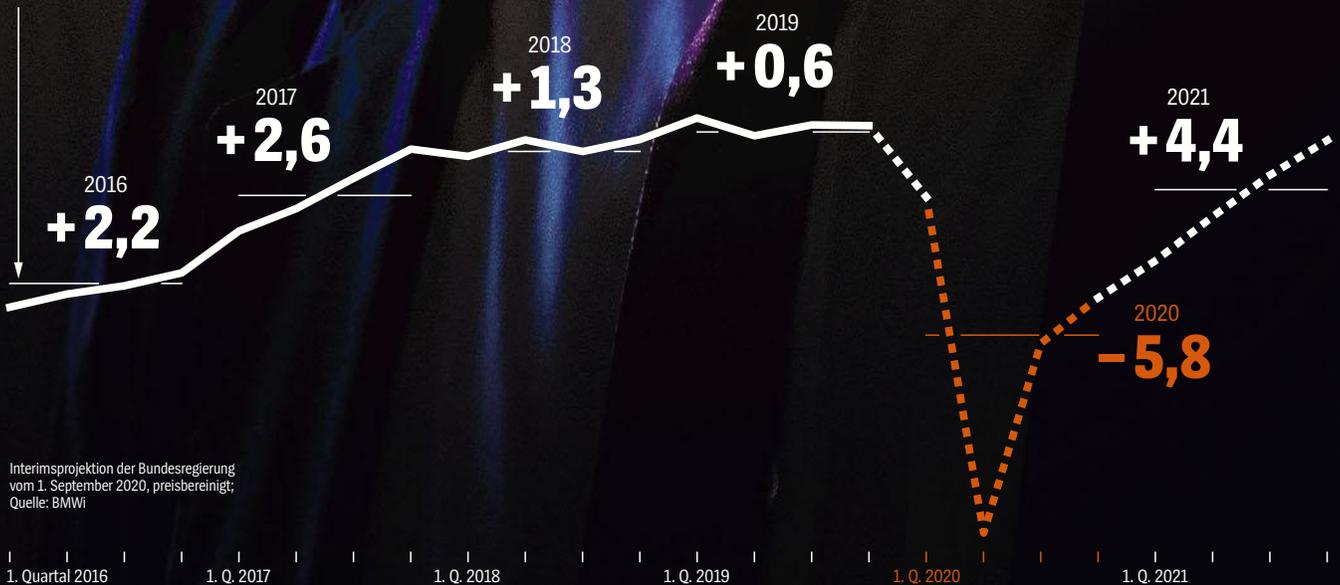
Das gilt auch für die Spuren, die Corona in den öffentlichen Haushalten hinterlässt. Im ersten Halbjahr 2020 verzeichnete der Fiskus ein Minus von 3,2 Prozent des BIP, weil die Ausgaben für Stützungsprogramme explodierten und zugleich Steuereinnahmen wegbrachen. Andere Länder fahren Defizite in ähnlicher Größenordnung zu Normalzeiten ein. Da Deutschland vor Ausbruch der Krise jahrelang Überschüsse in den öffentlichen Kassen erwirtschaftete,



Oliver Kelling

### Schnelles Comeback

Deutsches Bruttoinlandsprodukt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



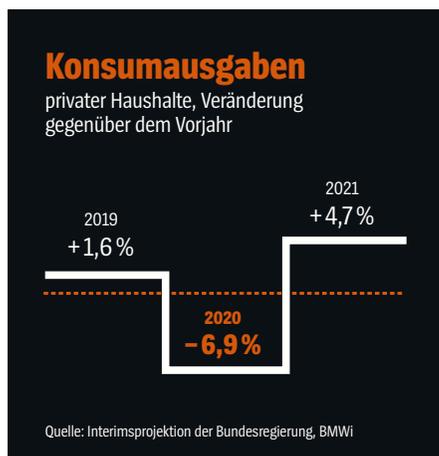
Interimsprojektion der Bundesregierung vom 1. September 2020, preisbereinigt; Quelle: BMWi

konnten Bund und Länder in der Not aus dem Vollen schöpfen.

Dennoch ist der Erfolg teuer erkauft. Für 2020 sieht die Bundesregierung einen Konjunkturimpuls von rund 90 Milliarden Euro vor, das entspricht fast drei Prozent der Wirtschaftsleistung. Die Bundesbank schätzt in ihrem Monatsbericht vom Juni, dass dies die Rezession nur um einen Prozentpunkt dämpft. »Verglichen mit den enormen Ausgaben wird der Effekt voraussichtlich bescheiden bleiben«, bemängelt RWI-Chef Schmidt.

Der größte Teil der Erholung lässt sich ohnehin auf Auftriebskräfte zurückführen, die auch ohne staatliches Zutun in der Wirtschaft wirken. »Der steile Aufschwung nach dem Absturz im Frühjahr ist nur logisch«, sagt der Wirtschaftsweiser Feld. Wenn große Teile der Wirtschaft wegen der Pandemie im Frühjahr herunterfahren, etwa die Gastronomie oder weite Bereiche des Einzelhandels, dann bricht die Wirtschaft ein. »Die Öffnung dieser Wirtschaftszweige einige Monate später führt dann geradezu zwangsläufig zu einem rasanten Aufschwung.«

Nicht jedes teure Instrument wirkt allerdings wie gedacht, zum Beispiel die bis Jahresende befristete Mehrwertsteuersenkung, die den Konsum anstacheln soll. Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung fand in einer Umfrage heraus, dass lediglich ein Viertel der Verbraucher zu zusätzlichen Käufen bereit sei. Ein Grund: Viele argwöhnen, dass nur die wenigsten Anbieter die Preise senken.



»Ich gehe davon aus, dass die Unternehmen die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer nur zu gut der Hälfte an ihre Kunden weitergeben«, vermutet Feld. Entsprechend geringer fällt der Kaufanreiz für die Konsumenten aus.

Der Staat könne seine Milliarden effizienter einsetzen, findet Feld. »Die Bundesregierung sollte ihren finanziellen Spielraum nutzen, um Unternehmen eine großzügigere Verrechnung ihrer Verluste in der Krise zu erlauben«, schlägt er vor.

Das Instrument bietet eine elegante Möglichkeit, die Folgen des Einbruchs zu bewältigen. Es gestattet den Betrieben, ihre aktuellen Verluste mit vorangegangenen Gewinnen zu verrechnen. Sie bekommen also zu viel gezahlte Steuern erstattet. Der Vorteil: Das Geld fließt schnell in die Firmenkassen zurück, vor allem aber werden Unternehmen mit funktionierendem Geschäftsmodell begünstigt. Denn ohne vorherige Profite keine Verrechnung.

Zwar hat Scholz das Modell schon erweitert, doch Feld und vielen seiner Kollegen geht der Minister nicht weit genug. »Der Verlustrücktrag sollte auf die vergangenen drei Jahre ausgedehnt werden, und auch seine Begrenzung auf fünf Millionen Euro sollte weiter angehoben werden«, fordert er.

Noch weniger Wirkung als die Mehrwertsteuersenkung haben die Überbrückungshilfen für den Mittelstand entfaltet, denn sie werden kaum angenommen. 25 Milliarden Euro hat die Bundesregierung dafür bereitgestellt, abgerufen wurden bislang lediglich gut 700 Millionen Euro.

Andere Vorhaben muss erst noch Brüssel genehmigen. Die Verzögerungen sind problematisch. Gut möglich, dass das Geld erst abfließt, wenn es eigentlich nicht mehr gebraucht wird, weil sich die Wirtschaft schon weitgehend erholt hat. »Die Bundesregierung läuft Gefahr, dass viele ihrer Maßnahmen prozyklisch wirken«, mahnt Feld. »Das gilt besonders für die geplanten Infrastrukturmaßnahmen.«

Darunter fallen zum Beispiel die 5G-Infrastruktur oder die Wasserstofftechnologie. Solche Vorhaben brauchen einen erheblichen Vorlauf, weil sie zum Teil langwierige Genehmigungsverfahren durchlaufen. Sie werden womöglich erst realisiert, wenn der nächste Aufschwung bereits in vollem Gange ist.

Aus Sicht des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (IfW) könnten sich etliche Maßnahmen sogar als schädlich erweisen. Der Grund: Bei vielen handelt es sich schlicht um Subventionen, die dazu beitragen, nicht mehr zeitgemäße und wenig wettbewerbsfähige Strukturen auf Staatskosten zu zementieren.

Den Forschern zufolge erhöht das Konjunkturpaket die Subventionen um 72,6 Mil-



liarden Euro. 4,4 Milliarden Euro davon seien rundheraus schädlich, die Mittel für die Aufstockung der Kaufprämien für Elektroautos etwa. Der Staat fördere damit einseitig eine bestimmte Technologie auf Kosten von Alternativen, kritisieren die Forscher.

Als ineffizient stuft das IfW weitere 14,7 Milliarden Euro ein. Dazu zählen die Mittel, mit denen niedrigere Strompreise oder CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung finanziert werden sollen. Hier bemängeln die Experten, dass der Staat bestimmte Verhaltensweisen belohne.

Problematisch, weil mit unbekanntenen Nebenwirkungen versehen, erscheint eine Maßnahme, die die Staatskasse zunächst einmal gar nichts kostet. Seit etlichen Monaten dürfen sich Unternehmen, die wegen Corona in Schwierigkeiten geraten sind, mehr Zeit lassen, ihre Überschuldung zu erklären. Vor Kurzem verlängerte die Bundesregierung diese Möglichkeit noch einmal. Erst die kommenden Monate werden zeigen, ob es sich damit um staatlich sanktionierte Insolvenzverschleppung handelt oder ob den Unternehmen tatsächlich eine Brücke in bessere Zeiten gebaut wurde.

RWI-Chef Schmidt hält auf Dauer ohnehin ein ganz anderes Rezept für zielführender: »Eine Steuerreform, die Bürger und Unternehmen gleichermaßen entlastet. Das wäre nach all den Jahren des Stillstands in diesem Bereich ein ermutigendes Zeichen.«

Christian Reiermann

# Flexibel bleiben.

## Lesen Sie den SPIEGEL, solange Sie möchten.

**Frei Haus.** Der SPIEGEL jede Woche direkt nach Hause

**Rund 4% sparen.** Für nur €5,30 pro Ausgabe statt €5,50 im Einzelkauf

**Ohne Risiko.** Jederzeit kündbar, Urlaubsservice möglich

**Vergünstigte Tickets.** Für ausgewählte SPIEGEL-Veranstaltungen auf [www.spiegel-live.de](http://www.spiegel-live.de)

**Einfach jetzt anfordern:**

 [abo.spiegel.de/flexibel](http://abo.spiegel.de/flexibel)

oder telefonisch unter 040 3007-2700

(Bitte Aktionsnummer angeben: SP-FLEX)



Keine  
Mindest-  
laufzeit

# »Die Inflation ist nicht tot«

**Geldpolitik** Der Finanzexperte und Publizist David Marsh warnt vor einem Missbrauch der Notenbanken und vor steigenden Preisen.

*Marsh, 68, ist ein Wanderer zwischen den Welten. In den Achtziger- und Neunzigerjahren arbeitete er als Journalist bei der »Financial Times«, anschließend wechselte er ins Investmentbanking und wurde Berater. Marsh ist Brite, zugleich profunder Deutschlandkenner, Autor des Standardwerks »Die Bundesbank – Geschäfte mit der Macht« und Träger des Bundesverdienstkreuzes. Heute kümmert er sich in der von ihm mitgegründeten Denkfabrik OMFIF um seine Lieblingsthemen: Wirtschaftspolitik und Zentralbanken. Letztere, so meint er, verkämen zur verlängerten Werkbank der Regierungen, weil sie zunehmend Staatsfinanzierung betrieben.*

**SPIEGEL:** Herr Marsh, die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) hat sich gerade von ihrem alten Inflationsziel verabschiedet und toleriert ab sofort Teuerungsraten über zwei Prozent. Die Europäische Zentralbank (EZB) könnte bald nachziehen. Kommt schon bald die Inflation zurück?

**Marsh:** Ich wäre nicht so defätistisch, aber klar ist: Es bahnt sich eine neue Ära an. Die Fed schränkt damit den Entscheidungsspielraum der EZB heftig ein.

**SPIEGEL:** Wie meinen Sie das?

**Marsh:** Die Fed hat immer darauf geachtet, mit ihrer Geldpolitik gleichermaßen die Inflation wie auch die Arbeitslosigkeit im Zaum zu halten. Das ist jetzt vorbei. Wegen der Pandemie ist die Arbeitslosigkeit stark gestiegen, zugleich ist die Inflation seit zehn Jahren sehr niedrig. Dafür gibt es Gründe, die aber nichts mit den Zentralbanken zu tun haben.

**SPIEGEL:** Welche sind das?

**Marsh:** Die Menschen werden älter und sparen mehr; die Digitalisierung deckelt den Kapitalbedarf der Unternehmen; durch die Globalisierung sind Millionen neue Menschen auf den Arbeitsmarkt gekommen, was die Löhne drückt. All das bremst die Inflation. Diese zu bekämpfen ist für die Fed ab sofort nicht mehr das wichtigste Ziel. Und auch in Europa haben wir sehr niedrige Inflationsraten.

**SPIEGEL:** Wenn Inflation kein Problem mehr ist: Warum ist dann die Entscheidung der Fed, höhere Verbraucherpreise zu tolerieren, so spektakulär?

**Marsh:** Weil die Inflation eben nicht tot ist, sondern wieder zu einem Risiko wer-

den kann, einer echten Gefahr angesichts der schuldenfinanzierten Staatsausgaben im Kampf gegen die Pandemie. Steigende Teuerungsraten müssten die Notenbanken eigentlich bekämpfen. Doch von diesem Kampf verabschieden sie sich.

**SPIEGEL:** Von wie viel Inflation sprechen wir überhaupt? Es gibt ja Leute, die sehen die Weltwirtschaft auf dem Weg zurück in die Hyperinflation der 1920er-Jahre.

**Marsh:** Das halte ich für völlig übertrieben. Wenn sich die Industrie vom Corona-Schock erholt, könnten die Preise deutlich über zwei Prozent steigen. Der Politik wäre das gerade recht. Denn wenn die Preise anziehen, wächst auch das nominale Bruttoinlandsprodukt. Und solange das stärker zulegt als die Schulden, schmilzt der Schuldenstand quasi automatisch.

**SPIEGEL:** Was praktisch wäre für die Finanzminister ...

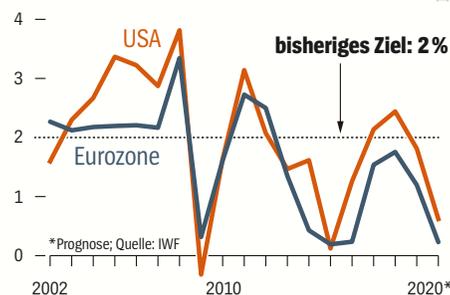
**Marsh:** ... aber mit sozialer Ungerechtigkeit einherginge. Wer Wohneigentum oder Aktien hat, freut sich, weil beides mit der Inflation mehr wert wird. Wer kaum Vermögen hat und zur Miete wohnt, spürt steigende Preise viel unmittelbarer. Die Kluft wächst, was wiederum den Populisten hilft, – eine Tendenz, die man schon sieht.

**SPIEGEL:** Kritiker meinen, der Warenkorb sei falsch berechnet, anhand dessen die EZB die Inflationsrate misst, die wiederum die Grundlage ihrer Geldpolitik ist. Stimmen Sie dem zu?

**Marsh:** Ja. Die tatsächliche Inflation ist höher. Wie gesagt: Die Immobilienpreise, auch die Mieten, sind maßgeblich für die Lebenshaltungskosten, vor allem in Deutschland spiegelt der Warenkorb das

## Ziel verfehlt

Inflationsraten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



nicht adäquat wider. Aber das ist nicht das eigentliche Problem.

**SPIEGEL:** Was dann?

**Marsh:** Die Politisierung der Notenbanken. Die neue Fed-Strategie ist das stärkste Zeichen dafür, dass die Notenbanken immer mehr Aufgaben übernehmen, für die Politiker zuständig sind, etwa die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die EZB, die ihre neue Strategie 2021 vorstellen will, wird es wie die Fed machen. Wir erleben das Ende der unabhängigen Notenbanken.

**SPIEGEL:** Vollständig unabhängig von der Politik waren sie nie, das ist ein Mythos.

**Marsh:** Seit der Fed-Ankündigung ist selbst der Mythos zerbrochen. Die Notenbanken sind politisiert wie seit Jahrzehnten nicht mehr. In Japan ist das schon lange so. In Europa hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in dieser Hinsicht ein Exempel statuiert, indem er Kanzlerin Angela Merkel überrumpelt und Christine Lagarde zur EZB-Präsidentin gemacht hat.

**SPIEGEL:** Halten wir fest: Die Inflation ist höher als offiziell angegeben, was die Zentralbanken tolerieren, erst stillschweigend und jetzt explizit. Und das alles nur, um den Staaten zu helfen. Der Vorwurf der Staatsfinanzierung ist der härteste, den man einer Zentralbank machen kann.

**Marsh:** Es ist komplexer. Generell ist es durchaus richtig, wenn Zentralbanken die Ziele der Politik unterstützen, umso mehr in einer Pandemie. Nur dürfen sie nicht die Fähigkeit verlieren, das Gegenteil zu tun, sobald es nötig ist, etwa wenn die Inflation steigt. Zentralbanken dürfen sich nicht von Regierungen instrumentalisieren lassen, um Inflation als Waffe gegen Schulden einzusetzen. Das wäre gefährlich.

**SPIEGEL:** Hat sich Fed-Chef Jerome Powell Donald Trump unterworfen? Der Präsident twitterte zeitweise ununterbrochen, die Fed solle die Zügel schleifen lassen, um mehr Wachstum zuzulassen.

**Marsh:** Einerseits hat Powell die Strategie der Realität angepasst. Zugleich wirkt der kolossale Druck, den Trump ausübt. Als Trump ihn Anfang 2019 ins Weiße Haus zitiert hat, hätte Powell sagen sollen: »Lassen Sie sich von meiner Sekretärin einen Termin geben, aber erst in sechs Monaten.« Das hat er natürlich nicht gemacht.

**SPIEGEL:** Geldpolitik ist nie statisch, wie Politik im Allgemeinen. Powells Nachfolger kann die Strategie ja wieder ändern, wenn die Inflation zu stark steigt.

**Marsh:** Das wird er auch. Und das wird der US-Zentralbank leichterfallen als der EZB – ein gewaltiges Problem.

**SPIEGEL:** Wieso?

**Marsh:** Weil die Länder der Eurozone mit krass unterschiedlichem Tempo wachsen. Deutschland könnte Inflationsraten von drei oder vier Prozent vertragen, allein schon, um seinen Exportüberschuss abzubauen. Für die Wettbewerbsfähigkeit der



Zentralbankkritiker Marsh

Peter Riggand / DER SPIEGEL

italienischen Industrie hingegen wäre das fast tödlich. Die Eurozone hat keinen Finanz- und Wirtschaftsminister, weil die politische Union fehlt. Das ist der Geburtsfehler der Währungsunion.

**SPIEGEL:** EZB-Präsidentin Lagarde drängt die Staaten der Eurozone ja dazu, mehr Geld auszugeben, weil die EZB nicht allmächtig sei.

**Marsh:** Das war überfällig, die Geldpolitik der EZB war lange zu lax, die Fiskalpolitik, vor allem die deutsche, zu streng. Das hat sich durch den Corona-Schock zum Glück geändert. Der Wiederaufbaufonds der Europäischen Union geht in die richtige Richtung. Bloß gut, dass wir Briten, die ewigen Nestbeschmutzer, ausgeschlossen sind. Wir hätten den Fonds vermutlich verhindert.

**SPIEGEL:** Dass die Regierungen das Geld für ihre Hilfsprogramme über Anleihen hereinholen, die die EZB am Markt aufkauft, stört Sie nicht?

**Marsh:** Doch, denn bei dieser Art der Staatsfinanzierung ist Deutschland sehr sensibel. Sie gefährdet den Zusammenhalt der Eurozone.

**SPIEGEL:** Was also sollte die EZB tun?

**Marsh:** Sensibel, aber dezidiert ankündigen, die Staatsanleihekäufe ab Mitte 2021 zu beenden, wenn sich bis dahin die Wirtschaft entscheidend erholt hat und keine neue Corona-Welle kommt. Sie muss dringend signalisieren, dass sie erwägt, ihre Geldpolitik zu normalisieren. Dann kann sie auch flexibler sein, was das Inflationsziel angeht. Sie darf den Finanzministern nicht länger den Eindruck vermitteln, immer für sie da zu sein. Es war richtig, in der Pandemie in die Vollen zu gehen. Aber mit Blick auf den politischen Zusammenhalt in der Eurozone muss sie jetzt Ländern wie Deutschland entgegenkommen.

**SPIEGEL:** Wenn die EZB keine Staatsanleihen mehr aufkauft, geschieht zweierlei:

Die Preise der Anleihen fallen, die Zinsen steigen. Dann wird es für hochverschuldete Länder wie Italien, Frankreich und Spanien viel teurer, neue Schulden zu machen. Die Alternative wären drastische Sparprogramme. Das muss Macron verhindern, wenn er bei der nächsten Präsidentschaftswahl 2022 wiedergewählt werden will.

**Marsh:** Trotz der Schwierigkeiten, die von der Fed-Entscheidung ausgehen, muss die EZB die Strategie um ihrer selbst willen ändern, aber mit Fingerspitzengefühl. Andernfalls läuft sie Gefahr, als Sündenbock dazustehen für alles, was schief läuft.

**SPIEGEL:** Ist es dafür nicht längst zu spät?

**Marsh:** Noch nicht ganz. Das wäre erst dann der Fall, wenn die EZB den Regierungen direkt Staatsanleihen abkauft oder die Mehrheit der Zentralbankchefs Ex-Finanzminister wie Lagarde wären. Daher ist es so wichtig zu schauen, wer Ende 2020 dem Luxemburger Yves Mersch im sechsköpfigen Direktorium, dem EZB-Vorstand, folgt. Wird es ein Ex-Politiker, wäre die rote Linie überschritten.

**SPIEGEL:** Glauben Sie, dass die EZB 2021 im Bundestagswahlkampf Thema wird, etwa mit Blick auf die Niedrigzinsen und die Sparsbuch-vernarrten Deutschen?

**Marsh:** Das glaube ich nicht. Der soziale Zusammenhalt in Deutschland funktioniert wegen der Kluft zwischen den Vermögenden und dem Rest nicht mehr so gut wie früher, aber verglichen mit vielen anderen Ländern jammern die Deutschen auf sehr hohem Niveau. Der Aufschrei gegen die Aufkaufprogramme hält sich in Grenzen.

**SPIEGEL:** Wird die Eurozone überleben?

**Marsh:** Der Fehler, dass eine politische Union fehlt, muss behoben werden. Es gibt nur zwei Wege, wie wir aus dem Schlamm kommen: Entweder schrumpft die Währungsunion. Oder sie wandelt sich zu einer Transferunion, für die vor allem die Deutschen zahlen müssen – mit der Gefahr, sich zu übernehmen. Eine dieser beiden Extremlösungen wird sich durchsetzen, vermutlich die Transferunion. Durchwurschteln geht nicht mehr.

**SPIEGEL:** Die Deutschen profitieren am stärksten vom Absatzmarkt Eurozone. Warum sollten sie sich übernehmen?

**Marsh:** Wenn es so eindeutig wäre, dass der Nettoeffekt positiv ist, dann wäre ja alles gut. Aber wie so oft kommt es mehr auf die Wahrnehmung als auf die Realität an. Das wird der nächste Bundeskanzler ausbaden müssen. Es brauchte einen Kanzler mit herausragenden kommunikativen Fähigkeiten, der den Leuten den Nutzen der Eurozone vermitteln kann. Den gibt es seit Helmut Schmidt nicht mehr. Es brauchte einen deutschen Macron, nur sehe ich weit und breit keinen.

Interview: Tim Bartz

# Fliehende Holländer

**Steueroasen** Die Niederlande umgarnen Großkonzerne seit Langem mit niedrigen Steuersätzen. Doch nun soll Schluss damit sein. Der Staat will sich nicht mehr erpressen lassen.

**B**art Snels ist eine Art holländischer Robin Hood. Der Finanzexperte der Grünenfraktion im niederländischen Parlament kämpft nicht mit Pfeil und Bogen, sondern mit den Waffen des Steuerrechts – aber darin ist er ähnlich geschickt wie das literarische Vorbild.

Snels' Gegner sind Konzerne, die auf der Suche nach Steuervorteilen Staaten gegeneinander ausspielen, so der Konsumriese Unilever. Der hat bislang zwei Hauptsitze, einen in London, einen in Rotterdam. Anfang Juni kündigte das Unternehmen an, die Geschäfte künftig in Großbritannien zu bündeln – auch wegen Steuervorteilen.

Snels will diesen Umzug verhindern – mit einem Gesetzesvorschlag, den der 54-jährige frühere Hochschuldozent selbst »brutal« nennt. Er ersann eine Wegzugsteuer. Großunternehmen sollen 15 Prozent ihrer einbehaltenen Gewinne abführen, wenn sie in ein Land abwandern, das keine Dividendensteuer erhebt, wie Großbritannien. Greift das Gesetz, müsste Unilever zum Abschied rund elf Milliarden Euro zahlen. »Das ist ein letzter Versuch, um Unilever auf andere Gedanken zu bringen«, sagt Snels. Und eine Warnung an Shell, der Ölkonzern hat ebenfalls einen zweiten Sitz in London.

Als Snels im Juli im Den Haager Parlament seine Gesetzesinitiative vorstellte, applaudierten nicht nur die üblichen Verdächtigen von links. Auch Vertreter von drei Fraktionen der Mitte-rechts-Regierung fanden die Sache unterstützenswert. Woraufhin Unilever durchblicken ließ, den Umzug wohl wieder abzublasen, wenn die Vorlage durchkommt.

Ein solches Gesetz wäre eine ziemliche Sensation. Denn es würde bedeuten, dass die Niederlande ihre Steuerpolitik für Unternehmen umkehren würden. Bislang hat das Land Konzerne mit niedrigen Steuersätzen angelockt. Viele global operierende Unternehmen haben niederländische Briefkastenfirma genutzt, um Gewinne zu verschieben. Die Modelle trugen Namen wie »Double Irish with a Dutch Sandwich« und machten die Niederlande neben Irland und Luxemburg zur Steueroase in Europa.



Finanzpolitiker Snels



Auf bestimmte im Ausland erzielte Einkünfte erheben die Holländer geringe oder gar keine Steuern – etwa auf Zinsen oder Lizenzeinnahmen. Deshalb verlagerten Konzerne wie etwa Ikea ihre Gewinne dorthin. Laut der US-Regierungsbehörde BEA hatten allein amerikanische Multis Ende 2019 Direktinvestitionen (FDI) in Höhe von 860 Milliarden Dollar in die Niederlande verschoben – mehr als in jeden anderen Staat der Welt.

Bei einem Großteil dieser Gelder handelt es sich laut einer vom Internationalen Währungsfonds veröffentlichten Studie um »Phantom«-Investitionen. Die Konzerne schleusen ihre Gewinne durch leere Unternehmenshüllen, um ihre globale Steuerlast zu mindern. Zusammen mit Luxemburg beherbergen die Niederlande fast die Hälfte dieser weltweiten Phantominvestitionen. »Unser Land ist die Spinne im Netz der internationalen Steuervermeidung«, sagt Bas Jacobs, Professor für öffentliche Finanzen an der Erasmus-Universität Rotterdam.

Um Unilever im Land zu halten, wollte Regierungschef Mark Rutte, einst selbst Unilever-Manager und Parteiführer der wirtschaftsnahen VVD, 2017 sogar noch die 15-prozentige Quellensteuer auf Dividenden für multinationale Unternehmen streichen. Der damalige Konzernchef Paul Polman hatte zuvor unverhohlen gedroht: »Wenn Sie wollen, dass Unilever mit seinem Hauptquartier in die Niederlande kommt, kann das nicht mit der Dividendensteuer geschehen.« Auch Shell-Chef Ben van Beurden spielte diese Karte.

Zunächst schien Rutes Plan aufzugehen. Nach seiner Ankündigung erklärte die Unilever-Spitze, man habe Rotterdam als künftiges Hauptquartier auserkoren. Dann brach in den Niederlanden ein Sturm der Entrüstung los. Die Regierung kippte die Abschaffung der Dividendensteuer. Und Unilever seinen Rotterdam-Plan.

»Die Parteien standen unter Verdacht, sich nur um die Interessen multinationaler Konzerne zu kümmern«, sagt Arnold Merckies von der Nichtregierungsorganisation Tax Justice NL. Doch das ließen sich die Bürger nicht mehr gefallen. Es gebe jetzt eine Debatte über das Steuerdumping.

Viele Niederländer zweifeln mittlerweile an der Finanzpolitik ihrer Regierung. »Von unserem Steuersystem haben in den letzten Jahren vor allem die Großkonzerne profitiert, die kleinen und mittleren niederländischen Betriebe haben wenig bekommen«, sagt Kees van Paridon, emeritierter Ökonomeprofessor der Erasmus-Universität Rotterdam. »Und als der Staat sparen musste, hat er bei den Sozialsystemen stark gekürzt. Viele Menschen fragen sich, ob das fair ist.«

Laut Statistikbehörde CBS sank die effektive Steuerlast großer Unternehmen zwischen 2008 und 2017 von durchschnittlich

22,9 auf 17,1 Prozent. Shell zahlte in den Niederlanden zwischen 2016 und 2018 trotz hoher Gewinne überhaupt keine Steuern – wegen einer Sonderregel, die selbst Wirtschaftsfreund Rutte als »verrückt« bezeichnete.

Hinzu kommt die wachsende Kritik aus dem Ausland. Als sich die Niederlande im Ringen um europäische Corona-Hilfen an die Spitze der »Sparsamen Fünf« stellten, warfen ihnen die Südeuropäer Doppelmoral vor. Das Land zeige einen »Mangel an Ethik und Solidarität«, schimpften italienische Politiker in einer Zeitungsanzeige. Die Niederlande brächten ihre Nachbarn jährlich um Steuereinnahmen in Höhe von 11,2 Milliarden Euro, stellte auch das EU-Parlament in einer Entschließung fest – »zum Nutzen multinationaler Konzerne und ihrer Aktionäre«.

Angesichts des Drucks hat Ruttens Regierung nun Reformen angekündigt. Sie will es Konzernen erschweren, so wie Shell über die Anrechnung von Verlusten im Ausland ihre zu versteuernden Gewinne kleinzurechnen. Multinationale Unternehmen sollen künftig eine Abgabe zahlen, wenn sie Einnahmen aus Lizenzgebühren oder Zinsen in Niedrigsteuerländer verschieben. Das bislang übliche Durchschleusen könnte damit erheblich behindert werden, sagt Experte Jacobs. »Die Niederlande werden künftig nicht mehr so eine zentrale Rolle in der internationalen Steuervermeidung spielen.«

Snels' Idee der Wegzugsteuer geht noch deutlich weiter – und könnte zum Symbol für den Kurswechsel werden. Derzeit wird das Konzept vom Staatsrat geprüft, einem Beratungsorgan der Regierung. Dabei geht es insbesondere um die Frage, ob die Pläne mit Europarecht kollidieren könnten.

Komplett neu sind Wegzugsteuern in Europa nicht. So müssen Anteilseigner deutscher Kapitalgesellschaften bei einem Umzug ins Ausland seit Langem ihre stillen Reserven versteuern. Die Regelung soll sogar noch verschärft werden und ist auch als »Lex Horten« bekannt: Die Bundesregierung beschloss sie 1972, nachdem der Kaufhausunternehmer Helmut Horten sein Vermögen steuersparend in die Schweiz gebracht hatte. Die holländische Variante würde sogar rückwirkend gelten und wäre in ihrer Rigorosität ein Signal an andere EU-Staaten, sich nicht länger Unterbietungswettbewerbe zu liefern, hofft Snels.

Mal sehen, was das für die deutsche Impfstoffhoffnung Curevac bedeutet. Der Hersteller sitzt zwar bis heute in Tübingen, wo er einst an der Uni gegründet wurde. Doch kurz vor dem Börsengang in den USA schlüpfte die Curevac AG unter das Dach einer niederländischen Aktienholding. Die sei »ein (US-)Investoren geläufiges Vehikel«, heißt es in einem Vermerk des Bundeswirtschaftsministeriums. Noch.

David Böcking, Claus Hecking

# Rätselhaftes Imperium

Die Rolle Russlands erscheint vielen undurchsichtig.

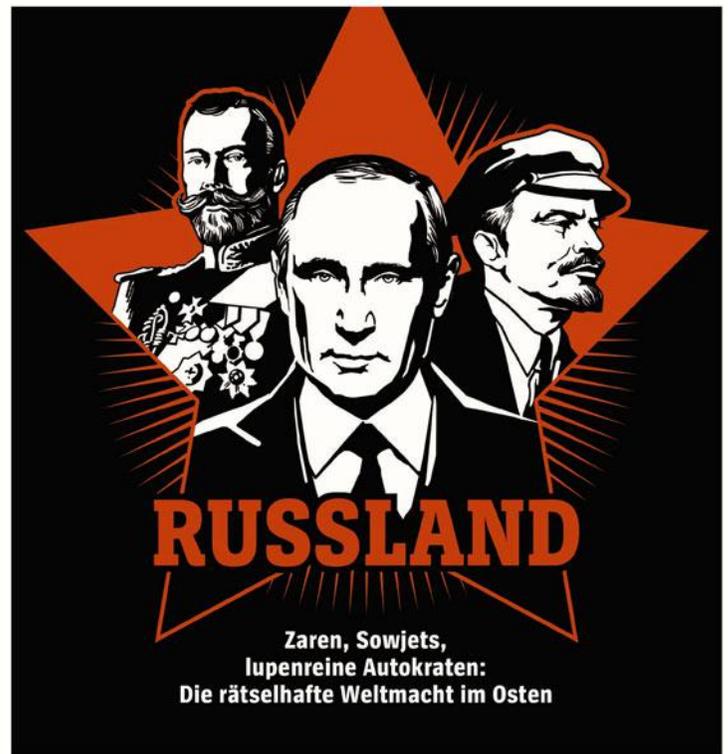
Ein Blick in die Geschichte macht sie verständlich.

Jetzt im Handel

SPIEGEL

Ausgabe 3/2020

# EDITION





Wohnwagenstellplatz für Wanderarbeiter



# Wenn die Ölmänner gehen

**Energie** Carlsbad in New Mexico gehörte zu den Profiteuren des Fracking-Booms in den USA. Der Niedergang der Ölpreise aber hat Zigtausende Jobs in der Stadt vernichtet und die Umwelt zerstört. Die Wut der Bürger wächst, vor allem auf die demokratische Regierung des Bundesstaats.

**K**eith Freeman ist noch da, aber die meisten anderen sind schon weg. »Anfang des Jahres war hier alles voll«, sagt Freeman, 34. Der große Wohnwagenpark am Ortsrand, auf dem sein Campingmobil steht, ist fast leer. Freemans Job ist es, Öl- und Gaspipelines zu verlegen, auf den endlosen Ebenen rund um Carlsbad im Bundesstaat New Mexico, im heißen, trostlosen Südwesten der USA.

Die wandernden Ölarbeiter, Tausende von ihnen, Glücksritter wie einst die Goldsucher am Klondike-Fluss, haben die Bevölkerung des Gebiets in der Chihuahuawüste zeitweise mehr als verdoppelt. Jetzt sind sie abgezogen.

Zurückgeblieben sind Dutzende leere Barackenlager, »Man Camps« genannt, und Hunderte stillliegende Öl- und Gasbohrstellen rund um die Stadt. Das Coronavirus hat die US-Wirtschaft und den Ölpreis infiziert. In der einstigen Boomstadt Carlsbad lässt sich besichtigen, welche Lücken die schwindende Nachfrage nach dem schwarzen Gold reißt.

Äußerlich ist Carlsbad frei von Schönheit. Burger-Buden, Walmart und Pizza Hut reihen sich am Highway 285 aneinan-

der, dazwischen Zuliefergewerbe für die Öl- und Gaswirtschaft, ganze Parks mit Kränen und Kompressoren, Ersatzteihändler, Pick-up-Verkäufer, hier und da ein Bordell. Es ist seltsam still, als hätte jemand den Motor abgestellt.

»Nichts los hier«, sagt Freeman, der nie in die Innenstadt geht. Bars gibt es wenige, dafür 58 Kirchen für die verbleibenden rund 30 000 Bewohner. Offenbar braucht man viel Beistand von oben, um es in dem Ort auszuhalten.

Denn alles, wovon Carlsbad lebt, kommt von unten, liegt im Innern der Erde. Heute sind es Öl und Gas, früher gruben die Menschen hier nach Kalisalz, auch Pottasche genannt, einige Minen sind noch in Betrieb.

Das US-Energieministerium trieb in den Neunzigerjahren ein atomares Endlager in den Boden, wo radioaktive Abfälle in Hunderten Meter Tiefe für die nächsten zehntausend Jahre vor sich hin

strahlen. Und für durchfahrende Touristen gibt es die Carlsbad-Höhlen, die zweitiefste bekannte Kalksteinhöhle der USA. Doch auch Touristen kommen derzeit keine.

Die Pandemie hat die Wirtschaft in die Knie gezwungen, die USA und die Welt verbrennen viel weniger Öl, also drosseln die Förderfirmen die Produktion. Seit Jahresbeginn ist die Fördermenge in den USA um rund zwei Millionen Barrel pro Tag oder 15 Prozent gesunken.

Ausgerechnet die schwindende Nachfrage führt in New Mexico nun zu einer Umweltkrise: Aus den ungenutzten und nur ungenügend oder gar nicht versiegelten Förderanlagen tritt das Klimagas Methan aus, ebenso wie andere schädliche Stoffe. »Man kann es förmlich riechen in der Umgebung der Stadt«, sagt Nathalie Eddy von der Umweltorganisation Earthworks. »Der chaotische Rückzug der Ölfirmen wird für New Mexico zum Umweltproblem.«



**Arbeiter Freeman**  
»Immer auf und ab«



Hauptstraße im Stadtzentrum



Öl- und Gasfeld südlich von Carlsbad

Es ist früher Abend, nur widerwillig sinkt die Temperatur unter 100 Grad Fahrenheit, beinahe 38 Grad Celsius. Freeman ist gerade von der Arbeit zurück, er ist schmutzig und verschwitzt. Auf seinen Oberarmen trägt er Rosentattoos und die Namen seiner Kinder, Aiden und Saige.

Bei ihm ist die Krise als halbierte Lohn-tüte angekommen, »früher habe ich 70 Stunden oder mehr pro Woche gearbeitet – jetzt noch 40«. Die üppig bezahlten Überstunden seien weg, es gebe nicht genug zu tun. In guten Zeiten malochen die Ölmänner ein paar Jahre lang bis zum Umfallen, viele kommen damit auf 100 000 Dollar im Jahr oder mehr, ein sehr hohes Gehalt, zumal für ungelernete Kräfte und gemessen am mittleren US-Jahreseinkommen von knapp 33 000 Dollar.

Freeman blickt über den leeren Trailer-park. Wo sind die anderen alle hin? »Nach Hause«, sagt er. Nach Oklahoma, Montana, Kentucky, nach überallhin, von wo sie eben gekommen waren, mit ihren Caravans oder Pick-ups, um die Erde anzubohren, hier, im Permian-Becken, an dessen westlichem Rand Carlsbad liegt und das sich über New Mexico und Texas erstreckt, auf einer Fläche, so groß wie Rumänien. Schaut man sich das Gebiet auf Google Maps an, aus der Vogelperspektive, sieht die Landschaft um Carlsbad stellenweise aus wie perforiert – jeder Punkt ist ein Bohrloch. »Die Schweißer sind zuerst gegangen«, sagt Freeman. »Die Schweißer gehen immer zuerst.«

Er selbst kam aus Bakersfield, Kalifornien, aber er will nicht mehr zurück, »zu teuer da«. Er guckt sich nach einem Haus um in der Gegend, für seine Familie, aber lieber drüben in Texas, dort sei es besser.

Freeman glaubt fest daran, dass das Öl zurückkommt. »Es ging schon immer auf und ab in unserer Branche. Öl kommt immer zurück.«

Das Permian-Becken, Synonym für den amerikanischen Öl-und-Fracking-Boom der vergangenen Dekade, beherbergt die größten Energierohstoffvorkommen der USA, das dort befindliche Spraberry/Wolfcam-Ölfeld gilt als zweitgrößtes der Welt. Diese gigantische Ebene, deren Sedimentschichten vor 250 Millionen Jahren entstanden, ist der Hauptgrund dafür, dass die USA im vergangenen Jahrzehnt, als sich die Fracking-Technik Bahn brach, ihre Ölproduktion verdoppeln konnten und zum weltweit führenden Petrohersteller wurden.

Doch das Fracking, bei dem Gas oder Öl mithilfe von Druck und Chemikalien aus den Gesteinsschichten gepresst wird, ist aufwendig und teuer. Die Förderkosten sind so hoch, dass sich das Geschäft erst ab einem Ölpreis von 40 bis 70 Dollar pro Fass überhaupt lohnt, je nach Bodenbeschaffenheit und -tiefe. Im April, auf dem ersten Höhepunkt der Pandemie, stürzte der Ölpreis der Referenzmarke WTI auf dem Terminmarkt erstmals in der Geschichte ins Negative: Wer seine Ende Mai auslaufenden Ölkontrakte zu dem Zeitpunkt verkaufen wollte, hätte fast 40 Dollar draufzahlen müssen.

Mehr als 20 Öl- und Gasproduzenten in den USA mussten in diesem Jahr Insolvenz anmelden, und anders als sonst trifft es dieses Mal nicht nur die kleinen. Selbst den Branchenpionier Chesapeake Energy aus Oklahoma hat es erwischt.

Dale Janway, der Bürgermeister von Carlsbad, übt sich derweil in Zuversicht.

Der Ölpreis habe sich bereits ordentlich erholt, auf gut 40 Dollar pro Fass, immerhin. Das ist zwar noch weit unter den 60 Dollar vom Januar und noch viel weiter weg von den rund 100 Dollar, die ein Fass WTI vor sechs, sieben Jahren erzielte. »Klar, es geht bergab, aber uns geht es besser als vielen anderen«, sagt Janway.

Er verweist auf die Arbeitslosenquote, die mit gut fünf Prozent weniger als halb so hoch ausfalle wie im nationalen Schnitt. Er verweist auf die Baubranche, auf die Hotels und Apartmentkomplexe, die weiter errichtet werden, in Erwartung des nächsten Aufschwungs.

Worüber sich der Bürgermeister wirklich ärgert, sind die strikten Covid-Schutzregeln, die New Mexicos demokratische Gouverneurin Michelle Lujan Grisham erlassen hat. Anders als ihr republikanischer Kollege Greg Abbott im benachbarten Texas hat sie früh eine Maskenpflicht verordnet. »This is America!«, empörte sich daraufhin der Sheriff des Bezirks Eddy County, in dem Carlsbad liegt, und weigerte sich, die Einhaltung des Gebots durchzusetzen.

Einige Restaurants in Carlsbad ignorieren das Verbot, Gäste in Innenräumen zu bewirten, und verloren prompt ihre Gast-gewerbelizenz. Im Ort kam es daraufhin zu öffentlichen Protesten. Zur Virus- und Ölkrise kam also noch der Kulturkampf um Atemschutzmasken, um Kneipenöff-nungsregeln, um die Freiheit. Carlsbad ist nicht nur ökonomisch angeschlagen, es ist auch wütend.

»Man muss das verstehen«, sagt der Bürgermeister. Seine Stadt ist eine republikanische Bastion im demokratisch dominier-

ten New Mexico. Spricht man mit den Anwohnern, beklagen sich die meisten lieber über die demokratische Gouverneurin in der fernen Bundeshauptstadt Santa Fe als über die Ölflaute. Lujan Grishams entschlossener Umgang mit der Pandemie hat dazu beigetragen, dass sie als Gesundheitsministerin in einem möglichen Biden-Kabinett gehandelt wird.

In Carlsbad hingegen nimmt man der Gouverneurin übel, dass sie ihre progressive politische Agenda mit Ölsteuergeldern aus den republikanischen Niederungen ihres Staates finanziert. Lujan Grisham hat eine Bildungsoffensive angestoßen, hat bessere Kinderbetreuung versprochen, gebührenfreie Colleges, mehr Lohn für Lehrer – lauter linke Anliegen, für die man in New Mexico, traditionell einer der ärmsten Bundesstaaten der USA, früher nie Geld ausgeben wollte.

Der Fracking-Boom bescherte dem Staat in den vergangenen Jahren Geld zuhauf. Er stieß sich an der Ölindustrie gesund, deren Abgaben zuletzt knapp 40 Prozent oder gut drei Milliarden Dollar des Haushalts ausgemacht haben. Mit der gebremsten Ölförderung gerät diese Geldquelle nun ins Stocken.

Die Konfliktlinien in Carlsbad sind so zahlreich und komplex wie die Gesteinsschichten im Untergrund. »Es gibt viel Streit in der Gemeinde, alle misstrauen einander«, sagt David Rogers, 52, Priester der First Christian Church und als Kolumnist der Lokalzeitung eine unüberhörbare Stimme in der Stadt.

Republikaner und Demokraten sprachen kaum noch miteinander, sagt er. »Und wer sich kritisch über die Ölindustrie äußert, wird runtergemacht.« Rogers hat in den vergangenen Jahren immer wieder über die unerwünschten Begleiterscheinungen des schwarzen Goldrauschs gesprochen: die verschärfte Ungleichheit in der Stadt, die dramatisch gestiegenen Immobilienpreise und Mieten, die Drogenprobleme, die Prostitution, die viel zu vielen



Don J. Usner / Searchlight New Mexico

**Priester Rogers beim Online-Gottesdienst**  
»Alle misstrauen einander«

Unfälle auf den von Tanklastern dominierten Straßen. Und vor allem: die Umweltprobleme.

»Die Leute rufen mir im Supermarkt oder auf der Straße Beleidigungen hinterher«, sagt Rogers, der gerade dabei ist, in seinem schlichten Kirchenbungalow die Aufzeichnung der nächsten Predigt vorzubereiten – wegen Covid spricht er nur noch per Video zu seinen Getreuen.

Zornig habe man ihn bezichtigt, den Bürgern Jobs und Einkommen wegnehmen zu wollen. »Als ob ich so viel Macht hätte!« Rogers lacht. Er ist mit seinen zum Pferdeschwanz gezähmten grauen Haaren und dem sportlichen Fiat-Cabrio, das er gern mit offenem Verdeck durch die Straßen fährt, eine eher untheologische Erscheinung. Erst wenn er spricht, hört man den Prediger. »Carlsbad«, so Rogers, »ist der Verführung des schnellen Reichtums erlegen. Um den Preis der Zerstörung von Land, Wasser und Luft. Wir sehen jetzt, welche Verwüstungen die Ölindustrie zurüklässt, wenn sie wieder abzieht.«

Das Permian-Becken gehört zu den großen Umweltgiftschleudern der USA. 2019 entwichen hier laut einer Studie 2,7 Millionen Tonnen des Klimagases Methan, mehr als in ganz Deutschland. Nicht nur

aktive Öl- und Gasbohranlagen stoßen Methan aus, »auch die Emissionen von zeitweilig ungenutzten oder ganz aufgegebenen Förderanlagen sind gewaltig, wenn sie nicht ordentlich verschlossen werden«, erklärt Robert Schuwerk von der Umweltorganisation Carbon Tracker.

Laut Schätzungen gibt es in den USA mehr als eine Million solch verwaister Quellen. Die Versiegelung einer einzigen 3000 Meter tiefen modernen Fracking-Anlage kostet laut Carbon Tracker rund 300 000 Dollar, dazu kommen die schwer kalkulierbaren Kosten der Sanierung des kontaminierten Bodens. »Das sind horrenden Summen, die aufzubringen die Ölindustrie wenig Interesse hat, obwohl sie gesetzlich zum Rückbau ihrer Anlagen verpflichtet ist«, sagt Schuwerk. Und die Behörden tun wenig, um die Petrofirmen zum Aufräumen zu zwingen. Viele der Bohrlöcher bleiben deshalb unversiegelt und rotten vor sich hin.

Das kann man außerhalb Carlsbads besichtigen. Dort stehen Fracking- und konventionelle Öltiefpumpen zu Hunderten in der Landschaft. Die älteren, im Deutschen Pferdekopfpumpen genannten Anlagen heißen im Englischen »nodding donkeys«, nickende Esel. Bloß nickten die allermeisten nicht mehr. Stumm und still stehen sie da, eine versteinerte Herde, dazwischen streunen verirrte Rinder durch das Gestrüpp. Da und dort liegen rostige, umgekippte Öltanks, verfallende Wohnwagen, offene Reststofflager, was eben zurückbleibt, wenn die Ölmänner abziehen. Menschen sind keine zu sehen. Ein Plakat an einer Mauer sagt: »Trump 2020 – No More Bullshit«.

Manche in Carlsbad finden, die Krise habe auch ihr Gutes. Sie hat die Stadt fürs Erste von den donnernden Öltransportern auf der Hauptstraße befreit. Dass die meisten Arbeitsnomaden mit ihren Wohnwagen wieder abgezogen sind, ist für die angestammte Bevölkerung durchaus eine Entlastung.

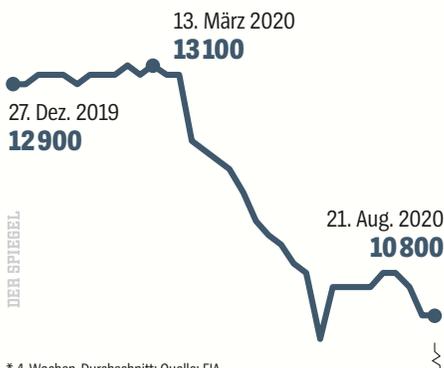
»Es fühlt sich fast schon wieder an wie das alte Carlsbad, vor dem Ölboom«, sagt Denton McCullough, 75, ein Pensionär, der hier aufgewachsen ist. Vielleicht werde »in der Zeit nach dem Öl« die Landwirtschaft wieder wichtiger, so hofft der Mann. Man könne Baumwolle und Luzerne anbauen oder Pekannuss-Plantagen anlegen, denn auch die Oberfläche der Wüste lässt sich bewirtschaften, wenn man sie wässert.

Er blickt zum Himmel, wo die Wolken gerade ein Ballett aufführen. »Die Luft ist klarer geworden in den vergangenen Monaten, der graue Schleier ist weg«, sagt McCullough, »so deutlich war der Blick nach oben schon lange nicht mehr.«

Guido Mingels

## Auf Sparflamme

### Rohölförderung in den USA, in Barrel pro Tag\*



## Ölpreis

### Sorte WTI, in Dollar je Barrel



# Fluch der Billigware

**Recycling** Viele Altkleidercontainer werden abmontiert.

Denn moderne Textilien sind oft minderwertig – und in der Coronakrise kaum noch gefragt.

**D**er grüne Container baumelt am Haken. Als sich die Klappen öffnen, fallen Säcke voller Altkleider auf die Ladefläche des Lkw der Hamburger Stadtreinigung. »Die Leute schmeißen da Gartenstühle und Sonnenschirme mit rein, alles mit nur dem kleinsten Fetzen Stoff dran«, sagt Müllentsorger Holger Krause. Aber auch Altglas und Essensreste. Krause trägt orangefarbene Warnkleidung und dirigiert den leeren Container auf den Boden zurück. Einmal habe er einen halben Schweinekopf darin gefunden.

Seit halb sechs Uhr am Morgen ist er zusammen mit einem Kollegen unterwegs, die Beethovenstraße ist ihr zehnter Stopp. »Hier war der Container immer besonders voll«, sagt er, »zweimal die Woche haben wir ihn geleert.« Heute ist es das letzte Mal.

Die Stadtreinigung baut in den nächsten Tagen alle 120 Alttextilcontainer ab. Die Hamburger warfen zwar fleißig Hemden und Hosen hinein, aber die Entsorgung rechnet sich nicht mehr. Ist die Kleidung verschmutzt, kostet die Sammlung sogar mehr Geld, als sich durch den Verkauf einnehmen lässt. Die Hamburger Stadtreinigung wird Alttextilien künftig nur noch auf ihren Recyclinghöfen entgegennehmen.

In ganz Deutschland geben gemeinnützige und kommerzielle Sammler von Altkleidern auf. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) montierte in mehreren Bundesländern seine Container ab. Das Entsorgungsunternehmen Remondis ließ in Teilen Sachsens die Klappen seiner Behälter verschließen, die Caritas Bremen meldete, vorerst keine Kleiderspenden mehr anzunehmen.

Die Verschmutzung ist nur eins von mehreren Problemen, schlimmer ist der Fluch der Billigware. Seit Jahren nimmt die Qualität der Altkleider ab, ihre Menge hingegen zu. 2018 landeten in Deutschland knapp 1,3 Millionen Tonnen Altkleider in der Sammlung, mehr als 15 Kilogramm pro Einwohner, heißt es in einer aktuellen Studie des Fachverbands Textilrecycling. Statistisch gesehen kauft jeder Bürger 60 Kleidungsstücke im Jahr, die meisten davon Billigware und Fast Fashion, Stücke, die nur kurz getragen werden.

Noch vor wenigen Jahren war der Altkleidermarkt hart umkämpft. Karitative Organisationen balgten sich um beliebte Aufstellplätze von Containern. Illegale Anbieter verteilten Wäschekörbe vor Mehrfamilienhäusern und riefen zu Spenden auf. 2016 lag der Preis für Sammelware bei 25 bis 38 Cent pro Kilogramm, jetzt zahlen die Verwertungsbetriebe nur noch rund die Hälfte. Wenn die besten noch tragbaren Stücke bereits aussortiert wurden, gibt es überhaupt kein Geld mehr.

Die Altkleider aus den Sammlungen der Hamburger Stadtreinigung landen bei der Firma Texaid, einem der drei größten Textilverwerter in Deutschland. In der Anlage im thüringischen Apolda werden rund 350 000 Kleidungsstücke täglich sortiert. Gut die Hälfte der in Deutschland gesammelten Kleider könne noch getragen werden, sagt Texaid-Chef Martin Bösch.

wie Ebay weiterverkaufen. Wenn diese hochwertigen Teile in den Containern fehlen, geht die Mischkalkulation der Sammler nicht mehr auf, die so das Recycling minderwertiger Kleidung finanzieren. Ökologisch sei es sinnvoll, auch billige Materialien wie Polyacryl und Mischfasern wiederzuverwerten, sagt Bösch. Wirtschaftlicher sei es, ein Polyester-T-Shirt im Restmüll zu entsorgen.

In den Köpfen vieler Deutscher stand bislang der Spendengedanke im Vordergrund: dass sie ein Kleidungsstück hergeben, das jemand anderes noch gebrauchen kann. Immer zentraler wird aber, wie sich Alttextilien ressourcenschonend entsorgen und wiederverwenden lassen. In Frankreich regelt der Staat die ökologische Verwertung von Altkleidern. Hersteller von Textilien und Schuhen müssen entweder das Recycling ihrer Produkte selbst über-



Nur ein Bruchteil davon lande in deutschen Sozialkaufhäusern. Das meiste werde exportiert, nach Osteuropa, Südamerika, Afrika oder Asien. Doch in der Coronakrise ist in vielen Empfängerländern wegen der wirtschaftlichen Unsicherheit die Nachfrage eingebrochen. »Jetzt stapeln sich die Textilien überall in den Lagern, die Bestände sind zweieinhalb- bis dreimal so hoch wie normalerweise«, sagt Bösch. »Wir gehen davon aus, dass wir ohne Corona etwa 18 bis 24 Monate brauchten, um die Lager abzubauen.« Und das Angebot werde sich eher vergrößern: Auch China exportiere inzwischen Alttextilien, und EU-Staaten, die Kleidung bisher nicht getrennt sammeln, seien durch eine Richtlinie ab 2025 dazu verpflichtet. Böschens Prognose: »Das Angebot an Alttextilien wird steigen und die Preise werden am Ende fallen.«

Hinzu kommt, dass mehr Verbraucher ihre getragene Kleidung auf Plattformen

nehmen oder Beiträge an ein Unternehmen zahlen, dem die Behörden diese Aufgabe übertragen haben.

In Deutschland gibt es keine derartigen Gesetze für Textilien. Entsorger Martin Bösch kritisiert das sogenannte Downcycling von Kleidung. T-Shirts, die nicht mehr getragen werden können, würden zu Industrieputzlappen, eine Regenjacke zu Dämmstoff. Idealerweise aber sei das Endprodukt ein Garn, aus dem neue Kleidung hergestellt werden könne.

Gut erhaltene Stücke, so empfiehlt Luise Springer, Referentin für Kreislaufwirtschaft des DRK, könnten am besten direkt in Kleiderkammern, DRK-Läden oder anderen Secondhandgeschäften abgegeben werden. Noch besser sei es aber, sagt Springer, mit dem nächsten Ausmisten noch zu warten – bis die Lager etwas leerer geworden seien. Ricarda Richter

# Ausland



**Klein und Groß demonstrieren vor einer Schule im New Yorker Stadtbezirk Brooklyn**, dass Lernen im Freien durchaus möglich ist. Sie wollen Vorbild sein für Schulen, die inmitten der Coronakrise nach neuen Unterrichtsformen suchen. US-Präsident Donald Trump würde Bildungseinrichtungen im ganzen Land am liebsten so schnell wie möglich wiedereröffnen, wogegen jedoch vor allem Lehrgewerkschaften protestieren.

## Ehrliche Maklerin

**Analyse** Angela Merkel sollte ihren Einfluss nutzen, einen türkisch-griechischen Krieg zu verhindern.

● Selten waren Nato-Partner einem Krieg so nahe: Seit Wochen schaukelt sich der Streit zwischen der Türkei und Griechenland um Territorien und Rohstoffe im Mittelmeer hoch. Sowohl Türken als auch Griechen haben jeweils ihre Marine mobilisiert. Und keine der beiden Seiten scheint bereit nachzugeben.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan steht unter Druck. Die Wirtschaft ist im Jahresvergleich um 9,9 Prozent geschrumpft. Erdoğan's Umfragewerte sind im Keller. Es wäre jedoch falsch, sein Vorgehen im Mittelmeer ausschließlich mit innenpolitischen Motiven zu erklären. Erdoğan's Haltung gegenüber Griechenland wird von einer Mehrheit der Türken geteilt.

Sie fühlen sich durch die Grenzziehung im Mittelmeer übervorteilt. Tatsächlich ist vor allem das Ausmaß der »ausschließlichen Wirtschaftszone« (AWZ) umstritten, jenes Meeresgebietes, zu dem ein Staat exklusiven Zugang besitzt. Griechenland leitet von sämtlichen seiner Inseln eine AWZ im Radius von 200 Seemeilen ab, was dazu führt, dass die Türkei trotz ihrer langen Küste nur über eine kleine Wirtschaftszone im östlichen Mittelmeer verfügt. Ein Umstand, den auch Völkerrechtler kritisch betrachten.

Als Griechenland und die Türkei in den Neunzigerjahren um zwei unbewohnte Ägäis-Inseln stritten, verhinderte der damalige US-Präsident Bill Clinton einen Krieg. Die USA fallen unter Donald Trump als Vermittler aus. Es liegt deshalb an Bundeskanzlerin Angela Merkel, als ehrliche Maklerin zwischen den beiden Nato-Partnern zu schlichten. Sie ist die einzige europäische Regierungschefin, die über die nötigen Kontakte sowohl zu Erdoğan als auch zu Griechenlands Premier Kyriakos Mitsotakis verfügt. Ein erster Schritt wäre es, die beiden Rivalen zu einer gemeinsamen Nutzung der umstrittenen Gewässer zu bewegen – bis ein internationales Gericht den Konflikt dauerhaft klärt. Maximilian Popp

## Geopolitik

# Ausweitung der Kampfzone

● Der Grenzkonflikt zwischen China und Indien droht sich weiter zu verschärfen. Im Juni waren bei Auseinandersetzungen an der unmarkierten Himalaja-Grenze mindestens 20 Soldaten ums Leben gekommen. Peking und Neu-Delhi gelobten Zurückhaltung, doch Ende August folgte erneut ein Zusammenstoß. »Dieser Vorfall hat sich in einem anderen Gebiet ereignet«, warnt Generalleutnant a. D. Deependra Singh Hooda, bis 2016 Oberbefehlshaber von Indiens Nordkommando: »Damit weitet sich der Konflikt aus. Ich halte es für ausgeschlossen, dass sich die Lage in den nächsten Monaten entspannt.« Beide Seiten beklagen die allmähliche Auflösung des militärischen Grenzprotokolls, das jahrzehntlang den Ausbruch eines Krieges verhindert hat. Zugleich verstärken China und Indien ihre Grenztruppen und überziehen einander mit politischen Drohungen. Indien sperrte diese Woche 118 chinesische Apps, darunter das populäre Kriegsspiel

»PlayerUnknown's Battlegrounds«. Chinas Medien werfen Neu-Delhi Grenzverletzungen vor, für die das »schwache« Indien »Verantwortung und Konsequenzen« tragen müsse. Die USA, seit Langem bemüht, Indien in eine Allianz gegen China einzubinden, stehen auf Neu-Delhis Seite. Peking, so Außenminister Mike Pompeo, »mobbe« seine Nachbarn. Im blockfreien Indien mehrten sich nun Stimmen, die für einen engeren Schulterschluss mit Washington plädieren: »Wir sollten unsere Beziehung zu den USA weiter vertiefen«, sagt Generalleutnant a. D. Hooda. »Die Zeit strategischer Autonomie ist vorbei.« LH, BZA



Indische Soldaten

Yawar Nazir / Getty Images

## Schweden

# Protestflotte im Skagerrak

● Die schwedische Regierung tritt gern als Vorreiter im Kampf gegen die Erderwärmung auf. Nun aber befürchten Umweltschützer einen schweren Rückschlag für den Klimaschutz in dem Land. Durch den geplanten Ausbau der größten nordeuropäischen Ölraffinerie in Lysekil nördlich von Göteborg werde es für Schweden »unmöglich, die Verpflichtungen nach dem Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen«, warnt die schwedische Greenpeace-Aktivistin Fanny Jönsson. Die jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen der Raffinerie würden um eine Million Tonnen auf 2,7 Millionen Tonnen ansteigen, damit wäre die Anlage

des Mineralölkonzerns Preem der größte Produzent von Treibhausgas in Schweden. Zugleich würden Hunderte neue Arbeitsplätze geschaffen. In Stockholm bahnt sich darum eine Zerreißprobe für die rot-grüne Regierung an. Zwar sind die Grünen gegen den Ausbau, aber die Parteilösung will sich nicht darauf festlegen, ob sie die Koalition platzen lassen würde, sollten die Sozialdemokraten die Pläne von Preem durchsetzen. An diesem Wochenende wollen mehrere Umweltorganisationen eine Protestflotte im Skagerrak vor Lysekil kreuzen lassen, angeführt vom Greenpeace-Schiff »Rainbow Warrior III«. DIP

## Montenegro

# »Ideologisch zersplittert«



Althea Mullia

Florian Bieber, 46, ist Professor für südosteuropäische Geschichte und Politik

in Graz. Er sieht auch nach dem Wahlsieg der Opposition kaum Chancen auf einen Machtwechsel in dem Balkanland.

**SPIEGEL:** Herr Bieber, in Podgorica hat ein Oppositionsbündnis dem Dauerherrscher Milo Đukanović die Parlamentsmehrheit abgejagt. Gegen was für eine Art Regime waren diese Parteien angetreten?

**Bieber:** Seit 30 Jahren herrschen Đukanović und seine postkommunistische Partei. Sie gibt sich an der Oberfläche proeuropäisch, Montenegro trat 2017 der Nato bei. Doch hinter dieser Fassade hat Đukanović sich den Staat völlig untergeordnet, ein klientelistisches und korruptes System geschaffen, er behandelt ihn wie sein Privateigentum. Jeder noch so kleine Beamte muss in der Partei sein und ihr auch noch Wählerstimmen zutragen.

**SPIEGEL:** Diesem Staat werden sogar Mafiaverbindungen nachgesagt.

**Bieber:** Darüber gibt es immer wieder Gerüchte, die aber schwer zu belegen sind. Sicher ist: Đukanovićs Re-

gime hat es zugelassen, dass in Montenegro brutale Mafiaklans herangewachsen sind, die heute am weltweiten Kokainschmuggel verdienen. **SPIEGEL:** Wie groß sind die Chancen, dass es mit dem Wahlsieg der Opposition zu tief greifenden Reformen kommt?

**Bieber:** Das Bündnis ist sich nur in einer Frage einig: Die Korruption soll bekämpft, Đukanovićs Netzwerke entflochten werden. Ansonsten ist die Opposition ideologisch zersplittert, dabei sind prowestliche EU-Anhänger, serbische Nationalisten, Verschwörungstheoretiker und Trump-Fans. Sie geben sich derzeit dialogbereit, versichern, dass eine Koalition auf jeden Fall an der Nato-Mitgliedschaft festhalten wird, und auch, dass sie sich weiter an die EU annähern wird. Doch die Frage ist, ob dieser taktische Konsens hält. Eine gemeinsame Regierung wird wohl eine Weile durchhalten, könnte sich aber auf lange Sicht zerstreuen.

**SPIEGEL:** Werden denn Đukanović und seine Partei von der Macht lassen?

**Bieber:** Er selbst ist ja Präsident und wird alle Mittel nutzen, Reformbestrebungen zu hintertreiben. Đukanović muss nur einige Abgeordnete der Opposition auf seine Seite ziehen, dann ist die Regierungsmehrheit dahin. JPU



Demonstranten in Podgorica

Milos Vujovic / Anadolu Agency / Getty Images

# Trumps Schattenarmee

**USA** Sie tragen halbautomatische Waffen, Schutzwesten und patrouillieren durch die Innenstädte: Bei den Protesten gegen Polizeiwilkkür tauchen immer häufiger rechte Milizen auf, aufgestachelt vom US-Präsidenten. Ihre Mission: Selbstjustiz und noch mehr Chaos.

**E**ric Parker ist ein Mann mit dunklem Vollbart und angenehm sanfter Stimme, aber der harmlose Eindruck täuscht. Zum Gespräch in einem Coffeeshop kommt er mit einer Pistole der Marke Sig Sauer, Kaliber .40, halbautomatisch. Ein deutsches Fabrikat. Sie steckt unter seinem karierten Flanellhemd. »Aus Ihrer Heimat«, sagt er.

Parker ist Republikaner und kandidiert für einen Senatorenposten in seinem Bundesstaat Idaho. Und er ist der Gründer und Anführer einer bewaffneten, rechten Miliz in seinem Heimatstaat, die sich »The Real 3%ers of Idaho« nennt. Die Prozentzahl verweist auf den Anteil der Bevölkerung, der angeblich im Revolutionskrieg gegen die Briten im 18. Jahrhundert zu den Waffen gegriffen hat. Das gilt als historisch fragwürdig. Trotzdem tragen im ganzen Land bewaffnete Gruppen die »drei« im Namen.

Parker ist durch ein Bild landesweit bekannt geworden. Ein Fotograf hat die Aufnahme 2014 gemacht, auf dem Höhepunkt eines bewaffneten Konflikts der Viehzüchterfamilie Bundy aus Nevada mit Bundesbeamten. Es ging um die Frage, ob die Regierung Weideland besitzen darf. Die Bundys behaupteten, dies sei verfassungswidrig und weigerten sich, für die Nutzung der Weiden zu zahlen.

Das Foto zeigt Parker, wie er bäuchlings mit Kampfweste und Sonnenbrille auf einer Brücke in Nevada liegt und mit seinem Gewehr auf Polizisten zielt. Er saß deswegen 18 Monate lang in Untersuchungshaft, dann wurde die Anklage fallen gelassen.

Den Begriff Milizenführer lehnt Parker ab. »Was eine Miliz ist, steht in der Verfassung von Idaho«, sagt er. Die »Three Percenters« seien eine Nichtregierungsorganisation, also so etwas wie das Rote Kreuz. Nur hat Parker nach eigenen Angaben 2500 Mann unter Waffen, die regelmäßig militärische Übungen abhalten. »Wir bereiten uns auf Naturkatastrophen vor, Überschwemmungen zum Beispiel«, sagt Parker. »Und auf von Menschen verursachte Notsituationen.«

Zu solchen Notsituationen, wie Parker sie nennt, zählen auch Unruhen und Proteste gegen Polizeigewalt und -willkür wie in Kenosha im Bundesstaat Wisconsin. Dort hatte am vorvergangenen Sonntag

ein weißer Polizist dem schwarzen Familienvater Jacob Blake nach einer Kontrolle sieben Kugeln in den Rücken geschossen. Es folgten Proteste, die rasch eskalierten. In der ersten Nacht brannten Häuser, Läden wurden geplündert. Auf der Gegenseite formierten sich bewaffnete Milizen

wie die »Kenosha Guard«, die vorgaben, linke Gewalt verhindern und die Stadt verteidigen zu wollen.

Zwei Tage nach den Schüssen fuhr der 17-jährige Schüler Kyle Rittenhouse aus dem benachbarten Illinois nach Kenosha, um mit einem halbautomatischen Gewehr



**Rechtsradikale bei Aufmarsch in Portland:** »Wir haben die Verpflichtung, unsere Gesellschaft zu

in der Hand Geschäfte zu schützen, wie er später sagte.

Es kam zu Auseinandersetzungen, Rittenhouse gab Schüsse mit seiner Waffe ab. Ihm wird vorgeworfen, zwei Menschen erschossen und einen weiteren schwer verletzt zu haben. Rittenhouse, ein bekennender Trump-Fan, ist nun wegen zweifachen Mordes angeklagt. Seine Anwälte sprechen von Notwehr.

Kenosha ist damit zum Wendepunkt in einem immer erbitterter geführten Wahlkampf geworden. Am Dienstag flog Präsident Donald Trump in die Stadt und ließ sich vor beschädigten Häusern filmen. Ein gewalttätiger Mob habe Geschäfte zerstört, öffentliche Gebäude niedergebrannt und Polizisten mit Steinen beworfen, sagte er. »Das ist kein friedlicher Protest, sondern

einheimischer Terrorismus.« Jacob Blake, der nach den Schüssen des Polizisten wohl für immer gelähmt bleiben wird, erwähnte er mit keinem Wort. Dafür verteidigte der Präsident den Todesschützen Rittenhouse, der vermutlich in Notwehr gehandelt habe.

Seit Wochen schürt Trump die Angst vor gewalttätigen Auseinandersetzungen in amerikanischen Städten und warnt vor linken Horden, die angeblich das Land überrennen. Die Proteste kommen dem Präsidenten acht Wochen vor der Wahl gerade recht. In Umfragen liegt er trotz einer leichten Erholung hinter seinem Herausforderer Joe Biden.

Zudem schadet ihm die Pandemie. Selbst in Trump-freundlichen Gegenden zweifeln viele Menschen inzwischen daran, dass die Regierung das Virus in den

Griff bekommt. Noch immer sterben rund tausend Amerikaner täglich.

Der Präsident nutzt das Chaos und die Unruhen, um zu zeigen, was den Vereinigten Staaten angeblich droht, wenn die Demokraten die Macht erringen. Ihm kommen dabei rechte Schlägertrupps und bewaffnete Bürgerwehren zu Hilfe, indem sie die Eskalation mit vorantreiben.

Seit im Mai ein weißer Polizist in Minneapolis den Afroamerikaner George Floyd getötet hat, sind auf Anti-Rassismus-Demonstrationen immer häufiger Angehörige rechter Milizen zu sehen. An einem einzigen Wochenende im August kam es in Oregon, Georgia und Michigan zu Konfrontationen rechter Gruppen mit linken Demonstranten.

In Portland im Bundesstaat Oregon, wo es seit Monaten Proteste der »Black Lives Matter«-Bewegung gibt, fuhren am Wochenende nach den Todesschüssen von Kenosha rund 2500 Unterstützer Trumps mit Hunderten Autos durch die Stadt und griffen Demonstranten mit Paintballpistolen und Reizgas an. Ein Mann wurde erschossen, nach ersten Erkenntnissen ein Anhänger der »Patriot Prayer«, einer rechtsextremen Gruppe aus der Region. Noch ist unklar, wer ihn getötet hat.

Er kenne nicht genug Einzelheiten, um den Fall Rittenhouse beurteilen zu können, sagt Eric Parker in dem Café. Er stimme

## **Kenosha ist zum Wendepunkt in einem erbittert geführten Wahlkampf geworden.**

aber »in gewissem Umfang« dem zu, was rechte Einflüsterer Trumps wie der Fox-News-Moderator Tucker Carlson dazu sagen: »Wie schockiert sind wir, dass 17-Jährige versuchen, die Ordnung mit Gewehren aufrechtzuerhalten, wenn es niemand anderes tut?«

Diese Deutung der Gewalt verbreitet sich derzeit bis weit ins konservative Lager hinein: Weil die Polizei in jenen Städten, die von Demokraten regiert werden, ihre Bürger nicht ausreichend schützten, müssten das die Bürger eben selbst übernehmen. »Uns haben auch schon Geschäftsleute um Hilfe gebeten«, sagt Parker. »Wir haben die moralische Verpflichtung, unsere Gesellschaft zu schützen.«

Die Eskalation werde weitergehen, sagt er. »Ich fürchte, wir bekommen eine Situation von Gewalt und Gegengewalt wie seinerzeit in Nordirland.« Parker lässt offen, ob das als düstere Prognose oder als Drohung gemeint ist.

Es ist nicht das erste Mal, dass Trump die Einmischung militanter Bürger be-



Paula Bronstein / Getty Images

schützen«

grüßt. Als im April in Michigan Demonstranten unter dem Schutz bewaffneter Milizionäre gegen die Corona-Einschränkungen protestierten, tweetete er: »Liberate Michigan!« Befreit Michigan. Die Historikerin Nicole Hemmer von der Columbia University sagt, Trump habe während seiner Präsidentschaft immer wieder die Vorstellung befördert, dass weiße Männer das Recht hätten, Gewalt anzuwenden.

Welches Kalkül dahintersteht, erklärte Trumps scheidende Kommunikationschefin Kellyanne Conway vor Kurzem: Je mehr Chaos, Anarchie, Vandalismus und Gewalt herrschten, sagte sie, desto klarer sei es, wer für öffentliche Sicherheit, Recht und Ordnung stehe. Conway sprach offen aus, was viele im Land befürchten: Die Gewalt, die Trump befördert, nutzt ihm politisch.

Nicht nur Milizenführer wie Eric Parker vergleichen den Zustand inzwischen mit der Situation in Nordirland zu Zeiten der blutigsten Auseinandersetzungen. Die Extremismusforscherin JJ MacNab von der George Washington University warnte jüngst bei einer Kongressanhörung davor, dass ein großes Ereignis genüge, um einen Gewaltausbruch zu provozieren. Trump weiß, dass unter seinen Anhängern etliche sind, die mit der Waffe kämpfen würden, nicht nur mit Worten. Nach Zählungen des Southern Poverty Law Center, einer Bürgerrechtsorganisation, gab es 2019 im Land 181 Milizen.

Das sind zwar weniger als zu Zeiten Barack Obamas, aber es gibt einen entscheidenden Unterschied: In der Vergangenheit richtete sich die Wut der meisten Bürgerwehren gegen die Regierung in Washington, die angeblich ihre Macht zu Lasten der Freiheit Einzelner ausweiten wollte. Das Ziel der Milizen war offiziell die Wahrung der Bürgerrechte, tatsächlich ging es vor allem um das Recht, mit Sturm-

gewehren und anderen Waffen herumzuballern.

Seit dem Amtsantritt von Donald Trump stehen Gruppen wie die »Three Percenters« aber hinter der Regierung. »Da die rechten Milizen das Gefühl haben, der amtierende Präsident sei auf ihrer Seite, haben sie ihre Botschaft geändert: nicht mehr Antiregierung, sondern Antiopposition«, schreibt der Rechtsextremismusexperte Alexander Reid Ross von der Portland State University. Die rechten Milizen sind, wenn man so will, Trumps Schattenarmee.

Peter Diaz sagt, er finde es richtig, dass Donald Trump im Juli Bundespolizisten nach Portland geschickt hat, um die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Der Bürgermeister und der Gouverneur hätten Ausschreitungen begünstigt. Sie seien keine »good guys«. Der good guy ist der Präsident.

Diaz ist ein muskulöser Mann, der gern T-Shirts mit der Aufschrift »American

### »Wir nähern uns einem Punkt, an dem es keine Rückkehr zur Normalität mehr geben wird.«

Wolf« trägt. So heißt die eher kleine Bürgerwehr, die er vor einigen Monaten ins Leben gerufen hat. Der Name klinge gut, sagt er, »außerdem stehen die Mädchen drauf«.

Für ihn ist »American Wolf« »irgendwo zwischen Bewegung und Partei« angesiedelt. Nach seiner Darstellung ist die Gründung seiner Miliz eine Art Notwehr gewesen, weil »Antifa-Fuckers«, linksextreme Krawallmacher, Aufruhr in die Städte getragen hätten, ohne dass die Polizei eingeschritten sei. Diaz klingt bisweilen so, als wolle er Trumps Reden kopieren.

Der erste Einsatz von »American Wolf« fand in Olympia statt, Diaz' Wohnort im Bundesstaat Washington. Der Anführer fuhr mit Freunden auf der Ladefläche seines Pick-ups in die Innenstadt. Es war die Probe für den Ernstfall.

Auf dem Kopf trugen sie Kevlar-Helme, ihre Oberkörper waren mit Splitterschutzwesten gepanzert, in den Händen hielten sie halbautomatische Gewehre. Sie sahen aus, als würden sie gleich in Syrien einmarschieren. »Wir wollten zeigen, dass wir da sind«, sagt Diaz.

Das gestaltete sich aber schwieriger als vermutet. »Ein junger Typ hat mit Flaschen auf uns geworfen«, erzählt er. Was sollten sie tun? Den Mann einfach abknallen? Er schüttelt den Kopf. »Dann hast du 50 Prozent der öffentlichen Meinung gegen dich. Das ist nicht effektiv.«

Inzwischen hat Diaz seine Truppe mit Paintballgewehren, Kabelbindern, Pfefferspray und Blendlampen ausgestattet. »Waffen haben wir auch dabei, aber außer mir tragen alle sie verdeckt.« Dann fuhren sie erneut nach Olympia, später auch nach Seattle und hinunter bis Portland. Sie wollten Präsenz zeigen, sie wollten klarmachen, dass jemand dagegenhält, falls es zu Ausschreitungen kommt.

Die Ereignisse der vergangenen Tage haben Diaz weiter darin bestärkt, dass er gut daran tut, sich auf das Schlimmste vorzubereiten. Kyle Rittenhouse, den Todeschützen von Kenosha, nennt er in einem Eintrag im Netz einen »bewaffneten Bürger, der seine Gemeinschaft schützt«. Das erste Opfer von Rittenhouse bezeichnet er, genau wie der Präsident, als »einheimischen Terroristen«.

Anfang der Woche schrieb Trump auf Twitter, dass die linken Bürgermeister und Gouverneure der Städte, in denen die Unruhen stattfinden, die Kontrolle über Leute verloren hätten. »Die Anarchisten und Agitatoren hören nicht mehr.«



Stuart Issett



Kyle Green / DER SPIEGEL

**Milizenführer Diaz, Parker:** »Die moralische Verpflichtung, die Gesellschaft zu schützen«



Mason Trinca / The New York Times / iaf

**Autokorso rechter Trump-Fans\*:** »Nicht mehr Antiregierung, sondern Antiopposition«

Diaz sagt: »Wir nähern uns einem Punkt, an dem es keine Rückkehr zur Normalität mehr geben wird.« Er verstehe, dass Trump nicht einfach Soldaten oder Polizisten in die Städte schicken könne. Die beste Strategie für den Präsidenten sei es nun, Männern wie ihm so etwas zuzurufen wie: »Leute, ich kann aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mehr machen. Das ist jetzt eure Sache.«

Ein Präsident, der Schlägertrupps und Milizen auffordert, das Recht selbst in die Hand zu nehmen – so absurd wie das klingen mag, ist es inzwischen nicht mehr. Trump hat schon mit dem Gedanken eines bewaffneten Aufstands gespielt, sollte er gezwungen werden, das Weiße Haus zu verlassen. Nach der Ankündigung des Impeachmentverfahrens verbreitete er die Worte des Baptistenpastors Robert Jeffress: »Wenn es den Demokraten gelingt, den Präsidenten seines Amtes zu entheben, kann das zu einem bürgerkriegsähnlichen Riss in dieser Nation führen, von dem sich unser Land nie erholen wird.«

Der Historiker Victor Davis Hanson fragte in einem Essay für die »National Review« schon besorgt: »Warum sind die USA an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg?« Laut einer Umfrage von Rasmusen Reports hielten schon 2018 rund 31 Prozent der befragten Amerikaner ein solches Ereignis in den kommenden fünf Jahren für wahrscheinlich.

Ein Auslöser könnte die Präsidentschaftswahl im November sein. Trump hat die Grundlagen dafür bereits geschaffen.

Er erklärte, wenn er verliere, sei das allein ein Ergebnis von Wahlbetrug. Die Wahl werde wegen der hohen Anzahl an Briefwählern die »ungenaueste und betrügerischste« in der Geschichte sein.

Das gefährlichste Szenario ist jenes, das nach Ansicht von Demoskopen zugleich eines der wahrscheinlichsten ist: Trump führt demnach am Wahlabend zunächst deutlich, weil die Mehrheit der Republikaner in Wahllokalen ihre Stimmen abgeben; am Ende liegt er aber, weil Demokraten eher per Post wählen könnten, nach der langwierigen Auszählung der Briefwahlstimmen hinter Biden.

Die Frage ist, ob Trump eine solche Niederlage anerkennen würde. Nach seinen Erfahrungen mit dem Präsidenten fürchte er, dass es niemals einen friedlichen Machtwechsel geben werde, wenn Trump die Wahl verliere, sagte dessen früherer Anwalt Michael Cohen bei einer Anhörung vor dem Kongress. Und mittlerweile wird nicht nur am rechtsextremen Rand offen über bewaffneten Widerstand diskutiert, sollte der Präsident verlieren – selbst unter gemäßigten Republikanern verbreitet sich radikaleres Gedankengut.

Loren Culp ist ein Beispiel dafür. Er ist der Kandidat der Republikaner für das Amt des Gouverneurs im Staat Washington. Sein Wahlkampfmobil steht auf einer Wiese in der Nähe von Olympia. Eine bunte Mischung von Anhängern wartet auf seinen Auftritt: Familien mit Kindern, Rocker in T-Shirts mit dem Slogan »Give me Liberty or Give me Death« und eine nicht unbeträchtliche Zahl von Männern und Frauen mit Pistolen.

Der Kandidat trägt ein offenes Hemd zu Sakko und heller Hose. Culp ist Polizeichef in Republic, einem Ort nahe der kanadischen Grenze. Er hat auf den ersten Blick nichts mit Milizionären wie Diaz gemein. Eine Sache eint sie allerdings: eine eigenwillige Vorstellung von dem, was Recht ist.

Als vor fast zwei Jahren in Washington nach einer Volksinitiative das Mindestalter für den Erwerb halbautomatischer Gewehre von 18 auf 21 Jahre heraufgesetzt wurde, weigerte sich Culp, der Polizeichef, das neue Gesetz anzuwenden. Es verstoße gegen die Landesverfassung, die das Recht der Bürger garantiere, sich mit Waffen zu verteidigen, sagt er.

Das Argument, Polizisten müssten das Gesetz verteidigen, lässt Culp nicht gelten. »Polizisten müssen die Bürgerrechte schützen, auch wenn das gegen den Wortlaut eines Gesetzes geht.« Oder sei es richtig gewesen, dass Polizisten im Süden der Vereinigten Staaten vor Jahrzehnten die Rassentrennung in Bussen durchgesetzt hätten?, fragt er.

Loren Culp sieht sich als Mann der Mitte. Er vertrete Menschen, die ihren Staat lieben, aber dessen Regierung hassen, sagt er. Er meint damit die Regierung des Bundesstaats Washington, also die des demokratischen Gouverneurs Jay Inslee.

»Die Leute wollen Recht und Ordnung«, sagt Culp. »Sie haben die Nase voll von der Gesetzlosigkeit in den Städten, die von Demokraten regiert werden.«

Culps Position ist nicht ohne inneren Widerspruch. Die Leute sollen seiner Meinung nach die meisten Gesetze befolgen, aber eben nicht alle. Wenn der Gouverneur zum Beispiel seinen Bürgern vorschreibt, wegen der Pandemie eine Schutzmaske zu tragen oder ihren Laden zu schließen, missbrauche er seine Macht, sagt Culp.

Er findet es in Ordnung, wenn Geschäftsleute trotz Verbots ihre Läden öffnen und sich von bewaffneten Bürgerwehren beschützen lassen. Das seien »Bürger, die ihre Rechte wahrnehmen«.

Es lässt für den November nichts Gutes ahnen, wenn Polizeichefs wie Milizenführer argumentieren und ihre private Auffassung von Rechtmäßigkeit über das geltende Gesetz stellen. Und es sind nicht wenige Polizisten, die so denken wie Culp. In Kenosha wurden Beamte dabei gefilmt, wie sie bewaffneten Männern Wasserflaschen reichten und den Milizionären mit den Worten dankten: »Wir wissen es zu schätzen, dass ihr hier seid.«

Es spricht einiges dafür, dass Eric Parker mit seiner Vorhersage am Ende recht behalten wird. Die Lage werde weiter eskalieren, sagt er. »Im November wird es dann richtig übel.« Ralf Neukirch

\* Am 29. August auf dem Weg nach Portland.



Stanislav Krupar / DER SPIEGEL

## »Das ist eine Frechheit«

**Tschechien** Ministerpräsident Andrej Babiš fordert eine schlankere EU, verteidigt die rigide Flüchtlingspolitik seines Landes und sagt: Schluss mit dem ständigen Ost gegen West.

*Babiš hat den Großteil seines Lebens damit verbracht, Milliardär zu werden. Er wuchs als Sohn eines tschechoslowakischen Diplomaten in Genf und Paris auf und gründete nach der Wende den Agrar-, Medien- und Chemiekonzern Agrofert, der zum viertgrößten Unternehmen des Landes wuchs. Inzwischen ist Babiš einer der wohlhabendsten Männer Tschechiens.*

*2011 schuf er die Protestpartei Ano (»Aktion unzufriedener Bürger«), die bei der Wahl zwei Jahre später zweitstärkste Kraft wurde. Zunächst diente Babiš als Finanzminister und Vizepremier, ehe er über Vorwürfe des Steuer- und Subventionsbetrugs stürzte. Bei der folgenden Wahl holte seine Partei trotzdem die meisten Stimmen, Babiš wurde Premier.*

*Obwohl er Tschechien seit fast drei Jahren regiert, inszeniert er sich nach wie vor als Antipolitiker. Manche nennen ihn den »tschechischen Donald Trump«.*

*In Brüssel ist Babiš vor allem wegen seiner Geschäfte umstritten. Europaparlamentarier kritisieren, EU-Subventionen in Millionenhöhe seien an seine Firmen geflossen, was der Premier bestreitet. Im vergangenen Jahr protestierten in Prag mehr als 200 000 Menschen gegen ihn, es war die größte Protestkundgebung seit 30 Jahren.*

*Babiš empfängt den SPIEGEL in seinem Prager Amtssitz an der Moldau. Es ist sein 66. Geburtstag, aber der Premier wirkt alles andere als heiter. Das Gespräch beginnt mit einem Wutanfall. Er hat eine Liste mit SPIEGEL-Artikeln ausgedruckt. »Sie lügen, um mir zu schaden«, sagt er.*

**SPIEGEL:** Herr Ministerpräsident, Sie haben sich kürzlich darüber beklagt, dass einige Staaten in der EU Ländern wie Ungarn, Polen und Tschechien mangelnde Rechtsstaatlichkeit vorwerfen – zu Un-

recht, wie Sie finden. Wer ist an dieser angeblich verzerrten Darstellung schuld?

**Babiš:** Was meine Person betrifft, geht es da um diese Geschichte mit dem angeblichen Interessenkonflikt...

**SPIEGEL:** Ihnen wird vorgeworfen, Ihren ehemaligen Konzern Agrofert, der auch in Deutschland tätig ist, noch immer aus dem Hintergrund zu steuern und gleichzeitig EU-Subventionen zu kassieren.

**Babiš:** Sollen reiche Leute nicht in die Politik gehen können, obwohl sie im Unterschied zu denen, die von der Politik leben, nicht korrumpierbar sind? Das Ganze ist eine Erfindung der Brüsseler Kommission, deren interner Auditdienst sich erlaubt, tschechische Gesetze zu kommentieren und zu erklären – das ist eine Frechheit. Nur tschechische Gerichte können das tun. Ich bin in die Politik gegangen, um mit meiner Bewegung gegen die Korruption anzukämpfen, und habe dadurch sehr viel

Geld verloren. Und ich habe meine Unternehmen in Treuhandfonds überführt und damit nichts mehr zu tun.

**SPIEGEL:** Ihre Kritik an Brüsseler Institutionen ähnelt der aus anderen osteuropäischen Ländern. In Ungarn und Polen herrscht die Meinung vor, die EU-Kommission sollte sich aus nationalen Belangen möglichst heraushalten.

**Babiš:** Das sage ich nicht. Ich habe sehr gute Beziehungen zur EU-Kommission. Die zuständige Kommissarin für Rechtsstaatlichkeit ist übrigens Tschechin und Mitglied meiner Bewegung Ano. Aber es müsste mal definiert werden, was Rechtsstaatlichkeit genau bedeuten soll. Das muss der Europäische Gerichtshof entscheiden.

**SPIEGEL:** Viktor Orbán und Jaroslaw Kaczyński, die mächtigen Männer in Ungarn und Polen, fordern ein Zurück zu mehr nationaler Souveränität. Stimmen Sie zu?

**Babiš:** Ich sehe das nicht so. Aber wir müssen zurück zur europäischen Grundidee, zu den vier Freiheiten: die Freiheit von Warenverkehr, Personen, Dienstleistungen und Kapital. Und: Wir sollten endlich aufhören, über Ost gegen West zu sprechen. Stattdessen sollten wir uns fragen, warum wir so lange warten, ehe wir Bulgarien, Rumänien und Kroatien in den Schengenraum aufnehmen. Auch was wir mit den Ländern des Westbalkan vorhaben – wollen wir sie dem Einfluss von Russland, China und der Türkei überlassen? Es scheint keinen Plan zu geben. Nehmen Sie Nordmazedonien: Dort wurden alle Bedingungen erfüllt, die für einen EU-Beitritt notwendig sind, und trotzdem hat sich die EU lange nicht bewegt.

**SPIEGEL:** Es drängt sich der Eindruck auf, dass sich in einer gespaltenen EU häufig Deutschland, Frankreich und andere gegen Ungarn, Tschechien, Polen positionieren – also doch noch West gegen Ost?

**Babiš:** Das ist nicht die Wahrheit. Natürlich sagt ihr im Westen: Wir geben denen im Osten doch viel Geld. Was nicht gesagt wird, jährlich fließen Milliarden Euro an Gewinnen ausländischer Konzerne wie Volkswagen, die bei uns investieren, zurück in den Westen.

**SPIEGEL:** Konzerngewinne haben aber mit Subventionen wenig zu tun. Tschechien profitiert erheblich von EU-Subventionen.

**Babiš:** Selbstverständlich, aber Tschechien wird reicher und bekommt dadurch immer weniger Zuwendungen. Und: Ich brauche Geld für Autobahnen, Krankenhäuser, Schulen, Beton. Wir haben 5000 deutsche Firmen hier. Deren Mitarbeiter wollen auch angenehm leben. Dieses EU-Mantra von Green Deal und Digitalisierung – gut und schön, aber ich spreche über die klassische Industrie.

**SPIEGEL:** Weitere Klagen?

**Babiš:** Wir sollten über die europäische Sicherheit sprechen, innerhalb der Nato-

Mitglieder. Der Nato-Vertrag ist von 1949, Europa sollte eigene Ideen entwickeln, mehr Verantwortung übernehmen. Zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt wie versprochen in die Verteidigung zu investieren, das wird jetzt einfacher, weil überall die Wirtschaftsleistung sinkt, das habe ich auch Donald Trump erklärt.

**SPIEGEL:** Sie fordern eine schlankere, effizientere EU. Wie soll das gehen?

**Babiš:** Ich habe, wie auch Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz, die Kosten vieler Institutionen in Brüssel kritisiert. Allein das Europäische Parlament kostet uns zwei Milliarden Euro pro Jahr. Warum müssen die auf drei Orte verteilt sitzen und alle paar Monate mit ihren Akten nach Straßburg oder Luxemburg reisen? Oder lesen Sie den Bericht des Rechnungshofs über die Kosten des Europäischen Auswärtigen Dienstes: Wie viele Häuser die in Afrika und anderen Orten unterhalten – insgesamt 5000 Leu-

### »Ich dachte, wir könnten in Belarus so etwas wie den November 1989 bei uns erleben.«

te werden da beschäftigt, obwohl die Außenpolitik in den einzelnen Ländern gemacht wird. Da ist Raum für Einsparungen.

**SPIEGEL:** Halten Sie den Versuch, eine gemeinsame europäische Außenpolitik aufzubauen, für überflüssig?

**Babiš:** Ich will, dass Europa stärker wird. Die Migration zum Beispiel ist ein gesamt-europäisches Problem. Wir brauchen einen Marshallplan für Syrien, die Leute sollten aus den Flüchtlingslagern in ihre Heimat zurückgehen, dort leben und arbeiten können. Auch nach Tschechien kommen jährlich 60 000 Menschen – aber legal. Die EU-Quoten zur Umverteilung von Flüchtlingen sind inakzeptabel.

**SPIEGEL:** 2015 hätte Tschechien laut EU-Beschlüssen 2691 Migranten aufnehmen müssen, weigerte sich aber und wurde dafür



Regierungsgegner bei Protest in Prag 2019

»Das lässt mich kalt«

vom Europäischen Gerichtshof verurteilt. Warum akzeptieren Sie keine Flüchtlinge?

**Babiš:** Wer nach Europa will, muss legal einwandern. Wir können über etwas wie Ellis Island sprechen, wo einst die Einwanderungsbehörde vor der Küste von New York City war. Warum sollen illegale Einwanderer über die EU verteilt werden? Wir Tschechen sind auch so schon solidarisch, wir geben viel Geld, wir stellen Polizisten an der Grenze in Nordmazedonien.

**SPIEGEL:** Tschechiens Verhältnis zu China scheint großen Schaden genommen zu haben, seit Ihr Senatspräsident an der Spitze einer großen Delegation nach Taiwan reiste und Peking dadurch gegen sich aufbrachte. Fürchten Sie wirtschaftliche Folgen?

**Babiš:** Die Position meiner Regierung mit Blick auf China unterscheidet sich nicht von jener Deutschlands oder anderer Länder. Wir akzeptieren die Ein-China-Politik, haben es aber neuerdings mit »Außenpolitikern« wie dem Bürgermeister von Prag oder dem Senatspräsidenten zu tun, die das anders sehen. Da geht es wahrscheinlich um Innenpolitik, um Wählerfang.

**SPIEGEL:** Tschechien hat eine äußerst niedrige Staatsverschuldung, die niedrigste Arbeitslosenrate in der EU und eine Kaufkraft der Bevölkerung, die vergleichbar mit Italien ist. Und das, obwohl Ihr Land seinen eigenen Weg geht – Nein zum Euro, Nein zu vielem, was aus Brüssel kommt.

**Babiš:** Die Tschechische Republik ist ein Modell für die Zukunft. Viele Ausländer, Franzosen und andere, kommen zu uns, die wohnen hier, fühlen sich sicher.

**SPIEGEL:** Dennoch zählen die Tschechen zu den größten EU-Skeptikern – trotz 45 Milliarden Euro Subventionen seit 2004, trotz Reisefreiheit und Binnenmarkt.

**Babiš:** Das wird besser. Auch meinetwegen, ich bin pro EU, ich kritisiere nur konkrete Aspekte. Und mache Vorschläge, zum Beispiel in Sachen Außenpolitik. Wenn ich sehe, was Alexander Lukaschenko in Belarus macht! Das ist unglaublich, deswegen habe ich mich dort mit dem polnischen Premier engagiert und habe auch mit der Kanzlerin telefoniert. Anfangs dachte ich, wir könnten in Belarus vielleicht so etwas wie den November 1989 bei uns erleben.

**SPIEGEL:** Sie riskieren Tschechiens Verhältnis zu Russland.

**Babiš:** Die Beziehungen mit Russland sind nicht ideal. Ein Sicherheitsrisiko sehe ich nicht, wir sind ein selbstständiges Land und lassen uns nichts diktieren. Als damals Sergej Skripal mit Nowitschok vergiftet wurde in England, haben wir Tschechen die größte Zahl russischer Diplomaten ausgewiesen.

**SPIEGEL:** Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bestätigt, dass der russische Regierungskritiker Alexej Nawalny mit einem Gift aus der Nowitschok-Gruppe attackiert

# Allein in Minsk

**Belarus** Trotz anhaltender Proteste wachsen die Chancen des Despoten Lukaschenko, sich an der Macht zu halten. Putin stützt ihn, und die Opposition ist zerstritten.

wurde. Sie will nun mit EU und Nato Schritte gegen Moskau besprechen. Was würden Sie vorschlagen?

**Babiš:** Wenn wir Beweise in unseren Händen haben, dass Nawalny ein Nervengift verabreicht wurde und festgestellt wird, wer dahintersteckt, erfordert dies natürlich eine heftige Reaktion. Aber im Moment warten wir auf die nächste Entwicklung und eventuelle Vorschläge.

**SPIEGEL:** Stimmen Sie mit Donald Trump darin überein, dass man ein Land wie ein Business führen soll?

**Babiš:** Wie eine Familienfirma, würde ich sagen. Da zählt Solidarität, Vision und Verantwortlichkeit. Die Parallele zu Trump besteht darin, dass er sagt, er möchte Amerika »great again« machen. Ich wünsche mir das Gleiche für Tschechien.

**SPIEGEL:** Ist Trump ein Vorbild für Sie?

**Babiš:** Ich war früher Politiker als er. Und noch immer nennt man mich einen Populisten. Ich helfe den armen Leuten, und davon gibt es viele bei uns. Ich habe früher Tennisbälle gesammelt für fünf Kronen pro Stunde und später mein Haus mit den eigenen Händen gebaut. Jetzt brauche ich kein Geld mehr...

**SPIEGEL:** Ihr Privatvermögen wird auf vier Milliarden Euro geschätzt.

**Babiš:** Jetzt ist meine Motivation: Ich möchte anderen helfen.

**SPIEGEL:** Sie wollen sich bei der Wahl im kommenden Jahr erneut aufstellen lassen. Wo sehen Sie Tschechiens Zukunft – zwischen West und Ost?

**Babiš:** Unser Land war vor dem Zweiten Weltkrieg unter den zehn am stärksten industrialisierten Staaten in der Welt. Die Waffenindustrie war weltweit führend. An diese Tradition müssen wir anknüpfen. Wir wollen wieder zu den Besten gehören. Hier in Tschechien liegt die Zukunft.

**SPIEGEL:** In Prag gingen im November mehr als 200 000 Menschen gegen Sie und Präsident Miloš Zeman auf die Straße. Trifft Sie das nicht?

**Babiš:** Nein, das sind Oppositionelle. Das lässt mich kalt.

**SPIEGEL:** Die Opposition wirft Ihnen unverändert vor, sich im Amt zu bereichern.

**Babiš:** Die Opposition? Denen ging es, ob Konservative oder Sozialdemokraten, doch nach der Wende nur um eines: um Geld und Macht. Die haben mich doch erst als Politiker geboren!

**SPIEGEL:** Das Vermächtnis des Präsidenten Václav Havel bestand darin, Politik auch als moralische Instanz zu begreifen. Was ist bei Ihnen davon noch übrig?

**Babiš:** Ich habe eine sehr gute Moral. Ich lüge und ich stehle nicht, ich trinke nicht zu viel, ich habe auch keine Geliebte. Und was Havel angeht: Er hatte mich sogar zu seinem 70. Geburtstag eingeladen.

Interview: Walter Mayr, Maximilian Popp

**P**rotestbewegungen haben ihre Rituale. In Minsk, in der Abenddämmerung auf dem Unabhängigkeitsplatz, sieht das Ritual so aus: Ein paar Dutzend Frauen stehen dicht an dicht. Sie singen, schunkeln hin und her und lächeln selbstbewusst in die Augen der Sonderpolizei, die sich in Masken und schwarzer Uniform direkt vor ihnen positioniert hat. Erst auf den zweiten Blick sieht man: In der Mitte der Frauen stehen Männer, und das ganze Singen, Schunkeln und Lächeln hat den Zweck, sie vor dem Zugriff der Polizei zu schützen. Für Frauen und Männer gelten in Alexander Lukaschenkos patriarchaler Diktatur unterschiedliche Regeln. Nach einer halben Stunde zieht die Polizei ab, es gibt freundlichen Jubel.

Minsk wirkt in diesen Tagen wie eine Stadt, die nach den großen Protesten der vergangenen Wochen ein neues Gleichgewicht sucht. Präsident Lukaschenko, angeschlagen nach seiner manipulierten Wiederwahl, würde am liebsten die gesamte Protestbewegung niederschlagen, aber dafür ist sie zu stark.

Am Sonntag gingen abermals Zehntausende seiner Gegner auf die Straße, am Dienstag schlossen sich ihnen zu Semesterbeginn Tausende Studenten an. Proteste gab es selbst an jenem Elitelyceum, an dem sich Lukaschenkos jüngster Sohn Nikolaj für dieses Schuljahr eingeschrieben hatte.

Die Protestbewegung hofft, den Präsidenten aus dem Amt zu jagen – aber dafür



**Demonstrantin in belarussischer Hauptstadt:** Für Frauen und Männer gelten in Lukaschenkos

ist sie wiederum zu schwach. Die Angst ist längst zurück in Minsk. Sicherheitskräfte in Zivil greifen sich einzelne Demonstranten heraus, belarussische Journalisten befinden sich im Gefängnis, ausländische wurden des Landes verwiesen.

Wie das Kräfteressen ausgeht, ist ungewiss, aber es gibt zwei Gründe, warum Lukaschenkos Chancen besser werden. Der eine Grund heißt Wladimir Putin. Der andere Grund ist Streit in der Protestbewegung selbst.

Russlands Präsident hat Ende August klargemacht, dass er hinter Lukaschenko steht. Auf dessen Bitte habe er eine »Reservetruppe an Ordnungshütern« bereitgestellt, um notfalls im Nachbarland für Stabilität zu sorgen, sagte Putin in einem Fernsehinterview.

Fast täglich kommt es derzeit zu Begegnungen zwischen hochrangigen Beamten aus Moskau und Minsk. Am Mittwoch, beim Treffen der Außenminister, warnte Russlands Sergej Lawrow vor Hunderten in der Ukraine ausgebildeten Extremisten, die sich angeblich in Belarus aufhielten. Am Donnerstag besuchte Russlands Premier Michail Mischustin Minsk.



Diktatur unterschiedliche Regeln

Ein Treffen Lukaschenkos mit Putin ist geplant.

Putins Worte von der Eingreiftruppe waren »ein Rettungssignal« für Lukaschenko, sagt der belarussische Politologe Andrej Kasakewitsch. »Das war wichtig für die Elite, gerade in den Sicherheitskräften: Russland unterstützt Lukaschenko. Also hat er weiterhin eine Perspektive.«

Am sichtbarsten ist Russlands Unterstützung im belarussischen Staatsfernsehen, das seit dem Aufstand einen Teil seiner Belegschaft verloren hat. Es erhält nun Hilfe von Moskaus Propagandaseiter RT. Lukaschenko dankte ausdrücklich den russischen RT-Journalisten, die ihn seit Kurzem als Mitglieder des Präsidentenpools begleiten dürfen. Vor laufender Kamera sagte er: »Versteht ihr, wie wichtig ihr für uns seid in dieser schwierigen Zeit?«

Marija Kolesnikowa, eine der Anführerinnen der weitgehend führerlosen Proteste, versucht, das Positive zu sehen. »Putin sagt, dass Lukaschenko ihn um Hilfe gebeten habe. Ein Aufruf an ausländische Mächte zur Einmischung in innere Angelegenheiten ist aber nach belarusischem Recht strafbar, wir werden uns deshalb an Staatsanwaltschaft, Innenministerium und KGB wenden«, kündigt sie an. »Außerdem sagt Putin: Wenn Menschen auf die Straße gehen, muss man sie anhören und einen Kompromiss suchen.« Stattdessen laufe Lukaschenko mit einer Kalaschnikow durch seine Residenz.

Kolesnikowa ist vielen Belarussen aus dem Wahlkampf bekannt. Sie hat den Stab des Bankiers Wiktor Babariko geleitet, der nicht zur Wahl zugelassen wurde, und hat dann mit der gemeinsamen Kandidatin der Opposition, Swetlana Tichanowskaja, Kundgebungen abgehalten. Jetzt ist sie die prominenteste Protestfigur, die noch im Land und in Freiheit ist.

Tichanowskaja ist im litauischen Exil, Babariko seit Juni in Haft, und nun hat auch Pawel Latuschko Belarus verlassen. Der ehemalige Kulturminister und Diplomat war das politisch erfahrenste Mitglied im Präsidium des Koordinierungsrats, jenes Gremiums, das nach der Wahl für eine friedliche Machtübergabe gegründet wurde. Ihm gehören auch Kolesnikowa und die Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch an.

Latuschko hält sich derzeit in Polen auf, nachdem Lukaschenko im Fernsehen über ihn gesagt hatte, er habe »eine rote Linie überschritten«.

»Lukaschenkos Worte waren eine direkte Drohung«, sagt Kolesnikowa, »und das ist empörend. Es ist nicht das erste Mal, dass die Führung Leuten droht, die den Dialog suchen.«

Latuschko will nach Belarus zurückkehren. Das müsste er auch, wenn er im Koordinierungsrat bleiben will. Um Kolesni-

kowa ist es mit seiner Abreise noch etwas einsamer geworden.

Allerdings hat sie selbst ihre Mitstreiter irritiert. Am Montag kündigte sie überraschend die Gründung einer Partei namens »Zusammen« an, in einem Video mit ihrem inhaftierten Chef Babariko.

Der Bankier hatte die Botschaft noch vor seiner Verhaftung im Juni aufgezeichnet. Entsprechend aus der Zeit gefallen wirkt sein Auftritt. Man habe die Wahlen leider verloren, sagt Babariko darin, nun müsse man sich auf eine Verfassungsreform und die Verbesserung der Wirtschaft konzentrieren.

Tichanowskaja rügte das Video scharf. »Ich bin ausdrücklich nicht einverstanden mit der Behauptung, wir hätten nicht gewonnen. Alle wissen, dass das nicht der Fall ist«, schrieb sie in einer Stellungnahme aus dem Exil. Deshalb sei es ja zu den Protesten gekommen. Und sie sei »gegen eine Änderung der politischen Agenda, indem man zur Erörterung einer Verfassungsreform übergeht«. Lukaschenko wolle mit einer unklar formulierten Reform nur seinen Abgang hinauszögern.

Tatsächlich hat Lukaschenko selbst eine Verfassungsreform angekündigt und eingestanden, dass sein System »ein bisschen autoritär« sei.

Tichanowskaja warnte: »Die Absicht, in nächster Zeit die Registrierung einer Partei zu beantragen, heißt: Man ist bereit, das Thema Machtwechsel zu ersetzen durch die Bitte an die Staatsmacht, man möge die Gründung einer Partei erlauben.« Tatsächlich hat es in Belarus seit zwei Jahrzehnten niemand geschafft, eine neue Partei zu registrieren.

»Sehr merkwürdig« wirke die Ankündigung von Kolesnikowa und Babariko vor diesem Hintergrund, sagt auch der Politologe Kasakewitsch. »Es ist logisch, wenn man schon Leute mobilisiert hat, daraus eine politische Partei formen zu wollen. Aber der Zeitpunkt verwundert.«

Kolesnikowa verteidigt sich gegen die Kritik: »Wir sagen weiterhin: Die Mehrheit der Belarussen hat für Swetlana gestimmt.« Aber Tichanowskajas Wahlerfolg habe alle Erwartungen übertroffen. Babarikos Videoauftritt stamme von Mitte Juni, man habe ihn nicht nachträglich umschneiden wollen. Und es gehe in dem Video nicht um Lukaschenkos Verfassungsreform, sondern um die, die Babariko schon im Juni gefordert habe mit echter Gewaltenteilung und einer Amtszeitbegrenzung für den Präsidenten.

»Jetzt unterstellen uns manche schon, der russische FSB stehe hinter uns. Aber wie kann man das behaupten, wenn Babariko und sein Sohn Eduard seit mehr als zwei Monaten in Haft sitzen?«

Christian Esch

# Der letzte Macho

**Spanien** Ein großes Leben, ein verheerender Absturz: Altkönig Juan Carlos I. verhalf seinem Land zu Demokratie und Wohlstand. Jetzt sitzt er im Exil, Fahnder ermitteln, seine Ex-Geliebte wird vor Gericht aussagen. In seinem Schicksal spiegelt sich das seiner Heimat. *Von Helene Zuber*

**A**n diesem Tag in Kuba lieben ihn alle. Sogar der Revolutionsführer Fidel Castro empfängt den spanischen König am Flughafen von Havanna herzlich. Später, als Juan Carlos mit seinem Gefolge durch die Altstadt spaziert, applaudieren die Bewohner aus Fenstern und von Balkonen, zuweilen ertönt ein »es lebe Spanien« und »viva el Rey«. Bauarbeiter schütteln ihm die Hand. Eine Straßenkehrerin bekommt von ihm Küsse auf die Wangen gedrückt.

»Niemals im Leben hätte ich mir so etwas Wunderbares träumen lassen«, erzählt die Arbeiterin anschließend den begleitenden Journalisten, zu denen damals, im November 1999, auch ich gehörte. Der spanische König war zu einem Gipfeltreffen der iberamerikanischen Regierungs- und Staatschefs nach Havanna gekommen. Er war 61 und genoss den Höhepunkt seiner internationalen Anerkennung. Auch zu Hause schätzten ihn die Leute, egal ob sie eher links oder rechts wählten.

An diesen Tag musste ich denken, als unlängst eine Internetzeitung den Spaniern ganz andere Bilder zeigte: Da stützt sich ein alter Mann, das Gesicht verborgen hinter einer Corona-Maske, schwer aufs Gelände der Gangway eines Privatflugzeugs. Das hat ihn aus dem äußersten Nordwesten seines Königreichs auf einen anderen Kontinent getragen. Juan Carlos I., 82, inzwischen abgedankter König, hatte seinem Land den Rücken gekehrt, geschlagen mit Krankheit und Verachtung vieler seiner Landsleute wegen diverser Skandale, belächelt von der halben Welt.

Erst zwei Wochen später ließ er sein Reiseziel bestätigen: In Abu Dhabi hat er sich vorläufig bei seinem Freund, Prinz Mohamed bin Zayed, zurückgezogen.

Zu vieles hat er in den vergangenen Jahren falsch gemacht. Er ist zur Belastung für seinen Sohn geworden, König Felipe VI., eine Belastung auch für die Monarchie, ja für die Stabilität des politischen Systems seiner Heimat. Am Aufstieg und Fall von Juan Carlos I. lässt sich erklären, welchen tiefen Wandel Spanien in den vergangenen 45 Jahren vollzogen hat, seit Diktator Francisco Franco verstarb. Mit Hilfe des Königs, der aus der Dynastie der Bourbonen stammt, hat sich das Land vom beinahe mittelalterlichen Ständestaat zum

Hightech-Königreich entwickelt, zur viertgrößten Wirtschaftsmacht der Europäischen Union. Doch er selbst hat zuletzt nicht mehr begriffen, wie sehr sich auch die Spanier in dieser Zeit verändert haben. Und dass sich die Monarchie an die neue Bürgerkultur anpassen und auf Privilegien verzichten muss, will sie überleben.

Wie sah Spanien aus, als Juan Carlos am 22. November 1975, zwei Tage nach dem Tod des Diktators, von beiden Kammern des Parlaments zum König proklamiert und fünf Tage später in der Hieronymus-Kirche im Herzen der Hauptstadt gekrönt wurde? Fast vier Jahrzehnte lang hatte Franco sein Volk in einem rückständigen, von der katholischen Kirche streng reglementierten Regime isoliert. Damals trugen selbst junge Frauen schwarz. Ohne Erlaubnis des Vaters oder Ehemanns durfte keine

## Als Paparazzi den Zeitungen Nacktfotos anboten, wollte sie keiner drucken.

ins Ausland reisen. Nur die wenigsten Familienoberhäupter verfügten über ein Bankkonto. In den Dörfern regierten der Pfarrer und die Militärpolizei Guardia Civil. Nur Privilegierte hatten ein Auto.

Juan Carlos verkörperte den Neuanfang in einem verknöcherten Land. Gleich nach seiner Krönung reiste der junge König mit seiner Frau Sofía – Prinzessin von Griechenland und Schleswig-Holstein, Urenkelin des letzten deutschen Kaisers – durch die Regionen von Andalusien bis ins Baskenland. Die »alemana«, die Spanisch mit merkwürdigem Akzent sprach, hörte Feldarbeiterinnen genauso freundlich zu wie Fischern. Monarchisten gab es damals nur sehr wenige. Und so war es auch Sofía zu verdanken, dass die »Reyes«, die von Gnaden des Diktators eingesetzten spanischen Royals, nach und nach selbst Menschen für sich einnahmen, die ihre Hoffnungen in die Republik gesetzt hatten.

Das war nicht selbstverständlich für Juan Carlos, der 1938 im Exil als zweites

Kind einer verarmten Familie in Rom zur Welt kam. Schon früh wurde ihm eingeschärft, dass er den Thron zurückgewinnen sollte, den Großvater Alfonso XIII. im April 1931 widerstandslos geräumt hatte, als die Republik ausgerufen wurde. Sein Vater verhandelte mit dem Diktator und schickte den zehnjährigen Jungen allein in dessen Obhut nach Spanien zurück. Er habe sich »wie ein Pingpongball« zwischen den beiden gefühlt, sagte Juan Carlos später in einem seiner seltenen Interviews.

Seine Lehrer erlebten einen schüchternen jungen Prinzen mit traurigem Blick. Später, beim Studium in Madrid, galt er als sonderbarer Außenseiter, der von linken Studenten genauso angepöbelt wurde wie von Anhängern der falangistischen Einheitspartei. Noch zu Beginn seiner Regentschaft verspotteten ihn die Intellektuellen als »El Breve«, den Kurzen, der bald abtreten würde.

Doch der Franco-Zögling überraschte die Spanier, als er sich nach wenigen Monaten von der Bestimmung des Diktators befreite. Bereits im Juli 1976 holte er mit Adolfo Suárez einen jungen Juristen als Ministerpräsidenten, für den damals selbst die Töchter der Franco-Elite schwärmten. Suárez half dem König mit seinen Beziehungen zu den Größen des alten Regimes, den Franquismus zu entmachten und Spanien in eine Demokratie zu verwandeln: Das Ständeparlament wurde aufgelöst, eine Amnestie für politische Häftlinge erlassen, Parteien wurden legalisiert. Sogar die Kommunisten durften an den ersten Wahlen 1977 teilnehmen.

Eine Kommission, in die alle gewählten Parteien Vertreter entsandten, erarbeitete eine neue Verfassung. Darin verzichtet der König auf die absoluten Machtbefugnisse, die ihm Franco zugeordnet hatte. Juan Carlos wollte der König aller Spanier sein. Er hatte verstanden, dass die Monarchie nur auf diese Weise Zukunft haben würde.

Bis heute muss für Handlungen des Monarchen immer ein Mitglied der gewählten Regierung die Verantwortung übernehmen, er selbst hat keine Möglichkeit zu entscheiden. Fast alle Abgeordneten nahmen die Verfassung an, auch die Spanier stimmten ihr per Referendum zu.

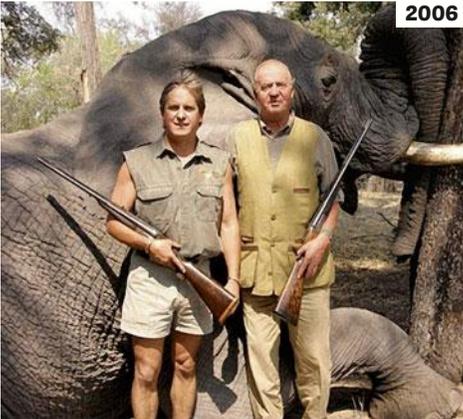
Während Juan Carlos im Ausland geachtet wurde, wuchs im Inneren die Un-

1962



UNITED ARCHIVES / topfoto

2006



Rann Safaris / Sipa Press



1975

bridgeman images

2020



Europa Press / Getty Images

## Aufstieg und Fall eines Idols

*Juan Carlos heiratete Sofia, eine Cousine dritten Grades, inmitten der Franco-Diktatur (1962); kurz nach dem Tod Francisco Francos wurde er zum König gekrönt (1975). Es folgten Jahre des Aufschwungs und Wohlstands in Spanien, in denen Juan Carlos ein ausschweifendes Leben führte, öfter als Großwildjäger in Botswana (2006). Am Ende entfremdete er sich von seiner Familie (2020) – Sofia ging nicht mit ins Exil.*

zufriedenheit der Franquisten. Besonders im Offizierskorps und bei der militärischen Polizeitruppe verstärkte sich die Unruhe. Am Nachmittag des 23. Februar 1981 nahm die Guardia Civil im Parlament die Abgeordneten als Geiseln, Komplizen besetzten die öffentliche Rundfunkstation. Es war der erste schwere Test für den König und die junge Demokratie.

Eine Fernsehkamera nahm auf, wie der Kommandeur der Guardia Civil mit erhobener Pistole Schüsse abgab und die Politiker auf dem Boden zwischen den Bankreihen Deckung suchten. Juan Carlos blieb nur deshalb als Einziger aus der Staatsführung auf freiem Fuß, weil sein militärischer Ausbilder die Verschwörer hatte

glauben lassen, sie handelten im Namen des Königs.

In seiner Residenz im Zarzuela-Palast telefonierte er stundenlang mit den Kommandeuren der Truppen. Er machte ihnen klar, dass er als Oberbefehlshaber der Streitkräfte den Putsch nicht deckte. Seinen Sohn, den 13-jährigen Felipe, behielt er an der Seite, um ihn zu lehren, wie ein König solche Krisen löst.

Schließlich wandte sich Juan Carlos im Fernsehen ans Volk und an die hohen Militärs, die noch zögerten, sich dem Putsch anzuschließen. Die Krone könne »Handlungen und Aktionen nicht hinnehmen, die bezwecken, den verfassungsmäßigen Prozess aufzuhalten, dem das spanische

Volk durch ein Referendum seine Zustimmung gegeben hat«, sagte der König.

Der Putsch scheiterte. Mit seinem Bekenntnis zur Verfassung gewann der König die Herzen der Spanier. Sie wurden zu Juancarlisten, wenn auch nicht zu Monarchisten.

Es begannen gute Jahre. Spanien wurde Mitglied der Nato und trat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei. Auch die Streitkräfte lernten demokratische Spielregeln. Autobahnen und Flughäfen, Meerentsalzungsanlagen und Windparks sowie der Hochgeschwindigkeitszug AVE wurden mit Milliardenhilfen aus Brüssel finanziert. Der König habe in diesen Jahren »Spanien in einer ganzen Reihe

schwieriger Situationen fantastische Dienste erwiesen«, verteidigt Felipe González, lange Zeit Ministerpräsident und Chef der Sozialistischen Arbeiterpartei PSOE, bis heute den König. Juan Carlos hatte es geschafft, Spanien wieder Ansehen in der Welt zu verschaffen.

Auch mit Journalisten ging er freundlich um. Ich erinnere mich, wie er uns Auslandskorrespondenten bei Reisen und Empfängen immer wieder auf Englisch, Französisch und gelegentlich sogar mit ein paar Wörtern auf Deutsch ansprach. Mit öffentlicher Kritik verschonte ihn die Presse – auch wenn der Lebensstil des Königs allerhand Stoff für Gerüchte bot.

Auf Mallorca wusste man um eine Liebschaft mit einer Dekorateurin. Die Hauptstädter raunten, ihr König brettere nachts häufig in Lederkluft auf dem Motorrad durch die Straßen, um in der Garage einer ehemaligen Schönheitskönigin zu verschwinden. Im Sommer schipperte er auf der Jacht »Fortuna«, die ihm Unternehmer von den Balearen geschenkt hatten. Doch als Paparazzi Nacktfotos von Bord anboten, wollte sie keiner drucken. Es gab Gerede über zwielichtige Banker und Finanziers, die meisten Spanier aber waren stolz auf ihren Macho-King mit dem ausgeprägten Jagdinstinkt.

Ich begegnete in jenen unbeschwertesten Jahren dem König und seiner Familie auf Empfängen und Konferenzen in Madrid, Barcelona, Berlin und anderswo. Königin Sofía hatte sich 2004, kurz nach der Heirat ihres Sohnes, vorgenommen, seiner Ehefrau Letizia bei der schwierigen Integration in den Bourbonen-Clan zu helfen. Letizia war Redakteurin und Nachrichtenmoderatorin beim spanischen Fernsehen, bevor sie den Prinzen kennenlernte. So lud Sofía vier spanische Männer und mich in die Madrider Akademie für Geschichte ein, um sich über die Arbeit der Presse zu informieren. Ist Journalistin nicht der schönste Beruf der Welt?, erkundigte sich Sofía, als wir beide aus Pappbechern Tee tranken, den die Königin in einer Thermoskanne mitgebracht hatte. Es war ein vertraulicher Moment. Die Männer waren gerade vor die Tür gegangen, um zu rauchen.

Sofía wurde in Griechenland und im deutschen Internat Salem für ein Leben bei Hof erzogen, sie hatte Musik und Archäologie studiert und begriff, was ihr unter Franco aufgewachsener Mann nicht einsehen wollte: Im 21. Jahrhundert darf der König einer demokratischen Gesellschaft weder durch Prunksucht auffallen noch aus der Krone Vorteile ziehen. Er muss dem Volk nützlich sein. Denn die Wähler können Politiker beauftragen, die Verfassung zu ändern, um die Monarchie abzuschaffen. Juan Carlos tat weiterhin so, als wäre er unverwundbar.



2006



1972

W. List / Agentur Bischoff

Robert Lebeck / PICTURE PRESS

## Sein und Schein

*Gerüchte über Affären begleiteten Juan Carlos lebenslang, seine frühere Geliebte Corinna zu Sayn-Wittgenstein-Sayn reiste sogar zu offiziellen Terminen mit (2006) – den Anschein einer intakten Ehe hielt er aber stets aufrecht (1972).*

Im April 2012 war aber dann Schluss mit der Omertà. Während einer Elefantenjagd in Botswana hatte sich Juan Carlos nachts die Hüfte gebrochen und musste zur Operation nach Madrid geflogen werden. Erstmals enthüllten die spanischen Journalisten den Namen seiner Favoritin, die ihn begleitet hatte: Corinna zu Sayn-Wittgenstein-Sayn, geborene Larsen. Eine deutsch-dänische Geschäftsfrau, zweimal geschieden, zwei Kinder, mit engen Kontakten zu saudischen Magnaten.

Juan Carlos hatte sie acht Jahre zuvor auf einer Treibjagd kennengelernt. Nun lassen die Bürger in der Zeitung, dass die »innige Freundin« damals die Hochzeitsreise des Thronfolgerpaars als Mr und Mrs Smith organisiert habe und zeitweise mit ihrem Sohn auf dem Gelände des Zarzuela-Palastes lebe. Was die Spanier mit ihrem

König entzweite, war jedoch nicht die Affäre. Sie nahmen ihm übel, dass er sich auf einer Lustreise amüsierte, als Spanien vor dem Staatsbankrott stand.

Zu Hause beschneidet der konservative Regierungschef immer mehr Sozialleistungen, Millionen Arbeitsplätze, vor allem für junge Leute, gingen verloren. Auch stand der Lieblingsschwiegersohn, Iñaki Urdangarin, ehemaliger Handballprofi und Mann der Tochter Cristina, unter Anklage, mit einer gemeinnützigen Stiftung öffentliche Gelder veruntreut zu haben.

Das alte Übel der Korruption hatte das spanische Königshaus, für alle Welt sichtbar, erfasst. Deshalb sah sich Juan Carlos 2012 gezwungen, bei der Entlassung aus dem Krankenhaus sein Volk um Verzeihung zu bitten: »Es tut mir sehr leid, ich habe mich geirrt, es wird nicht mehr vorkommen«, sagte er vor TV-Kameras.

Seine Frau, Königin Sofía, hatte alle Eskapaden ertragen und den Schein der intakten dynastischen Ehe gewahrt. Sie sei ein »echter Profi« hatte Juan Carlos sie stets gelobt. Sie stand weiterhin dem Treulosen bei und erfüllte Repräsentationspflichten tadellos. Aber im Palast lebten sie getrennt, jeder in einem Flügel.

Juan Carlos schaffte es nicht, die Spanier zurückzugewinnen. Zwar verschwand Corinna zu Sayn-Wittgenstein-Sayn im Sommer vor acht Jahren plötzlich aus Spanien – sie sei vom Geheimdienst außer Landes gebracht worden, klagt sie seither.

Als aber 2014 bei Umfragen nur noch weniger als die Hälfte der Befragten die Monarchie befürworteten, musste Juan Carlos zugunsten seines Sohnes abdanken. Nach 18 Operationen legte der Emeritierte vergangenes Jahr alle Aufgaben nieder. Gleich nach seiner Proklamation hatte Felipe VI. schärfere Regeln im Umgang mit öffentlichen Geldern eingeführt. Er macht transparent, wie er die Zuteilung aus dem Staatshaushalt für das Königshaus verwendet. Auf seine Jahreseinkünfte, derzeit sind es 242 769 Euro brutto – weit weniger als Apanagen anderer Könige in Europa – zahlt er sogar rund 42 Prozent Steuern.

Seine beiden älteren Schwestern hat Felipe gleich aus dem engen Kreis der »Familia Real« entfernt. Sie erhalten keine Aufwandsentschädigungen mehr. Allen Verwandten hat er verboten, Geschäfte zu machen und Geschenke anzunehmen. Zur königlichen Familie gehören nur seine Ehefrau, die Thronfolgerin Leonor und deren Schwester Sofía – sowie seine Eltern.

Im Frühjahr sah sich König Felipe dazu gezwungen, seinem Vater die Apanage von jährlich fast 200 000 Euro zu entziehen. Nur den Ehrentitel »Rey emérito« hat er ihm gelassen. Auf Druck der linken Koalitionsregierung hat er Anfang August

den Abschied von Juan Carlos aus dem Zarzuela-Palast vorbereitet.

Denn erst im März, während die Spanier wegen der Pandemie zu Hause eingesperrt waren, kam die ganze Tragweite der Corinna-Affäre ans Licht. Seine frühere Geliebte muss sich in der Schweiz gegen den Vorwurf der Geldwäsche verteidigen, sie tut das zulasten von Juan Carlos. Der alte König steht nackt am Pranger.

Die jüngsten Enthüllungen über den König gehen auf das Jahr 2015 zurück, als Corinna zu Sayn-Wittgenstein-Sayn sich einem ehemaligen Kriminalbeamten anvertraute, der jahrelang als Privatdetektiv für reiche Auftraggeber gespitzelt hatte. »Er ist besessen vom Geld«, erzählte sie über Juan Carlos. Koffer voller Scheine habe er nach Spanien geschleust, »manchmal waren es fünf Millionen«.

Was Corinna offenbar nicht wusste: Ihr Gesprächspartner zeichnete das Gespräch auf. Später fielen die Tonbänder Genfer Korruptionsermittlern in die Hände. Der Ex-Beamte, der seit November 2017 in Untersuchungshaft sitzt, hat die Aufzeichnungen wohl auch an die Presse geleakt, um seine Freilassung zu erpressen.

Die Schweizer Ermittler interessieren sich vor allem für ein großzügiges Geschenk des saudischen Königshauses in Höhe von 100 Millionen Dollar, damals umgerechnet 65 Millionen Euro, die 2008 auf das Konto einer Schweizer Privatbank flossen. Das Konto gehörte einer Stiftung mit Sitz in Panama, deren Nutznießer Juan Carlos und dessen Sohn sowie Tochter Elena waren.

Als Felipe VI. davon im vergangenen Jahr erfuhr, verzichtete er auf das Erbe und informierte die spanische Regierung. Es stellte sich heraus, dass zwei Monate nach der verunglückten Safari in Botswana 65 Millionen Euro auf das Konto von Corinna zu Sayn-Wittgenstein-Sayn auf den Bahama geflossen waren. Die Summe habe ihr Juan Carlos »aus Dankbarkeit und Liebe« geschenkt, sagte die Geschäftsfrau aus.

Ihrer Aussage nach handelt es sich bei den Millionen um Bestechungsgelder, die er für die Vermittlung zum Bau einer Hochgeschwindigkeitszugstrecke zwischen Mekka und Medina erhalten habe. Ein überwiegend spanisches Konsortium hatte den Auftrag erhalten, Jahre nachdem Juan Carlos 2006 auf Staatsbesuch nach Riad geflogen war, mit Corinna in seiner Delegation.

Vor der Mittellosigkeit nach einer Abdankung, so erzählen Freunde, hatte Juan Carlos immer Angst. Er habe seiner Herzensfreundin Corinna sogar einen Heiratsantrag gemacht, den sie aber ablehnte. Sein Biograf Paul Preston zeigte Verständnis: Man habe ihm die Kindheit und Jugend geraubt. Als er den Thron bestieg, erlebte er gefährliche Zeiten. Da dachte Juan Carlos wohl, endlich ein Anrecht auf Vergnügen und Genuss zu haben.



1973



2018

## Von der Diktatur zur Demokratie

*Fast vier Jahrzehnte lang isolierte Franco die Spanier in einem rückständigen Regime (1973). Juan Carlos führte das Land aus dieser dunklen Ära heraus – nun muss sein Sohn Felipe, der neue König, die Krisen bewältigen (2018).*

Inzwischen ermittelt auch die Staatsanwaltschaft in Madrid. Die Ex-Freundin soll Ende September per Videokonferenz aussagen. Das muss das Königshaus fürchten.

Zwar genießt Juan Carlos Immunität, zumindest bis zu seiner Abdankung; einige Verfassungsrechtler glauben sogar auf Lebenszeit. Doch mit dem Jonglieren von Schmiergeldern zwischen Finanzparadiesen, um Steuern zu hinterziehen, hat er bei jüngeren Landsleuten seinen Ruf verspielt.

Für die Spanier unter 40 Jahren werde er wahrscheinlich »als der mit Corinna, der mit dem Elefanten und der mit dem Koffer« in Erinnerung bleiben, soll der alte König unlängst Freunden gestanden haben. In Spanien prüft jetzt das Oberste Gericht, ob es genügend Indizien für ein Verfahren gegen das frühere Staatsoberhaupt gibt.

Juan Carlos hat ein gebeuteltes Land verlassen, das in diesem Sommer beson-

ders leidet, mit einer der höchsten Zahlen an Corona-Infizierten und -Toten in Europa. Spaniens Wirtschaft ist stark vom Tourismus abhängig, viele Menschen fürchten sich vor einer neuerlichen Wirtschaftskrise.

Die politische Stabilität der Ära von Juan Carlos, als sich konservative und Mitte-links-Regierungen an der Macht ablösten, ist dahin. Enttäuscht von Vernetzung und Vorteilsnahme bei den Parteien, haben die Spanier in den vergangenen Jahren neue Formationen wie Liberale, Ultrarechte und die linke Protestpartei Podemos ausprobiert.

Ministerpräsident Pedro Sánchez führt eine schwache linke Koalition. Sie laviert noch mit dem Budget der Konservativen von 2015, weil der Ministerpräsident es nicht einmal geschafft hat, einen eigenen Haushaltsplan zu verabschieden. Zudem sind in Katalonien Parteien erstarkt, die für die Loslösung vom Königreich kämpfen.

Felipe VI. muss der jungen Generation jetzt beweisen, wie vorteilhaft es für die Spanier ist, dass sie ihr Staatsoberhaupt nicht aus verfeindeten Parteien rekrutieren müssen. Und er muss dem Land erklären, wozu man ein Königshaus überhaupt noch braucht.

Juan Carlos I. hat nach seiner Abreise mitteilen lassen, er stehe der Justiz in der Heimat zur Verfügung. Der junge König war unterdessen mit Letizia und den Töchtern zur Sommerfrische auf Mallorca. Dort hat ihn im Palast seine Mutter Sofia erwartet. Sie hat ihren Mann nicht außer Landes begleitet. Ihr Platz sei an der Seite des Königs, das hat sie immer gesagt. Und der heißt jetzt Felipe.



**Helene Zuber**, Spanien-Korrespondentin des SPIEGEL, beobachtet die Königsfamilie seit Jahrzehnten, auch Juan Carlos – hier mit Bundespräsident Horst Köhler (M.) im Berliner Schloss Bellevue 2007.

# Für den Buchhandel

Das Kulturmagazin des SPIEGEL jetzt kostenfrei zur Auslage anfordern

Alle Leserinnen und Leser können sich im Oktober auf eine **vielseitige Literaturberichterstattung** beim SPIEGEL freuen. Der digitale SPIEGEL präsentiert erstmals mit der **SPIEGEL-BESTSELLER-Buchwoche** – parallel zur Frankfurter Buchmesse – über mehrere Tage ein **umfangreiches journalistisches Programm zu Buch- und Buchmarktthemen**. Das Kulturmagazin SPIEGEL BESTSELLER liefert dazu einen Überblick über die **aktuellen Erfolgstitel und Bestsellerlisten**.

Die ersten 100 Buchhändler, die sich bis zum **15. September** bei [bestseller@spiegel.de](mailto:bestseller@spiegel.de) melden, erhalten jeweils **200 Exemplare des Magazins kostenfrei** zur Auslage für ihre Kunden. Nutzen Sie diesen Service und seien Sie bei der ersten SPIEGEL-BESTSELLER-Buchwoche dabei!

Erscheinungstermin: **9. Oktober 2020**  
Anzeigenbuchungen: **Jens Vellguth**,  
040/ 3007-2627, [jens.vellguth@spiegel.de](mailto:jens.vellguth@spiegel.de)

SPIEGEL-  
BESTSELLER-  
Buchwoche vom  
14. bis 18.  
Oktober auf  
[spiegel.de](http://spiegel.de)



# Sport



**Die Fußballerin Pernille Harder** erzielte für den deutschen Meister VfL Wolfsburg in 114 Pflichtpartien 105 Tore, eine sensationelle Quote. Kommende Saison spielt die Dänin für den FC Chelsea. Viele Topklubs in England investieren inzwischen verstärkt in den Profifußball der Frauen. Harder wird mit einem Jahresgehalt von 170 000 Euro zu den bestbezahlten Spielerinnen der Womens's Super League gehören. Im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen ist ihr Gehalt jedoch mehr als bescheiden. 170 000 Euro verdienen die Stars der Premier League in einer Woche.

## Gut zu wissen

# Warum dauert eine NFL-Karriere im Schnitt nur 3,3 Jahre?

● Obwohl sich das Coronavirus in den USA weiter ausbreitet, startet die US-amerikanische Footballliga NFL am Donnerstag in die neue Saison. 67 der rund 1700 NFL-Spieler treten nicht an, viele aus Angst vor einer Infektion. Die Sportler wollen ihre oft kurze Karriere nicht gefährden. Im Schnitt hält sich ein NFL-Spieler nach Angaben der Spielergewerkschaft NFLPA nur 3,3 Jahre in der Liga.

Das liegt vor allem am hohen Verletzungsrisiko beim Vollkontaktsport Football. Trotz Regeländerungen zum Schutz der Spieler sind die Verletzungszahlen hoch. Die Liga zählte vergangene Saison allein bis zum Start der Play-offs 47 Kreuz- und 109 Innenbandrisse im Knie, 224 Gehirnerschütterungen und rund 600 Weichteilverletzungen.

Setzt ein Spieler diese Saison aus, minimiert er sein Infektions- und Verletzungsrisiko und kassiert dennoch 150 000 Dollar. Gehört er zu einer Corona-Risikogrup-

pe sind es 350 000 Dollar. Der wohl prominenteste Saisonverweigerer ist der dreimalige Super-Bowl-Sieger Dont'a Hightower von den New England Patriots.

Jede Verletzung kann in der NFL eine zu viel sein, unzählige vertraglose Spieler lauern auf ihre Chance. Mehr als 16 000 junge Footballspieler beenden jedes Jahr ihre Ausbildung an einer amerikanischen



Footballprofi Hightower (r.)

Hochschule und hoffen auf den Sprung in den Profibereich, nur rund 250 von ihnen gelingt der auf Anhieb. Viele andere halten sich fit und stehen bereit, wenn sich ein Profi verletzt oder zu wenig Leistung bringt.

Unersetzbar ist beinahe niemand. Im US-Sport können die Spieler jederzeit entlassen werden. Der deutsche NFL-Profi Kasim Edebali stand seit 2014 bei acht verschiedenen Teams unter Vertrag. Zuletzt versuchte er es bei den Oakland Raiders – und wurde nach einer Woche gefeuert. »Wenn du kein Superstar bist, kann jeder Tag dein letzter sein«, sagte er dem SPIEGEL vor rund einem Jahr.

Solche Sorgen hat Patrick Mahomes nicht. Der Quarterback hat bei den Kansas City Chiefs gerade einen Zehnjahresvertrag unterschrieben, der ihm rund 500 Millionen Dollar einbringen könnte. Die Saison auszusetzen war für ihn keine Option. JOK



**Mittelgewichtler Sturm\*:** Im Knast Mau-Mau gelernt

# »Ich hatte Spaß, ich habe gelebt, ich war wild«

**SPIEGEL-Gespräch** Er saß im Gefängnis, hat Steuern hinterzogen und ein Dopingverfahren am Hals, aber jetzt glaubt Ex-Weltmeister Felix Sturm an ein Comeback. Warum?

*Sturm, 41, 1979 unter dem Namen Adnan Ćatić in Leverkusen geboren, war zwischen 2003 und 2016 fünfmal Weltmeister. Der Mittelgewichtler war ein Publikumsliebling, boxte vor fast 20 000 Zuschauern. Stars wie der Fußballer Lukas Podolski saßen bei seinen Auftritten am Ring, am Bildschirm verfolgten Millionen seine Kämpfe. Im Gespräch mit dem SPIEGEL äußert er sich jetzt erstmals über seinen Prozess.*

**SPIEGEL:** Herr Sturm, Sie wurden am 5. April 2019 auf einer Fitnessmesse in Köln verhaftet, weil Sie Steuern in Millionenhöhe hinterzogen haben sollen. Wie erinnern Sie sich an den Tag?

**Sturm:** Zu Hause habe ich mich von meiner Frau und meinen Kindern verabschiedet und gesagt: Wir sehen uns heute Abend. Dann standen auf der Messe plötzlich Herrschaften vor mir und meinten, sie müssten mal mit mir reden, sie hätten einen Haftbefehl gegen mich. Am Anfang dachte ich noch, das wäre ein Witz. Versteckte Kamera oder so. Dann habe ich gemerkt, dass die anderen Leute um mich herum alle ziemlich blass geworden sind. Da wusste ich, dass es ernst ist.

\* Links: nach seinem Sieg im WM-Kampf gegen den Russen Fjodor Tschudinow 2016 in Oberhausen.

**SPIEGEL:** Sie saßen knapp neun Monate lang in Untersuchungshaft. Wie waren die Umstände?

**Sturm:** Ich war zuerst im Hochsicherheits-trakt der JVA Köln. Es gab ein großes vergittertes Fenster. Die ersten fünfeinhalb Monate habe ich auf eine rote Backsteinwand gestarrt. Zwei Stunden am Tag konnte ich laufen. Eine Runde waren 60 Schritte. Ich bin 150 bis 200 Runden gelaufen, um auf Kilometer zu kommen.

**SPIEGEL:** Wie haben die übrigen Gefangenen auf Sie reagiert?

**Sturm:** Relativ normal. Hochsicherheits-trakt bedeutet natürlich, dass es da Leute gibt, die nicht ohne sind. Aber die meisten

haben sich bei mir freundlich vorgestellt. Gewalt unter den Inhaftierten oder Ähnliches, was man aus Filmen kennt, das gab's nicht. Montag bis Freitag hatte ich drei Stunden Freizeit, da haben wir gekickert und Karten gespielt. Ich habe im Knast Mau-Mau gelernt.

**SPIEGEL:** Sie sollen zwischen 2009 und 2017 insgesamt 5,8 Millionen Euro Steuern hinterzogen haben, indem Sie Kampfbörsen in der Schweiz parkten, am deutschen Fiskus vorbei.

**Sturm:** So lautete die Anklage. In der Gerichtsverhandlung ist klar geworden, dass das so nicht gelaufen ist. Ich wurde 2006 von dem Finanzberater Hans Peter Moser angesprochen, der mir ein Modell vorgestellt hat, was mich von meinem damaligen Boxstall Universum unabhängig machen sollte. Meine Gagen flossen an seine Schweizer Firma Concret, die dann entsprechende Leistungen für mich erbrachte.

**SPIEGEL:** Welche denn?

**Sturm:** Der Vertrag sah vor, dass ich meine Börsen an Concret abtrete und dafür jedes Jahr eine Garantiesumme erhalte, egal wie meine Kämpfe ausgehen. Das hat unheimlich Druck von mir genommen. Im Boxen ist es ja so: Einmal verlieren ist okay. Aber danach wird schon spekuliert: Verkraftet er das? Kommt er zurück? Das war bei mir nach einem schweren Knock-out 2006 auch so. Verliert man ein weiteres Mal, ist man so gut wie raus. Dazu kommt die Gefahr von Verletzungen. Die garantierten Mindestsummen gaben mir Sicherheit. Das war wie eine Versicherung.

**SPIEGEL:** Am Ende wurden Sie trotzdem wegen einer Million Euro nicht gezahlter Steuern verurteilt.

**Sturm:** Die Strafe bezog sich vor allem auf die Jahre 2008 und 2009. Über die muss man nicht lange streiten. Die Zahlungen sind damals meinerseits falsch abgewickelt worden. In der Untersuchungshaft hatte ich Zeit, mich mit Steuerrecht zu beschäftigen. Da wurde mir erst mal bewusst, wie viel da schiefgelaufen ist. Mein größter Fehler war, dass ich einfach so die Steuererklärung unterschrieben habe. Ich kann nur jedem empfehlen, seinem Steuerberater nicht blind zu vertrauen. Das habe ich getan, und dafür bin ich verantwortlich.

**SPIEGEL:** Erschwerend kam hinzu, dass Sie bereits wegen Steuerhinterziehung vorbestraft waren.

**Sturm:** Richtig. Das bezog sich auf die Zeit 2001 bis 2006. Für diese Zeit habe ich keine Einkommensteuererklärung abgegeben.

**SPIEGEL:** Warum nicht?

**Sturm:** Weil ich mich einfach nicht drum gekümmert habe. Ich habe geboxt und geglaubt, ich wäre der Größte. Ich war jung und naiv, ich hatte Spaß, ich habe gelebt, ich war wild zu der Zeit. Steuern

haben mich nicht interessiert. Heute bin ich schlauer.

**SPIEGEL:** Profiboxen ist ein Geschäft, in dem oft betrogen wird. Titel werden gekauft, Urteile von Ringrichtern manipuliert. Sie haben sich jahrelang in dem Milieu bewegt. Wurden Sie selbst schon mal betrogen?

**Sturm:** Dieser Ruf eilt dem Boxsport leider voraus. Sicherlich in einigen Fällen auch gerechtfertigt. Aber deswegen den gesamten Sport unter Generalverdacht zu stellen, ist ganz sicher falsch. Vor einiger Zeit habe ich einen Artikel über die größten Skandalurteile im Boxen gelesen. Auf Platz sechs stand mein Kampf gegen Oscar de la Hoya.

**SPIEGEL:** Sie kämpften 2004 in Las Vegas gegen den damaligen Weltmeister. Alle Experten sahen Sie als Außenseiter damals nach zwölf Runden vorn, trotzdem wurde de la Hoya zum Sieger erklärt.

**Sturm:** Das Urteil war falsch. Aber am Ende hat mir die Niederlage mehr gebracht als ein Sieg. Ein großer Hype entstand. Ich war mit einem Schlag auch in Amerika bekannt.

**SPIEGEL:** De la Hoya hatte bereits einen Kampf um alle vier Mittelgewichtsgürtel

»Boxen ist meine Leidenschaft, und man verdient gutes Geld dabei, also eine ideale Kombination.«

geplant. Ein Sieg von Ihnen hätte diesen Megafight verhindert. Wurde der Kampf verschoben?

**Sturm:** Wenn man mitbekommt, was im Hintergrund gelaufen ist, mit den Promotern, den Fernsehsendern, da muss man sich schon Gedanken machen. Ich habe an diesem Abend sicherlich am schlechtesten von allen verdient.

**SPIEGEL:** Auch Sie sollen bei Trickereien mitgemacht haben. Ihr Titel als Superchampion der World Boxing Association (WBA) sei 2010 erkaufte worden, behauptet Ahmet Öner, ein Boxpromoter, mit dem Sie vor Jahren kurz zusammengearbeitet haben und der sie später schwer beschuldigt hat.

**Sturm:** Zum einen muss ich Ihnen deutlich widersprechen. Ich habe bei keinen Trickereien mitgemacht, und zum anderen habe ich nie mit diesem Mann zusammengearbeitet. Er hat diese Geschichte erfunden, weil er gerne bei uns dabei gewesen wäre. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

**SPIEGEL:** Öner hat Ihnen vor einigen Jahren vorgeworfen, einen Mordkomplott gegen ihn geschmiedet zu haben. Zeitweise ermittelte die Staatsanwaltschaft.

**Sturm:** Wie gesagt, über die absurden Geschichten von diesem Mann werde ich kein weiteres Wort verlieren.

**SPIEGEL:** Haben Sie den Superchampiontitel gekauft?

**Sturm:** Nein, selbstverständlich nicht. Ich habe mir jeden Titel meiner Karriere hart erarbeitet.

**SPIEGEL:** Sie haben als Weltmeister ebenfalls von umstrittenen Urteilen profitiert. Bei Ihrer Titelverteidigung gegen den Briten Matthew Macklin sahen die meisten Experten Ihren Gegner vorn. Aber der Sieg ging an Felix Sturm.

**Sturm:** Wenn man erfolgreich ist, hat man irgendwann einen Status. Das ist aber etwas ganz anderes, als sich Titel zu erkaufen. Der Favorit hat immer einen Vorteil. Das ist nicht nur im Boxsport so.

**SPIEGEL:** Sie scheinen jemand zu sein, der auch durch Betrügereien versucht hat, das Schicksal in die gewünschte Richtung zu lenken. Nach Ihrem letzten WM-Sieg 2016 gegen den Russen Fjodor Tschudinow wurden Sie positiv auf das Anabolikum Stanazolol getestet und wegen Dopingmissbrauch und Körperverletzung verurteilt.

**Sturm:** Ihre provokante Fragestellung muss ich im Moment leider so hinnehmen. Ich kann Ihnen dennoch versichern, dass ich nie gedopt habe.

**SPIEGEL:** Wie kamen dann die Anabolikaspuren in Ihren Urin?

**Sturm:** Genau das ist die Frage, die ich seit vielen Jahren versuche zu beantworten. Zur Vorbereitung auf den Kampf gegen Tschudinow war ich drei Wochen im Trainingslager in Kitzbühel, auf Wunsch meines Trainers. Einfach, um aus meinem gewohnten Umfeld herauszukommen. Im Verfahren kam der Vorwurf auf, dass ich nach Österreich gereist sei, um zu dopen. Warum sollte ich das tun? Stanazolol gibt es als Tabletten und in Ampullen. Das könnte ich überall einnehmen.

**SPIEGEL:** Der Kampf gegen Tschudinow fand in Oberhausen statt. Sie kamen dank Ihrer Physis zum Arbeitssieg. Nach dem Fight mussten Sie zur Dopingkontrolle. Gegen 1.30 Uhr war das Prozedere abgeschlossen.

**Sturm:** Richtig. Dann hat das Ehepaar, das die Kontrolle durchgeführt hat, die Urinprobe über Nacht mitgenommen.

**SPIEGEL:** Was wollen Sie damit andeuten?

**Sturm:** Nichts. Ich berichte nur, wie der genaue Ablauf dieser Dopingprobe gewesen ist. Genau wie Sie das getan haben. Ich unterstelle niemandem etwas, aber ich schließe auch nichts aus.

**SPIEGEL:** Im Zuge des Verfahrens äußerten Sie den Verdacht, dass Ihnen das Mittel ohne Ihr Wissen nach dem Kampf in ein Getränk gemischt worden sein könnte. Die Ermittler fanden jedoch keinen Hinweis für eine Manipulation.

**Sturm:** Es ist auch fast unmöglich, Beweise für eine Manipulation dieser Art rückblickend zu bekommen. Aber es gibt genügend Beispiele, bei denen Leuten etwas untergeschoben wurde. Ich kann nichts beweisen. Genau, wie es für meine Schuld keine Beweise gibt. Die Nationale Anti-Doping-Agentur Nada hat nur Vermutungen. Ein Gutachten der Sporthochschule Köln hat bestätigt, dass es auch möglich ist, dass ich das Stanozonol über verunreinigte Lebensmittel aufgenommen habe. Bei mir wurden nur 30 Pikogramm gefunden, eine verschwindend geringe Menge.

**SPIEGEL:** Stanozonol fördert das Muskelwachstum und verbessert die Regenerationsfähigkeit nach harten Trainingseinheiten. Es kann Boxern nützen.

**Sturm:** Ich bin ein Kämpfer, der sich im Ring viel bewegt. Keiner, der den Gegner unbedingst umhauen will. Für mich ist Schnelkraft und Ausdauer wichtig, nicht Muskelkraft.

**SPIEGEL:** Es wurde auch schon anderen Profiboxern Anabolikamissbrauch nachgewiesen.

**Sturm:** Warum sollte ich für meine Karriere, nach so vielen Erfolgen, ein Risiko eingehen, mit so einem Mittel erwischt zu werden und dann alles für immer beschädigt zu haben? Das ergibt keinen Sinn. Die Nada kann mich 24 Stunden am Tag testen. Ich war und bin sauber.

**SPIEGEL:** Verstehen wir Sie richtig: Die Steuerdelikte räumen Sie ein, das ist für Sie abgeschlossen. Aber gegen das Dopingurteil wollen Sie vorgehen?

**Sturm:** Richtig, die Steuersache erkenne ich wie im Urteil verfasst an. Ich habe hier einen großen Fehler gemacht, für den ich auch geradestehe. Aber ich habe nicht gedopt und gehe deshalb weiter dagegen vor. Wir müssen abwarten, ob der Bundesgerichtshof die Revision annimmt. Sollte das der Fall sein, wird sich das Verfahren sicher bis ins nächste Jahr ziehen.

**SPIEGEL:** Sie wollen noch mal in den Ring.

**Sturm:** Ich trainiere sechsmal die Woche, ich bin fit. Ich will noch vier bis sechs Kämpfe machen. Klar, für einen Boxer bin ich mit 41 Jahren nicht mehr der Jüngste. Aber ich rauche nicht, ich trinke nicht. Und ich habe Spaß am Boxen. Mir fällt es nicht schwer, mich zu quälen.

**SPIEGEL:** Sie haben als Boxer hohe Börsen kassiert. Im Verlauf Ihrer Karriere sollen Sie rund 16 Millionen Euro verdient haben.

**Sturm:** Auf jeden Fall habe ich viel Geld verdient.

**SPIEGEL:** Wie viel ist denn noch da? Im Prozess haben Sie ausgesagt, Sie seien vermögenslos.

**Sturm:** Ich rede jetzt hier nicht über mein Vermögen. Wichtig ist, dass es meiner Familie gut geht. Das ist der Fall. Wir kommen klar.

**SPIEGEL:** Müssen Sie aus finanziellen Gründen wieder Boxen?

**Sturm:** Ich muss weiter Geld verdienen. Boxen ist meine Leidenschaft, und man verdient gutes Geld dabei. Also für jemanden wie mich eine ideale Kombination.

**SPIEGEL:** Es wird über einen Kampf gegen Ihren früheren Rivalen Arthur Abraham gesprochen. Abraham ist 40 Jahre alt. Experten sprechen von einem Fight der Boxrentner.

**Sturm:** Das kann jeder nennen, wie er möchte. Niemand wird gezwungen, sich einen solchen möglichen Kampf anzusehen. Ich glaube, so ein Kampf wäre gut für das deutsche Boxen.

**SPIEGEL:** Wenn das Dopingurteil bestätigt wird, dürfen Sie gar nicht boxen.

**Sturm:** Weder der Bund Deutscher Berufsboxer noch der Weltverband WBA haben mich bislang gesperrt. Hätte es die Coronakrise nicht gegeben, hätte ich bereits wieder im Ring gestanden.

**SPIEGEL:** Die dreijährige Gefängnisstrafe müssen Sie aber noch verbüßen, oder?

**Sturm:** Ich saß acht Monate und 17 Tage in U-Haft. Diese Zeit muss mir angerechnet werden. Ich hoffe auf die Anerkennung einer Halbstrafe und dass ich meine restliche Haftzeit im offenen Vollzug ableisten kann. Das würde mir die Möglichkeit geben, mich auf einen Kampf vorzubereiten.

**SPIEGEL:** Warum sollte das Publikum ein Interesse haben an dem Kampf eines gealterten Ex-Champions, der wegen Steuerhinterziehung im Gefängnis war?

**Sturm:** Weil ich alles geben und die Zuschauer nicht enttäuschen werde. Es saßen schon viele Boxer im Gefängnis. Es gibt nicht den perfekten Boxer, nicht den perfekten Menschen. Die Leute sollen sich ein Urteil bilden, wenn sie mich im Ring sehen.

**SPIEGEL:** Herr Sturm, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



**Sturm (2. v. l.), SPIEGEL-Redakteure\***

»Es gibt nicht den perfekten Menschen«

# Falsches Signal

**Fußball** Der Streit der Bundesländer um die Corona-Regeln verzerrt den Wettbewerb: Manche Vereine spielen vor Zuschauern, andere vor leeren Rängen.

**D**ie Zusage erreichte die Geschäftsstelle der Roten Bullen am Dienstagmittag schneller als erwartet. Eigentlich hatten die Verantwortlichen des Fußballklubs RB Leipzig frühestens für Mittwoch mit der Nachricht der Stadt gerechnet, dass zum Start der Bundesliga-saison wieder Tausende Zuschauer in ihr Stadion dürfen.

Das Gesundheitsamt hatte wohl wenig Bedenken, trotz der Corona-Pandemie 8500 Fans zum ersten Spiel gegen Mainz am 20. September zuzulassen. Das Stadion darf damit zu einem Fünftel ausgelastet werden. Die Arena ist modern, verfügt über viel Freifläche und zahlreiche Ein- und Ausgänge. Die Fans, so sieht es das Konzept vor, sollen je nach Platz zu unterschiedlichen Zeiten eingelassen werden, damit sich keine Schlangen bilden. Nach dem Spiel werden die Reihen von oben nach unten geleert. Die Tickets sollen nun unter den Dauerkartenbesitzern in Sachsen verlost werden.

Für viele Fans ist das eine erlösende Nachricht. Endlich keine Geisterspiele mehr. Trotz Warnungen von Virologen vor einer wachsenden Ansteckungsgefahr im Herbst und Winter kämpfen auch die anderen Profivereine seit Wochen für die Rückkehr der Fans. Eine so stattliche Kulisse wie für RB ist noch nirgends genehmigt worden. Der Gegner Mainz darf in seine Arena gerade mal 350 Zuschauer lassen.

Doch ein »Dosenöffner« für eine Normalisierung des Ligabetriebs, wie einige bereits mutmaßten, ist die Genehmigung nicht. Vielmehr wird sich ein Flickenteppich entwickeln, der zur Wettbewerbsverzerrung führt. Manche Vereine werden vor ihren Fans spielen, andere vor weitgehend leeren Rängen. Es wirkt absurd: Schon zuletzt durfte der Regionalligist Carl Zeiss Jena vor fast 2000 Zuschauern antreten, während bei Bayern München nicht ein einziger Fan zugelassen ist.

Grund sind die nicht abgestimmten Corona-Regeln in den Bundesländern. Vor allem die ostdeutschen Länder wollen angesichts relativ geringer Infektionszahlen ihren Bürgern nicht so strenge Vorschriften zumuten. Die seien dort nicht vermittelbar.

\* Rafael Buschmann, Sven Becker und Gerhard Pfeil vor der Kanzlei seines Verteidigers Nils Kröber in Köln.



Spieler, Fans in Jena: Ostdeutsche Vereine profitieren

Um dennoch bei übergreifenden Themen eine einheitliche Linie zu finden, konferierten die Länderchefs in der vergangenen Woche mit Kanzlerin Angela Merkel. Doch die Gespräche erwiesen sich als überaus mühsam. Insbesondere Reiner Haseloff (CDU), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, habe viele Einschränkungen abgelehnt, berichten Teilnehmer. So auch eine generelle Obergrenze der Fanzahlen bei Sportveranstaltungen.

Trotzdem erweckte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU), der zurzeit die Konferenz der Länderchefs leitet, hinterher den Eindruck, er hätte alle Teilnehmer auf seine vorsichtige Linie eingeschworen: »Es ist nicht sinnvoll, im September mit Zuschauern zu starten.« Das sei angesichts der Infektionszahlen ein »falsches Signal«. Stattdessen sollten die Chefs der Staatskanzleien bis Ende Oktober einen Vorschlag für »bundesweite Sportveranstaltungen« entwickeln.

Doch die angebliche Einigkeit hielt nur wenige Stunden. Kaum waren die Worte des Bayern verklungen, erklärte bereits der Magdeburger Oberbürgermeister aus Haseloffs Land via Lokalpresse, er könne sich schon beim Pokalspiel des heimischen Drittligisten in gut einer Woche 7500 Fans im Stadion vorstellen.

Peinlicher noch für Söder ist das Verhalten seines Kollegen Michael Kretschmer (CDU). Wenige Minuten nachdem die Stadt Leipzig die Genehmigung erteilt hatte, ließ sich der sächsische Landesvater mit der Bemerkung zitieren, mit einem »klugen« Hygienekonzept zeige RB, »was alles möglich ist« – gerade so, als existierte gut eine Autostunde von der bayerischen Landesgrenze entfernt eine andere Welt. Die Zulassung der Fans wurde damit auch zum

politischen Wettstreit, wer die Pandemie besser im Griff hat – Sachsen 1, Bayern 0.

Dass Kretschmer sich nicht um die Befindlichkeiten der anderen Länderchefs scheren würde, war freilich vorher klar. Sachsen ist stolz auf seinen Sonderweg bei Corona. »Hier wird nichts verboten, sondern alles zugelassen, was zugelassen werden kann«, so ein Sprecher der Regierung.

In vielen anderen Landeshauptstädten sorgt das Vorpreschen Kretschmers für Ärger, zumal die Gesundheitsminister der Länder erst kürzlich unisono verkündet hatten, Fans in den Stadien seien zumindest bis Ende Oktober nicht vertretbar. Nun stehen die Regierungschefs, die eine

### »Ein bundesweites Vorgehen wäre ausgesprochen klug – nicht nur im Profisport.«

harte Linie vertreten, plötzlich als Spaßbremsen da, die einen fairen Sport verhindern. Zudem wachsen Zweifel, ob die neue Arbeitsgruppe überhaupt sinnvoll ist. Zwar haben sich die Chefs der Staatskanzleien unter bayerischer Leitung am Freitag erstmals abgestimmt, aber zu mehr als einer Sondierung kam es nicht.

»Warum das Land Sachsen meint, derart vorpreschen zu müssen, müssten Sie vielleicht Herrn Kretschmer fragen«, schimpft der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), selbst begeisterter Fußballfan. »Ein bundesweites Vorgehen wäre ausgesprochen klug – nicht nur im Profisport.« In Niedersachsen dürfen auch künftig nur 500 Fans ins Stadion: »Wir

haben vor allem gute Erfahrungen damit gemacht, uns nicht von Entscheidungen in anderen Ländern treiben zu lassen«, so Weil.

Womöglich aber werden andere Landeschefs bald schwach. In Hamburg etwa denkt der Senat darüber nach, für ein Tennisturnier die derzeitige Grenze von 1000 Zuschauern anzuheben. Dann ließen sich die Beschränkungen für den HSV und St. Pauli kaum aufrechterhalten. In Berlin bestreitet Union an diesem Wochenende ein Freundschaftsspiel gegen Nürnberg vor 5000 Gästen. Es ist ein Test. Der Verein und Konkurrent Hertha hoffen, mit mindestens so vielen Fans auch in der Liga starten zu können.

Mancher Ministerpräsident hatte noch gehofft, die Deutsche Fußball Liga würde die Spannung aus dem politischen Konflikt nehmen. Immerhin, so das Kalkül, müsse sie für einen fairen Wettbewerb sorgen und mäßigend auf die Klubs einwirken. Doch bei der Mitgliederversammlung am Donnerstag, bei der es vor allem um den Ansteckungsschutz der Kicker für die kommende Saison ging, spielte die keine große Rolle.

Im Gegenteil, gerade mit der Ungleichbehandlung versucht die Liga, die Politik unter Druck zu setzen. So beglückwünschten die Chefs von Bayern und Dortmund ihren Konkurrenten, statt sich über Nachteile für ihre Vereine zu beklagen.

Dabei war es den Leipziger Fußballfunktionären lange gar nicht recht, voranzumarschieren. Das Image von RB als Retortenverein ohne Geldsorgen ist ohnehin nicht das beste. Deshalb wollte man auf einheitliche Vorgaben der Politik oder der DFL warten.

Tatsächlich spielen die Ticketverkäufe für die Erstligavereneine keine große Rolle. In der vorvergangenen Saison nahmen sie dadurch mehr als eine halbe Milliarde Euro ein. Das entspricht einem Achtel ihrer Erlöse. In den unteren Ligen ist das anders, dort wird es zu einer stärkeren Wettbewerbsverzerrung kommen.

Trotzdem hat auch der Deutsche Fußball-Bund, zuständig für die dritte Liga und den Pokalwettbewerb, auf klare Vorgaben verzichtet. Die Zahl der Zuschauer müsse sich nach der »regionalen Verfügungslage« richten. So werden voraussichtlich die ostdeutschen Vereine profitieren.

Dem Hamburger Pokalsieger Eintracht Norderstedt, der in der ersten Hauptrunde gegen Leverkusen antreten darf, blieb dagegen nichts übrig, als sein Heimrecht abzutreten. Zum Spiel des Jahres für den Verein wären nur 300 Zuschauer zugelassen worden. Das hätte sich angesichts der Kosten nicht gerechnet. Nun steigt das Spiel wohl ohne Zuschauer in der BayArena. Michael Fröhlingdorf



Tony Wu / Nature Picture Library

**Das Meer ist ein gefährlicher Ort** für die nur wenige Zentimeter großen Jungtiere des Koreanischen Seepferdchens. Doch nach der Geburt gibt es nun kein Zurück mehr in Vaters schützende Bruttasche. Wie bei allen Seepferdchen wird auch bei dieser Art das Männchen trüchtig und gebiert den Nachwuchs. Die Fischart lebt in Algenwäldern an der Südküste der koreanischen Halbinsel und vor Japan und wurde erst 2017 als eigene Spezies anerkannt.

## Reisen im Viren-ICE

**Analyse** Die Bahn sperrt sich gegen verpflichtende Reservierungen – und erhöht so das Infektionsrisiko.

● Für Fahrgäste in Corona-Zeiten ist die Deutsche Bahn (DB) ein Ärgernis. Immer wieder kommt es vor, dass ein Mitreisender über die Buchungssoftware ausgerechnet den Sitz neben einem selbst reserviert bekommt – auch wenn der Zug relativ leer ist. Zwar sammelt das Unternehmen derzeit Ideen bei Start-ups, wie sich Fahrgäste besser lenken lassen. Mit dabei ist zum Beispiel ein Berliner Projekt namens »Firefly«, das freie Plätze erkennen und schon vor Einfahrt des Zuges optimale Einstiegsstellen per Lichtsignal anzeigen soll. Doch ob und wann solche Techniken eingesetzt werden können, ist völlig offen – womöglich erst lange nach einem Corona-Impfstoff.

Dabei bestätigt eine Studie aus China einen naheliegenden Verdacht: Das Infektionsrisiko in Zügen steigt, je enger und län-

ger Passagiere nebeneinandersitzen. Andere Länder haben längst reagiert: In Bangkok etwa forderten Aufkleber Bahnreisende auf, jeden zweiten Sitzplatz freizuhalten; Buchungssysteme in Südkorea verteilten zuerst Fensterplätze, um für möglichst viel Abstand zu sorgen; und in China musste selbst der Zugang zur U-Bahn vorher reserviert werden. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) dagegen lehnt die Pflicht zur Sitzplatzreservierung ab. Reisende wären dadurch weniger flexibel, die Fahrpreise könnten steigen, und die ohnehin schon gebeutelte Bahn könnte weiter belastet werden, so Scheuer.

DB-Vorstandsmitglied Ronald Pofalla ergänzt, er fahre selbst häufig mit der Bahn, von überfüllten Zügen könne er nicht berichten. Abstandsregeln könnten daher problemlos eingehalten werden, so Pofalla. Eine Reservierungspflicht hingegen würde die Kapazitäten beeinträchtigen.

Schlüssig ist dies nicht: Was spricht dagegen, wenn stets nur so viele Passagiere in einen Zug steigen dürfen, wie Sitzplätze zur Buchung freigegeben werden? Wenn die Züge tatsächlich so leer sind, wie Pofalla behauptet, dürfte das kein Problem sein.

Julia Köppe

## Botanik

### Das grüne Bestiarium

● »Es war immer mein Traum, einmal in einem Treibhaus zu schlafen« – schon der erste Satz von »Das Gedächtnis der Welt« (Aufbau-Verlag; 224 Seiten; 22 Euro) setzt den Ton für diese poetische, lehrreiche Reise durchs Pflanzenreich. Der junge Botaniker Marc Jeanson leitet eines der größten Herbarien der Welt am Nationalen Museum für Naturkunde in Paris; es ist ein verwunschener Ort, der das Wissen von Jahrhunderten birgt, gesammelt von Naturforschern wie Lamarck, Linné, Jussieu oder Tournefort. Die gepressten und getrockneten Gewächse könnten in der Beschreibung ähnlich verstaubt daherkommen wie die endlosen Regale, in denen sie lagern. Doch Jeanson gelingt es – zusammen mit der Autorin Charlotte Fauve – die Pflanzen zum Leben zu erwecken und den Leser ins 18. und 19. Jahrhundert zu entführen. Vom »Finden und Ordnen der Pflanzen« erzählt das Buch, etwa von dem Botani-



Jeanson

ker Michel Adanson, der im Senegal »ins Wanken« gerät angesichts der »unerhörten Vielfalt« der Tropen; oder von Pierre Poivre, Sohn eines Lyoner Seidenhändlers, der 25 Jahre lang versucht, die Muskatnuss nachzuziehen, die einst nur auf den Molukken wuchs. Die abenteuerliche Suche nach unbekanntem Pflanzen erbrachte jene acht Millionen Fundstücke des Pariser Herbariums. »Das Gedächtnis der Welt« ist ein Aufruf, den rasch schwindenden Reichtum zu bewahren – und mit ihm die Erinnerung an Experten wie La Chèvre, einen der Lehrer Jeansons. Wenn der »weltgrößte Experte für Pflanzenbehaarung« über die Härchen auf Halmen und Blättern sprach, »waren diese köpfchentragend oder geschuppt, schild-, haken-, spindel- oder traubenförmig... gefranst, drüsig, gestäubt, milchhaltig oder taktile«, berichtet Jeanson, »lauter verschrobene Begriffe, die lebhaft Fantasielbilder in mir wachriefen, die eines mittelalterlichen Bestiariums würdig waren«. PHB

## Fußnote

# 8,2

**Tonnen** CO<sub>2</sub>-Äquivalente verursacht ein 15 Kilogramm schwerer Hund im Laufe eines 13 Jahre langen Lebens, haben Forscher der TU-Berlin errechnet – mehr als beim Bau eines Mittelklassewagens entsteht. Die Forscher berücksichtigten bei ihrer Rechnung unter anderem die Herstellung des Hundefutters sowie die Umweltbelastungen durch Kot und Urin. Vom Ausmaß des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks der Vierbeiner waren die Experten überrascht. Jeder Hundebesitzer müsse wissen, »dass nahezu ein Drittel seines CO<sub>2</sub>-Budgets vom Hund verbraucht wird«, sagt Studienleiter Matthias Finkbeiner.

## Verhaltensforschung

### »Kurzschläfer sind sehr optimistisch«



Der Schlaf Forscher Louis Ptáček von der University of California in San Francisco über Schlafrhythmen und die Hoffnung auf wirksamere Arzneien für die Nacht

**SPIEGEL:** Herr Ptáček, nicht jeder braucht acht Stunden Schlaf?

**Ptáček:** Nein, das mit den acht Stunden ist ein verbreiteter Irrglaube. Es gibt Menschen, die mit nur vier Stunden Schlaf pro Nacht ein Leben lang sehr gut funktionieren.

**SPIEGEL:** Die werden nicht krank oder mürrisch?

**Ptáček:** Im Gegenteil. Unsere Forschung zeigt sogar, dass diese natürlichen Kurzschläfer emotionalen und physischen Belastungen besser gewachsen zu sein scheinen als der Durchschnitt. Und sie sind häufig sehr optimistisch – ein faszinierendes Phänomen. Chronisch zu wenig Schlaf zu bekommen

kann eigentlich krank machen. Das Risiko für viele Krebsarten, für Stoffwechsel- und Autoimmunkrankheiten und neurodegenerative Leiden wächst. Bei natürlichen Kurzschläfern ist das jedoch anders.

**SPIEGEL:** Gibt es dafür eine Erklärung?

**Ptáček:** Wir kennen noch keine. Nach 20 Jahren Forschung wissen wir aber immerhin, dass Schlafrhythmen teilweise genetisch bedingt sind.

**SPIEGEL:** Müssen manche Menschen auch viel länger schlafen als der Durchschnitt?

**Ptáček:** Wir untersuchen Familien, deren Mitglieder bis zu 10,5 Stunden Schlaf pro Tag benötigen. Sie haben es viel schwerer als die Kurzschläfer. Wer bis Mitternacht nicht einschlafen kann, aber trotzdem um sechs Uhr aufstehen muss, bekommt Probleme.

**SPIEGEL:** Können Menschen ihren Schlafrhythmus ändern?

**Ptáček:** Wir können nicht ändern, was uns unsere Eltern vererbt haben, aber wir können unser Verhalten ändern. Es gibt einfache Dinge, um Schlafprobleme zu lindern, etwa ab mittags auf Tee und

Kaffee zu verzichten oder abends auf eine große Mahlzeit. Auch wer sich regelmäßig bewegt, schläft besser.

**SPIEGEL:** Können Medikamente den Schlaf beeinflussen?

**Ptáček:** Wir suchen nach solchen Arzneien. Es gibt Wirkstoffe wie Melatonin, die beim Jetlag helfen können, aber sie sind noch nicht perfekt. Stellen Sie sich vor, Sie hätten eine Pille, die es ermöglicht, die innere Uhr einfach zu verstellen wie einen Wecker. Das wäre zum Beispiel für Schichtarbeiter sehr hilfreich, die häufig unter Schlafmangel leiden.

**SPIEGEL:** Können Sie absehen, wann solche Medikamente verfügbar sein werden?

**Ptáček:** Nein, denn wir wissen immer noch fast nichts über den Schlaf und wie er reguliert wird. Aber wir versuchen, so viele beteiligte Gene zu finden, wie wir können. Einige uns bekannte Gene regulieren zum Beispiel die Effizienz des Schlafs. Wenn wir besser verstehen, was genau sie bewirken, könnte es eines Tages möglich sein, dass ein Achtstundenschläfer nur sechs Stunden schläft und sich trotzdem ausgeruht und verjüngt fühlt. PHB



Sandra Seckinger / ps / Westend61 / dpa



**Partybesucher in der Berliner Hasenheide im Juni:** Wenn die Jungen feiern, stecken sich irgendwann auch die Alten an

Daniel Rosenthal

# Die Angst vor dem Winter

**Pandemie** In Deutschland steigt die Zahl der Corona-Infizierten wieder deutlich an, aber nur noch wenige Menschen sterben an Covid-19. Epidemiologen warnen trotzdem: Die Seuche kann schon bald außer Kontrolle geraten.

**D**eutschlands bekanntester Virologe ist ratlos. Es herrsche eine Situation, »die kaum abwägbar ist«, so Christian Drosten in seinem ersten NDR-Podcast nach der Sommerpause.

Niemand könne zuverlässig sagen, wie viele Menschen tatsächlich infiziert seien. Die offiziellen Fallzahlen des Robert Koch-Instituts (RKI) könnten um den Faktor 2 zu niedrig liegen – oder um den Faktor 20: »Wir müssen uns ehrlich eingestehen, dass wir nicht genau wissen, wo das Virus gerade überall ist.«

Fest steht nur eines: Die Corona-Zahlen steigen wieder deutlich an. Kamen nach der Lockerung der Lockdown-Maßnahmen bis Mitte Juli noch ungefähr 300 bis 500 Fälle pro Tag dazu, sind es jetzt über 1300, einmal sogar schon mehr als 2000.

»Die neueste Entwicklung in Deutschland macht mir große Sorgen«, sagt RKI-Chef Lothar Wieler. Ist dies bereits der Beginn der gefürchteten zweiten Welle? Droht bald ein neuer Lockdown mit Schulschließungen und vielen anderen Einschränkungen? »Besorgniserregend«,

nannte auch Kanzlerin Angela Merkel die Situation.

Vielen Menschen fällt es aber zunehmend schwer, diese Warnungen ernst zu nehmen. Denn kaum noch jemand in Deutschland stirbt an den Folgen einer Coronavirus-Infektion. Freie Betten auf den Intensivstationen gibt es genug. Zustände wie in Italien im Frühjahr scheinen weit weg.

Und sind die steigenden Fallzahlen nicht einfach dadurch zu erklären, dass so viele Urlaubsrückkehrer und auch Patienten, die kaum Symptome haben, getestet

werden? Oder ist das Virus vielleicht sogar durch eine Mutation weniger gefährlich geworden?

»Es ist eine sehr menschliche Reaktion, dass man alle Zeichen dahingehend deutet, dass die Dinge besser werden könnten«, sagt Emma Hodcroft, Epidemiologin am Biozentrum der Universität Basel. »Aber man muss logisch an die Sache herangehen.«

Und die Logik ist eindeutig: Die Infektionssterblichkeit von Covid-19 liegt, das zeigen Studien aus Großbritannien und Spanien, bei 0,8 bis 0,9 Prozent – also um ein Vielfaches höher als bei Influenza.

Doch »Menschen sind nicht dafür gemacht, dauerhaft in Furcht zu erstarren«, sagt Hodcroft. »Wenn eine Ausnahme-situation zu lange anhält, verlieren wir die Angst davor. Aber wenn wir unsere Vorsicht fallen lassen, dann wird sich das Virus wieder unaufhaltsam ausbreiten.«

Wie gefährlich ist die Lage in Deutschland also wirklich? Und was steht dem Land noch bevor?

## 1.

### Gibt es nur deshalb mehr Fälle, weil jetzt so viel getestet wird?

Ausnahmsweise hat Donald Trump tatsächlich recht. »Die Infiziertenzahlen in den USA steigen, weil wir viel mehr testen als andere Länder«, twitterte der US-Präsident vor einigen Wochen. Diese simple Regel stimmt natürlich: Wer testet, der findet.

Auch in Deutschland ist dieser Zusammenhang zu beobachten: Wurden Anfang Juli pro Woche noch eine halbe Million Menschen getestet, waren es Ende August bereits 1,1 Millionen, darunter Hunderttausende Reiserückkehrer. Kein Wunder, dass seitdem auch die Zahlen gestiegen sind; denn dadurch wurden viele Infizierte entdeckt, die keine oder nur schwache Symptome hatten und von selber nicht zum Arzt gegangen wären.

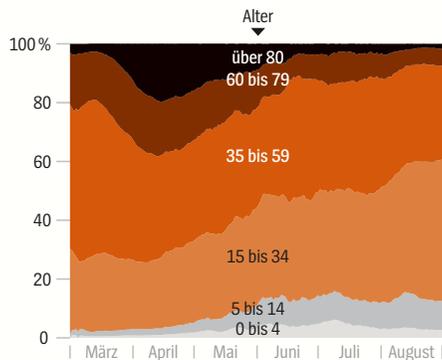
Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Der Anstieg der Fallzahlen in Deutschland lässt sich nämlich nicht allein mit der Zunahme der Tests erklären. Unterm Strich gibt es tatsächlich mehr Infizierte als noch im Mai oder Juni.

Eine Auswertung des Robert Koch-Instituts zeigt, dass die Zahl der Fälle deutlich stärker steigt, als man es allein aufgrund der Testzahlen erwarten würde. Denn mit den Tests nahm auch die sogenannte Positivrate zu, also der Anteil derjenigen Getesteten, bei denen eine Infektion nachgewiesen wurde. Wäre die reale Zahl der Infizierten konstant, müsste diese mit der Ausweitung der Tests hingegen abnehmen.

Unter den 15- bis 34-Jährigen dürfte die Positivrate in den vergangenen Wochen auf rund 1,5 Prozent gestiegen sein; zuvor

## Mehr junge Infizierte ...

Sars-CoV-2-Neuinfektionen nach Altersgruppen in Deutschland



7-Tage-Mittel; Stand: 2. September; Quelle: Robert Koch-Institut

## ...weniger Tote

Gemeldete Covid-19 -Fälle und -Verstorbene

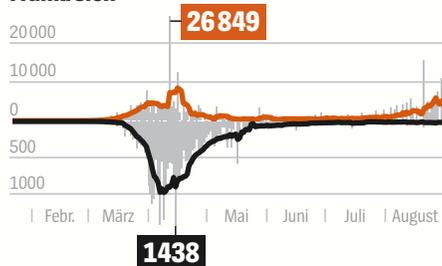
Die Skalen sind für jedes Land angepasst, damit die Kurven besser lesbar sind.

### Deutschland

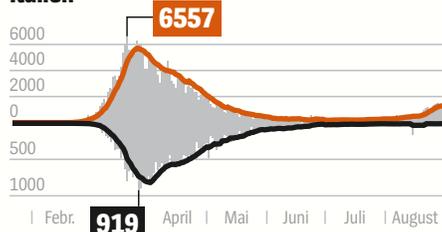


Zum Vergleich:

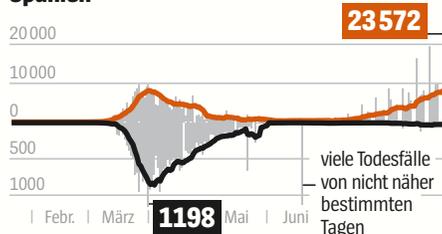
### Frankreich



### Italien



### Spanien



Stand: 2. September; Quellen: Johns Hopkins University, »New York Times«

lag sie noch bei unter einem Prozent – ein klares Indiz dafür, dass Coronavirus-Infektionen tatsächlich häufiger auftreten, und zwar insbesondere bei jüngeren Menschen.

## 2.

### Warum stirbt derzeit hierzulande kaum jemand an Covid-19?

Pro Tag tötet die Krankheit in Deutschland zurzeit meist weniger als zehn Menschen. In den anderen europäischen Ländern sieht es ähnlich aus. Weder in Italien noch in Spanien stehen Laster vor den Krankenhäusern, um Corona-Tote aufzunehmen. Die Intensivstationen sind weitgehend zum Regelbetrieb zurückgekehrt. Sars-CoV-2 scheint viel von seinem Schrecken verloren zu haben.

Ist das Virus im Laufe der Pandemie womöglich mutiert und dadurch weniger aggressiv geworden?

»Darauf gibt es keinen Hinweis«, widerspricht Emma Hodcroft, die in Basel im »Nextstrain«-Projekt genau diese Frage untersucht. Zur gleichen Bewertung kommt auch Christian Drosten: »Das Virus hat sich nach wissenschaftlicher Gesamtbetrachtung nicht verändert.«

Was sich hingegen auffällig verändert hat, ist die Altersstruktur der Patienten: In vielen Ländern stecken sich jetzt vor allem die Jüngeren an. Im März machten die 5- bis 34-Jährigen in Deutschland noch etwa 30 Prozent der Infizierten aus – inzwischen bilden sie mit fast 60 Prozent die größte Corona-Gruppe. War im April noch fast jeder fünfte Infizierte über 80 Jahre alt, stecken sich die Hochbetagten momentan nur noch selten an (siehe Grafik).

In diesen Zahlen steckt die wichtigste Erklärung für die niedrige Todesrate; denn das Risiko, an Covid-19 zu sterben, hängt stark vom Alter ab. Über 80-jährige Männer haben ein rund 57-fach höheres Sterberisiko als 40- bis 59-jährige Männer. Im Vergleich zu 20- bis 39-Jährigen ist das Sterberisiko der Alten sogar 644-mal so hoch.

Dass sich vor allem Jüngere anstecken, muss nicht in den nächsten Wochen oder Monaten so bleiben – auch wenn sich viele Ältere inzwischen sehr vorsichtig verhalten und soziale Kontakte möglichst vermeiden. Die Erfahrung aus dem Frühjahr lehrt: Wenn die Jungen feiern, arbeiten, reisen und sich infizieren, stecken sich irgendwann auch die Alten an.

»Die Älteren werden mit Verzögerung doch infiziert, weil sich die Familien auf Dauer eben treffen und das Virus deshalb nicht bei den Jüngeren bleibt«, sagt Drosten.

Und Hodcroft erklärt: »Es ist ein Glücksspiel. Je mehr die Fallzahlen steigen, desto wahrscheinlicher wird es, dass sich auch

wieder mehr ältere Menschen anstecken. Auch in Schweden war es so, obwohl man bewusst versucht hat, die Alten abzuschirmen.«

Tatsächlich steigt in Spanien, wo die Infiziertenzahlen schon seit mehreren Wochen wieder gefährlich hoch sind, inzwischen auch die Zahl der Todesfälle erneut an.

Und in Florida währte die Freude, dass das Virus scheinbar seinen Schrecken verloren hatte, nur kurz, bevor sich immer mehr Ältere ansteckten und viele von ihnen starben. »Wir müssen alles tun, um die Fallzahlen so niedrig wie möglich zu halten«, so Hodcroft.

### 3.

#### Ab wann gerät die Pandemie außer Kontrolle?

Wer die Lage in Frankreich genauer betrachtet, ahnt, wovor deutsche Epidemiologen und Politiker Angst haben.

Drei Monate lang blieben die Infiziertenzahlen in unserem Nachbarland auf niedrigem Niveau – im August jedoch explodierten sie plötzlich. Mehr als 7000 Fälle werden jetzt pro Tag gemeldet, teilweise sogar mehr als 15 000 Fälle. Es hat den Anschein, als wäre in Frankreich eine Grenze überschritten worden, ab der es kein Halten mehr gibt.

Tatsächlich könnte es einen kritischen Schwellenwert geben, über dem das Infektionsgeschehen außer Kontrolle gerät – auch wenn noch niemand zu sagen vermag, wo dieser Wert genau liegt.

Was in Ländern wie Frankreich oder Spanien gerade passiert, könnte mit einem Phänomen zu tun haben, das auch aus der Physik bekannt ist, der »Perkolation« (vom lateinischen »percolare«, durchsickern). Es beschreibt beispielsweise, wie die elektrische Leitfähigkeit schlagartig ansteigt, wenn der Metallanteil in einem Metall-Glas-Gemisch einen bestimmten Schwellenwert überschreitet.

Epidemiologen verwenden das Modell, um besser zu verstehen, wie sich ansteckende Krankheiten ausbreiten. »Während des Lockdowns in Frankreich sorgten eine niedrige Kontakttrate und eine geringe Mobilität dafür, dass lokale Ausbrüche klein blieben«, sagt der Mathematiker Pieter Trapman von der Universität Stockholm. Er hat das Phänomen der Perkolation unter anderem genutzt, um die Übertragung des Pesterregers zwischen Rennmausfamilien zu erklären.

Am Anfang, so das Modell, köcheln die Infektionen demnach in voneinander isolierten Clustern; nur selten springt das Virus von einer Gruppe zu einer anderen (siehe Grafik).

Wenn nach Ende eines Lockdowns die Infektionen und auch die Kontakte der

Menschen untereinander langsam zunehmen, ändert sich am Infektionsgeschehen zunächst nicht viel. In den Clustern treten zwar mehr Fälle auf, aber die Ausbrüche bleiben lokal begrenzt. Dies ist, so hoffen die Epidemiologen, derzeit die Situation in Deutschland.

Doch wenn sich die Menschen wieder mehr bewegen, mehr soziale Kontakte haben und die Ansteckungsrate weiter steigt, dann entstehen Infektionsketten zwischen eigentlich voneinander getrennten Gruppen – und das Virus breitet sich plötzlich unkontrolliert aus.

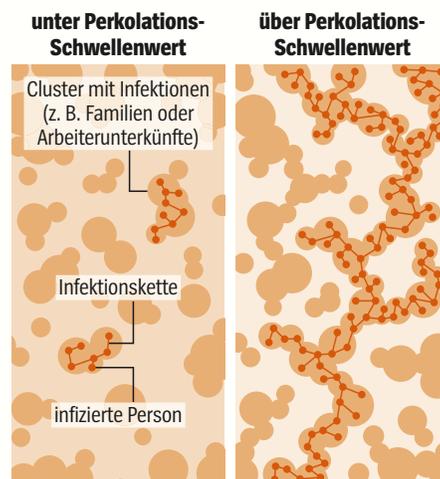
Auch der Virologe Drosten fürchtet, dass die Perkolation in der Corona-Pandemie eine wichtige Rolle spielt. »Dass es dieses Phänomen gibt, weiß ich seit Jahren«, sagt er.

Das Modell zeigt, dass die Seuchenlage schlagartig außer Kontrolle geraten kann. Und warum ist das in Frankreich offenbar schon geschehen?

Drosten führt dies darauf zurück, dass dort die Infektionszahlen im Frühjahr deutlich höher waren als hierzulande: »Ich denke, wir sind in Deutschland noch unterhalb einer Perkolationsschwelle, die in Frankreich und Spanien schon überschritten sein könnte.« Wegen des später begonnenen Lockdowns im Frühjahr hätten diese Länder »mehr Infektionsmasse im Hintergrund«.

### Kritische Masse

Erst steigt die Anzahl der Infektionen nur langsam – dann taucht das Virus schlagartig an vielen Stellen zugleich auf. Epidemiologen können dieses Phänomen mit der sogenannten Perkolationstheorie beschreiben.



Das Virus tritt zunächst nur in **isolierten, kleinen Clustern** auf. Bei steigenden Fallzahlen kann das Virus nicht direkt auf benachbarte Cluster überspringen.

Ab einem bestimmten Schwellenwert entstehen **Infektionsketten zwischen den einst isolierten Gruppen** – das Virus breitet sich unkontrolliert aus.

### 4.

#### Sterben weniger Menschen, weil sich Covid-19 besser behandeln lässt?

Die meisten Experten bezweifeln, dass es schon in diesem Winter einen ausreichend wirksamen Impfstoff geben wird. Doch bei der Behandlung der Kranken haben die Mediziner beachtliche Fortschritte gemacht.

Von den vielen Medikamenten, die in den ersten Monaten überall auf der Welt ausprobiert wurden, haben sich vor allem drei tatsächlich bewährt: Gerinnungshemmer, Dexamethason zur Unterdrückung einer zu starken Immunreaktion und das Medikament Remdesivir, das die Vermehrung des Virus hemmt. »Wir haben inzwischen ein viel besseres Gefühl für diese Erkrankung«, sagt Marius Hoepfer, kommissarischer Direktor der Klinik für Pneumologie an der Medizinischen Hochschule Hannover.

Auch Torsten Feldt, Oberarzt am Institut für Tropenmedizin am Universitätsklinikum Düsseldorf, gibt sich vorsichtig optimistisch. »Entwarnung würde ich auf keinen Fall geben«, sagt er. »Wir bekommen im Herbst und Winter sicher noch mal eine kritische Phase.« Und trotz der besseren Behandlungsmöglichkeiten würden weiterhin auch junge Patienten unter 50 Jahren sterben. »Das können wir noch nicht verhindern. Aber wir wissen jetzt, was zu tun ist, wir sind auf fast alle Szenarien vorbereitet. Ich denke, die Situation in den Kliniken wird nicht so leicht außer Kontrolle geraten.«

So trägt vermutlich auch die bessere Behandlung dazu bei, dass weniger Infizierte als zu Beginn sterben. Sorgen bereiten den Ärzten jedoch die unheimlichen Langzeitfolgen, an denen auch Tausende Patienten leiden, die nur leicht erkrankt waren: Erschöpfung, Konzentrationsstörungen, Luftnot, Herzprobleme und anhaltender Geruchsverlust sind nur einige der möglichen Symptome, die viele Betroffene über Monate hinweg quälen – und schlimmstenfalls sogar für den Rest ihres Lebens.

»Wir müssen vorsichtig sein«, sagt Epidemiologin Emma Hodcroft. »Im Winter, wenn sich die Menschen vermehrt in geschlossenen Räumen aufhalten, wird sich das Ansteckungsrisiko automatisch erhöhen.«

Wenn die Zahlen nur langsam steigen, so Hodcroft, bestehe die Gefahr, sich an die immer höheren Werte zu gewöhnen – und die Politiker gerieten in Versuchung, unpopuläre Maßnahmen zu vermeiden. »Wir brauchen für die nächsten Monate unbedingt einen klaren Plan, was wann zu tun ist.«

Holger Dambeck, Veronika Hackenbroch



Autorin Konnikova bei Pokerturnier 2018

John Locher / Picture Alliance / ap

## Hilflose Haie

**Psychologie** In Zeiten von Corona boomt Onlinepoker. Forscher nutzen die Spieldaten, um zu ergründen, wie sich Menschen in Stresssituationen verhalten.

**C**orona hat Nebenwirkungen, mit denen kein Mediziner gerechnet hat: Die Pandemie fördert offenbar akute Spielwut. Als der Lockdown begann, verzeichneten einige Onlinepokerportale Umsatzzsprünge von über 50 Prozent.

Neben Amerikanern sind auch die Deutschen begeisterte Online-Pokerspieler, schätzungsweise mehr als eine halbe Million Männer und Frauen machen hierzulande mit. Pokerprofis, auch Haie genannt, freuen sich seit Beginn der Coronakrise über die vielen Anfänger, die sie ausnehmen können. Doch zu den Gewinnern gehört auch die empirische Wissenschaft: Der Boom beschert Verhaltensforschern eine Datenflut, die sie durch Laborversuche, durch freiwillige Umfragen unter Onlinespielern oder durch die Analyse von anonymisierten Daten von Pokerportalen auswerten können.

Durch den Blick in die Karten der Spieler wollen Psychologen, Soziologen und Informatiker herausfinden, wie sich der Mensch verhält, wenn die Faktenlage dünn und der Stress groß ist. Und es gibt bereits erstaunliche Erkenntnisse.

Anders als viele Laien vermuten, ist Poker nicht primär ein Glücksspiel; nicht

der Zufall entscheidet über Verlust oder Gewinn, sondern vor allem das Geschick der Spieler – zumindest auf lange Sicht, also nach Tausenden Runden. Nur in zwölf Prozent der Fälle gewinnt der Spieler mit dem besten Blatt, hat der Sozialökonom Ingo Fiedler vom Arbeitsbereich Glücksspielforschung an der Uni Hamburg herausgefunden. Pokern gilt daher eher als Denksport wie Schach oder Dame.

Aber nicht nur Intelligenz entscheidet über Sieg und Niederlage, sondern auch Nervenstärke. Nur rund 10 Prozent der Pokerspieler sind für über 90 Prozent der Geldeinsätze verantwortlich, hat Fiedlers Team festgestellt. Wenn derlei Zocker scheitern, liegt das oft nicht am intellektuellen Unvermögen, sondern am »Tilt«: am wütenden Ausrasten aus Frust über ausbleibendes Spielglück, gepaart mit irrationaler Risikofreude. Auf den Kontrollverlust folgt oft der Verlust des Einsatzes.

Diesen Teufelskreis hat der Kognitionswissenschaftler Jussi Palomäki von der Universität Helsinki im »Journal of Gambling Studies« analysiert. Das Austillen mache nicht nur einigen wenigen Hitzköpfen zu schaffen, hat Palomäki entdeckt. Nach seiner Auswertung verlieren 88 Prozent der Pokerspieler mindestens einmal pro Halbjahr die Kontrolle über sich, jeder vierte Befragte sogar mehr als zehnmals.

Andererseits könne Poker vielleicht helfen, »emotionale Reife« zu erlangen, glaubt Palomäki,

und »auf Widerstände mit Abgeklärtheit zu reagieren«.

Wie sehr Pokern ein Psychospiel ist, hat Maria Konnikova eindrucksvoll demonstriert. Obwohl sie komplette Anfängerin war, fasste sie den Plan, sich bei einem Profiturnier zu behaupten. Ihr Trumpf: ein Dokortitel in Psychologie und viel Mut.

Kaum ein Jahr später gewann sie eines der härteren Pokerturniere der Welt und ein Preisgeld von mehr als 84 000 Dollar. Über ihre Strategie und Erlebnisse berichtet sie in ihrem kürzlich erschienenen Buch »The Biggest Bluff«, das sich wie ein Wissenschaftskrimi liest. Eine ihrer Erkenntnisse lautet: Nicht durch ihr (mehr oder weniger gelungenes) Pokergesicht verraten sich die Mitspieler, sondern vor allem durch ihre (nervösen) Hände.

Pokern ist aber natürlich kein reines Psychospiel, sondern hat auch viel mit Logik und Berechnung zu tun. Schon der geniale Mathematiker John von Neumann sah Pokern als ideales Modell für knifflige Entscheidungsprobleme. Bei dem Kartenspiel gehe es um unvollständige Information, um eine vertrackte Mischung aus offenen Karten, Zufall und Täuschung. Neumann war zwar leidenschaftlicher Zocker, aber er verlor ständig. Sein Traum war es, das scheinbare Chaos beim Pokern berechenbar zu machen. Erst vor einem Jahr ist sein Traum wahr geworden: Das »Pluribus«-Programm besiegte gut ein Dutzend der besten menschlichen Pokerspieler – über zwölf Tage und 10 000 Hände. Die menschlichen Poker-Haie sahen dabei aus wie Stümper.

Das Pluribus-Programm wurde vom Team um den Informatiker Tuomas Sandholm an der Carnegie Mellon University entwickelt. Eine besondere Stärke der Software besteht darin, nicht stur einem festen Schema zu folgen, sondern die Strategien zu wechseln. Einige der Computertricks werden inzwischen häufiger auch bei menschlichen Pokerspielern beobachtet, darunter protziges »Überwetten« des Gesamteinsatzes.

Sandholm sieht sein »übermenschlich« gutes Pokerprogramm als Werkzeug, um

auch andere fast unlösbar erscheinende Probleme anzugehen, in denen Risiko, Stress und unvollständige Informationen zusammenkommen – zum Beispiel bei der gerechten Verteilung knapper Spenderorgane. Und seine Software taugt auch dazu, Betrüger zu überführen, die gar nicht selbst spielen, sondern unerlaubte Pokerprogramme einsetzen.

Hilmar Schmundt  
Twitter: @hilmarschmundt

### Die Pokerwelle

Bruttospielerträge des Onlineglücksspielanbieters Kindred Group (darunter: Unibet) im Segment Poker, in Mio. Euro



# Im Reich des Teufels

**Geschichte** Jahrhundertlang wurden tote Kinder getauft, um sie vor der Hölle zu retten. Forschungen zeigen, welchen Aufwand Eltern trieben – und wie sie dabei von Kirchenleuten ausgebeutet wurden.

**E**s war wohl schon dunkel, als ein Unbekannter den Kirchhof im oberfränkischen Eggolsheim betrat. Er schlich sich bis zum Gotteshaus, grub ein Loch und legte das tote Kind hinein, das er bei sich trug. Gut möglich, dass der Mensch noch ein letztes Gebet sprach, bevor er hinaus in die Nacht verschwand.

Das Kind, dessen Überreste vor wenigen Wochen von Archäologen der Bamberger Ausgrabungsfirma In Terra Veritas ausgebeutet wurde, ist vermutlich irgendwann im 15. Jahrhundert illegal bestattet worden, vielleicht von seinem Vater. Das Baby war bereits zwischen der 33. und der 36. Schwangerschaftswoche auf die Welt gekommen und vielleicht noch nicht ausreichend entwickelt, um die Geburt zu überleben.

Als gesichert darf gelten, dass das Frühchen ungetauft war, als es seinen letzten Atemzug tat. Darauf deutet der Ort hin, an dem es bestattet wurde: nah an der Kirchenmauer, direkt unter der Traufe. Dort sollte es wahrscheinlich eine letzte Chance erhalten, doch noch in den Himmel zu kommen.

Bis in die Neuzeit glaubten einige Christen, dass ungetaufte Menschen nach ihrem Ableben nicht zu Gott kommen, sondern ewig im Reich des Teufels verbleiben müssen. Nach dieser Vorstellung galten für Totgeborene oder andere ungetaufte Kleinstkinder zumindest bei der Bestattung die gleichen Regeln wie für Mörder, Räuber und andere Verbrecher. Weil sie mit dem Makel der Erbsünde behaftet waren, durften sie nicht in der geweihten Erde eines Friedhofs beerdigt werden, selbst dann nicht, wenn dort bereits Angehörige von ihnen ruhten.

Doch schon damals empfanden viele Eltern dies offenbar als grausames Urteil. Heimlich oder von Pfarrern gedeckt, die weniger streng waren, bestatteten sie ihr tot geborenes oder früh verstorbene Kind in der Nähe von Kirchenmauern – in der Hoffnung, dass Regenwasser durch die Berührung des Kirchendachs geweiht werde und dann im Boden versickerte. In diesem Fall kam es angeblich zu einer Art »unterirdischen Taufe«. Gemäß Katechismus besaß diese zwar keine Gültigkeit, weil das Sakrament nur Lebenden gespendet werden darf. Viele Mütter und Väter mögen dennoch auf Gottes Gnade gehofft haben.

Die Reste von »Traufkindern«, wie die Menschlein in Anspielung an ihren Bestattungsort genannt werden, kommen häufig zum Vorschein, wenn Archäologen rund um Kirchen oder Kapellen graben. Oft sind es nur einige wenige Knochen wie kürzlich im niedersächsischen Einbeck. Manchmal aber werden Hunderte Skelettteile in der Nähe von Gotteshauswänden entdeckt. An der Jakobskirche in Heiligenstadt bei Wien stießen Archäologen auf die Überreste von mehr als 400 Säuglingen und Kleinkindern.

Forschungsergebnisse legen nahe, dass über die Jahrhunderte Zigtausende unge-

taufte Mädchen und Jungen längs der Trauflinien von Kirchen in der Schweiz, Österreich und Deutschland beerdigt wurden. Denn unter anderem wegen Hygienemängeln und schlechter medizinischer Versorgung waren tödliche Geburtskomplikationen bis weit ins 19. Jahrhundert so gegenwärtig wie heutzutage der Kaiserschnitt. Historiker schätzen, dass die Säuglingssterblichkeit im Mittelalter bei etwa 30 Prozent lag.

Einer breiteren Öffentlichkeit sind das Massenphänomen der Traufkinder und andere Varianten von Totentaufen dennoch bis heute so gut wie unbekannt. Da-



Archäologischer Dienst des Kantons Bern

**Kinderskelette im schweizerischen Oberbüren:** Sogar aus Dortmund reisten Eltern an

bei erzählen sie mehr über das Leben und die Nöte unserer gottesfürchtigen Vorfahren als manches andere, was in den Geschichtsbüchern steht.

Immerhin: Forscher haben in den vergangenen Jahren bei Grabungen, im Labor und in Archiven einiges dafür getan, die Wissenslücken zu schließen. Viele ihrer Erkenntnisse betreffen in erster Linie den alpinen Raum und flossen vor Kurzem in einen Forschungsbericht des Archäologischen Dienstes der Stadt Bern ein.

»Die Mütter und Väter der Vergangenheit unternahmen zum Teil gewaltige Anstrengungen, um ihren toten Kindern noch irgendwie das Sakrament der Taufe zu spenden«, sagt die Historikerin Kathrin Utz Tremp, die an der wissenschaftlichen Arbeit mitwirkte. »Viele fanden sich mit dem physischen Tod eines Kindes eher ab als mit dem spirituellen Tod.«

Allein in Eggolsheim, das im Mittelalter eine Siedlung mit Marktrecht und Kirche war, stieß das Bamberger Grabungsteam

von In Terra Veritas auf die Überreste von mindestens fünf Traufkindern – und das, obwohl nur auf einem vergleichsweise kleinen Areal gegraben wurde. Firmenchef Julian Decker geht deshalb davon aus, dass noch immer die Knochen »von Dutzenden anderen« ungetauften Kindern unter der Erde liegen.

Die Archäoanthropologin Beatrice Krooks, die für Decker arbeitet, hat die Fundstücke aus Eggolsheim auf einem Tisch in ihrem Büro ausgebreitet: kleine Schlüsselbeine, Oberarmknochen und andere Teilchen, die Laien für die Überreste von Brathähnchen halten könnten. Komplette Skelette sind nicht darunter, vermutlich deswegen, weil es immer wieder Bauarbeiten an der Kirche gab und die Gebeine dabei beschädigt wurden. Auch die Schädel sind allesamt zersplittert. »Das ist kein Wunder«, sagt Krooks, »die sind bei Säuglingen ja noch sehr weich.«

Mithilfe der sogenannten Radiokarbonmethode wollen Decker und Krooks nun

analysieren lassen, wann genau die Kinder starben. Derzeit lässt sich ihr Ableben ungefähr auf die Zeit zwischen Mitte des 14. und dem 17. Jahrhundert datieren – in der Zeit glaubten viele Menschen fast alles, was die Pfaffen ihnen predigten.

Die Theorie, dass ungetaufte Kinder in die Hölle einfahren, geht nicht auf die Bibel zurück, sondern auf den im Jahr 430 gestorbenen Kirchenvater Augustinus. Anfang des 13. Jahrhunderts wurde die unerbittliche Haltung etwas abgemildert und eine Art Vorhölle für die Kinder erfunden, der Limbus puerorum. Dieser sei kein Ort ewiger Qual, hieß es sinngemäß. Die Strafe bestehe lediglich darin, für immerdar und in Finsternis der beseligenden Gottesschau beraubt zu werden.

Doch auch dem neuen Konzept war in der Volksfrömmigkeit kein Erfolg beschieden. Schließlich änderte sich nichts daran, dass das Reich Gottes ungetauften Kindern auf ewig versperrt blieb. Und es wurde mancherorts auch noch gemunkelt, dass die Kleinen als zombieartige Wiedergänger rachsüchtig ins Diesseits zurückkehren könnten. Möglicherweise sind dadurch die Funde von Kindergerippen zu erklären, die auf eine Pfählung nach dem Tod hindeuten. Wollte man die Frühverstorbenen durch diese rabiate Methode auf ewig unter die Erde zwingen?

Einige Kirchenleute wiederum dachten sich makabre Rituale aus, um die Sorgen und Nöte der Eltern auszubeuten. Gut 200 Kilometer südlich von Eggolsheim liegt in der Nähe von Augsburg das Kloster Ursberg. In Tausenden Fällen praktizierten die Ursberger Prämonstratenser dort das »Himmeln«.

Von weit her kamen Eltern und brachten ihre toten Kinder herbei. Die kleinen Leichen wurden auf einer Holzliege gebettet, die vor einer Gruppe von Kreuzigungsfiguren bereitstand. Wohl genauso wie in anderen »Erweckungszentren«, die es im alpinen Raum gab, verteilten die Kirchenmänner glühende Kohlen und Kerzen rund um das Totenlager, um die kleinen Körper aufzuwärmen. Vor allem sollte auf diese Weise die Illusion einer vorübergehenden Reanimation erzeugt werden.

Denn durch die Hitze geriet die Umgebungsluft in Bewegung – und mit ihr auch manchmal eine Daune, die auf den Mund der toten Kinder gelegt worden war. Flog das Federchen empor, wurde das als Folge eines Atemzugs gedeutet; die Glaubensbrüder nutzten dann die Gunst der Sekunde, um das vermeintlich wiederbelebte Wesen doch noch zu taufen.

Es gab in Ursberg allerdings keine Garantie auf ein Auferstehungswunder. Tatsächlich waren die Beobachtungen sogar in den meisten Fällen nicht ausreichend,

\* Von Peter von Cornelius, um 1845, Ausschnitt.



Gemälde »Christus in der Vorhölle«\*: Der beseligenden Gottesschau beraubt

»Die Schule ist wie eine Sitcom – nur ohne versteckte Kamera.«



ISBN 978-3-54806-254-9

ullstein



**Ausgrabungschef Decker, Archäologin Krooks:** Säuglingsgebeine an der Kirchenmauer

um das ersehnte Sakrament zu spenden. Ob es dabei eine Rolle spielte, in welcher Höhe die angereisten Eltern zuvor Geld gegeben hatten, lässt sich aus den Quellen nicht eindeutig herauslesen. Fest stehe, so der Historiker Albrecht Burkardt, dass Ursberg eine »internationale Anziehungskraft« hatte und deswegen ökonomisch von den Pilgern profitierte. Insgesamt sollen es mindestens 24 000 tote Kinder gewesen sein, die herbeigeschafft wurden.

Viele Eltern ungetaufter Kinder trieb es Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts auch zu einer Kapelle nach Oberbüren in der Nähe von Bern. Dort erhofften sie sich Errettung durch ein angeblich wunderstätiges Marienbild.

Als auf dem Areal der ehemaligen Kapelle ein Baugebiet entstehen sollte, rückte zunächst ein archäologisches Grabungsteam an. Schon bald stießen die Forscher auf zahlreiche Knochen von Kleinkindern. Am Ende der Arbeiten zählten die Ausgräber die Überreste von insgesamt 247 Mädchen und Jungen, doch ursprünglich waren es wohl viel mehr. »Viele Überreste sind vermutlich im Laufe der Jahrhunderte zerstört worden, unter anderem beim Abbruch der Kapelle«, sagt die Anthropologin Susi Ulrich-Bochsler.

Unter den Skeletten waren auffällig viele, die von tot geborenen Föten stammen müssen; das kleinste Geschöpf maß gerade einmal 16 Zentimeter und lässt sich einem Kind zuordnen, das im vierten Monat im Mutterleib starb und dann abging. Ein Fund, der zu einer Quelle passt, nach der »Christgläubige beiderlei Geschlechts und besonders die Ungebildeten« bisweilen sogar Kinder nach Oberbüren brachten, »welche noch nicht ausgebildete Glieder haben, sondern nur Klumpen bilden«.

Viele Skelette, die in Oberbüren gefunden wurden, wiesen zudem »atypische Positionen der unteren Extremitäten« auf.

Ulrich-Bochsler sieht darin einen Beleg, dass einige der toten Kinder für den Transport in kleine Kisten gesteckt worden waren. Zudem fand sie Hinweise darauf, dass die Eltern zum Teil lange Reisen bei höheren Temperaturen unternahmen, während derer die Körper stark verwesten.

Zeitenössische Dokumente, in denen die Namen und die Herkunft der angereisten Pilger aufgelistet sind, belegen, wie bekannt das Marienheiligtum von Oberbüren auch außerhalb der heutigen Schweiz war. Sogar aus dem 600 Kilometer entfernten Dortmund reisten Eltern an. Sie alle brachten Geld oder andere Kostbarkeiten mit, um das »Himmeln« (sowie Kost und Logis) bezahlen zu können. Kirchenleute und Geschäftsleute profitierten stark von den Taufftouristen – und wehrten sich gegen alle Bestrebungen höherer Stellen, dem Treiben ein Ende zu bereiten.

Der Versuch, Totgeborenen Leben einzuhauchen, »schände« das Sakrament der Taufe, schrieb ein aufgebracht Kardinal. Wegen der wachsenden Kritik war erst in Oberbüren und Anfang des 18. Jahrhunderts auch in Ursberg Schluss mit dem okkulten Ritual. Um daran zu erinnern, wurde in Oberbüren das Kunstwerk »Die Feder« errichtet. Es besteht aus Chromstäben, die das Licht reflektieren und den Eindruck erwecken, dass die »Feder« sich bewegt – eine Illusion als Andenken an all jene, die darauf hofften, dass das verstorbene Kindlein zumindest im Jenseits Frieden finden möge.

2007 verwarf die katholische Kirche nach langen Debatten den Limbus puerozum. Ungetaufte Kinder dürften zumindest auf die »glückselige Schau« Gottes hoffen, heißt es nun in einem Vatikan-Papier. Und heutzutage wird ungetauften »Sternkindern« auch ein kirchliches Begräbnis gewährt. Guido Kleinhubbert

**SPIEGEL+**

# Ihr Plus: mit digitalem Magazin



Mit SPIEGEL+ lesen Sie die digitale Ausgabe des SPIEGEL schon freitags ab 13 Uhr und sind besser informiert. Sie genießen exklusive SPIEGEL+-Artikel, Beiträge aus den SPIEGEL-Magazinen und Videos auf [spiegel.de](https://www.spiegel.de). Das neue Design gibt Ihnen Klarheit und Orientierung. Dazu erhalten Sie den wöchentlichen SPIEGEL+-Newsletter der Redaktion.

**Starten Sie jetzt Ihren kostenlosen Probemonat!**

 [abo.spiegel.de/plus](https://abo.spiegel.de/plus)

**Jetzt  
1 Monat  
gratis**



Yifei (M.)

Disney Enterprises

## Gefilmter Kotau

**Streaming** Das Remake des Disney-Klassikers »Mulan« wurde zum Werbefilm für chinesische Vaterlandstreue.

● Ursprünglich galt das 200 Millionen Dollar teure Realfilm-Remake des Disney-Klassikers »Mulan« als potenzieller Blockbuster und sollte Ende März weltweit in die Kinos kommen. Nach mehrfachen Startverschiebungen wird das Historienepos um eine junge Frau (gespielt von Liu Yifei), die im China des Mittelalters für ihren gebrechlichen Vater in den Krieg zieht, in den meisten Ländern nicht auf

der Leinwand gezeigt. Stattdessen ist es nun auf der Streamingplattform Disney+ zu sehen. Ist »Mulan« also ein Corona-Opfer? Das wird sich zeigen. In China plant Disney nach wie vor einen Kinostart. Man sieht dem Film an, dass er weniger für amerikanische oder europäische als für chinesische Zuschauer gedacht ist – vor allem, wenn man ihn mit dem Original von 1998 vergleicht. Aus

der schwungvollen und witzigen Emanzipationsgeschichte über eine Frau, die sich durch eine von Männern dominierte Welt kämpfen muss, ist ein pathetisches Heldenmärchen geworden. Die neuseeländische Regisseurin Niki Caro hat einen aufwendigen Werbefilm für Familiensinn und Vaterlandstreue gedreht, der bisweilen wie ein Kotau vor der Pekinger Führung wirkt. LOB

## Sachbücher Witz und Geist

● In der sogenannten Gewitztheit steckt noch die alte Bedeutung vom »Witz« – der mehr meinte als eine auf Pointe erzählte Geschichte. Nämlich Geist, Esprit, eine überraschungsfrohe Haltung zur Welt. In seiner staunenswerten Stu-

die über den jiddischen Witz spürt Jakob Hessing dieser Haltung nach, einem Umgang mit den Tatsachen, der eher auf das Lächeln zielt als auf Gelächter. Zumal das Lächeln Mehrdeutigkeit und Melancholie erlaubt: »Die Geschichte der Juden«, so der Autor, »wird von Texten begleitet, die ihnen das Heil versprechen; da es aber noch

nicht eingetreten ist, haben sie gelernt, ihre Texte ständig zu hinterfragen, sind zu Meistern der Hermeneutik geworden.« Das Jiddische, Sprache der europäischen Juden, ist Zeugnis einer fast gänzlich vernichteten Kultur. Hessings Buch ist so unvermeidlich auch Trauerarbeit, wie Sigmund Freud, Begründer der Psychoanalyse,

so etwas nannte. Freuds Theorie des Witzes wiederum, ein Parastück seiner Konzeption des Unbewussten, unterzieht Hessing einer luziden Kritik. Sie lohnt unbedingt die Lektüre, Ambivalenz und Lächeln inklusive. ES

Jakob Hessing: »Der jiddische Witz«. C. H. Beck; 178 Seiten; 12,95 Euro.

## Herrendüfte

### »Tropfen für Tropfen pure Lüsterheit«

Der Wiener Philosoph und Duftkünstler Paul Divjak, 49, hat eine Kulturgeschichte des parfümierten Mannes geschrieben.

**SPIEGEL:** Herr Divjak, wann riecht ein Mann nach Mann?

**Divjak:** In den Siebzigern schien das noch klar. Der parfümierte Mann, das war in der Werbung damals oft ein Abenteurer: ein Mann ganz allein in der Wüste, im Wald, auf einem Berg. Und so rochen viele Düfte dann auch: ledrig, holzig, würzig.

**SPIEGEL:** Was änderten die Achtziger?

**Divjak:** Das Abenteuer war nicht mehr mit Wäldern und Wüsten verbunden, sondern mit dem Meer. Männer rochen nach Cool Water von Davidoff, Eternity von Calvin Klein. Sie rochen nicht mehr

erdig-schmutzig, sondern frisch und rein. Die Neunziger brachten die Fortsetzung dieser Sauberkeitsattacke.

**SPIEGEL:** Spiegelt sich im Wandel der Herrendüfte ein Wandel der Geschlechterrollen?

**Divjak:** Mehr als das. Es gibt heute weniger Mut zum Animalischen – eine Entwicklung, die von den USA ausgegangen ist. Man kann das puritanisch nennen. In den Siebzigern vermittelten Parfums noch erotische Verruchtheit. Es gab sogar Düfte, die im Auftakt leichte Urinnoten hatten. Heute wäre das auf dem Massenmarkt undenkbar. Alles, was irgendwie an Körpersäfte denken lässt, ist tabu. Alles was irgendwie ordinär wirken könnte.

**SPIEGEL:** Die Parfums der Siebziger betonten den Mann als sexuelles Wesen, die Parfums der Gegenwart nivellieren seine Körperlichkeit?

**Divjak:** Der Mann soll immer frisch geduscht wirken, das Parfum als Maske.



Rainer Hosch

Divjak

**SPIEGEL:** Sind die animalischen Düfte denn ganz verschwunden?

**Divjak:** Es gibt Ausreißer. Ein großartiges Beispiel: L'animal sauvage der Pariser Firma Marlour, neuerdings als Carniculture geführt. Das ist zart-süß und animalisch-geil. Tropfen für Tropfen pure Lüsterheit, mit Schweiß-, Urin- und Dark-room-Assoziationen. Ein Parfum, das polarisiert. **TOB**

Paul Divjak: »Der parfümierte Mann«. Edition Atelier; 152 Seiten; 20 Euro.

## Pop

### Seelen-Power

● Wer nach international erfolgreichen deutschen Popkünstlern fragt, bekommt zumeist immer dieselben Ingenieure, Stahlarbeiter und Handwerker genannt: Kraftwerk, Rammstein, Scorpions. Diese Reihung könnte sich nun diversifizieren: Joy Denalane, in Berlin als Tochter einer Heidelbergerin und eines Südafrikaners geboren und als beste Soulsängerin des Landes bekannt, ist die erste deutsche Künstlerin, die ein Album auf dem legendären US-Label Motown veröffentlichen darf, einst Heimat afroamerikanischer Superstars wie Marvin Gaye, Stevie Wonder oder Diana

Ross. So emotional, so gesättigt mit Streichern, Bläsern und Chören wie die großen, politischen Soulalben der späten Sechziger- und frühen Siebzigerjahre klingt auch »Let Yourself Be Loved«. Die Idee, ein solches Vintage-Album aufzunehmen, hatte Denalane schon vor einigen Jahren, fand aber nicht den richtigen Ton. Dabei half ihr schließlich der Jazzpianist und Produzent Roberto Di Gioia, ein Spezialist für den Sound der Siebziger. Der neu entflammte »Black Lives Matter«-Diskurs verleiht ihrem Projekt sogar einen aktuellen Bezug. Ihre Erfahrungen als schwarze Frau in Deutschland schwingen mit: »Ich spüre meinen eigenen Schmerz, meine Wut, meine Verzweiflung und Verletzlichkeit sehr auf dieser Platte«, sagt die 47-Jährige. Kein Wunder, dass es in ihren Songs fast ausschließlich um Selbstbehauptung und die Sehnsucht nach Liebe geht. **BOR**

Axel Heimken / picture alliance / dpa



Denalane

## Geschichte

### Glöckner Europas

● Jeden Mittwochabend um 19 Uhr klettert der niederländische Autor Geert Mak in den Kirchturm seines Heimatdorfes und läutet dort die Glocke aus dem Spätmittelalter. Sie hat schon einiges erlebt in Europa, Pest und Kriege und gute Zeiten, in ihrem Klang beginnt seine Reflexion, die diese Vergangenheit kennt und von einer guten Zukunft träumt. Mak ist schon lange der beste europäische Gegenwartshistoriker. Ein Wohnmobil, ein Kontinent und täglich ein Artikel, irgendwo aus diesem Europa – das war das Grundrezept von Geert Maks großartigem Bestseller »In Europa« aus dem Jahr 2004. Mak entwickelte darin die Kunst, reisend eine Geschichte der Gegenwart zu schreiben. Nun hat er das wieder getan – allerdings eher mit dem Flugzeug als mit dem Wohnmobil. Er reist zu den Grenzen der Europäischen Union, trifft Zeitzeugen, Politiker und Intellektuelle, immer auf der Fährte der ursprünglichen europäischen Utopie. Es geht hier um die Zeit der Finanzkrisen, des Aufstiegs rechter Parteien bis hin zum Umgang mit Corona. Ihm gelingt eine sagenhafte Mischung aus Essay, Reportage und Geschichtsschreibung, die wie von Zauberhand gelenkt immer wieder zurück in seine Heimat führt, nach Amsterdam und in das kleine friesische Dorf, in dem die Kirche steht. Und er fragt, wie wohl eine Historikerin des Jahres 2069 über unsere Zeit schreiben würde, wägt die Argumente und findet mehr, die Hoffnung machen. **NM**



Geert Mak: »Große Erwartungen. Auf den Spuren des europäischen Traums«. Siedler; 640 Seiten; 38 Euro.

# Die zweite Welle

**Entertainment** Besser, schneller, internationaler: Deutsche Serienproduzenten holen auf im Wettbewerb – finanziert vor allem von amerikanischen Streamingdiensten.

**E**in Ladenbüro in Berlin-Kreuzberg, fast kein Mobiliar, dafür große Schaufensterscheiben. Big Window Production heißt die Firma, die hier erst im April eingezogen ist. Der Produzent und Autor Jörg Winger hat sie gegründet, weil er glaubt, dass die deutsche Fernsehbranche ihr Potenzial auf dem Weltmarkt noch lange nicht gut genug ausreizt. Das Geschäft globalisiere sich gerade, meint er. »Die Fernsehindustrie wächst in ähnlicher Weise zusammen wie vor 30 Jahren die Autoindustrie. Heutzutage würde ja niemand mehr auf die Idee kommen, einen Autokonzern zu gründen, der Fahrzeuge baut, die nur auf deutschen Straßen fahren.«

Winger, 50, war einer der Ersten, der auf die Idee kam, dass hochwertige deutsche Serien auch international Erfolg haben könnten. Vor sechs Jahren entwickelte er gemeinsam mit seiner Frau, der US-amerikanischen Autorin Anna Winger, »Deutschland 83«, eine Spionageserie über die Machenschaften des DDR-Geheimdienstes und den schleichenden Zusammenbruch des Landes. Gerade hat er die dritte Staffel fertiggestellt, »Deutschland 89«. Sie spielt im Jahr des Mauerfalls und wird in mehr als 120 Ländern zu sehen sein, in Deutschland ab dem 25. September bei Amazon Prime.

»Wir wollen aus Berlin heraus Serien für die ganze Welt machen«, so Winger. »Nicht unbedingt auf Englisch. Wir drehen auch auf Deutsch, auf Rumänisch oder auf Französisch, je nachdem was der Stoff erfordert. Aber jede Serie sollte die Chance haben, dass sie aus einer lokalen Spezifität heraus ein Publikum in der ganzen Welt anspricht.« Vier weitere Projekte mit internationalen Partnern sind geplant.

Im Fernsehgeschäft herrscht zurzeit eine Art Corona-Paradox. Einige Firmen werden die Krise nicht überleben, und die Branchenvertreter haben der deutschen Politik noch immer keinen adäquaten Ausfallfonds abgerungen, mit dem die Risiken eines Drehs unter Pandemiebedingungen abgedeckt werden können. Zugleich fließt so viel Geld in die deutsche Fernsehproduktion wie nie zuvor. Denn die großen Streamingdienste wie Netflix und Disney+ liefern sich einen Verdrängungswettbewerb, der Kapital auch nach Europa und



»Hausen«, Start: 2020, 1. Staffel

Reiner Bajaj / Sky Deutschland / Lago Film



»Wir Kinder vom Bahnhof Zoo«, Start: 2021, 1. Staffel

Mike Kraus / Constantin Television / Amazon

Deutschland pumpt. Gerade hier müssen die US-Konzerne wachsen, um sich gegen die Konkurrenz zu behaupten.

Winger meint: »Die Ankunft der Streamer in Deutschland hat uns Produzenten und Kreative in eine starke Position versetzt. Das wiederum hat die öffentlich-rechtlichen Sender in Bewegung gebracht, die Talente nicht an die internationale Konkurrenz verlieren wollen.«

Netflix hat den hiesigen Sendern zum Beispiel mit Anke Engelke eine der bekanntesten Entertainerinnen des Landes weggeschnappt und sie für den tragikomischen Sechsteiler »Das letzte Wort« in die Rolle einer Trauerrednerin gesteckt, der Start ist im September. Mit speziellen Digitalkameras, die sonst nur bei großen Hollywood-Blockbustern zum Einsatz kommen, ließ Netflix »Barbaren« drehen,

eine Serie über die historische Schlacht im Teutoburger Wald, die im Herbst anläuft. Und Sky Deutschland nimmt im Oktober ein für deutsche Verhältnisse immer noch ungewöhnliches Genre ins Programm: »Häuser« mit Charly Hübner als Hausmeister in einem Plattenbau ist eine echte Horrorserie.

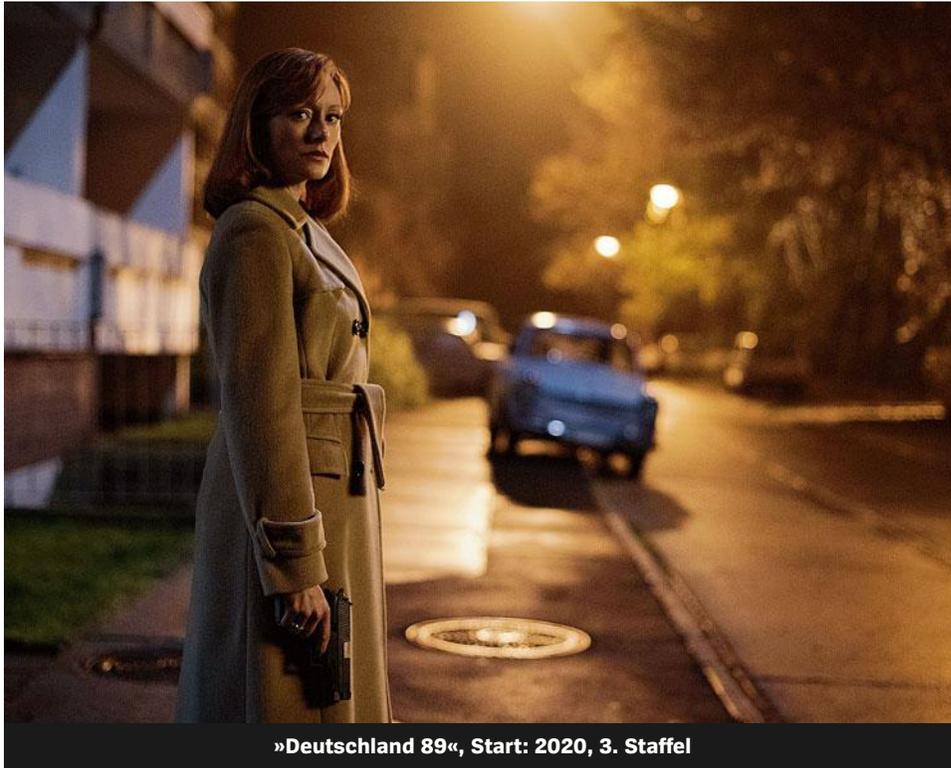
Treiber der Entwicklung sind nach wie vor die US-Konzerne, aber ARD und ZDF wissen, dass sie sich ins Zeug legen müssen. Inzwischen sind ihre Mediatheken Teil der Veröffentlichungsstrategie, »online first« lautet die Devise. Am Dienstag wird die ARD-Mediathek mit der historischen Bier-saga »Oktoberfest 1900« druckbetankt, eine Woche vor der Ausstrahlung der Serie im Ersten. Große, etwas aktuellere Serien allerdings zeigen die Öffentlich-Rechtlichen derzeit noch zu wenige.

Für sein nächstes Projekt arbeitet Winger mit dem amerikanischen Entertainmentgiganten Warner zusammen, der in Deutschland mit dem Pay-TV-Kanal TNT präsent ist. Es trägt den Titel »Im Dschungel« und handelt von der deutschen Fleischindustrie. »Es wird nicht konkret um den Fall Tönnies gehen«, so Winger. »Die Fleischindustrie ist ein System, das wir uns alle zusammen aufgebaut haben. Die Bratwurst ist eine deutsche Ikone, und die soll gefälligst billig sein. Wir sind da weniger an Unternehmerbashing interessiert als an dem sozioökonomischen Hintergrund, der ein solches System ermöglicht.«

Der Fall Tönnies war gerade publik geworden, da gingen Winger und Warner mit dem Projekt schon an die Öffentlichkeit. »Die brauchen nicht Wochen, um ein Projekt in Gang zu setzen, sondern nur wenige Tage. Diese Unbedingtheit und die Geschwindigkeit habe ich früher beim deutschen Fernsehen immer vermisst«, sagt Winger.

Tatsächlich hat der Branche in Deutschland derartige Energie lange gefehlt. Das Genre der groß erzählten, modernen Serie entwickelte sich im Vergleich zu den USA mit erheblicher Verzögerung. Fiktion im deutschen Fernsehen, das waren früher vor allem 90-minütige Fernsehfilme, mit dem »Tatort« als Krönung dieses Formats. Dass es hierzulande mit Rainer Werner Fassbinders 14-teiliger Serie »Berlin Alexanderplatz« oder der dreiteiligen Fernsehadaptation von Wolfgang Petersens »Das Boot« in den Achtzigerjahren erste Experimente ambitionierten seriellen Erzählens gab, hatten deutsche Fernsehverantwortliche lange verdrängt.

Doch nach Wingers erster »Deutschland«-Staffel, damals noch für RTL produziert, nahm auch hierzulande die Serienproduktion Fahrt auf. 2017 lief »Dark« erstmals bei Netflix, eine Mysterygeschichte um Zeitreisen in einer deutschen Klein-



»Deutschland 89«, Start: 2020, 3. Staffel

ANIKA MOLINAR



»Das letzte Wort«, Start: 2020, 1. Staffel

Frederic Bätjer / Netflix

stadt. 2018 dann die ersten sechs Teile des Finanzthrillers »Bad Banks« von ZDF und Arte. Auch »Babylon Berlin« sorgte im Ausland für Furore. Die Reihe, von ARD und Sky zusammen finanziert, gilt mit Produktionskosten von fast 40 Millionen Euro als teuerstes deutsches Serienprodukt. Der britische »Guardian« erhob Deutschland dafür zum Player im globalen Geschäft der »Blockbuster-Serien«.

Der deutsche Erfolg wird inzwischen zu erheblichen Teilen mit Kapital aus den USA finanziert. Nach Recherchen des Branchenblatts »Variety« gaben US-Unterhaltungskonzerne 2019 weltweit insgesamt 120 Milliarden Dollar für neue Filme und Serien aus. Eine Zahl, die noch größer werden dürfte, denn auch die Konkurrenz wächst. Neben den weltweit agierenden Konzernen Netflix (Umsatz 2019: 20,2 Milliarden Dollar), Amazon (280,5 Milliarden), Disney (69,6 Milliarden) und Apple (260,2 Milliarden) gingen mit HBO Max (AT&T, 181,2 Milliarden) und Peacock (Comcast, 108,9 Milliarden) in diesem Jahr zwei neue Streamingdienste an den Start. Auch dahinter stehen mächtige Konglomerate. Und das Medienhaus ViacomCBS, zu dem das Filmstudio Paramount gehört, gab kürzlich bekannt, seine schon seit 2014 existierende Plattform CBS All Access innerhalb von zwölf Monaten in einen international agierenden Dienst umwandeln zu wollen.

Dabei sind die Streamingdienste vorsichtig, wenn es darum geht, ihre Strategie zu offenbaren. Denn jede Information verschafft der Konkurrenz einen Vorteil. Netflix etwa verlangt von den Kreativen, mit denen die Firma zusammenarbeitet, unter Androhung hoher Vertragsstrafen oft absolute Geheimhaltung. Viele der geplanten Serien und Filme, die in den nächsten Monaten anstehen, wurden deshalb noch nicht annonciert. Bekannt ist lediglich ein kleiner Teil; etliche Projekte werden vorerst unter Verschluss gehalten. Und andere sind wegen Corona gar nicht mehr zustande gekommen.

Eigentlich sollte die Filmemacherin Anca Lăzărescu, 41, jetzt zwischen England, Frankreich und Neuseeland pendeln, um eine internationale Science-Fiction-Serie zu drehen – wegen der Pandemie wurden die Aufnahmen abgesagt. Spätestens seit sie für Netflix den Jugendroman »Die Welle« unter dem Titel »Wir sind die Welle« neu als Serie verfilmt hat, gilt Lăzărescu als Kandidatin für große, internationale Stoffe. Jetzt sitzt sie in Berlin und bereitet gleich mehrere Projekte parallel vor – für die Zeit, wenn sie endlich wieder drehen kann. Dazu gehört auch die deutsche Spionageserie »Die Agentin«, die im Stil von Vorbildern wie »Homeland« von einer BND-Agentin auf den Spuren eines Komplotts erzählt.



Peter Rigaud / DER SPIEGEL



Sammy Hart

**Filmemacher Lăzărescu, Schwochow**  
»Unendliche Möglichkeiten«

»Die Science-Fiction-Serie wäre mein mit Abstand größtes Projekt gewesen, das Budget dreimal so groß wie das von »Die Welle«, sagt die Regisseurin.

Anca Miruna Lăzărescu wurde im rumänischen Timișoara geboren und kam mit elf Jahren nach Deutschland. Ihr Seriendebut gab sie 2018 mit zwei Episoden des von TNT Serie und HBO Europe beauftragten Sechsteilers »Hackerville«, Jörg Winger fungierte als Produzent. Dann legte sie mit drei Folgen aus »Die Welle« nach – und prompt kam das Angebot aus London. Dort und auch in Hollywood wird genau beobachtet, wer sich in seinem Heimatland durchsetzt. Der Markt saugt Talente förmlich auf, und er ist international durchlässiger geworden. Lăzărescu: »Es ist nicht übertrieben, Streaming als Revolution zu bezeichnen. Vor wenigen

Jahren gab es für deutsche Kreative kaum die Möglichkeit, internationale, hoch budgetierte High-End-Serien zu realisieren.«

Darauf ist Lăzărescu auch nach wie vor neugierig, aber ihr ist auch klar: Heuert sie für eine große Serie an, ist sie dort weniger Künstlerin als Dienstleisterin. »Ich komme durchaus an die Grenzen des Mitspracherechts, zum Beispiel was das Casting von Schauspielern angeht. Wenn der Auftraggeber einen Darsteller in der Serie haben will, dann wird er besetzt.«

Zu den neuen Serien, die in näherer Zukunft ins Programm kommen, gehört unter anderem eine Neuverfilmung von Christiane F.s »Wir Kinder vom Bahnhof Zoo«, 2021 auf Amazon Prime Video zu sehen. TVNow, das Streamingangebot von RTL, bislang mit kostengünstigen Reality-Formaten wie »Die Sex-Klinik« zugesichert, kündigt gleich elf neue Serien an, darunter den Krimi »Glauben«, zu dem Ferdinand von Schirach das Drehbuch schrieb. Joyn, das Portal der Konkurrenz von ProSiebenSat.1, fiel in diesem Jahr bereits mit kleineren Formaten wie »Aus dem Tagebuch eines Uber-Fahrers« positiv auf, nimmt sich für die Zukunft aber auch mehr vor: Geplant ist unter anderem der Thriller-Mehrteiler »Blackout«, in dem Moritz Bleibtreu die Hauptrolle übernehmen wird.

Für Netflix ist das Wachstum außerhalb der USA besonders wichtig: Nur ein Drittel der 183 Millionen Abonnenten sitzen in den USA, im ersten Halbjahr 2020 kam schon mehr als die Hälfte des Umsatzes aus den internationalen Märkten in Asien, Südamerika, Afrika – und eben Nordeuropa. Um die Kunden in den jeweiligen Ländern zu bedienen, setzt man verstärkt auf lokales Programm.

Paradiesische Zustände also für deutsche Kreative? Der Regisseur, Autor und Produzent Christian Schwochow, der schon viel international gearbeitet hat, sagt: »Das Problem ist, dass sich die Streamer, die nach Deutschland kommen, oft dem Produktionsniveau des deutschen Fernsehens anpassen. Da sehe ich eine echte Gefahr, denn der Weg sollte natürlich andersrum sein: Die deutschen Produktionsstandards sollten sich dem oft höheren internationalen Niveau anpassen.«

Schwochow, 41, kann das beurteilen. Den Überraschungshit »Bad Banks« drehte er zum Teil in Luxemburg, in Großbritannien folgten zwei Folgen der Serie »The Crown«, die für viele Kritiker die Vollenendung der aktuellen Fernsehkunst darstellt. Seitdem ist Schwochow ständig unterwegs. In Prag hat er gerade die Tonmischung für seinen Kinofilm über eine rechte Revolution in Europa fertiggestellt, in Berlin und Großbritannien bereitet er Fernsehprojekte vor, in München entwickelt er die Science-Fiction-Serie »Children of Mars«.

# SPIEGEL Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin »buchreport« (Daten: media control); nähere Informationen finden Sie online unter: [spiegel.de/bestseller](http://spiegel.de/bestseller)

Ein Weltraumabenteuer im großen Stil aus Deutschland – das gab es hierzulande seit »Raumpatrouille Orion« nicht mehr.

»Das Nebeneinander von Projekten ist schon sehr kräftezehrend«, meint Schwowchow, »ich habe schon früh in diesem Job gelernt, mehrere Bälle in der Luft zu halten. Aber oft kommt es dann zu der schwierigen Situation, dass verschiedene Projekte zur gleichen Zeit Fahrt aufnehmen.«

Schowchows Weltraumepos entsteht in einer Zusammenarbeit von ZDF und Telekom. Die öffentlich-rechtliche Anstalt macht gemeinsame Sache mit einem Kommunikationskonzern, das hätte es früher nicht gegeben.

Immer wieder kommt es mittlerweile vor, dass die Unternehmen bekannte Regisseure oder Autoren fest an sich binden. Martin Scorsese hat im August einen Vertrag bei Apple TV+ unterschrieben, »The Crown«-Erfinder Peter Morgan arbeitet exklusiv für Netflix – so wie die deutschen »Dark«-Schöpfer Baran bo Odar und Jantje Friese, die gerade an der Mysteryserie »1899« arbeiten. »Auch ich hatte Angebote für Exklusivverträge«, sagt Schwowchow. »Die waren sehr lukrativ. Aber hast du einen einzigen festen Auftraggeber, will er natürlich, dass du ganz bestimmte Dinge für ihn lieferst. Dafür will ich zu viel ausprobieren. Und die nächsten Jahre wird es einfach durch den Kapitalfluss der Streamer unendliche Möglichkeiten geben.«

Er sitzt gerade an den Plänen für eine Serie mit dem Arbeitstitel »Fck My Heritage«. Es soll um die Schüler eines Schweizer Elite-Internats gehen, die nach einem Debattenwettbewerb darauf kommen, dass Reiche und Privilegierte, wie sie es sind, die Welt verändern können. »Die Teenager denken über eine Weltrevolution nach, die wirklich gelingen kann. Erbe aufgeben, Ressourcen verteilen, die Welt neu denken«, sagt Schwowchow. »Wir begeben uns mit den jungen Leuten auf die Suche nach einem Schlüssel zu ihrer Revolution.«

Seit einem halben Jahr arbeitet er mit einem Team schon an der Idee. Die kleine Corona-Delle im Drehplan kam ihm ganz gelegen, um die gesamte Energie in das Projekt zu legen. Schwowchow ist sich des Risikos bewusst. Trotz Fridays for Future gebe es zurzeit kaum ernst zu nehmende Serien, in denen sich junge Menschen mit der Politik beschäftigen, sondern vor allem Dystopien. »Tribute von Panem« in Endlosschleife sozusagen.«

»Fck My Heritage« ist als große, grenzüberschreitende Geschichte angelegt«, sagt Schwowchow. »Für mich sind Serien auch immer europäische oder gar globale Projekte. Da ist die Erzählform der Serie für mich selbst Utopie.«

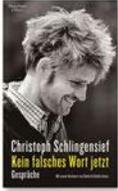
Christian Buß, Oliver Kaever

## Belletristik

- 1 (1) **Robert Seethaler**  
**Der letzte Satz** Hanser Berlin; 19 Euro
- 2 (2) **Stephenie Meyer** **Biss zur Mitternachtssonne** Carlsen; 28 Euro
- 3 (3) **Delia Owens** **Der Gesang der Flusskrebse** Hanserblau; 22 Euro
- 4 (4) **Bernhard Schlink** **Abschiedsfarben** Diogenes; 24 Euro
- 5 (7) **Marco Balzano** **Ich bleibe hier** Diogenes; 22 Euro
- 6 (5) **Ursula Poznanski** **Cryptos** Loewe; 19,95 Euro
- 7 (8) **Renate Bergmann** **Dann bleiben wir eben zu Hause!** Ullstein; 8 Euro
- 8 (9) **David Grossman** **Was Nina wusste** Hanser; 25 Euro
- 9 (10) **Stephen King** **Blutige Nachrichten** Heyne; 24 Euro
- 10 (17) **Wladimir Kaminer** **Rotkäppchen raucht auf dem Balkon** Wunderraum; 20 Euro
- 11 (6) **Sally Rooney** **Normale Menschen** Luchterhand; 20 Euro
- 12 (15) **Susanne Matthiessen** **Ozelot und Friesennerz** Ullstein; 20 Euro
- 13 (12) **Suzanne Collins** **Die Tribute von Panem. Das Lied von Vogel und Schlange** Oetinger; 26 Euro
- 14 (14) **Karin Slaughter** **Die verstummte Frau** HarperCollins; 24 Euro
- 15 (13) **Laetitia Colombani** **Das Haus der Frauen** S. Fischer; 20 Euro
- 16 (16) **Pascal Mercier** **Das Gewicht der Worte** Hanser; 26 Euro
- 17 (-) **Cassandra Clare** **Chain of Gold** Goldmann; 20 Euro
- 18 (11) **Lisa Eckhart** **Omama** Zsolnay; 24 Euro
- 19 (-) **Paul Maar** **Wie alles kam** S. Fischer; 22 Euro  


Er hat das Sams erfunden und viele andere Kinderbuchfiguren. Wie er selbst groß wurde, erzählt der wunderbare Autor in diesem Buch.
- 20 (-) **Elena Ferrante** **Das lügenhafte Leben der Erwachsenen** Suhrkamp; 24 Euro

## Sachbuch

- 1 (4) **Mary L. Trump** **Zu viel und nie genug** Heyne; 22 Euro
- 2 (2) **Richard David Precht** **Künstliche Intelligenz und der Sinn des Lebens** Goldmann; 20 Euro
- 3 (3) **Ferdinand von Schirach / Alexander Kluge** **Trotzdem** Luchterhand; 8 Euro
- 4 (5) **Philippa Perry** **Das Buch, von dem du dir wünschst, deine Eltern hätten es gelesen** Ullstein; 19,99 Euro
- 5 (6) **Maja Göpel** **Unsere Welt neu denken** Ullstein; 17,99 Euro
- 6 (7) **Michelle Obama** **Becoming** Goldmann; 26 Euro
- 7 (8) **Bas Kast** **Der Ernährungskompass** C. Bertelsmann; 20 Euro
- 8 (-) **Manfred Lütz** **Neue Irre. Wir behandeln die Falschen** Kösel; 20 Euro
- 9 (4) **John Bolton** **Der Raum, in dem alles geschah** Das Neue Berlin; 28 Euro
- 10 (9) **Hans-Werner Sinn** **Der Corona-Schock** Herder; 18 Euro
- 11 (-) **Jürgen Kaube** **Hegels Welt** Rowohlt Berlin; 28 Euro
- 12 (13) **Kübra Gümüşay** **Sprache und Sein** Hanser Berlin; 18 Euro
- 13 (10) **Lily Brett** **Alt sind nur die anderen** Suhrkamp; 15 Euro
- 14 (14) **Peter Hahne** **Seid ihr noch ganz bei Trost!** Quadriga; 12 Euro
- 15 (-) **Christoph Schlingensiefel** **Kein falsches Wort jetzt** Kiepenheuer & Witsch; 23 Euro  


Zehn Jahre nach seinem Tod erscheinen die besten, klügsten und lustigsten Gespräche mit dem genialen Bühnenkünstler.
- 16 (-) **Jakob Hein** **Hypochonder leben länger** Galiani Berlin; 20 Euro
- 17 (-) **Kester Schlenz** **Ich bin bekloppt ... und ich bin nicht der Einzige** Mosaik; 18 Euro
- 18 (-) **Markus Gabriel** **Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten** Ullstein; 22 Euro
- 19 (11) **Heiner Wilmer / Simon Biallowons** **Trägt** Herder; 16 Euro
- 20 (20) **Stephen Hawking** **Kurze Antworten auf große Fragen** Klett-Cotta; 20 Euro

# Trügerische Sicherheit

**Theater** Das neue Stück des Bestsellerautors Ferdinand von Schirach heißt »Gott«. Es geht um die Frage, ob man Menschen dabei helfen darf, sich selbst zu töten.

**E**r lacht ein wenig, wenn man ihn auf seinen Selbstmordversuch anspricht. »Das stimmt, ja, ich war sehr jung und sehr verzweifelt«, sagt Ferdinand von Schirach, derzeit einer der erfolgreichsten deutschen Schriftsteller. Er hat ein neues Theaterstück geschrieben, das »Gott« heißt und an diesem Donnerstag in Düsseldorf und am Berliner Ensemble uraufgeführt wird. Es handelt vom Recht auf Selbstmord.

»Suizid« korrigiert Schirach, der in seinem ersten Beruf Anwalt war. Ein Mord sei es schließlich nicht. In Schirachs Stück will sich ein 78-jähriger Mann das Leben nehmen: Richard Gärtner ist geistig und körperlich gesund, aber weil seine Ehefrau einige Jahre zuvor gestorben ist, will er nicht mehr weiterleben. Gewaltsam sterben will er nicht, sondern von seiner Ärztin ein Mittel bekommen, das ihn ruhig und sicher tötet. Auf der Bühne wird Gärtners Anliegen vor einem Ethikrat verhandelt. Ärztin, Anwalt, Theologe diskutieren den Fall. Am Ende entscheiden die Zuschauer.

Die Idee, ein Theaterstück mit Publikumsbeteiligung zu schreiben, hat Schirach vor fünf Jahren das erste Mal ausprobiert. Es hieß »Terror«, wurde in über hundert Theatern weltweit aufgeführt und von mehr als 540 000 Zuschauern gesehen. Es ist eines der erfolgreichsten Theaterstücke der Gegenwart. Es geht darin um die Frage, ob ein entführtes, voll besetztes Passagierflugzeug, das auf ein voll besetztes Fußballstadion zurast, abgeschossen werden darf. Eine Weltkarte auf der Website zum Stück zeigt, wie die Menschen abgestimmt haben: Mehr als 60 Prozent stimmten dafür, den Befehlshörer der Alarmrotte der Luftwaffe freizusprechen. Nur in Japan plädierte eine Mehrheit für »schuldig«.

Jetzt also: Beihilfe zur Selbsttötung. Ausgangspunkt für das Stück war eine Gesetzesänderung, die der Bundestag 2015 beschlossen hatte. »Die Diskussion war für mich erschreckend«, sagt Schirach. Sie sei zwar ernsthaft gewesen, aber da ging es auch um Gedankengut, das ihm überhaupt nicht gefallen habe, weil es ganz weit weg sei vom Gedanken des Grundgesetzes. »Man hat einfach gesagt: Wir,

der Staat, bestrafen denjenigen, der die Absicht eines Menschen, der sich töten will, fördert, diesem hierzu geschäftsmäßig die Gelegenheit gewährt, verschafft oder vermittelt. Und das war tatsächlich furchtbar.«

Der damals beschlossene Paragraf 217 des Strafgesetzbuchs wurde im Februar dieses Jahres vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Schirach sagt dazu: »Das war ein Jahrhunderturteil. Die Richter stärkten die Autonomie des Menschen, seine freie Verfügung über seinen Lebensentwurf. Er darf selbst über seinen Tod bestimmen.« Im Gerichtssaal hatte es sogar Applaus gegeben, und, so Schirach, »niemand erinnert sich daran, wann es das jemals gegeben hatte. Es war ein sehr berührender Moment, eine Hilfe für die Menschen, ein Urteil für die Freiheit.«

Eine Hilfe für die Menschen? Ist es nicht wahre Hilfe, jemanden zum Leben zu er-

mutigen? Schirach sagt: »Es gibt eben doch viele Menschen, die sterben wollen. Sie müssen jetzt nicht mehr von einem Hochhaus springen, vor ein Auto laufen oder sich vor den Zug werfen. Sie dürfen sanft und würdig sterben. Zu einem freien, selbstbestimmten Leben gehört auch der freie, selbstbestimmte Tod und damit auch die Art und Weise, wie man sterben möchte. Jetzt ist die rechtliche Frage geklärt: Es darf geholfen werden.«

Die Uraufführung des Stücks fällt in eine Zeit, in der die rechtlichen Dinge grundsätzlich geklärt sind, die gesetzliche Umsetzung aber noch aussteht. Das Stück diskutiert jedoch mehr als Recht und Gesetz, sondern vor allem Moral. Am Ende müssen die Zuschauer allein für sich selbst entscheiden und dann abstimmen: »Würden Sie Herrn Gärtner Pentobarbital überreichen, wenn Sie wissen, dass er damit aus dem Leben scheidet wird?«



Matthias Horn

Probenszene zu »Gott« am Berliner Ensemble, Autor Schirach:

Ferdinand von Schirach: »Gott. Ein Theaterstück«. Luchterhand; 160 Seiten; 18 Euro.

Erschwert wird die Antwort auf die Frage durch den Fall einer 30-jährigen Frau, die sich ebenfalls das Leben nehmen will. Juristisch ist der Fall gleich zu beurteilen. Das Alter spielt bei der Frage keine Rolle. Moralisch scheint es ein Riesenunterschied zu sein.

Wie es ausgehen wird? Das Stück nennt Zahlen aus der Schweiz, wo organisierte Suizidhilfe straffrei ist: »Drei Viertel der Bevölkerung befürworten oder akzeptieren organisierte Suizidhilfe. 86 Prozent wollen, dass Ärzte die Suizidhilfe durchführen.«

Das Stück selbst liest sich ein wenig statisch, wie man sich die Sitzung eines Ethikrates so vorstellt. Alle sprechen, wie ihre Funktionen es ihnen vorschreiben. Nur Richard Gärtner, über dessen Kopf hier wegverhandelt wird, reagiert manchmal wütend: »Ihr verdammtes Ethos steht nicht über dem Ethos der Gesellschaft. In diesem Land leben freie Menschen, sie können und dürfen über ihr Leben und ihr Sterben selbst entscheiden.« Und an den medizinischen Sachverständigen gewandt: »Warum haben Sie nur so wenig Vertrauen zu Ihren Patienten? Warum glauben Sie, Sie dürften sich für Gott halten?«

Eine Wut, ein unbedingter Sterbewille. Davon wird das Stück getragen, von diesem Gärtner und seinem Wunsch zu verschwinden.

Schirach ist in feudalen Verhältnissen aufgewachsen, Angestellte, Park, Jagd, Tennisplatz mit roter Asche, bei Tisch sprachen die Eltern französisch, damit der Sohn nicht mitredet. Mit 10 schickten sie ihn aufs Internat in den Schwarzwald. Als er 15 war, nahm sich sein Vater das Leben. Schirach hat einen Text über ihn geschrieben. Er steht am Anfang seines letzten Prosabuchs »Kaffee und Zigaretten«.

Der Text erzählt von der Zeit kurz nach dem Selbstmord des Vaters. Der Sohn, Ferdinand von Schirach, sitzt zu Hause, es sind Herbstferien, er schreibt über sich selbst in dritter Person: »Im Keller öffnet er den Waffenschrank, entnimmt eine der Schrotflinten und verlässt das Haus, die Tür lässt er offen stehen.« Er geht in den Park, zu der Ulme, die sein Vater zur Geburt seines Sohnes gepflanzt hat. »Er nimmt den schwarzen Lauf des Gewehrs in den Mund, er ist eigenartig kalt auf der Zunge. Dann drückt er ab.«

Zum Glück hatte er vorher anderthalb Flaschen Whiskey getrunken. Am nächsten Morgen finden ihn die Gärtner. »Er war so betrunken, dass er keine Patrone eingelegt hatte. Er spricht mit niemandem über diese Nacht, in der er sich selbst gesehen hat.«

Bei einem Treffen am vergangenen Dienstag in Berlin spricht Schirach nur

kurz und vorsichtig darüber. »Gott sei Dank«, sagt er, »dass ich das nicht hinbekommen habe.« Er sagt auch, dass er sich damals ganz sicher war, das Richtige zu tun. Dass es richtig wäre zu sterben.

Nichts ist sicher. Niemals. Gärtner fordert die Freiheit zum Tod, und Schirach scheint dem Bundesverfassungsgericht auch noch einmal applaudieren zu wollen. Aber was, wenn sich Gärtner täuscht? Schirach hat sich getäuscht, aber er hatte das Glück, dass sein Suizid misslang.

Das ist sie, die trügerische Sicherheit des einen Moments. In einer anderen Geschichte erzählt Schirach von einem Freund aus dem Internat, der sich nach einer dramatischen Ehe das Leben nahm. Schirach hatte ihn getroffen, das Elend, die Verzweiflung erlebt. Der Freund wohnte im Hotel damals, Schirach gab dem Hotelmanager Geld, damit er regelmäßig nach ihm schaute. In der Erzählung schreibt er: »Ich glaubte, das sei alles, was ich tun könnte.«

Hätte es nicht noch mehr gegeben? Er trifft den Freund später noch einmal in der Normandie. Danach bringt der Freund sich um. »Einige Monate nach dem Tag in der Normandie habe ich mit dem Schreiben begonnen«, schreibt von Schirach. »Es war zu viel geworden.«

Ein weiterer Kipppunkt im ruhigen Fluss der Argumente dieses Stücks ist die Erinnerung an die Euthanasie-Programme der Nationalsozialisten. Schirach zitiert einen Beobachter der Prozesse gegen die Euthanasie-Ärzte der Nazis. Der schrieb 1949, dass allen, die sich mit diesen Nazi-verbrechen beschäftigten, klar geworden sei, »dass diese Verbrechen aus kleinen Anfängen wuchsen. Am Anfang standen zunächst feine Akzentverschiebungen in der Grundhaltung der Ärzte«.

Schirach ist der Enkel des Nationalsozialisten Baldur von Schirach, der als Gauleiter und Reichsstatthalter von Wien für die Deportation der österreichischen Juden verantwortlich war und die Deportation als »aktiven Beitrag zur europäischen Kultur« bezeichnet hatte. Ferdinand von Schirach hat einmal geschrieben: »Vielleicht bin ich auch aus Wut und Scham über seine Sätze und seine Taten der geworden, der ich bin.«

Schirach hat kein Plädoyer für etwas geschrieben. Aber kurz vor Schluss lässt er den Anwalt reden, der sich doch sehr ähnlich anhört wie sein Erfinder, wenn er über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sagt: »Dieses Urteil ist Aufklärung im eigentlichen, im besten Sinn. Es ist lebensfreundlich, weil es vom Tode weiß. Es ist menschlich, weil es unser Leiden versteht. Nach Jahrhunderten in Dunkelheit können wir heute frei sein. Und vor der Freiheit der Menschen müssen wir keine Angst haben.« Volker Weidemann



Jonas Holthaus / laif

»Ich war sehr jung und sehr verzweifelt«



Gina Bolle / DER SPIEGEL

**Schriftstellerin Dörrie:** »Ein trockenes Stück Brot, am liebsten hart«

# »Der Schweinsbraten siegt«

**SPIEGEL-Gespräch** Wer kocht, gewinnt Kontrolle über sein Leben.

Die Bestsellerautorin Doris Dörrie über den Geschmack ihrer Kindheit, Genuss in Krisenzeiten und Gerichte, die trösten – auch wenn sie nicht vegetarisch sind.

*Dörrie, 65, kommt natürlich mit Maske in die Brasserie OskarMaria im Münchner Literaturhaus. Die Gäste blicken dennoch von ihren Gläsern auf. Kennen wir die nicht? Dörrie, gewandert in ein japanisches Kleid, ist auch maskiert eine Erscheinung – und an diesem Ort sowieso in ihrem Milieu. »Leben, schreiben, atmen« heißt ihr voriges Buch, eine Anleitung zum autobiografischen Schreiben, das sich monatelang auf der Bestsellerliste hielt. Kritiker rühmen seit je Dörries Doppelbegabung als Schriftstellerin und Filmregisseurin. In ihrem neuen Buch offenbart sie ein drittes Talent: Ihr koreanischer Schweinebraten soll ein Hit sein\*.*

**SPIEGEL:** Frau Dörrie, Sie schreiben in Ihrem neuen Buch auf 200 Seiten übers Essen, Sie müssen eine leidenschaftliche Esserin sein. Was ist Ihre Leibspeise?

**Dörrie:** Trockenes Brot. Ich habe eigentlich immer ein Stück in der Handtasche dabei, wenn ich das Haus verlasse.

**SPIEGEL:** Belegt mit was?

**Dörrie:** Mit nichts. Ein trockenes Stück Brot, am liebsten hart. Ich war schon als Kind berüchtigt dafür, dass ich die Kruste vom Brot der Familie abgenagt habe. So schnell wie ein Kaninchen die Mohrrübe.

**SPIEGEL:** Gab es Futterneid?

**Dörrie:** Immer, ich habe drei Schwestern. Und natürlich war das sehr unsozial, aber ich konnte nicht anders. Am liebsten mochte ich frisches Gerstebrot, das gibt's heute gar nicht mehr so oft. Es hatte einen ganz, ganz harten Knust. Den hab ich besonders geliebt, diesen Knust.

**SPIEGEL:** Sie kommen aus Hannover.

**Dörrie:** Knust ist norddeutsch. In Bayern heißt es Scherzl. Essen verwurzelt uns in der Welt. Darum geht es mir in dem Buch. Die Idee ist entstanden aus den Schreibworkshops, die ich seit vielen Jahren in vielen Ländern gebe. Am Anfang bitte ich die Teilnehmer immer, über ein Essen aus ihrer Kindheit zu schreiben. Das löst sofort Assoziationen aus: wie es damals geschmeckt, gerochen, wie es sich angefühlt hat. Über ihre Erinnerungen ans Essen kommen sie in einen Schreibfluss.

**SPIEGEL:** Sind Erinnerungen an Essen besonders stark?

**Dörrie:** Sie wecken besonders starke Emotionen. Sie bringen einen nicht nur zurück in die Kindheit, sondern in die ganze Welt drum rum. Ich habe in meinen Seminaren unglaubliche Geschichten gehört. In der Schweiz lasse ich die Teilnehmer immer über Milch, Käse, Butter nachdenken – lustigerweise in einem veganen Zen-Retreat, in dem ich jedes Jahr unterrichte, außer in diesem wegen Corona. In den Geschichten, die die Schweizer dann erzählen, spiegelt sich die ganze Geschichte des Landes: die bäuerliche Tradition, die große Armut noch vor wenigen Jahrzehnten, das Gefühl, sehr isoliert zu sein vom Rest der Welt.

**SPIEGEL:** Sie haben das Buch Ihrer Mutter gewidmet. An welches Gericht denken Sie, wenn Sie an Ihre Mutter denken?

**Dörrie:** An süße Erbsensuppe mit Grießklößchen und fein geschnittenem rohem Schinken. Der Schinken muss wirklich sehr fein geschnitten sein.

**SPIEGEL:** Kochen Sie das heute noch?

**Dörrie:** Das ist ein Gericht meiner Mutter, das sie auf Wunsch noch immer kocht. Aber von uns Geschwistern kann das keiner. Das kann nur sie.

**SPIEGEL:** Haben Sie nie nach dem Rezept gefragt?

**Dörrie:** Nein, weil ich es gar nicht kochen will. Das Gericht gehört so sehr zu ihr und nach Hannover, das würde ich nicht transponieren mögen in eine andere Welt. So ein Kindheitsgericht ist verknüpft mit der Welt, die man in sich trägt.

**SPIEGEL:** Hilft Essen und Kochen auch in der Coronakrise?

**Dörrie:** Wenn wir das Gefühl haben, wir verlieren die Kontrolle, dann wollen wir wenigstens die Kontrolle übers Essen behalten. Ernährung ist heute sowieso eng verknüpft mit Kontrollwünschen. Denken Sie nur daran, wie dogmatisch und fast militant viele Menschen irgendwelche Diätregeln befolgen, was sie essen dürfen und was nicht, wie viel und zu welchen Uhrzeiten. Während des Lockdowns sind diese Kontrollwünsche noch mal gewachsen.

**SPIEGEL:** Wie hat sich das geäußert?

**Dörrie:** Viele Menschen haben sich darauf besonnen, selbst etwas anzubauen. Und wenn es nur Kräuter auf dem Balkon sind. Oder wieder mal etwas zu backen. Es gab plötzlich eine Welle von Sauerteigfanatikern. Und die Hefe war auf einmal aus-

verkauft. Nicht nur das Klopapier, auch die Hefe.

**SPIEGEL:** Was macht die Hefe zum Krisengewinner?

**Dörrie:** Wer Hefe hat und dazu Mehl, Wasser, Salz, der kann ein Brot backen – und sich einreden, dass er alles hat, um im Lockdown lange zu überleben. Hefe macht aus wenig Teig einen Teigberg. Es ist magisch.

**SPIEGEL:** Mich erinnert Hefe an meine Oma.

**Dörrie:** An Geborgenheit, genau. An den Geruch von Zwetschgendatschi zu Hause. Das löst sofort Assoziationen aus, die einem guttun.

**SPIEGEL:** Wird Corona unsere Essgewohnheiten dauerhaft verändern?

**Dörrie:** Ich hoffe das. Ich hoffe, dass die Menschen gemerkt haben, dass man mit einer Kartoffel echt etwas anstellen kann. Viele hatten ja keine Ahnung mehr vom Kochen, vor allem junge Menschen nicht.

**SPIEGEL:** »How to Cook Your Life« heißt ein Film von Ihnen. Flapsig übersetzt: Wie man sein Leben gebacken kriegt.

**Dörrie:** Mir war damals in den USA aufgefallen, dass junge Leute nicht mal mehr wussten, wie man ein Spiegelei brät. Dann hab ich den Zen-Priester und Koch Edward Brown kennengelernt, der jungen, aber mitunter erstaunlicherweise auch alten Leuten erklärte, wie man durchs Kochen ein neues Gefühl von sich bekommt, wie man dabei ganz im Hier und Jetzt aufgeht. Wenn die jungen Leute das erste Mal einen Teig kneteten, waren sie außer sich vor Glück. Das musste ich verfilmen.

**SPIEGEL:** Waren Sie schon davor leidenschaftliche Köchin?

**Dörrie:** Ich bin keine leidenschaftliche Köchin, ich koche ganz gut und ganz gern, allerdings nur etwas, was schnell geht. Es ist eher so, dass ich wahnsinnig gern esse. Und dass ich besonders gern etwas esse, was ich selbst zubereitet habe – und was mir gelungen ist.

**SPIEGEL:** Sie schreiben, dass Sie für nichts so gelobt werden wie für Ihren koreanischen Schweinebraten.

**Dörrie:** Nicht mal für meine Filme und Bücher. Der Schweinsbraten siegt.

**SPIEGEL:** Was unterscheidet den koreanischen Schweinebraten vom bayerischen?

**Dörrie:** Die Gewürze: Gochujang, eine rote Chilipaste, viel Ingwer, Knoblauch.

\* Doris Dörrie: »Die Welt auf dem Teller. Inspirationen aus der Küche«. Diogenes; 208 Seiten; 22 Euro.

Und dass man ihn nicht mit Messer und Gabel isst, sondern aus der Hand, eingewickelt in ein Salatblatt. Momofuku Bo Ssam heißt das Gericht.

**SPIEGEL:** Haben Sie ästhetische Vorlieben beim Anrichten?

**Dörrie:** Bei mir ist nichts fein säuberlich geordnet und das wenigste kunstvoll drapiert. Aber was ich wirklich gern mag, ist japanisches Geschirr. Ich schleppe seit Jahrzehnten immer wieder Teller, Schalen, Schüsseln aus Tokio mit, kleine und große, viereckige, runde, ovale. Da passt nichts zusammen, das entspricht mir sehr. Eigentlich hat meine Familie mir schon vor langer Zeit verboten, noch mehr anzuschleppen. Aber ich kann nicht anders.

**SPIEGEL:** Sie haben fünf Filme in Japan gedreht. Was ist Ihr japanisches Lieblingsessen?

**Dörrie:** Onigiri natürlich. Immer wenn ich nach Japan komme, gehe ich sofort in den nächsten Konbini, einen der 24-Stunden-Läden, und hole mir dort Onigiri, gefüllte Reisbällchen, eingewickelt in knusprigen Seetang. Der Seetang würde sofort letschert werden, wie der Bayer sagt, wenn er nicht wiederum in Plastik eingewickelt wäre. Das ist eine Umweltsünde, aber eine wirklich geniale Verpackung.

**SPIEGEL:** Die meisten Deutschen denken bei Japan wahrscheinlich an Sushi. Aber in Ihrem Buch taucht es nur ganz am Rande auf.

**Dörrie:** Sushi ist in Japan eine ziemlich teure Angelegenheit. Man isst es nicht dauernd an jeder Straßenecke, so wie hier in Deutschland. Ich mag wahnsinnig gern japanische Hausmannskost, die es in keinem Restaurant gibt. Zum Beispiel Ochazuke: Reis von gestern, übergossen mit grünem Tee, gewürzt mit etwas Wasabi, dazu Arare, also Reiscracker, und eine Umeboshi, eine dieser salzigen Pflaumen. Ochazuke ist ein ganz altnordisches Frühstück, ich liebe es.

**SPIEGEL:** Was frühstücken Sie in Deutschland?

**Dörrie:** Am liebsten gar nichts. Ich schreibe nüchtern und noch schläfrig, morgens früh im Bett. Das ist sehr produktiv, ein Trick, um die innere Kontrolle ein wenig auszuschalten. Wer literarisch schreiben will, der muss die eigene Wildheit zulassen und die eigene Blödheit. Traditionell erreichen Schriftsteller das mit sehr viel Alkohol und sehr vielen Drogen, aber es geht auch so. Wenn ich erst mal gefrühstückt habe, muss ich die Geschirrspülmaschine einräumen, mich waschen und anziehen, in die ordentliche Welt zurückkehren. Dann ist es vorbei mit der Kreativität. Das Frühstück verschiebe ich manchmal bis in den Nachmittag.

**SPIEGEL:** Und was essen Sie beim Drehen? Gibt es etwas, auf das Sie beim Catering bestehen?



**Dörrie beim SPIEGEL-Gespräch\***  
»Das Kochen als alte Kulturtechnik«

**Dörrie:** Ich hasse es, wenn die Leute zickig sind bei Dreharbeiten. Was ich da alles höre von Kollegen! Was die angeblich brauchen, um loslegen zu können! Nein, beim Dreh geht es darum, so unkompliziert wie möglich zu sein. Und diese endlosen Catering-Gelände finde ich ohnehin entsetzlich. Alle stehen immer nur am Catering-Bus rum.

**SPIEGEL:** War das früher anders?

**Dörrie:** Catering war ein Wort, das niemand benutzte. Es gab morgens die sogenannte Beleuchter-Brotzeit: Jeder aus dem Team gab etwas Geld, und die Beleuchter kauften für alle ein. Mittags ging man dann gemeinsam in irgendeine Wirtschaft. Wobei der Produktionsleiter die Getränke separat abkassierte.

»Wir sind verlogen, wenn es ums Essen geht. Es ist nicht einfach, seine Gewohnheiten zu ändern.«

**SPIEGEL:** Wieso hat sich das verändert?

**Dörrie:** Früher war das Filmemachen eine wilde Angelegenheit für ein paar Verrückte, heute ist es ein industrieller Vorgang, ein Job wie andere auch. Das führt zu mehr Ansprüchen und meist weniger Spaß.

**SPIEGEL:** Manche Menschen buchen heute Kulinarikreisen, zu Hause haben sie Kochbücher auf dem Coffeetable liegen wie früher Kunstbände. Bekannte Köche werden verehrt wie Avantgarde-Stars. Können Sie als Künstlerin etwas damit anfangen? Ist Kochen wirklich die neue Kunst?

**Dörrie:** Diese Stilisierung des Kochens interessiert mich nicht. Mich interessiert das Kochen als alte Kulturtechnik, die Transformation. Was bedeutet es für den Menschen, Lebensmittel zu kombinieren und zu garen, sie zu verwandeln in etwas Neues? Aber auch uns verwandelt das Essen. Und wir verwandeln die Welt mit unserem oft verheerenden Umgang mit Lebens-

mitteln. Nach dem Skandal um die Großschlachtereier Tönnies sind alle kurz aufgeschreckt – und haben dann weitergemacht wie vorher. Die tiefe Verbindung, die wir durch das Essen zu anderen haben, interessiert mich. Das viel zu billige Hackfleisch auf meinem Teller bedeutet Leid für das Tier, aber auch für den Metzger und letzten Endes für uns alle.

**SPIEGEL:** Gibt es Lebensmittel, auf die Sie aus moralischen Gründen verzichten?

**Dörrie:** Ich bemühe mich, kein Fleisch zu essen. Oder wenig. Wir im Westen haben uns jahrzehntelang mit tierischem Protein vollgestopft, wir müssen die Ersten sein, die damit aufhören. Weil jetzt alle tierisches Protein wollen, die Afrikaner, die Chinesen, die Inder. Tierisches Protein ist ein Luxus, der uns an den Abgrund bringt.

**SPIEGEL:** Warum sind Sie dann keine Vegetarierin?

**Dörrie:** Mir ist es wichtig, weiterhin andere glücklich zu machen, nicht zu dogmatisch zu werden, Kompromisse zu suchen. In meiner Familie sind alle Fleischesser. Ich habe einen langen Lernprozess hinter mir, aber nicht jeder will lernen. Hin und wieder muss ich meinen Momofuku machen.

**SPIEGEL:** Da muss das Schwein dann durch.

**Dörrie:** Wir alle sind interessant verlogen, wenn es ums Essen geht. Es ist eben nicht einfach, seine Essgewohnheiten zu ändern, weil Essen uns so tief verwurzelt in unserer Vergangenheit.

**SPIEGEL:** In einem Ihrer Schreibworkshops, so berichten Sie im Buch, haben Sie mexikanische Studierende Avocado-Geschichten schreiben lassen.

**Dörrie:** Jeder in Mexiko hat eine Avocado-Geschichte.

**SPIEGEL:** Einer erzählte von einem Ehepaar, das sich scheiden ließ, weil er Avocados liebte und sie nicht. Gibt es ein Lebensmittel, für das Sie sich trennen würden?

**Dörrie:** Nein. Ich würde immer versuchen, einen Kompromiss zu finden – und das Lebensmittel dann heimlich essen. Im Ernst: Es ist wichtig, dass wir uns bei all den Schwierigkeiten, die wir heute in der Gesellschaft haben, nicht auch noch übers Essen streiten. Das können wir uns nicht leisten.

**SPIEGEL:** Wir sollen also nicht nur mit Rechten reden, sondern auch noch mit Veganern?

**Dörrie:** Das klingt lustig, aber Familien haben deshalb mitunter große Konflikte. Es gibt wenig, über das heute so ideologisch aufgeladen diskutiert werden kann wie übers Essen. Veganer haben politisch wie ökonomisch recht, aber sie müssen weiter mit Flexitariern reden und Vegetariern mit Flexitariern und alle zusammen mit Fleischessern. Am besten wäre, sie würden weiterhin miteinander essen.

**SPIEGEL:** Frau Dörrie, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

\* Mit dem Redakteur Tobias Becker in München.

# »Brauchen wir Männerbeauftragte, Frau Maron?«

Neues aus der SPIEGEL-Welt: Im wöchentlichen Videotalk »Spizentitel« trifft Literaturkritiker Volker Weidermann die wichtigsten Autoren unserer Zeit.



Gastgeber Weidermann, Autorin Maron im SPIEGEL-Studio

*Im Premierengespräch gab die deutsche Schriftstellerin und Essayistin Monika Maron, 79, Auskunft über ihren neuen Roman »Artur Lanz« – in dem die Heldin Charlotte Winter einen Kampf gegen die Frauen von heute führt –, über gegenderte Sprache und Männer, die ihre Babys vor dem Bauch tragen.*

**SPIEGEL:** Frau Maron, richtig aus der Fassung gerät Ihre Heldin, wenn es um Frauen geht, und da hat sie, glaube ich, wirklich Parallelen mit ihrer Erfinderin Monika Maron. Die Gendersprache. Die Entmännlichung. Die Entheroisierung des Mannes durch die Frau. Können Sie das ein bisschen erläutern?

**Maron:** Sie sieht die Generation ihrer eigenen Tochter und fragt sich: Was ist mit den Männern eigentlich los? Sie sind so unsicher, und es wäre ja auch ein Wunder, wenn sie das nicht wären. Der Mann hat sich in seiner sozialen Rolle in der Gesellschaft ja sehr verändert. Und wenn er da nun tastend und suchend überlegt, was aus ihm werden soll, geht das nur in Übereinstimmung mit den Frauen. Männer und Frauen müssen sich irgendwie neu zueinander positionieren.

**SPIEGEL:** Wenn ich aus dem Roman zitieren darf, ist der schlappe Mann von heute um die fünfzig und bereit, diese verhunzte Gendersprache zu sprechen. Er akzeptiert Frauen als Chef, bindet sich sein Baby auf den Bauch und ist sozusagen völlig entmännlicht und ein Opfer der Frauen. Vieles davon, außer der Opferzuschreibung, trifft auch auf mich zu. Was mache ich falsch? Wieso sehe ich mich so anders?

**Maron:** Nein, das ist ja gar nicht falsch. Mir tun diese Männer nur leid.

**SPIEGEL:** Das empfinde ich schon als einen kleinen Angriff.

**Maron:** Ich sehe auch im Fernsehen ständig Moderatoren und Nachrichtensprecher. Es ist immer dieser Typ Mann. Es ist dieser schmale Junge, auch wenn er schon 40, 50 ist.

**SPIEGEL:** Aber bei Frauen ist es doch dasselbe, oder?

**Maron:** Jaja, ich sag ja auch nichts besonders Gutes über Frauen in diesem Buch. Das müssen Sie zugeben. Ich glaube, der Mann wird sich wieder seiner Männlichkeit besinnen. Zumal ich diesen Hass auf die Männer, der jetzt gerade Mode ist, wirklich entsetzlich finde. Ich finde, es geht nur im Einvernehmen zwischen den beiden Geschlechtern, und da müssen sie sich eben neu einigen.

**SPIEGEL:** Ein Teil Ihrer Romanfigur Arthur Lanz ist, dass Männer sich von Frauen definieren und kleinmachen lassen. Man brauchte inzwischen Männerbeauftragte. Was ich emanzipatorisch nennen würde, muss man ja nicht als Opfer begreifen.

**Maron:** Nein. Wenn Sie glücklich sind, so ist doch alles gut.



Die kompletten Literaturgespräche mit Volker Weidermann können Sie kostenlos auf [spiegel.de/spizentitel](http://spiegel.de/spizentitel) abrufen. Nächsten Donnerstag sind Joachim Meyerhoff und Ferdinand von Schirach in der Sendung.

# Geschichte als Soap

**Zeitgeist** Steile Thesen, fromme Phrasen und präsent auf fast allen Kanälen: der erstaunliche Erfolg der Historikerin Hedwig Richter

**U**ngarn, Polen, die USA: Dass die Demokratie eine fragile Sache ist, gehört zum Sorgenbestand der Gegenwart. Auch der deutsche Wutbürger zeigt, dass Sicherheit, Unversehrtheit und Freiheit der Rede nicht automatisch zur Gelassenheit des Wahlvolks führen. Die Bilder vom vergangenen Wochenende, auf denen Esoteriker und diffus Unzufriedene mit organisierten »Reichsbürgern« und Nazis in Berlin demonstrierten, haben weithin aufgeschreckt.

Da kommt eine Historikerin wie Hedwig Richter mit ihren Thesen zur rechten Zeit. Die Krise, sagt sie in ihrem gerade erschienen Buch »Demokratie. Eine deutsche Affäre«, gehöre zu dieser Regierungsform; sie sei eine notwendige Begleiterscheinung des Versuchs, drei unterschiedliche Ziele miteinander in Einklang zu bringen: Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit. Interessenkonflikte, Widersprüche gehörten dazu\*.

\* Hedwig Richter: »Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart«. C. H. Beck; 400 Seiten; 26,95 Euro.

»All men are created equal«, hieß es zwar schon in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776. Aber bis tatsächlich alle erwachsenen Menschen, unabhängig von Rasse und Geschlecht, von Besitz und Religion, gleich waren vor Wahlurne und Gesetz, brauchte es Revolutionen, Reformen und Protestbewegungen. Die, betont Richter, fanden in der Regel im nationalen Rahmen statt, waren aber oft inspiriert vom transnationalen Zeitgeist – von den Märschen der Suffragetten zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis zu den jüngsten Demonstrationen der »Black Lives Matter«-Bewegung in den USA.

So weit, so bekannt, aber auch beruhigend. Und vielleicht erklärt diese Beruhigung, in Verbindung mit einer so dramatischen wie zugänglichen Rhetorik, warum Richter, 47, derzeit in vielen Medienhäusern weit offene Türen einrennt. Die Professorin an der Universität der Bundeswehr in München schreibt und spricht beim Deutschlandfunk, im ZDF, in der »taz« wie der »FAZ«, bei der Bucerius Law School wie im YouTube-Kanal des »Grundrechtsflüsterers« Abdelkarim, bei SPIEGEL.de und der »Zeit« wie bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Nun ist sie auch noch für den Bayerischen Buchpreis nominiert, eine der wichtigsten Kulturauszeichnungen des Herbstes.

Ihre willkommene Botschaft: »Die Welt wird demütiger, selbstkritischer, sie wird besser.« Andererseits: »Es gibt noch viel zu tun.«

Beides hört man, naturgemäß, gern. Liest man allerdings ihr 400-seitiges Werk, stellen sich Schwindelgefühle ein, die schöne Meistererzählung wird immer wieder

zu einer Kakophonie. In rasender Folge wechselt die Autorin die Bezüge, springt vom preußischen Beamtentum zu den USA, von der Detailerzählung zur großen Behauptung, von der Mentalitätsgeschichte zur Statistik. Sie bringt es fertig, in einem einzigen kurzen Absatz die Einführung der Antibabypille in Amerika, die Frauenrechte im 20. Jahrhundert, den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg mit der »Vitalität« von »Diktaturen außerhalb Nord- und Westeuropas auch nach 1945« zu verrühren – als hätte ein Copy-and-paste-Programm sich selbstständig gemacht.

Mit Energie wiederholt Richter auch die Grundidee ihres vorigen Buches (»Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert«), dass die Einführung der Demokratie vor allem ein Projekt von »Eliten« gewesen sei; eine Behauptung, mit der sie in der Fachwelt auf recht einsamem Posten steht. Vor allem aber zitiert sie ohne inneren Zusammenhang, was gerade en vogue in der neuzeitlichen Geschichtsschreibung ist, von der Geschichte des Körpers über den Kolonialismus bis hin zur »Lernenden Nation«.

Warum Richter schließlich die deutsche Demokratie hartnäckig als eine »Affäre« bezeichnet, erschließt sich nirgends – außer, vielleicht unfreiwillig, in der munteren Ankündigung, dass »die nächste Staffel folgt«: Das passt zu einer Geschichtsschreibung als Soap.

Auf Twitter hat Hedwig Richter in gut vier Jahren mehr als 16 600 Tweets abgesetzt, die Botschaften reichen von einer tanzenden Frau und Grüßen an das »liebe FAZ-Feuilleton« bis hin zu »Antisemitismus auf unseren Straßen. Wie eklig muss man sein, um da mitzulaufen«. Nahezu täglich gibt es im Hölderlin-Jahr auch ein Zitat des Dichters, unlängst: »Du bist es, auserwählt / Allliebend und ein schweres Glück / Bist du zu tragen.« Zum schweren Glück des zeitgenössischen Historikers mag auch gehören, sich in der Öffentlichkeit umtriebiger hervorzutun. Vielleicht gehört das Plappern inzwischen zum Handwerk?

Richters Kollege Andreas Rödder, Professor für Neueste Geschichte in Mainz, charakterisierte die Entwicklung akademischer Usancen seit den Bologna-Reformen mit sprödem Bedauern so: »Eine selbstanpreisende Sprache des Marktes ersetzte den Habitus der Dezenz, den die Wissenschaften angesichts des Wissens um die Grenzen ihrer Erkenntnisfähigkeit klassischerweise für angemessen hielten.« Eine Einsicht aus »21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart«, erschienen im selben Verlag wie Richters Potpourri aus steilen Thesen und frommen Phrasen. Elke Schmitter



**»Die Welt wird demütiger, selbstkritischer, sie wird besser.«**

Hedwig Richter

# Im Bett mit Maria

**Opernkritik** Die Performancekünstlerin Marina Abramović lässt in München die Callas mal ganz anders sterben.

Das Publikum im Münchner Opernsaal könnte sich wie im Kino vorkommen. Auf der Bühne flimmern Filme, einer nach dem anderen. Viel Mimik, aber keine Tonspur. In den Tagen des Stummfilms stand ja meistens ein Klavier schräg zur Leinwand, ein Pianist drosch auf die Tasten ein, verstärkte die Spannung. Hier steht an der entsprechenden Stelle ein Bett. Ein Sterbebett mit einer dunkelhaarigen Frau darin. Davor singende Dienstmädchen.

Zu Grabe tragen wollen sie die Oper alter Machart. Wieder auferstehen soll ein Musiktheater, das jünger und frischer ist. In dem musikalischen Projekt »7 Deaths of Maria Callas« klappt das Sterben gut, das Auferstehen eher nicht.

Lange hat die Kunst- und Opernwelt auf diese Premiere in der Bayerischen Staatsoper gewartet. Wegen der Pandemie wurde sie verschoben, von April auf September. Am Dienstag war Uraufführung, das Interesse war groß, doch mussten viele der 2100 Plätze frei bleiben. Eigentlich wollte das Kunstministerium 200 Zuschauer erlauben, kurzfristig erhöhte es auf 500.

Sie kamen wohl ihretwegen: Im Bett auf der Bühne lag gut zugedeckt und regungslos die Performancekünstlerin Marina Abramović. Von ihr stammte das Konzept für die Hommage an Maria Callas, eine der wenigen Sängerinnen, bei der ein bestimmter Artikel zum Namen geradezu unvermeidlich ist: »die Callas« eben.

Gern erinnert die 73 Jahre alte Abramović daran, dass sie sich wie elektrisiert gefühlt habe, als sie in jungen Jahren in Belggrad im Radio erstmals die Stimme dieser Ausnahmesopranistin hörte.

In München gibt es ein Best-of jener Arien, die Callas wieder und wieder gesungen und dabei wohl wieder und wieder erlitten hat. Jedes Mal starb sie den Bühnentod. Als Violetta raffte sie in »La Traviata« der Keuchhusten hinweg, als Carmen wurde sie erstochen, als Cio-Cio-San brachte sie sich in »Madame Butterfly« selbst um und so weiter. Wie es sich die Komponisten von Verdi bis Puccini ausmalten; die Frau in der Oper war Opfer. Abramović wiederum hatte die Eingebung, einige Opern aus dem Repertoire der Callas auszumisten und nur die musikalischen Höhepunkte zu übernehmen. Das Ergebnis also: sieben Solosongs zum Tod, nacheinander vorgetragen von sieben Sängerinnen, jede in einem Kleid, wie es vor langer Zeit Bruna trug, das Dienstmädchen von Maria Callas. Im Hintergrund und passend zum Medley die Einspielfilme, in denen Abramović anstelle der Callas diverse Tode stirbt. Dabei assistiert ihr der Hollywoodschauspieler Willem Dafoe, einmal legt er ihr eine Schlange um den Hals.

Dann der achte und letzte Akt. Die Bühne, eben noch fast leer, ist nun elegant möbliert. Das Schlafzimmer aus dem Pariser Appartement von Maria Callas wurde nachgebaut, in ihm starb die Diva am 16. September 1977 mit 53 Jahren.

Abramović (in der Rolle der Callas) erhebt sich langsam aus dem Bett, schmeißt eine Vase zu Boden, wandert durch den Raum, verlässt ihn durch einen seitlichen Ausgang, helles Licht strahlt ihr entgegen. Nur sieht es eher so aus, als verschwände diese Frau im Morgenmantel kurz im Bad statt im Jenseits. Bald kehrt sie ja auch zurück, von der anderen Seite schreitet sie vors Bühnenbild, als überirdische Erscheinung in Goldlamé. In einer Loge erklingt ein himmlischer Chor. Und dieses Reenactment von Callas' Sterben wirkt wie eine verunglückte Performance. Wie konnte das passieren?

Die Idee schien todsicher. Kein langatmiger Opernabend, sondern ein Schnelldurchlauf, nur anderthalb Stunden lang, also Spielfilmlänge. Dazu ein Großaufgebot an Sängerinnen. Mit der historischen Callas kann allerdings keine mithalten.

Maria Callas verwand es nicht, von Aristoteles Onassis verlassen worden zu sein, ihre Liebe zu dem Reeder war zu stark. Offiziell versagte in der Todesnacht ihr Herz, eigentlich zerbrach es. So sieht es Abramović, im April betonte sie im Gespräch mit dem SPIEGEL, solchen Herzschmerz selbst zu kennen. Doch in ihrer Inszenierung kommt das ganz große Gefühl nicht auf. Dabei hat die Kunst von Abramović in ihren legendären Momenten bei den Betrachtern ungeheuer viel



Szene aus Abramović-Inszenierung: Diashow der Bühnentode

ausgelöst – selbst wenn sie, die Performerin, nur auf einem Stuhl saß und ihren Zuschauern in die Augen blickte.

»7 Deaths of Maria Callas« bietet einen unkonventionellen Umgang mit der Oper, mit weiblichen Hauptrollen, einen besonderen Blick auf das Weibliche überhaupt. Aber auch der eine oder andere tiefere Bruch mit der eigenen Idee wäre wichtig gewesen. Vielleicht sogar ein Übermaß an Kitsch. Obwohl so viel gestorben wird, soll doch auch die Unsterblichkeit der Liebe gefeiert werden.

Natürlich drängt sich die Frage auf, ob die Menschen, wenn sie nach langer Auszeit wieder in die Oper gehen dürfen, ausgerechnet dem Tod begegnen wollen. Die Pandemie hat viele Leben gefordert.

Einer der kleinen Stummfilme irritiert. Abramović alias Callas alias Tosca springt von einem Hochhaus, fällt und fällt, am Ende prallt sie auf ein Auto. Zitiert sie, die selbst seit Langem in New York lebt, die Szenen des 11. September 2001?

Ein Filmabend mit musikalischer Untermalung, eine Diashow des Sterbens. Das ist nicht die Art der Radikalität, für die Abramović bekannt ist. Ulrike Knöfel

## Impressum

**HERAUSGEBER** Rudolf Augstein (1923–2002)

**CHEFREDAKTION** Steffen Klusmann (V.i.S.d.P.), Dr. Barbara Hans, Clemens Höges

**BLATTMACHER** Thorsten Dörting, Juliane von Mittelstaedt, Oliver Trenkamp

**NACHRICHTENCHEF** Stefan Weigel

**MANAGING EDITOR** Susanne Amann, Birger Menke

**CREATIVE DIRECTOR** Judith Mohr, Nils Küppers (stellv.)

**CHEF VON DIENST** *Print*: Anke Jensen, Thomas Schäfer, Jörn Sucher, Gesine Block (stellv.)  
*Online*: Patricia Dreyer, Anselm Waldemann; Melanie Ahlmeier, Lisa Erdmann, Björn Hengst, Olaf Kanter, Nicolai Kwasiński, Jonas Leppin, Florian Merkel, Dr. Jens Radü (Multimedia), Daniel Raecke, Janke Tietz, Martin Wolf

**REDAKTIONELLE ENTWICKLUNG** Matthias Streitz, Christina Elmer (stellv.); Friederike Freuberg, Beate Kirschenstein, Ole Reißmann, Dr. Susanne Wengert

**SPIEGEL+** Jule Lutteroth, Alexander Neubacher; Malte Müller-Michaelis

**REPORTER** Ulrich Fichtner

**HAUPTSTADTBÜRO** Dirk Kurbjuweit

*Leitung*: Dr. Melanie Amann, Sebastian Fischer, Martin Knobbe, Philipp Wittrock, Wolf Wiedemann-Schmidt (Teamentleitung Innere Sicherheit), *Redaktion*: Nicola Abé, Maik Baumgärtner, Florian Gathmann, Kevin Hagen, Julia Amalia Hagen, Valerie Höhne, Timo Lehmann, Veit Medick, Marius Mestermann, Ann-Katrin Müller, Anna Reimann, Sven Röhl, Lydia Rosenfelder, Jonas Schaible, Christoph Schult, Christian Tevs, Severin Weiland, *Autoren, Reporter*: Susanne Beyer, Markus Feldenkirchen, Matthias Gebauer, Konstantin von Hammerstein, Christoph Hickmann, Christiane Hoffmann  
*Politik Hamburg*: Benjamin Schulz (Nachrichtenchef); Milena Hassenkamp, Alwin Schröder

**DEUTSCHLAND/PANORAMA** *Leitung*: Jörg Diehl, Cordula Meyer, Hendrik TERNIEDEN, Dr. Markus Verbeet, Simone Sölden (stellv.), *Redaktion*: Birte Bredow, Annette Bruns, Lisa Dulm, Katrin Elger, Sarah Heidi Engel, Silke Fokken, Maik Großekathöfer, Hubert Gude, Kristin Haug, Armin Himmelrath, Charlotte Klein, Annette Langer, Günther Latsch, Roman Lehberger, Benjamin Maack, Peter Maxwell, Miriam Olbrich, Alexander Preker, Philipp Seibt, Ansgar Siemens, Andreas Ulrich, Jens Witte, Jean-Pierre Ziegler, *Autoren, Reporter*: Jürgen Dahlkamp, Annette Großbömgard, Julia Hütter, Beate Lakotta, Katja Thimm, Alfred Weinzierl, Dr. Klaus Wiegrefe  
*Berlin*: Andreas Wassermann, *Autor*: Stefan Berg

**WIRTSCHAFT/NETZWEIT** *Leitung*: Markus Brauck, Yasmin Elshart, Jochen Hübner (Netzweil), Isabell Hilgen, Stefan Kaiser (stellv.), *Redaktion*: Benjamin Biddler, Markus Böhm, Florian Diekmann, Kristina Gnirke, Simon Hage, Dr. Claus Hecking, Henning Jauregg, Alexander Jung, Dr. Matthias Kaufmann, Nils Klawitter, Matthias Kremp (Teamentleitung Netzwerk), Alexander Kühn, Maria Marquart, Martin U. Müller, Anton Rainer, Stefan Schultz, Carolin Wahnbaeck, Robin Wille, *Autoren, Reporter*: Michaela Schießel  
*Berlin*: Christian Reiermann (Teamentleitung); Patrick Beuth, Simon Book, Markus Dettmer, Max Hoppenstedt, Michael Kröger, Cornelia Schermgal, Anna Seith, Gerald Trauffer, *Autoren, Reporter*: David Böcking, Marcel Rosenbach, Michael Sauga

**AUSLAND** *Leitung*: Mathieu von Rohr, Britta Koltenbroich (stellv.), Dr. Dominik Peters (stellv.), Maximilian Popp (stellv.), Christoph Scheuermann (stellv.), *Redaktion*: Fiona Ehlers, Lina Greiner (Teamentleitung Globale Gesellschaft), Katrin Kuntz, Steffen Leuchte, Katharina Graca Peters, Jan Puhl, Dr. Isabella Reichert, Alexandra Rojkov, Ramiyah Salloum, Anna-Sophie Schneider, Maria Söhr, *Autoren, Reporter*: Marian Blasberg, Susanne Koelbl, Dietmar Pieper, Christoph Reuter

**Berlin**: Aleksandar Sarovic  
*Wissen* *Leitung*: Michael Hengstenberg, Olaf Stampf, Kurt Stukenberg (stellv.), *Redaktion*: Dr. Thilo Bethge, Manfred Dworschak, Marco Evers, Susanne Götz, Johann Grolle, Dr. Veronika Hackenbroch, Guido Kleinhubbert, Julia Koch, Julia Köppe, Kerstin Kullmann, Julia Merlot, Emil Nelzger, Jörg Römer, Hilmar Schmundt, Nils-Viktor Sorge (Teamentleitung Mobilität), Frank Thadeusz, *Autoren, Reporter*: Jörg Blech, Rafaela von Bredow, Christoph Seidler

**KULTUR** *Leitung*: Sebastian Hammelehle, Eva Thöne, Laura Backes (stellv.), *Redaktion*: Felix Bayer, Tobias Becker, Lars-Olav Beier, Christian Buß, Ulrike Knöfel, Carola Paddberg, Hannah Pflanzky, Tobias Rapp, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Taksis Würger, *Autoren, Reporter*: Andreas Borchorte, Dr. Martin Doerry, Lothar Gorrer, Wolfgang Höbel, Dr. Nils Minkmar, Elke Schmittler, Volker Weidermann

**REPORTER** *Leitung*: Özlem Gezer, Hauke Goos (stellv.), Britta Stoff (stellv.), *Redaktion*: Barbara Hardinghaus, Timofey Neshitov, Dialiake Neufeld, Jonathan Stock, *Autoren, Reporter*: Uwe Buse, Marc Hujer, Alexander Osang, Alexander Smoltczyk, Barbara Sapp

**SPORT** *Leitung*: Udo Ludwig, Lukas Rilke, Jörn Meyn (stellv.), *Redaktion*: Peter Ahrens, Anne Armbricht, Michael Fröhlingsdorf, Jan Göbel, Benjamin Naack, Marcus Krämer, Daniel Montazeri, Thilo Neumann, Gerhard Pfeil, Antje Windmann  
**INVESTIGATION** Sven Becker, Rafael Buschmann, Roman Höfner, Nicola Naber, Christoph Winterbach, Michael Wulzinger  
**Koordinierung SPIEGEL TV**: Thomas Heise

**MEINUNG UND DEBATTE** Lothar Gorriss, Stefan Kuzmany

**LEBEN** *Leitung*: Anke Dürr, Frauke Lüpke-Narberhaus, *Redaktion*: Irene Berres, Antje Blinda (Teamentleitung Reise), Markus Deckerich, Detlef Hacke, Maren Keller, Heike Klovert, Nike Laurenz, Dr. Heike Le Per (Teamentleitung Gesundheit), Eva Lehnen, Philipp Löwe, Bettina Musall, Anne Otto, Sandra Schulz, Julia Stanek, Nina Weber, *Autoren*: Enrico Ippolito, Mariame Wellershoff

**JOB & KARRIERE (BEREITGESTELLT VON KANARER MAGAZIN WELT.ME)** *Leitung*: Helene Endres, *Redaktion*: Florian Gontek, Marek Hoffmann, Verena Töpfer

**GESCHICHTE** *Leitung*: Jochen Leffers, Dr. Eva-Maria Schurr, *Redaktion*: Solveig Grothe, Christoph Gunkel, Dr. Katja Iken, Uwe Klüfmann, Dr. Danny Kringel, Joachim Mohr, Frank Patalong, Dr. Johannes Saltzwedel

**DEIN SPIEGEL** *Leitung*: Bettina Stiebel, *Redaktion*: Antonia Bauer, Claudia Beckshebe, Alexandra Kaufner, Marco Wedig

**SCHLUSSREDAKTION** Christian Albrecht, Gertred Alfeis, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Ursula Junger, Birte Kaiser, Dörte Karsten, Sylke Kruse, Katharina Lükens, Stefan Moos, Sandra Pietsch, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulm, Sandra Waage

**PRODUKTION** Petra Thormann, Reinhard Wilms; Kathrin Beyer, Michele Bruno, Sonja Friedmann, Linda Grimmacke, Petra Gronau, Rebecca von Hoff, Ursula Overbeck, Britta Romberg, Martina Treumann, Katrin Zabel

**BILDREDAKTION** *Leitung*: Claudia Jeczawitz, Mascha Zuder, Mareile Mack (stellv.); Claudia Apel, Tinka Dietz, Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Philine Gebhardt, Thorsten Gerke, Felix Gienger, Niklas Hauser, Daniel Hofmann, Andrea Huss, Rosa Kaiser, Elisabeth Koll, Petra Konopka, Matthias Krug, Theresa Lettner, Nasser Manouchehri, Parvin Nazemi, Peer Peters, Jens Rensing, Oliver Schmitt, Ireneus Schubial, Erik Seemann, Maxim Sergienko, Martin Trilk, Anke Wellnitz  
*Mail*: [foto@spiegel.de](mailto:foto@spiegel.de)

**LAGAYOUT** *Foto USA*: Susan Wirth, Tel. +1 917 3998184

**INFOGRAFIK** *Teamentleitung*: Cornelia Baumermann, Ferdinand Kuchlmayr; Ludger Bollen, Thomas Hammer, Max Heber, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Michael Walter

**INTERACTIV** *Teamentleitung*: Olaf Heuser, Hanz Sayami; Alexander Epp, Guido Griffl, Michael Abke, Kalinoskas, Marco Casang, Chris Kurt, Aida Marquez Gonzales, Michael Niestedt, David Wurd, Ohadai, Bernhard Riedmann

**DESIGN/UX** *Teamentleitung*: Alexander Trempler; Katja Braun, Anna van Hove

**KORREKTUR** Sebastian Hofer

**TEXTPRODUKTION** *Leitung*: Helke Grusdas, Stefan Schütt (stellv.); Christoph Brüggemeier, Angela Ölscher, Gesche Sager, Holger Uhlig, Valerie Wagner

**DATENJOURNALISMUS** *Leitung*: Marcel Pauly; Holger Dambreck, Patrick Stotz, Achim Tack

**SOCIAL MEDIA UND LESERDIALOG** *Leitung*: Ayla Kiran, Angela Gruber (stellv.), *Redaktion*: Sarah Angerstein, Kai Bonte (Forum), Veronike Brüggemann, Dennis Deuermeyer, Fabian Domeyer, Inken Dworak (Projektleitung Snapchat), Ariane Fries (Teamentleitung Community), Eva Horn, Ties Kozok, Petra Mater, Jonathan Miske, Lina Moreno, Christina Neeb, Johanna Röhr, Robert Schlösser, Mara Veigel

**SEO** *Leitung*: Maximilian Rau, Bastian Midasch, Insa Winter

**BENTO** *Leitung*: Viktoria Bolmer, Julia Rieke, Franziska Bulban (Teamentleitung), Helene Flachsenberg (Teamentleitung), Katharina Höller (Teamentleitung), Sebastian Maas, Jan Petter, Sophia Schirmer (Teamentleitung), Maximilian Senff, Carolina Torres, Hanna Zobel, Lou Zucker, *Reporter*: Marc Röhlig, *Video*: Sarah Klöfer, Hoai Phuong Tran Thi

**VIDEO** *Leitung*: Franke Böger, Sven Martin (stellv.), *Redaktion*: Benjamin Braden, Sven Christian (Leitung Technik), Benjamin Denes (Leitung Formatentwicklung), Birgit Großekathöfer, Janita Hämmäläinen, Martin Jäschke, Heike Janssen, Carolin Katschak, Eckhard Klein, Fabian Pieper, Rachelle Poupplier, Charlotte Schönberger, Leonie Voss, Katharina Zingler

**CHEF VON DIENST BEWEGTBILD** Bernd Czayka, Dirk Schulze, Martin Stümening  
**AUDIO** *Leitung*: Sandra Sperber, Yasemin Yüksel, *Redaktion*: Lenne Kafka, Matthias Kirsch, Christina Pohl, Sabine Schaper, Sebastian Spaltek

## REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

**BERLIN** Alexander Eder, 5, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. 030 886688-100; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. 030 886688-200

**DRESDEN** Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. 0351 26620-0

**DÜSSELDORF** Frank Dohmen, Lukas Eberle, Fidelius Schmid, Jägerhofstraße 19–20, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211 86679-01

**FRANKFURT AM MAIN** Matthias Bartsch, Tim Bartz, Dr. Felix Bohr, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. 069 9712680

**KARLSRUHE** Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721 22737

**MAGDEBURG** Christopher Piltz, Tel. 0391 54428740, [christopher.piltz@spiegel.de](mailto:christopher.piltz@spiegel.de)

**MÜNCHEN** Anna Clauf, Dinah Deckstein, Jan Friedmann, Martin Flesche, Thomas Schulz, Rosental 10, 80331 München, Tel. 089 4545950

## REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

**ACCRA** Anne Backhaus, [anne.backhaus@spiegel.de](mailto:anne.backhaus@spiegel.de)

**BANGALORE** Laura Höflinger, [laura.hoefflinger@spiegel.de](mailto:laura.hoefflinger@spiegel.de)

**BRÜSSEL** Peter Müller (Büroleitung), Markus Becker, Rue Le Titiën 28, 1000 Brüssel, Tel. +32 2 2366108, [rv\\_bruessel@spiegel.de](mailto:rv_bruessel@spiegel.de)

**KAPSTADT** Fritz Schaap, P.O. Box 15107, Vlaeberg 8018, Cape Town, South Africa, [fritz.schaap.extern@spiegel.de](mailto:fritz.schaap.extern@spiegel.de)

**LONDON** Jörg Schindler, [joerg.schindler@spiegel.de](mailto:joerg.schindler@spiegel.de)

**MEXIKO-STADT** Jens Glüsing, *Leitung*: +52 55 56630526

**MOSKAU** Christian Esch, Christina Hebel, Glasowskij Pereulok Haus 7, Office 6, 119002 Moskau, Tel. +7 495 22849-61

**NEW YORK** Philipp Oehmke, Marc Pitzke, Samiha Shafy, 233 Broadway, Suite 1460, New York, NY 10279, Tel. +1 212 2217583, [rv.newyork@spiegel.de](mailto:rv.newyork@spiegel.de)

**PARIS** Britta Sandberg, 137 Rue Vieille du Temple, 75003 Paris, Tel. +33 1 58625120

**PEKING** Georg Fahrion, Bernhard Zand, Tel. +86 10 65323541

**ROM** Frank Hornig, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. +39 06 6797522

**SAN FRANCISCO** Guido Minglel, Tel. +1 212 2217583, [rv.newyork@spiegel.de](mailto:rv.newyork@spiegel.de)

**SYDNEY** Anna-Lena Abbott, Johannes Korge, Charlene Optenstein

**TEL AVIV** P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 6803466, Israel

**TIJUANA** Sonja Peteranderl, [sonja.peteranderl@spiegel.de](mailto:sonja.peteranderl@spiegel.de)

**WARSAU** Tel. +48 22 6179295

**WASHINGTON** Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. +1 202 3475222

**WIEN** Walter Mayr, [walter.mayr@spiegel.de](mailto:walter.mayr@spiegel.de)

**STÄNDIGE FREIE AUTOREN** Giorgos Christides, Arno Frank, Jochen-Martin Gutsch, Felix Hutt, Juan Moreno, Wiebke Ramm, Anja Rützel, Jurek Skrobala  
**DOKUMENTATION** *Leitung*: Cordelia Freiwald, Kurt Jansson; Zahra Akhgar, Dr. Susmita Arp, Eva Bräth, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Almut Cieschinger, Johannes Eltzhig, Klaus Falkenberg, Catrin Franja, Janine Große, Imko Haan, Thorsten Hage, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Stefanie Jockers, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Mara Küpper, Peter Lakemeier, Julia Lange, Rainer Lübbert, Sonja Maaf, Nadine Markwald, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Claudia Niesen, Sandra Orner, Dr. Vasilios Papadopoulos, Ulrike Preuß, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marco Scharlow, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Meike Stapf, Tiesko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Rainer Szimm, Dr. Marc Theodor, Andrea Tholl, Nina Ulrich, Peter Wahle, Dr. Charlotte Weichert, Peter Wetter, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller, Malte Zeller

**NACHRICHTENDIENSTE** AFP, AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, New York Times, Reuters, sid

**SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG**  
Anzeigen: André Pätzold  
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 75 vom 1. Januar 2020  
Mediaunterlagen und Tarife: [www.spiegel.media](http://www.spiegel.media)  
Vertrieb: Christoph Hauschild  
Herstellung: Silke Kasuba

**DRUCK:** Stark Druck, Pforzheim  
**MIX PAPIER**  
FSC® FSC® C008208

**GESCHAFTSFÜHRUNG** Thomas Hass (Vorsitzender), Stefani Ottlitz

## Service

### Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg [www.spiegel.de/leserbriefe](http://www.spiegel.de/leserbriefe), Fax: 040 3007-2966, Mail: [leserbriefe@spiegel.de](mailto:leserbriefe@spiegel.de). Vorschläge für die Rubrik »Hohlspiegel« nehmen wir auch gern per Mail entgegen: [hohlspiegel@spiegel.de](mailto:hohlspiegel@spiegel.de)

### Hinweise für Informanten

Falls Sie dem SPIEGEL vertrauliche Dokumente und Informationen zukommen lassen wollen, stehen Ihnen folgende Wege zur Verfügung: Post: DER SPIEGEL, c/o Investigativ, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg; Telefon: 040 3007-0, Stichwort »Investigativ«; Mail (Kontakt über Website): [www.spiegel.de/investigativ](http://www.spiegel.de/investigativ). Unter dieser Adresse finden Sie auch eine Anleitung, wie Sie Ihre Informationen oder Dokumente durch eine PGP-Verschlüsselung geschützt an uns richten können. Der dazugehörige Fingerprint lautet: 6177 6456 98CE 38EF 21DE AAAA AD69 75A1 27FF 8ADD

### Ombudsstelle

Der SPIEGEL hat für Hinweise zu möglichen Unregelmäßigkeiten in der Berichterstattung eine Anlaufstelle eingerichtet: ombudsstelle@spiegel.de. Sollten Sie als Hinweisgeber dem SPIEGEL gegenüber anonym bleiben wollen, schreiben Sie bitte an den Rechtsanwalt Tilman Kruse unter [hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de](mailto:hinweisgeber-spiegel@bmz-recht.de)

### Redaktioneller Leserservice

Telefon: 040 3007-3540 Fax: 040 3007-2966  
Mail: [leserservice@spiegel.de](mailto:leserservice@spiegel.de)

### Nachdruckrechte / Lizenzen für Texte, Fotos, Grafiken

Nachdruck und Speicherung in digitalen Medien nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Für Deutschland, Österreich, Schweiz: Mail: [syndication@spiegel.de](mailto:syndication@spiegel.de), Telefon: 040 3007-3540, Fax: 040 3007-2966. Für alle anderen Länder: The New York Times Licensing, Mail: [julie.ho@nytimes.com](mailto:julie.ho@nytimes.com), Telefon: +1 212 556-5118

**Nachbestellungen** SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN sind unter [www.amazon.de/spiegel](http://www.amazon.de/spiegel) innerhalb Deutschlands nachbestellbar.

**Historische Ausgaben** Historische Magazine Bonn [www.spiegel-antiquariat.de](http://www.spiegel-antiquariat.de), Telefon: 0228 9296984

**Abonnement für Blinde** Audioversion: Deutsche Blindenstudienanstalt e. V., Telefon: 06421 606265; elektronische Version: Frankfurter Stiftung für Blinde, Telefon: 069 9551240

**Abonnementspreise** Inland: 52 Ausgaben € 275,60, Studenten Inland: 52 Ausgaben € 197,60, Auslandspreise unter [www.spiegel.de/ausland](http://www.spiegel.de/ausland), Mengenpreise unter [abo.spiegel.de/mengenpreise](http://abo.spiegel.de/mengenpreise)

**Abonnentenservice** Persönlich erreichbar Mo.–Fr. 8.00–19.00 Uhr, Sa. 10.00–18.00 Uhr  
SPIEGEL-Verlag, Abonnentenservice, 20637 Hamburg  
Telefon: 040 3007-2700 Fax: 040 3007-3070  
Mail: [aboservice@spiegel.de](mailto:aboservice@spiegel.de)

## Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an: SPIEGEL-Verlag, Abonnentenservice, 20637 Hamburg – oder per Fax: 040 3007-3070, [www.spiegel.de/abo](http://www.spiegel.de/abo)

Ich bestelle den SPIEGEL  
 für € 5,30 pro gedruckte Ausgabe  
 für € 0,70 pro digitale Ausgabe (der Anteil für das E-Paper beträgt € 0,60) zusätzlich zur gedruckten Ausgabe.  
Der Bezug ist zur nächsterreichbaren Ausgabe kündbar.  
Alle Preise inkl. MwSt. und Versand. Das Angebot gilt nur in Deutschland.  
Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer oder Postfach \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Mail (notwendig, falls digitaler SPIEGEL erwünscht) \_\_\_\_\_

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Hinweise zu AGB, Datenschutz und Widerrufsrecht finde ich unter [www.spiegel.de/agb](http://www.spiegel.de/agb)

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten \_\_\_\_\_

SP-IMPR, SD-IMPR (Upgrade) \_\_\_\_\_



# Nachrufe



Magdalena Wocinska / The New York Times / Redux / latif

## Chadwick Boseman, 43

Eine verschmutzte Melancholie zeichnete den Schauspieler in den meisten seiner Rollen aus, obwohl er vor Kraft und Gesundheit zu strotzen schien. Boseman spielte 2016 in »The First Avenger: Civil War« erstmals den Superhelden Black Panther und verkörperte diese Figur später in weiteren Comic-Verfilmungen aus dem Marvel-Kosmos – auch in dem Science-Fiction-Meisterwerk »Black Panther«, das 2018 in die Kinos kam und ihn vollends zum Star machte. Boseman spielt den König einer afrikanischen Nation namens Wakanda, die dem Rest der Welt technisch überlegen ist. Am Ende des Films tritt er vor die Uno-Vollversammlung und präsentiert sich als sensationell lässiger, kluger, charmanter Staatsmann. Die Grußgeste, die er als König von Wakanda zeigt, wurde auch außerhalb des Kinos populär. Chadwick Boseman wuchs im US-Bundesstaat South Carolina auf, studierte Regie und wurde in den USA bereits 2013 populär, als er im Kinofilm »42 – Die wahre Geschichte einer Sportlegende« den Baseballspieler Jackie Robinson verkörperte. Die Nachricht von Bosemans Tod brach einen Twitter-Rekord. Der ehemalige US-Präsident Barack Obama nannte den Künstler einen »Helden, zu dem man aufblickt«. Chadwick Boseman starb am 28. August in Los Angeles an Darmkrebs. HÖB

## David Graeber, 59

Eines Tages werde er von Robotern gewaschen und sich an jeden Ort der Welt beamen können, glaubte der amerikanische Ethnologe. Graeber war ein Kind der Raumfahrt-epoche und insgeheim ein Optimist. Wenn wir wild genug denken und entschlossen genug handeln, wird sich aus dem verkorksten Kapitalismus noch wirklicher Fortschritt ergeben. Das war seine Überzeugung. Der fröhliche Aktivist, der die Occupy-Bewegung inspirierte, fragte: Warum verlieren wir immer mehr Zeit mit dem Eingeben von Passwörtern, der Aktualisierung von Software, dem Ausfüllen von Formularen? Warum verirren sich Wissenschaft und Wirtschaft in purer Selbstbeschäftigung? Seine Bücher machten, bei aller Kritik an den bestehenden Verhältnissen, gute Laune. David Graeber starb am 2. September in Venedig. NM

## Jürgen Petermann, 85

Von der »Bugwelle« sprachen Kollegen, wenn es um die respekteinflößenden Auftritte des Ressortleiters Jürgen Petermann ging. Er führte die Wissenschaftsredaktion des SPIEGEL von 1963 bis 2001 – über Nacht komponierte er Titelgeschichten zu Themen wie der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl oder der Entdeckung des HI-Virus. Petermann glänzte mit seinem Gespür für die spannende, gut erzählte Geschichte. Für Erstaunen sorgte er mit der Fähigkeit, große Textpassagen druckreif ins Diktiergerät zu sprechen, wenn die Zeit drängte. Lieferten ihm mehrere Kollegen Textpassagen zu, hängte er die Manuskripte zuweilen an Wäscheleinen in seinem Büro auf, um beim Zusammenschreiben den Überblick zu behalten. Die Redakteure schätzten ihn auch, weil er Schreibtalente ans Haus band. Der studierte Germanist machte



Frank Schumann / DER SPIEGEL

sich immer wieder als Mentor verdient. Jürgen Petermann starb am 21. August in Hamburg. cw

## Kaing Guek Eav, 77

Der Mathematiker war Mitglied der kommunistischen Partei Kambodschas und übernahm Mitte der Siebzigerjahre die Leitung des berüchtigten Vernichtungslagers S-21 in Phnom Penh, in dem die Gefangenen gefoltert und getötet wurden. Nur etwa 7 der 14 000 Internierten überlebten. »Niemand, der zu uns kam, hatte eine Chance, sich zu

retten«, bekannte er später in einem Interview. Während der Herrschaft der Roten Khmer, die in vier Jahren vermutlich 1,7 Millionen Menschen ermordeten, war Kaing Guek Eav ein williger Vollstrecker. Nach dem Sturz des Regimes floh er, lebte in Thailand und China. 2009 kam



Tang Chhinschy / reuters

er vor Gericht und wurde 2012 zu lebenslanger Haft verurteilt. Kaing Guek Eav starb am 2. September in Phnom Penh. LOB

## Jürgen Schadeberg, 89

Der in Berlin geborene Fotograf zog Anfang der Fünfzigerjahre zu seiner Mutter nach Johannesburg und wurde zu einem Chronisten der Geschichte Südafrikas während der Apartheid. Er porträtierte schwarze Politiker wie den späteren Staatspräsidenten Nelson Mandela und dokumentierte das Leben in den Townships. Schadeberg hielt auf seinen Bildern Gewalt und Armut fest, aber auch Widerstandsgeist und Lebensfreude. 1964 verließ er das Land für einige Jahre, weil er in seiner Arbeit durch das Regime behindert wurde. Er arbeitete in Ländern wie Botswana oder Tansania und lehrte als Dozent in London, New York und Hamburg. In den Achtzigerjahren fing er zusammen mit seiner Frau Claudia an, Fotobände über das Leben in Südafrika zu veröffentlichen und Dokumentarfilme zu drehen. Jürgen Schadeberg starb am 29. August in La Drova in der spanischen Provinz Valencia. LOB

## Promis für Pfleger

● »Es braucht mehr als Applaus«, meint die Schauspielerin und Regisseurin **Karoline Herfurth**, 36. Zusammen mit der Initiative »Walk of Care« und anderen deutschen Prominenten wie den Schauspielern Michael »Bully« Herbig, Florian David Fitz und Fahri Yardim hat sie ein Video gedreht, das Ende des Monats veröffentlicht wird – unter dem Hashtag #gibuns5 stellen die Stars Forderungen, mit denen das durch Corona belastete Krankenhaus- und Pflegepersonal gestärkt werden könnte. Darunter: bessere Bezahlung, kontinuierliche Fortbildung, mehr Mitspracherecht. »Ich kenne die Probleme dieser Berufe aus der eigenen Familie«, so Herfurth zum SPIEGEL. Ihr Vater und ihr jüngerer Bruder sind im Pflegedienst tätig. Die Pandemie habe gezeigt, wie wichtig diese Arbeit sei. »Aber Gesundheit lässt sich nur schwer mit Wirtschaftlichkeit in Einklang bringen. Für mich gibt es keinen Zweifel, dass Gesundheit Vorrang hat.« Neben der Veröffentlichung des Videos ist auch eine Mahnwache geplant, gefolgt von wöchentlichen Demonstrationen vor dem Gesundheitsministerium. **LOB**



Dominik Butzmann / lat



Kurt Krieger / Corbis via Getty Images

## Die Stimme der Vögel

● Der ehemalige »Baywatch«-Star **Pamela Anderson**, 53, setzt sich seit Langem für Tierschutz ein. Nun hat die Schauspielerin, die mit einem französischen Fußballstar liiert war und eine Zeit lang in Marseille lebte, einen offenen Brief an Präsident Emmanuel Macron geschrieben. Offiziell ist es ein Dankschreiben dafür, dass er den Fang von

Singvögeln mit Leimruten in seinem Land verbieten ließ. Das Verbot gilt allerdings zunächst nur für dieses Jahr. Das will Anderson ändern. In dem Brief an Macron, den sie voriges Wochenende auf Twitter und über den Tierschutzverband Peta veröffentlicht hat, beglückwünscht sie ihn zu seiner »exzellenten« Entscheidung, den »barbarischen und illegalen Brauch« in dieser Saison zu unterbinden. Nun bitte sie ihn darum, die Jagdmethode, der jährlich

Zigtausende Singvögel in Frankreich zum Opfer fallen, endgültig zu verbieten. Die Schauspielerin schaut gern auf Frankreich und kommentiert zuweilen die Politik. Zuletzt hatte sie Präsident Macron bei den Gelbwesten-Protesten vorgeworfen, er verachte die einfachen Leute in seinem Land. »Die Welt schaut auf Frankreich und darauf, wie es auf seinem Territorium mit Tieren umgeht«, mahnt sie nun am Ende ihres Briefes. **PE**

## Hochkarätig

● Die israelische Schauspielerin **Gal Gadot**, 35, trägt in ihrem neuen Film »Tod auf dem Nil« 30 Millionen Dollar um den Hals. Es handelt sich um einen legendären 128-Karat-Diamanten, der vor fast 60 Jahren schon einmal einen großen Kinotrumpf hatte: im Audrey-Hepburn-Klassiker »Frühstück bei Tiffany« (1961). Der »Tiffany Diamond« ist vermutlich eines der teuersten Requisiten der Filmgeschichte. In »Tod auf dem Nil«, der Mitte Oktober in die deutschen Kinos kommen soll, spielt Gadot eine schwerkranke Erbin, die bei ihrer Hochzeitsreise (den Filmehemann verkörpert **Armie Hammer**, 34) um ihr Leben fürchten muss –

möglicherweise wegen des Diamanten. Gadot trägt den »Tiffany Diamond« in der Adaption eines Agatha-Christie-Romans mit der Souveränität einer Frau, die es gewohnt ist, selbst sehr hell zu strahlen. Bei Oscarverleihungen war die Schauspielerin schon öfter mit teurem Geschmeide zu sehen, doch im Film kannte man sie bisher vor allem als Amazone Wonder Woman, die mit Lasso und Schwert brilliert und für materielle Güter nicht allzu viel übrig hat. Im neuen Teil der Superheldinnensaga, die Anfang Oktober anlaufen soll, gehe es Wonder Woman denn auch darum, »die Gier zu bekämpfen«, verriet die Schauspielerin in einem Interview mit der Website Screenrant.com. LOB



Rob Youngson / 20th Century Fox

## Falscher Mann am falschen Ort

● Der Afroamerikaner **Yusef Salaam**, 46, saß fast sieben Jahre lang für ein Verbrechen in Haft, das er nicht begangen hatte. Wäre es nach Donald Trump gegangen, dann hätte man ihn wohl »im Central Park aufgehängt«, sagte Salaam nun zum britischen »Guardian«. Als 1989 eine weiße Investmentbankerin im New Yorker Central Park brutal vergewaltigt wurde, schaltete Trump in einigen Zeitungen ganzseitige Anzeigen und forderte darin die Todesstrafe für die Täter. Der damals 15-jährige Salaam und vier weitere afroamerikanische und hispanische Tatverdächtige, allesamt minderjährig, wurden verhaftet und zu langen Freiheitsstrafen verurteilt. Erst im Jahr 2002 wurden sie rehabilitiert, nachdem ein Serientäter das Verbrechen gestanden hatte. Salaam, der seit seiner Freilassung für Bürgerrechte kämpft und Vorträge über seine Erfahrungen mit der US-Justiz hält, hat nun zusammen mit der Autorin Ibi Zoboi einen Roman in



Andrew Burton / Getty Images

Versen geschrieben: »Punching the Air« handelt von einem 16-jährigen Muslim, der zu Unrecht beschuldigt wird, einen weißen Jungen so heftig zusammengeschlagen zu haben, dass er im Koma liegt. »Das System möchte uns glauben machen, ich wäre ein Einzelfall«, sagte Salaam im Gespräch mit dem »Guardian«. Doch es gebe viele ähnliche Fälle. Er wolle in dem Roman von den »zwei Americas« erzählen. In dem Amerika, das er kennengelernt habe, würden »Rassismus und systematische Unterdrückung« herrschen. LOB

## Alle mal stillhalten, bitte!

● Im Mai rief die britische Herzogin **Kate**, 38, Duchess of Cambridge, ihre Landsleute dazu auf, Fotos aus ihrem Corona-Alltag zu machen und unter dem Hashtag #HoldStill2020 zu veröffentlichen. Die 100 besten Bilder, so der Anreiz der Aktion, würden in einer Ausstellung präsentiert, die erst digital stattfinden und dann landesweit durch britische Städte touren solle. Nun gab Middleton auf Instagram bekannt, dass insgesamt 31 589 Bilder eingereicht worden seien. Bevor die Ausstellung am 14. September eröffnet wird, haben Kate und ihre Juroren

schon einmal ein paar der Aufnahmen, die sich um Themen wie »Die neue Normalität« oder »Helfer und Helden« drehen und den »Geist der Nation« einfangen sollten, auf Instagram gestellt. So ist zum Beispiel auf einem der ausgewählten Fotos ein Pfarrer zu sehen, der in einer leeren Kirche auf Bänken Porträts von Mitgliedern seiner Gemeinde ausgestellt hat, um das Zusammengehörigkeitsgefühl aufrechtzuerhalten. Ein anderes zeigt eine sichtlich erschöpfte Krankenschwester, die sich eine schnelle Mahlzeit gönnt, nachdem sie zuvor viele Covid-19-Patienten mit Essen versorgt hat. Am selben Tag hatte sie erfahren, dass ihre Mutter in Nigeria schwer erkrankt war, und den-

noch darauf bestanden, weiterzuarbeiten. In einer öffentlichen Videokonferenz mit ihren Juroren sagte die Herzo-

gin, sie sei »überwältigt« von der außerordentlichen Qualität der Bilder, die seien eindrucklich und bewegend. LOB



Chris Jackson / Getty Images



»Der ehemalige Bundeskanzler und Putin-Vertraute Gerhard Schröder muss sich endlich einmal fragen lassen, mit was für Freunden er sich da zusammengetan hat.«

Dr. Hans Christian Hummel, Hannover

## Konsequentes Wegschauen

**Nr. 36/2020** Das Nawalny-Komplott – Der Kreml, das Gift und der Anschlag auf Putins Angstgegner

Der Fall Nawalny zeigt ein weiteres Mal, wie skrupellos ein autokratisches Regime wie Russland gegenüber Oppositionellen vorgeht. Letztlich ist es unerheblich, ob der Kreml direkt für die Vergiftung eines seiner größten Kritiker verantwortlich zu machen ist. In jedem Fall billigen Putin und sein Umfeld diesen Vorfall. Es ist und bleibt eine Zerreißprobe, wie mit Russland umzugehen ist. Mehr und mehr komme ich zu dem Schluss, dass wirtschaftliche und politische Sanktionen unumgänglich sind. Es mag sein, dass diese auch uns finanziell beeinträchtigen oder sogar schaden könnten. Doch grobe Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien und menschenrechtliche Konventionen können wir nicht akzeptieren. Sonst machen wir uns selbst zur Marionette autokratisch-diktatorischer Regime und werden durch unser konsequentes Wegschauen zu Mitschuldigen an solchen Vorgängen.

Yannick Rinne, Hildesheim (Nieders.)

Könnte es nicht sein, dass das »Nawalny-Szenario« von Leuten inszeniert ist, die ein Interesse daran haben, dass die Beziehungen Europas zu Russland sich noch weiter verschlechtern? Davon gibt es genug.

Frank Wunderlich, Nöbdenitz (Thür.)

Während die EU und Wolfgang Ischinger noch reden, schafft Putin Fakten. Es gibt nur eine Lösung: Man muss Putin die finanziellen und wirtschaftlichen Hähne zudrehen. Nur diese Sprache wird in diktatorischen Ländern verstanden.

Lothar Wirth, Berlin

Putin denkt tatsächlich, er könne tun und lassen, was er will. Deutschland sollte – zusammen mit der EU – Pläne für eine Energieversorgung ohne Russland machen, beispielsweise mit Biogas. Wenn man das europaweit einführt, könnte ein Verbund als Ersatz für Nord Stream 2 entstehen. Die Pipeline wäre damit überflüssig. Das würde Putin richtig schmerzen. Auf Frackinggas sollten wir aber verzichten. Als Signal an die USA.

Matthias Jäger, Minden (NRW)

Klarer und eindringlicher konnte Herr Ischinger nicht aufzeigen, wie die deutsche Politik dank Frau Merkel bedrohlich schlafwandelt.

Ursula Horine, Konstanz (Bad.-Württ.)



Charité-Klinik in Berlin

Bei den Forderungen von Herrn Ischinger nach mehr Hard Power wird mir angst und bange. Unter dem Deckmantel »mehr Verantwortung übernehmen« wurden die ja schon oft laut, von Bundespräsidenten bis zu Regierungsmitgliedern. Selbst der SPIEGEL bläst in seinen Leitartikeln in Heft 35 und 36 ins selbe Horn. Wann wird endlich verstanden, dass militärische Lösungen ins Chaos führen? Ischingers Aussage, wonach die USA unsere Sicherheit nicht mehr garantieren können, halte ich für eine Farce. Die Folgen amerikanischer Politik etwa im Irak oder in Afghanistan tragen wir heute in Form von Flüchtlingsströmen, die mit Milliardenausgaben unsere Haushalte belasten. Und was ist aus dem Nato-Bündnis geworden? Partner, bis auf die Zähne bewaffnet, stehen sich im östlichen Mittelmeer gegenüber und drohen einander mit Krieg. Der Traum von einem Europa, das mit einer Stimme spricht und in einem gemeinsamen Militärbündnis agiert, ist ausgeträumt. Die Politik muss endlich der Uno zu Macht verhelfen. Nur sie kann Weltpolizeiaufgaben übernehmen. Hier wären alle Mitglieder gefordert. Selbst ernannte Weltpolizisten gehörten dann der Vergangenheit an. Die gesparten Militärausgaben könnten in einem stabilen Gesundheitssystem gut angelegt sein.

Bernd Schönecker, Idstein (Hessen)

## Handeln, nicht schnacken

**Nr. 35/2020** Vor dem schwierigen Herbst ringt die Politik um eine Strategie gegen das Virus

2013 hat man es versäumt, das Infektionsschutzgesetz anzupassen. Jedes Bundesland kocht nun sein eigenes Süppchen.

Ständig kommen neue Pannen auf den Tisch, ein Versagen der Bürokratie, das Steuergelder kosten wird. Die Lage im Gesundheitswesen war vorher schon schlecht, jetzt wird sie noch schlechter. Als Krankenschwester schüttle ich nur mit dem Kopf, denn die Versorgung der »normalen Patienten« muss ja auch gewährleistet werden. Diese Krise muss ein Weckruf sein für Politiker und Gesellschaft, die erforderlichen Investitionen in die Vorsorge für Notfallsituationen zu tätigen. Die Coronakrise zeigt, dass das auf Effizienz getrimmte Sozialsystem in vielen Bereichen nicht gut genug auf Pandemien und andere Katastrophen vorbereitet ist. Die Politik muss handeln und nicht schnacken.

Diana Hömmen, Lönigen (Nieders.)

Ich selbst war Mitglied der Expertengruppe, die am 30. Juli konferiert hat. Lüftung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion des Ansteckungsrisikos. Nicht nur moderne Filteranlagen reduzieren die Virenlast erheblich, sondern bereits normativ übliche und geforderte Filter der Klasse F7 können die Virenlast deutlich reduzieren. Und jede Reduktion hilft. Dabei ist die Reduktion der Virenlast im Raum nicht nur eine Frage des Abscheidegrads der Filter, sondern auch eine der Luftmengen. Das Risiko einer Ansteckung steigt mit abnehmendem Volumenstrom, der dem Raum zu- und abgeführt wird. Die Luftmenge muss also entsprechend hoch sein, um eine Ansteckung möglichst zu vermeiden.

Prof. Dr.-Ing. Christoph Kaup, Neubrücke (Rhld.-Pf.)

Föderalismus mag etwa in Sachen Kultur gut und richtig sein, in Gesundheitsfragen jedoch nicht. Hier müssten einheitliche Richtlinien gelten, und zwar für alle gleichermaßen. Es kann nicht sein, dass jedes Bundesland sein Ding durchzieht. Anfang April konnte ich als Hamburger, der nur wenige Hundert Meter von der Landesgrenze zu Schleswig-Holstein entfernt wohnt, nicht dorthin zum Einkaufen fahren. Polizisten aus Schleswig-Holstein verhinderten das. Andererseits konnten Schleswig-Holsteiner ungehindert nach Hamburg einreisen, um ihrer Arbeit oder Freizeitaktivitäten nachzugehen. Hier sollte der Spruch aus der Seefahrt gelten: Auf jedem Schiff, das fährt oder segelt, gibt es nur einen, der alles regelt – den Kapitän.

Manfred Sommerfeld, Hamburg

## Weit entfernt von Idealen

**Nr. 35/2020** »Wir schaffen das« – eine Bilanz fünf Jahre nach dem legendären Satz der Kanzlerin

Ihre Beispiele stehen für Tausende und Millionen Migranten, deren Integration im besten Fall sehr gut funktioniert oder fatal scheitert. Irgendwo zwischen den Extremen liegt wohl die Wirklichkeit der fünf Millionen Flüchtlinge, die seit 1990 nach Deutschland gekommen sind. Am Beispiel der türkischen Gastarbeiter, die schon seit Jahrzehnten in Deutschland leben, lässt sich sehr gut die schwierige Integration auch der zweiten und dritten Generation beobachten. Da wundert es mich wenig, wenn sich mehr als 70 Prozent der Bürger Sorgen wegen der Zuwanderung machen.

Andreas Dötsch, Koblenz

Es stört mich massiv, dass Sie wie andere Medien auch die Ausführungen von Frau Merkel aus dem Jahr 2015 auf den Satz »Wir schaffen das« reduzieren. Sie sprach davon, dass die Bundesrepublik ein starkes Land sei, das schon sehr viel geschafft, also bewältigt, habe und dass folglich unser »Motiv« sein müsse: »Wir schaffen das.« Sie hat damals als Appell eine Haltung eingefordert, von der man sich leiten lassen möge. Das ist etwas vollkommen anderes als die nüchterne Behauptung, als die diese Aussage immer hingestellt wird.

Rainer Jensen, Berlin

Es ist durchaus möglich, dass wir in zehn Jahren und bei einer einigermaßen gelungenen Integration den Satz zu hören bekommen: Ihr Deutschen habt gut reden, die vielen Zuwanderer haben eure Konjunktur kräftig angeschoben. Es ist erstaunlich, dass die Chancen der Zuwanderung nicht gesehen werden.

Hermann Morguet, Wessobrunn (Bayern)

Weder hat die EU es geschafft, eine strukturierte, nachhaltige und verpflichtende Flüchtlingspolitik durchzusetzen, noch gibt es ein zukunftsorientiertes Konzept zur Migration auf nationaler Ebene. Der Flüchtlingsdeal mit Erdogans Türkei ist weit entfernt von allen humanistischen Idealen. Zugleich lehnt ein großer Teil der deutschen Bevölkerung die Aufnahme von Flüchtlingen aus griechischen Lagern ab.



**Geflüchtete Familie in Bayern**

Natürlich ist die kurzfristige Verlagerung der Migration zulasten Dritter auch eine Bewältigung der Krise – jedoch abseits jeder Solidarität, entfernt von demokratischen Grundsätzen und Menschenrechten.

Jan Frömming, Hamburg

## Lebensfeindliches System

**Nr. 35/2020** Der Fall eines prominenten Bauernvertreters zeigt, wie grausam Fleisch produziert wird

Sie schreiben in Ihrem Artikel, es sei kaum zu glauben, dass Herr Andresen der Richtige für die Zukunftskommission Landwirtschaft sei. Mindestens ebenso unglaublich ist, dass die Tierärztinnen und Tierärzte Deutschlands, und damit die Experten für Tiergesundheit und Tierwohl, nicht in diesem Gremium vertreten sein sollen.

Martin Pehle, Präsident der Landestierärztekammer Brandenburg, Frankfurt (Oder)

Empathie, Verantwortung, Respekt und Achtung vor der Kreatur sind im Vokabular dieses Lobbyisten eines lebensfeindlichen landwirtschaftlichen Systems offensichtlich nicht vorhanden. Seine dumme Bemerkung vom »Kuschelstroh« ist an Zynismus nicht zu übertreffen. Von solchen Zeitgenossen wimmelt es in der Fleischindustrie, einer zutiefst verrufenen Branche. Der tierärztliche Berufsstand, vor allem die Veterinärämter mit ihren mangelnden Kontrollen, tragen wesentlich zu den Zuständen in der industriellen Tierhaltung bei. Politik und Justiz sind aufgefordert, endlich zu handeln und gültiges Tierschutzrecht durchzusetzen. Agrarkriminalität gehöre in die Strafverfolgung wie jedes andere Verbrechen, fordert die ehemalige Landwirtschaftsministerin Renate Künast.

Bärbel Starkloff, Bad Harzburg (Nieders.)

Ich kenne keine andere Branche, die eine derartige Wagenburgmentalität entwickelt hat wie die Landwirtschaft. Sie umgibt sich mit einem Gespinnst aus beschönigenden Begriffen wie »ordnungsgemäße Landwirtschaft«, »tiergerechte Haltung« sowie niedlichen Fotos von angeblich glücklichen Tieren. Dabei wissen Insider, dass besonders Zuchtsauen und Milchkühe nur eine sehr kurze »Nutzungsdauer« haben, weil sie nach den Regeln der »guten fachlichen Praxis« ausgebeutet werden, bis sie unwirtschaftlich werden und zur Vermeidung von Tierarztkosten zum Schlachthof gehen. Dieser Selbstbetrug ist offenbar nötig, damit sich die Tierhalter noch im Spiegel ansehen mögen. Das Beispiel Andresen ist gewiss »nur« ein Beispiel für besonders eklatante Vernachlässigung wehrloser Nutztiere. Es ist ein Skandal, dass der Gesetzgeber solches Tierleid ermöglicht.

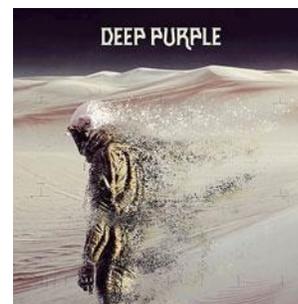
Eckard Wendt, Vorsitzender Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung e. V., Stelle (Nieders.)

## Klasse Album

**Nr. 35/2020** Deep Purple ist wieder da – Sänger Ian Gillan wundert sich über die politisch korrekte Gegenwart

1983, ich leistete Zivildienst in München, traf ich Herrn Gillan im »Sugar«. »You really look like Ian Gillan.« – »I sure hope I do.« Er war zu jener Zeit mit seiner Gillan Band in den Musicland Studios. Eine Flasche Wodka und ein bis zwei Schachteln Zigaretten später waren wir beste Freunde – für diese Nacht. Ein absolut geerdeter Kerl ohne Allüren. Er erklärte mir, dass es keine bessere Rhythmusfraktion auf dem Planeten gebe als Paige/Glover und er kein Wort zu Herrn Blackmore sagen würde. Überrascht war er nur, als ich darauf bestand, den Wodka zu bezahlen. War zwar teuer, aber jeden Pfennig wert. Hats off, Mr Gillan. Greetings to the band.

Thorsten Peppel, Neu-Isenburg (Hessen)



**»Whoosh!«-Cover**

Als Veranstalter des ersten Popfestivals in Deutschland, des Internationalen Essener Pop & Blues Festivals im Oktober 1969, lernte ich Deep Purple hautnah kennen. Ich hatte eine sehr fröhliche und harmonische Kommunikation mit allen Bandmitgliedern, auch mit Ian Gillan. Umso mehr befremden und irritieren seine offenbar sogar in Rage vorgetragenen Äußerungen. Von einem Bandmitglied in seinem Alter hätte ich niemals angenommen, dass es sich ganz offen für Grausamkeiten wie Kolonialismus, Rassismus und Diskriminierung ausspricht.

Konrad Mallison, Hirschberg (Bad.-Württ.)

Da haben die »alten Säcke« noch mal richtig einen abgelassen. Habe mir nach der Rezension das neue Album besorgt. Die drei »Alten«, Paice, Glover und vor allem Gillan, sind fit wie vor 50 Jahren. Lediglich mit Steve Morse hadere ich ein wenig. Trotzdem ein Klasse Album, das ich ohne den SPIEGEL nicht gekauft hätte.

Ulrich Derndorff, Frankfurt am Main

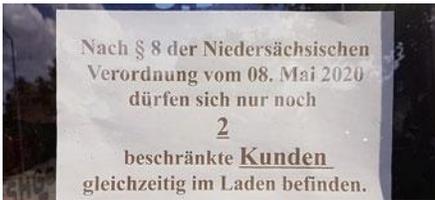
Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe ([leserbriefe@spiegel.de](mailto:leserbriefe@spiegel.de)) gekürzt sowie digital zu veröffentlichen und unter [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) zu archivieren.

Aus dem »Elbe Geest Wochenblatt«:  
»So organisierte sie z. B. im Mai eine  
Jugendralle durchs Dorf mit  
leckeren Gutscheinen als Gewinne.«

### Schuhhändler hoffen auf etwas höhere Absätze

Aus der »Augsburger Allgemeinen«

Von Bild.de: »Konsolidieren Sie also  
Ihren Arzt, bevor Sie mit dem  
Geradehalter die Haltung korrigieren  
möchten, insbesondere wenn Sie  
Kinder mit Geradehaltern behandeln.«



Aushang in einem Geschäft in Lauenau

Aus einer öffentlichen Ausschreibung  
in der »Badischen Zeitung«:  
»Bauvorhaben: Walschwimmbad  
Breisach am Rhein.«

### DANK MARATHONTRAINING Pfarrer rennt Einbrecher in Grund und Boden

Aus der »Fränkischen Landeszeitung«

Von Welt.de: »Seitdem ist Kriminal-  
hauptkommissar Michael F. aus  
Hannover vom Dienst subventioniert.«



Verkehrsschild in München

Aus dem »Weser-Kurier«: »Sie geben  
sich als falsche Bankmitarbeiter aus  
und überreden ihre Opfer, Transaktions-  
nummern (TAN) herauszugeben.«

# Das Wissen der Besten



Jetzt  
neu im  
Handel

## Vom Manager zum Leader

Was Sie brauchen, um eine  
echte Führungspersönlich-  
keit zu werden

Unter anderem mit diesen Themen

### Führungsstärke

Haben Sie das Chef-Gen?  
Spitzen-CEOs bringen vier  
spezielle Eigenschaften mit

### Talentmanagement

Wie Sie die besten Mitarbeiter  
erkennen und in Ihrem Team halten

### Kompetenzen

So machen Sie sich unentbehrlich



Jetzt die  
neue App  
downloaden

harvardbusinessmanager.de

## Zitate

Der britische »Guardian« zum SPIEGEL-  
Titel »Das Nawalny-Komplott« (Nr. 36/2020):

Ein weiteres Rätsel ist, warum Moskau  
die Erlaubnis für Nawalyns Behandlung  
im Ausland gab, wissend, dass früher  
oder später Nowitschok in dessen Kör-  
per gefunden werden  
würde. Der SPIEGEL  
meldete, dass deutsche  
Wissenschaftler sich  
mit ihren britischen  
Kollegen aus Porton  
Down beraten hätten –  
der Wissenschaftsein-  
richtung der Regierung  
bei Salisbury, die als Erste das Nervengift  
fanden, das gegen die Skripals eingesetzt  
wurde. Logischer Schluss: Moskau will,  
dass die Welt es weiß.



»Stern«-Kolumnistin Maïke Winnemuth  
zum Interview »Die Zauberformel lautet:  
Es ist« auf SPIEGEL PLUS am 25. August:

Neulich erklärte die Psychotherapeutin  
Angelika Rohwetter den Kollegen vom  
SPIEGEL, warum ich mich seit Monaten  
so matschig fühle. Nicht nur ich natürlich,  
sondern viele, wenn nicht sogar die meis-  
ten, mit denen ich spreche. Seltsam ab-  
geschlagen, antriebslos, matt und maulig,  
so schildern sie es, eine Freundin sagt, sie  
fühle sich, »als ob ich den ganzen Tag  
durch Gelee wate«. Eigentlich ist nichts  
los, uneigentlich aber doch. Nur was? ...  
ich habe mir meine Ausgelaugtheit und  
latente Unruhe selbst zugeschrieben. Was  
ist nur wieder los mit mir? Corona, das ist  
los. Ach ja, klar. Der einzige, schwache  
Trost besteht darin, dass wir alle densel-  
ben Rucksack tragen. Unseren Seelenkos-  
tümchen ist eine Bleikante eingenäht, alles  
fühlt sich schwerer an und trüb, selbst das,  
was sonst immer gut von der Hand ging  
oder Freude machte.

Die »Süddeutsche Zeitung« zum Interview  
mit Lufthansa-Vorstand Harry Hohmeister  
(SPIEGEL.de am 27. August):

Lufthansa-Vorstand Harry Hohmeister kri-  
tisierte im SPIEGEL, dass auch die Cor-  
ona-Tests an den Flughäfen wieder abge-  
schafft werden. »Die Testmöglichkeit hat  
den Menschen erstmals eine gewisse Si-  
cherheit beim Reisen gegeben, die droht  
nun wieder wegzufallen.« ... Branchenver-  
treter kritisieren, wie ungleich sie behan-  
delt würden: Eine Quarantäne müsse es  
streng genommen auch für innerdeutsche  
Reisende aus Städten mit hohen Infek-  
tionszahlen geben, wenn der gleiche Maß-  
stab wie bei Flugreisen aus Risikogebieten  
angelegt werde, so ein Airline-Manager.

# DER SPIEGEL

## Highlights für Studenten

7× DER SPIEGEL und eine Wunschprämie für nur € 25,20



### 10€ Amazon.de Gutschein

Erfüllen Sie sich einen Wunsch: über eine Million Bücher sowie DVDs, Technikartikel und mehr.



### Denver Earbuds

In-Ear-Kopfhörer mit Bluetooth 5.0. Kabellos, mit integriertem Mikrofon und Lade-Etui. Zuzahlung: €1,-.



### JBL G02 Lautsprecher

Wasserdicht, mit Bluetooth 4.2 und Freisprechfunktion. Maße (BxHxT): 71x86x32mm. Zuzahlung: €1,-.



### ABUS Kettenschloss »Catena«

Aus speziell gehärtetem Stahl. Mit Textilschlauch zum Schutz vor Lackschäden. Zuzahlung: €1,-.



### Mannesmann Schlüsselsatz

130-teilig, mit Umschaltknarre, Verlängerung, T-Gleitgriff und Hakenschauber. Zuzahlung: €1,-.



### Koziol-Lunchbox-Set

Ineinander verschachtelbar. Maße: bis 232×166×62 mm. Inkl. Besteck. Zuzahlung: €1,-.



34% sparen

### Jetzt den SPIEGEL testen und Prämien-Highlight wählen!

Sichern Sie sich 7× den SPIEGEL für nur € 25,20 frei Haus.

Sie sparen 34% und erhalten ein Prämien-Highlight dazu!

Dieses Angebot gilt nur für Studenten.

## Noch mehr Prämien finden Sie hier:

 [abo.spiegel.de/studenten](https://abo.spiegel.de/studenten)



5°-28°  
Ganzjahres-  
Griller

## Zahlen begleiten unser Leben

Die Zahlen der Finanzwelt sind unsere  
Leidenschaft – heute und morgen

Es ist immer gut zu wissen, dass man sich auf einen starken Partner verlassen kann. Seit über 60 Jahren arbeiten wir daran, mit Investmentfonds mehr aus Ihrem Geld zu machen. Zuverlässig und vorausschauend.

Unabhängig davon, ob Sie Geld anlegen, ansparen oder für die Zukunft vorsorgen wollen: Ihr Bankberater zeigt Ihnen gerne, welche Möglichkeiten eine Geldanlage mit Investmentfonds bietet. Oder informieren Sie sich auf [www.union-investment.de](http://www.union-investment.de)



Genossenschaftliche FinanzGruppe  
Volksbanken Raiffeisenbanken



Aus Geld Zukunft machen

 Union  
Investment